هكذا من الأصل

Mittwoch, 21. September 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 220 - 38. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 100,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Kein Vakuum in Libanon: Die USA werden ihre Streitkräfte in Libanon und vor dessen Küste solange wie nötig stationiert lassen, um kein Vakuum entstehen zu lassen, das von den syrisch unterstützten Drusenmilizen und Moslems zum Sturz der Regierung Gemayel genutzt werden könnte. US-Regierung und Kongreß einigten sich prinzipiell auf rechtliche Grundlagen des Einsatzes der Truppe in Libanon.

SPD sagt nein: Der bayerische SPD-Landesvorstand will dem Sonder-Landesparteitag am 8. Oktober ein Nein zur Nachrüstung empfehlen. Mit einem Nein wird auch beim Berliner SPD-Parteitag am Wochenende gerechnet.

„Geballter Widerstand“: Der Gewerkschaftsrat der SPD, dem die Führungsfunktionäre des DGB fast ausnahmslos angehören, will „geballten Widerstand“ gegen den angeblich von der Regierung geplanten Sozialabbau leisten. Das kündigt SPD-Chef Brandt in Bonn an.

Kulturverhandlungen: Die acht Jahre lang unterbrochenen Verhandlungen über ein Kulturabkommen zwischen Bonn und Ost-Berlin sollen zügig weitergeführt werden, erklärt der Ständige Vertreter in der „DDR“ Bräutigam gestern nach der ersten Gesprächsrunde.

Kluft SPD – Wähler: 81 Prozent der SPD-Wähler sind nach Erhebungen von Allensbach gegen einen Austritt aus der NATO. Mit dem Nein zur Nachrüstung werde deshalb die Kluft zwischen SPD und ihren Wählern vergrößert, erklärt Professor Noelle-Neumann in der „Bild-Zeitung“. Heute bekämen CDU/CSU 51 Prozent, SPD 39 Prozent, die FDP vier und die Grünen fünf Prozent.

Klage gegen EG: Die Bundesregierung klagt erstmals gegen die EG-Kommission beim Gerichtshof in Luxemburg. Grund: Bevorzugung Belgiens, Frankreichs, Englands und Italiens bei der Stahl-Beihilfe.

Autoabgase: Die Industrie kann die von der Bundesregierung für 1986 geplanten niedrigen Autoabgas-Werte auch ohne die technisch veraltete *Katalysator*-Technik durch Magergemisch-Motoren erreichen. (S. 3)

Differenzen in der EG: Die Sonderkonferenz der EG-Außen- und -Finanzminister kann keine Einigung über die notwendige tiefgreifende Reform der Gemeinschaft finden.

Heute: Bundeskabinett entscheidet unter anderem über Anhebung der Hermes-Gebühren. – Premierminsterin Thatcher trifft Bundeskanzler Kohl in Bonn. – Sirenen-Probe (10.05 bis 10.14 Uhr) im gesamten Bundesgebiet.

ZITAT DES TAGES



» Für die SPD ist mit der Bekenntnislyrik zur NATO und Bundeswehr, wie in den vier Strophen des Offenburger Parteitagsbeschlusses, nichts mehr getan, wenn sie sich mit der ersten Strophe bereits von der Politik verabschiedet. «

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Erwin Horn, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheit seiner Fraktion, im Gespräch mit der WELT. (S. 1) FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Weniger Arbeitslose: Die Zahl der Erwerbslosen ist weiter leicht rückläufig, meldet dpa für September. Grund: Herbstbelebung auf dem Arbeitsmarkt. Die Bundesanstalt für Arbeit legt ihren Septemberbericht offiziell am 4. Oktober vor.

Arbeitszeit: Als „kontraproduktiv“ wegen der Kostensteigerung für die Unternehmen bezeichnet Bundesbank-Direktoriumsmitglied Gleske die von den Gewerkschaften geforderte Arbeitszeitverkürzung. (S. 13)

„Q 2“ zu Hapag Lloyd: Das britische Passagierschiff „Queen Elizabeth II“ wird auf der Hapag Lloyd-Werft in Bremerhaven mit einem Aufwand von zehn bis 12 Millionen DM überholt werden.

Abfall-Verwertung: Bundesinnenminister Zimmermann strebt die Einführung eines Gebots zur Wiederverwertung von Abfällen an. Noch 1983 solle die entsprechende Änderung des Abfallbeseitigungsgesetzes eingeleitet werden.

Werften: Die Belegschaft der Hamburger HDW-Werft spricht sich für Beendigung der Besetzung aus; AG Weser in Bremen bleibt besetzt. (S. 14)

Arbed Saarstahl: Das Unternehmen braucht nach bisher 2,6 Milliarden DM an Zuschüssen und Bürgschaften eine weitere Finanzhilfe von etwa 86 Millionen Mark.

Börse: Die freundliche Stimmung an den deutschen Aktienbörsen setzte sich gestern fort. WELT-Aktienindex 136,9 (135,7). Am Rentenmarkt waren vorsichtige Käufe festzustellen. Dollar-Mittelkurs 2,6616 (2,6658) Mark. Goldpreis je Feinunze 412,35 (412,25) Dollar.

KULTUR

Architekturpreis: Der mit 30 000 Mark dotierte Deutsche Architekturpreis 1983 ist Professor Hollein für die bauliche Gestaltung des Städtischen Museums Abteiberg in Mönchengladbach zuerkannt worden.

Kultur restriktiv: Einschränkende Bestimmungen für die Arbeit ausländischer Kulturzentren sind in der „DDR“ erlassen worden. Vor Mitwirkung von „DDR“-Bürgern muß behördliche Zustimmung eingeholt werden.

SPORT

Volleyball: Die Damenmannschaft der Bundesrepublik hat als einziges westeuropäisches Team die Endrunde der Europameisterschaft in der „DDR“ erreicht. Sie besiegte Frankreich 3:0.

Fußball: Jetzt ist es endgültig: Die Bundesliga spielt weiter mit 18 Klubs. Die Vereinspräsidenten lehnten gestern eine Reduzierung um zwei Mannschaften mit 13:5 Stimmen ab. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Busfahrer verurteilt: Ein Gericht in Kursk verurteilt den Fahrer des im Juli bei Orel in der Sowjetunion verunglückten deutschen Touristenbusses zu sieben Jahren Lagerhaft. Elf Menschen waren damals getötet worden.

Tadsch Mahal: Das weltberühmte Grabmal soll mit modernen Mitteln restauriert werden. (S. 24)

Wetter: Nach Frühdunstauflösung freundlich mit Temperaturen bis zu 19 Grad

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

US-Truppe 18 Monate in Libanon? Stützung für Regierung Gemayel

Einigung Kongreß–Weißes Haus in Sicht / Aufklärungsflüge fortgesetzt

TH. KIELINGER/DW. **Washington**

Das Weiße Haus und der Kongreß haben sich auf die Grundzüge eines Kompromisses geeinigt, der einen längerfristigen Einsatz des amerikanischen Truppenkontingents der Internationalen Friedenstruppe in Libanon ermöglichen soll. Dadurch soll die Bereitschaft der USA demonstriert werden, einer Beseitigung der Regierung Gemayel notfalls mit Gewalt entgegenzutreten.

Ein Kompromißpapier, das der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses im Repräsentantenhaus, Clement Zablocki, zusammen mit Unterhändlern des Weißen Hauses ausarbeitete, würde den US-Marines mindestens weitere 18 Monate Aufenthalt zubilligen. Diese Frist könnte verlängert werden, wenn der Präsident die weitere Anwesenheit amerikanischen Militärs für notwendig erklärte.

Der Text – der noch von den Führungsspitzen im Kongreß abgesegnet werden muß – besagt, daß die Rolle der Marines strikt auf die ordnungserhaltenden Aufgaben im Rahmen der Internationalen Friedenstruppe beschränkt bleiben solle. Doch mit Rücksicht auf die erklärte Politik Präsident Reagans, den Soldaten Feuerschutz zu Wasser und zu Luft zu geben, wenn die Lage dies verlangt, heißt es: „Die amerikanische Involvierung in Libanon würde solche Maßnahmen zulassen, die zum Schutz der Marines nötig sind.“

Dieser Kompromiß würde es den Gesetzgebern erlauben, auf ihr Recht zur Mitsprache bei der Entsendung von US-Militärpersonal zu pochen, wie es ihnen das Gesetz von 1973, der „War Powers Act“ zubilligt. Gleichzeitig würde aber der Präsident von der zentralen Klausel des „War Powers Act“ befreit werden, nämlich,

SEITE 2:
Spiel mit Drusen
SEITE 7:
Streit um Truppenpräsenz

daß der Einsatz von US-Soldaten in Übersee nicht länger als 90 Tage dauern dürfe, es sei denn, beide Häuser des Kongresses würden diese Intervention ausdrücklich billigen.

Eine solche zeitliche Begrenzung lehnt das Weiße Haus aus verfassungsrechtlichen Überlegungen und aus Gründen seiner derzeitigen Libanon-Politik ab. Die Syrer, als die Drahtzieher des Konflikts in Libanon, brauchten, so heißt es, nur den Ablauf dieser drei Monate abzuwarten, um danach sofort das entstehende Vakuum zu besetzen.

Eine 18-Monate-Frist dagegen würde solche Taktik unterlaufen und würde eine Konsolidierung der Regierung Gemayel möglich machen.

Unabhängig von der sich abzeichnenden Einigung zwischen Weißem Haus und Kongreß bleibt die Frage ungeklärt, wie weit das militärische Engagement der USA in Libanon gehen könne. Privat geben Regierungsbeamte zu, daß die Beschießung von Aufständischen-Stellungen in den Schuf-Bergen, durch amerikanische Kriegsschiffe nicht mehr nur der Verteidigung der US-Truppen am Boden diene. Es sei vielmehr ein deutlicher Eingriff zur Stützung der libanesischen Armee und damit zur Stützung der Zentralregierung.

Wenn ein strategisch so wichtiger Ort wie Suk-el-Gharb, auf den Höhen der Schuf-Berge, verloren ginge, könnte dies das Ende der Gemayel-Regierung einläuten.

Dieser Zusammenhang wird aber von den Sprechern des Weißen Hauses und des State Department nicht öffentlich zugegeben. Sie beharren weiterhin auf der Interpretation, die Beschießung von Drusen und PLO-Stellungen in Suk-el-Gharb sei zum Schutz der Marines angeordnet worden.

Gestern gingen die Beobachtungsflüge amerikanischer Kampfflugzeuge über Beirut und die Umgebung weiter. Erstmals seit Tagen unternahmen auch französische Militärmaschinen ähnliche Missionen.

DER KOMMENTAR

Konfliktraum Libanon

THOMAS KIELINGER

Die Stunde der Wahrheit rückt für die amerikanische Politik im Nahen Osten heran. Strategen, die sich über die Landkarte des Konfliktraumes Libanon beugen, können noch kaum glauben, was sich da abzuzeichnen beginnt: die Szenario eines amerikanischen militärischen Eingreifens.

Wie sich die Dinge seit letztem Jahr gewandelt haben. Damals konzentrierte man sich gänzlich darauf, das israelische Vordringen in Libanon einzudämmen und alle besetzenden Truppen zum Rückzug zu bewegen. Dieser Rückzug ist ferner gerückt denn je.

Mehr noch: Heute drohen die Exilierten des Jahres 1982, die PLO, sogar wieder auf dem Plan zu erscheinen und in die alten Nester vorzudringen, aus denen sie vor einem Jahr vertrieben worden waren. Sollte das geschehen, würde eines der wichtigsten Ziele der israelischen Invasion vom Juni 1982 nachträglich annulliert.

Die Amerikaner sehen sich jetzt in der Rolle des Verwalters bedrohlicher Hinterlassenschaften. Was das israelische Militär nicht schaffte, die Stabilisierung der libanesischen Zentralregierung, sollen nun die Geschütze der US-Marine und Luftwaffe leisten. Als zusätzlichen Puffer lagert man die Marines vor, ein lebendes Faustpfand der Unterstützung für Gemayels Regierung. Der Konflikt, einst angelegt um die Achse Israel–Araber, verändert sich zu einer Machtprobe Washington–Damaskus. Um diesen Kern herum tobt Libanons „Bürgerkrieg“.

Aber ist es wirklich ein Bürgerkrieg? Präsident Reagan sieht da weiter: Er blickt auf die Anstifter im Hintergrund, Syrer und – hinter diesen – die Sowjetunion. „Die Sowjets sind der feindselige Einfluß in dieser Region“, sagte er in einem Interview mit der Zeitschrift „Newsweek“.

Die Analyse ist richtig, und sie verheißt nichts Beruhigendes für die Zukunft Libanons, zumal vor dem Hintergrund der derzeitigen Vereisung in den Ost-West-Beziehungen. Es ist gut, daß der Präsident sich jetzt mit der Unterstützung des Kongresses für die Fortsetzung seiner Politik wappnet. Ihm stehen vermutlich größere Härteproben bevor. Sie sind nur zu bestehen, wenn die Mittel eines noch intensiveren Einsatzes in Libanon durch die politische Eintracht in Washington gedeckt werden.

In der SPD Kritik an der Parteispitze

Verteidigungsexperte Horn zur WELT: Doppelbeschluß nicht zur Disposition stellen

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Im Mitte-Rechts-Bereich der SPD-Bundestagsfraktion, bei den „Kanalarbeitern“, verstärkt sich die Kritik an der Parteiführung: Bemängelt wird, daß die Spitze der SPD jetzt „Basisbeschlüsse“ gegen den NATO-Doppelbeschluß – wie in Baden-Württemberg – kritiklos laufen lassen und sich erst auf einem außerordentlichen Bundesparteitag im November mit einem Leitantrag zu Worte melden will. In diesem Sinne äußerte sich jetzt auch der Bundestagsabgeordnete Erwin Horn, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheit, in einem WELT-Gespräch.

Der NATO-Doppelbeschluß dürfe genausowenig wie das westliche Bündnis „zur Disposition“ stehen, sagte Horn. Denn er „liegt logisch in der Tradition der sozialdemokratischen Sicherheitspolitik“ und sei kein „Zufallsprodukt“. Bundeskanzler Helmut Schmidt habe mit seiner Initiative, die zu dem NATO-Beschluß geführt habe, vielmehr „logisch“ auf die Situation geantwortet, die sich aus der sowjetischen „Vorrüstung“ ergeben habe. Es sei ihm darum gegangen, den „Irrsinn“ der Aufrüstung „über Verhandlungen herunterzudividieren“.

Am Anfang der Verhandlungen sei das Interesse bei beiden Weltmächten nicht sehr groß gewesen. Aber in der „Ausfüllung des Doppelbeschlusses“ seien die NATO-Staaten „ins Obligo“ gegangen. Der Entscheidungstermin habe so gesetzt werden müssen. Es gehe jetzt um die „Glaubwürdigkeit oder den Scherbenhaufen durch eine Stationierung auf beiden Seiten“.

Der SPD-Abgeordnete betonte den „großen Wert der Konsistenz des westlichen Bündnisses“ und verwies als Beispiel auf Berlin, wo die denkbare Palette von der „direkten Bedrohung bis zur Erpreßbarkeit“ reiche.

Für die SPD sei mit der „Bekenntnislyrik“ zur NATO und der Bundeswehr am Ende des Offenburger Parteitagsbeschlusses „nichts mehr getan“. Denn im ersten Satz habe man sich in Baden-Württemberg bereits „von der Politik verabschiedet“. Die Sozialdemokratische Partei dürfe nicht zur „reinen Protestbewegung“ werden, warnte Horn. Sie habe „gestaltende Aufgaben“, auch als Oppositionspartei. Sie dürfe, beispielsweise durch die Friedensbewegung, „nicht von außen gesteuert werden“, nicht durch „unpolitische Formen der Friedensbewegung an politischem Einfluß verlieren“.

Horn forderte aber auch die USA dazu auf, nicht nur gegenüber Moskau in Genf die notwendige „Entschlossenheit“ zu zeigen, daß die Sowjets „von der Höhe der Systeme herunter müssen“, sondern auch eine „Absichtserklärung abzugeben, entsprechend der früheren Planung zu einer Verschmelzung der INF (Mittelstreckenwaffen)- und der START-(strategische Waffen)-Verhandlungen zu SALT III zu kommen“.

Seite 6: „Nein“ aus Bayern

Stahl: Bonn klagt gegen die EG

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Erstmals wird die Bundesregierung die EG-Kommission beim Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft in Luxemburg verklagen. Der Grund: die Genehmigungspraxis für Stahl-Beihilfen zugunsten Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens. Die Klageerhebung dient nach Angaben des Wirtschaftsministeriums zur Wahrung der Frist, die am 22. September abläuft. Nach wie vor räumt die Bundesregierung einer politischen Lösung den Vorzug ein.

Die Klage der Bundesregierung bezieht sich zunächst darauf, daß die EG-Kommission am 29. Juni entgegen dem klaren Inhalt des Subventionskodex den vier Ländern Beihilfen in Höhe von rund 16 Milliarden Mark genehmigt hat, die nicht fristgerecht zum 30. September 1982 in Brüssel notifiziert waren. Damit sei der erklärte Wille des EG-Ministerrats, die Subventionen vom Herbst 1982 an schrittweise abzubauen, ebenso wie der Kodex mißachtet worden.

Ebenso wird Klage erhoben, weil von der deutschen Stahlindustrie der höchste Kapazitätsabbau verlangt wird, obwohl Frankreich, Großbritannien und Italien wesentlich höhere Beihilfen zahlen. Die belgische Stahlindustrie erhalte fast ebenso viel Beihilfen wie die deutschen Werke, brauche aber weniger als die Hälfte der deutschen Stillegung zu erbringen. Bezogen auf eine Tonne habe die Kommission den vier Ländern Beihilfen genehmigt, die zum Teil mehr als dreimal so hoch waren wie für die Bundesrepublik.

Andropow schreibt an SPD-Abgeordnete

DW. **Bonn/Moskau**

In einem Brief an Bundestagsabgeordnete der SPD hat der sowjetische Staats- und Parteichef Jurij Andropow seine Position zu den Genfer Mittelstreckenverhandlungen bekräftigt. Andropow wies auf seine bereits früher bekundete Bereitschaft hin, die Zahl der sowjetischen Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20 auf das gemeinsame Niveau aller französischen und britischen Raketen zu bringen und darüber hinaus jegliche atomare Rüstung einzustellen. Voraussetzung dafür sei, daß die USA auf die für Jahresende geplante Stationierung der Pershing 2 und Marschflugkörper verzichten. Die Nachrichtenagentur Tass zitierte den sowjetischen Staats- und Parteichef ferner mit der Bemerkung, Moskau sei auch bereit, noch bedeutend weiter zu gehen.

60 Abgeordnete der SPD hatten Andropow Mitte Juli einen Brief geschrieben. In der Antwort Andropows heißt es, im einzelnen: „Die UdSSR ist bereit, alle Nuklearwaffen aus qualitativer und quantitativer Ebene einzufrieren, das heißt, der quantitativen Vermehrung aller Bestandteile der nuklearen Arsenale ein Ende zu setzen und keine Atomwaffen neuer Art zu entwickeln sowie ein Moratorium für den Versuch aller Atomwaffen einzuführen (...)

Was die sowjetischen SS-20 anbelangt, so ist die Sowjetunion bereit, nach einer Reduzierung der Raketen in Europa so viele Mittelstreckenraketen stehen zu lassen wie Großbritannien und Frankreich gemeinsam besitzen.“

NATO über neue Genf-Initiative einig

In 14 Tagen sieben Reagan-Briefe für Bonn / Regierungssprecher erhebt Vorwürfe

Co. **Bonn**

Die europäischen NATO-Partner haben mit den USA volle Einigkeit über eine neue Initiative bei den Genfer Mittelstreckenverhandlungen (INF) erzielt. Der von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in der vergangenen Woche im Bundestag angekündigte nächste Verhandlungsschritt beruht auf einer „Weiterentwicklung und Konkretisierung“ der bisherigen westlichen Vorschläge für ein Zwischenabkommen. Dies ist nach Angaben aus Bonner Kreisen das Ergebnis einer unter besonderer Geheimhaltung abgehaltenen Sitzung der Special Consultative Group der NATO in Brüssel.

In der Bundeshauptstadt herrscht Befriedigung darüber, daß die NATO-Partner weitgehend deutsche Vorstellungen übernommen haben. Dabei wird offensichtlich am „Waffenmix“ (Nachrüstung mit Pershing 2 und Marschflugkörpern) nicht gerüttelt.

rmc. **Bonn**

In den vergangenen 14 Tagen sind im Bundeskanzleramt sieben Briefe des US-Präsidenten eingegangen, von denen sich die Mehrzahl mit der westlichen Verhandlungsführung für die Genfer Mittelstreckenrunde befaßten. Einen der wichtigsten, der mit „streng geheim“ eingestuft war und in dem Reagan dem Bundeskanzler generell darstellt, nach welchen veränderten Grundsätzen der amerikanische Unterhändler in Genf in der nächsten Zeit vorgehen soll, hat der Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär Boenisch, nach eigenem öffentlichen Bekunden nicht selbst eingesehen.

Im Bundeskanzleramt hieß es am Dienstag, Regierungschef Kohl sei mit der amerikanischen Verhandlungsführung „voll einverstanden“. Die Bundesregierung halte wie ihre Verbündeten am Zeitplan des NATO-Doppelbeschlusses fest. Außerdem habe der Bundeskanzler gegenüber Beratern nochmals versichert, falls eine westliche Stationierung nötig werde, bleibe es beim „Waffenmix“.

Zu dem Bericht der WELT vom Dienstag unter der Schlagzeile „Bonn bestätigt: Neue Linie für Genf“ ließ Regierungssprecher Boenisch gestern die folgende Stellungnahme verbreiten:

„Der Bericht der Tageszeitung DIE WELT vom 20. September 1983 ‚Kanzlerberater heute im Weißen Haus' enthält wahrheitswidrige Behauptungen. Die Bundesregierung erklärt dazu:

– Es ist falsch, daß der Leiter der Außenpolitischen Abteilung im Bundeskanzleramt, Horst Teltschik, sich heute im Weißen Haus in Washington *um eine größere amerikanische* Flexibilität der Genfer Verhandlungen bemühen soll.

● Fortsetzung Seite 12

Griechenlands Verhältnis zur EG noch mehr verhärtet

Ratspräsident Charalambopoulos bleibt Brüssel fern

ULRICH LÜKE, **Brüssel**

Das Verhältnis zwischen Griechenland und seinen Partnern in der Europäischen Gemeinschaft hat sich gestern weiter verhärtet. Zur Überraschung der Teilnehmer des Brüsseler EG-Ministerrates lehnte es der griechische Außenminister und amtierende Ratspräsident Jannis Charalambopoulos ab, einer von Bundesaußenminister Genscher beantragten Aussprache der Außenminister der Zehn im Rahmen der politischen Zusammenarbeit zu präsidieren und zu diesem Zweck nach Brüssel zu kommen. Charalambopoulos hatte sich schon am Montag beim regulären EG-Ministerrat vertreten lassen. In Kreisen der Europäischen Gemeinschaft hat diese Weigerung deutliche Verärgerung hervorgerufen.

Genscher wollte die Ratssitzung zum Anlaß nehmen, wenige Tage vor Beginn der UNO-Vollversammlung die Politik der EG-Mitgliedsregierungen zu den aktuellen Fragen der Weltpolitik zu koordinieren. Nunmehr besteht nach Meinung Brüsseler Beobachter die Gefahr, daß sich die üblicherweise vom Ratspräsidenten der EG vorgetragene Position der Gemeinschaft in New York auf Allgemeinplätze beschränken wird.

Bereits in der Schlußphase der Madrider KSZE-Folgekonferenz war es zu Spannungen zwischen der griechischen Regierung, die bis zum Jahresende die Präsidentschaft in der Gemeinschaft einnimmt, und den übrigen Partnern gekommen. Verschlechtert hatte sich die Atmosphäre dann bei einem Außenministertreffen Anfang letzter Woche in Athen, als sich Griechenlands Außenminister entschieden weigerte, den Abschuß des koreanischen Jumbo-Jets durch die Sowjets überhaupt auf die Tagesordnung der Beratungen zu setzen.

Die gestrige Aussprache über die künftige Finanzierung der EG und über Schwerpunkte für neue Gemeinschaftspolitiken brachte erwartungsgemäß zunächst noch keine neuen Gesichtspunkte. Die Bundesregierung fand nur bei Großbritannien Unterstützung für ihre Bemühungen, sich vorläufig nicht auf eine Aufstockung der Eigeneinnahmen der EG festzulegen.

Scharfe Mertes-Kritik an Moskau

Drastischer Rückgang der Aussiedlerzahlen / „Maßstäbe des Friedens mißachtet“

BERNT CONRAD, **Bonn**

Die Zahl der deutschen Aussiedler aus der Sowjetunion hat von Januar bis Ende August dieses Jahres mit einem Monatsdurchschnitt von 115 den niedrigsten Stand seit 1972 erreicht. Darauf wies gestern der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), hin. Mertes betonte, der seit längerem zu verzeichnende Rückgang der Aussiedlerzahlen erfülle die Bundesregierung mit großer Sorge. „Die Entwicklung ist eingetreten, obwohl wir das Problem in den letzten Jahren wiederholt mit großem Nachdruck gegenüber der sowjetischen Führungsspitze angesprochen haben.“

Waren 1976 noch monatlich 809 deutsche Aussiedler aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik Deutschland gekommen, so sank die Zahl 1979 auf 602, 1981 auf 314 und 1982 sogar auf 172. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hatte im Januar an den sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko bei dessen Besuch in Bonn appelliert, für das humanitäre Anliegen der Ausreise von Deutschen Verständnis zu zeigen. Gromyko versprach eine „wohlwollende Prüfung“. Trotzdem gingen die Zahlen weiter zurück. Im Juli beispielsweise wurden nur 87 Aussiedler aus der Sowjetunion registriert.

Bundeskanzler Kohl erneuerte bei seinen Gesprächen in Moskau Anfang Juli den Wunsch nach mehr Ausreisegenehmigungen und übergab der Sowjetführung eine Härteliste. Ob der Anstieg der Aussiedlerzahlen im August auf 211 eine Folge dieser Intervention oder jahreszeitlich bedingt war, ließ Mertes offen.

Zur generellen Entwicklung in den vergangenen Monaten meinte der Staatsminister: „Friede heißt auch Friedensgestaltung auf der Grundlage von Menschenrecht und Menschlichkeit. Das Schicksal der Deutschen in der Sowjetunion und der Rückgang der Zahl der deutschen Aussiedler beweisen, daß die Sowjetunion diese Maßstäbe des Friedens mißachtet.“ Das Argument der sowjetischen Regierung, der Rückgang der Zahlen sei natürlich, da die meisten Ausreisewilligen schon die Sowjetunion verlassen hätten, bezeichnete Mertes als nicht stichhaltig. Beim Deutschen Roten Kreuz seien derzeit etwa 100 000 Ausreisewünsche erfaßt. Insgesamt lebten rund zwei Millionen Deutsche in der Sowjetunion. Mertes versicherte: „Wir werden die Sowjetunion weiter auf Einhaltung ihrer Zusage in geeigneter Form drängen.“

c

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Polit-Pause

Von Günther Bading

Zeitverzögert hat die Bundesregierung auf den Appell des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu einer Fünf-Minuten-Mahnpause für den Frieden am 5. Oktober reagiert. Spät, aber doch mit dem nötigen Ernst, ohne Dramatisierung.

Ernstgenommen muß der Aufruf schon werden; schließlich hat die Kurzzeit-Arbeitsruhe den Charakter eines Warnstreiks mit politischem Hintergrund. Politische Streiks allerdings sind aus gutem Grunde nicht erlaubt. Die Regierung hat zu Recht darauf verwiesen, daß der Betriebsfrieden in Gefahr geraten und damit eine Entwicklung eingeleitet werden könnte, deren Ende nicht absehbar ist. Fünf Minuten nur – dennoch: Man stelle sich vor, eine andere politische Gruppierung als die Gewerkschaften würde zu einer Mahnwache für die Stationierung neuer Raketen – vielleicht auch „ohne Wenn und Aber" – aufrufen.

Dramatisieren sollte man die Mahnpause allerdings auch nicht. Weder die Arbeitgeber noch die Bundesregierung haben dies getan. Beide verwiesen indes zu Recht darauf, daß Arbeitsrecht verletzt werden soll; beide verzichteten darauf, einen Kreuzzug gegen den DGB-Appell zu beginnen.

Der DGB fühlte sich zum Handeln gedrängt, denn in der Acht-Millionen-Mitglieder-Organisation wachsen die Spannungen rund ums Thema Frieden. Schon lagen Vorschläge auf dem Tisch, zeitgleich und abgestimmt mit der großenteils kommunistisch beeinflußten Friedensbewegung am 22. Oktober eine Viertelstunde zu streiken; linke Sozialdemokraten, keine Gewerkschafter, hatten gar Generalstreik oder auch Produkt-Streik gegen Rüstungsgüter propagiert. So gesehen, hat der DGB-Bundesvorstand ein Ventil geöffnet. Fünf Minuten soll die Arbeit ruhen, länger nicht. Damit wird der Symbolcharakter der Aktion unterstrichen. Auch soll die Mahnpause ganz bewußt nicht in der „Aktionswoche" der Friedensaktivisten vom 15. bis 22. Oktober stattfinden, sondern in, auch zeitlicher, Distanz dazu.

Warum muß eigentlich für den Frieden Arbeit verweigert werden? Könnte man nicht auch eine Stunde Mehrarbeit leisten und den Zusatzverdienst von acht Millionen DGBlern dem Roten Kreuz überweisen, *zur Hilfe dort, wo heute kein* Friede ist, in Tschad oder Libanon?

Risikobereit

Von Rüdiger Moniac

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat eine Erklärung verabschiedet, in der er sich darum bemüht, den evangelischen Christen in der unruhigen, heftigen, ja häufig ohne jegliche Orientierung geführten Diskussion über die Friedensfrage aus religiöser Sicht Hilfe zu geben. Der stellvertretende Ratsvorsitzende Hild hat vor allem eine These dieser EKD-Erklärung in einem Rundfunkinterview besonders unterstrichen. Hild sagte, der Westen müsse ablassen, starr und schematisch am Denken im Gleichgewicht festzuhalten. Es könne notwendig sein, begrenzte Risiken vorübergehend in Kauf zu nehmen.

Aus diesem Gedanken spricht der Gesinnungsethiker reinsten Wassers. Wer sich auf diesen Standpunkt stellt, verkennt die Hinwendung zur Aufgabe, die es dem handelnden Politiker nicht erlaubt, allein seinem moralischen Anspruch zu folgen. Denn er trägt die Verantwortung für die Gemeinschaft, letztlich den Staat.

Als Verantwortungsethiker muß der Politiker den Kirchenmann dann aber fragen, woher er sich für geeignet hält, dem Politiker *in den so komplizierten und nur noch für wenige* überschaubaren Fragen der Sicherheitspolitik oder, wie die Verängstigten längst lieber sagen, Friedenspolitik, Ratschläge *zu erteilen.*

In der EKD-Erklärung heißt es, die Strategie des Westens zur Kriegsverhütung müsse fortentwickelt werden. Die Drohung mit dem Ersteinsatz von Atomwaffen zur Verteidigung gegen einen konventionellen Angriff könne nicht ihre Grundlage bleiben, weil der Einsatz von Massenvernichtungsmitteln für das christliche Gewissen unerträglich sei.

Wer solche Forderungen aufstellt, nimmt demnach in Kauf, eine Verteidigung mit rein konventionellen Waffen gegen eine denkbare militärische Aggression aus dem Osten zu führen. Dazu stellt sich die Frage: Kann es ein christliches Gewissen ertragen, daß in unserem Lande ein „nur" konventioneller Krieg toben könnte? Wäre das keine „Massenvernichtung"? Vergessen die Kirchenmänner die fast täglich zu sehenden Fernsehbilder aus dem geschundenen Beirut, wo „nur" das Arsenal des konventionellen Krieges angewendet wird?

Kriegsverhinderung ist nicht ohne die Drohung mit dem Atom möglich. Das sagt dem handelnden Politiker die Verantwortungsethik.

Spiel mit Drusen

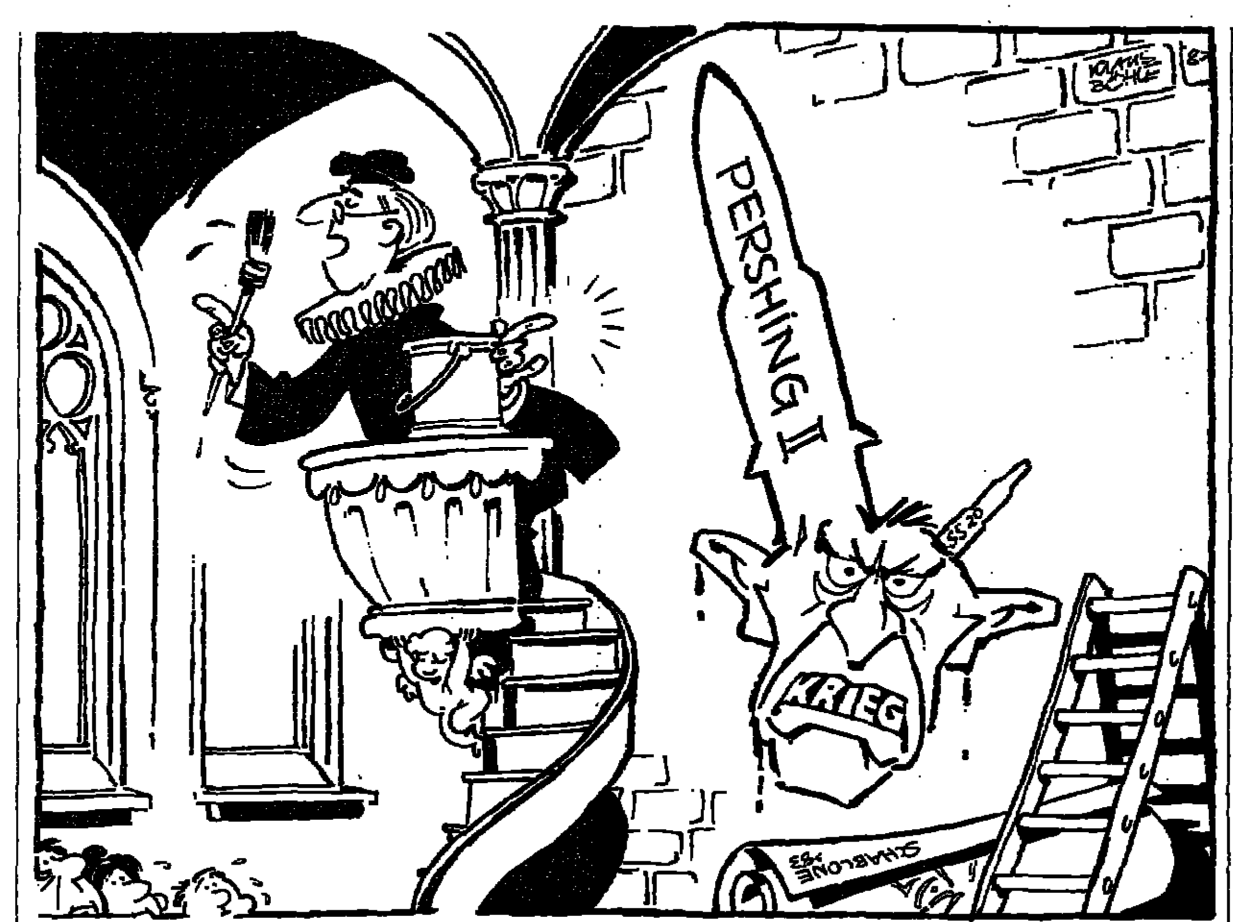
Von Rafael Seligmann

Israels Verteidigungsminister Moshe Arens soll mit den Gedanken an eine Unterstützung der Drusen in Libanon spielen. Es mag auf den ersten Blick einiges für diese Überlegungen sprechen: In Israel leben etwa 50 000 Drusen. Diese Minderheit ist fest integriert in Staat und Armee. Die beiden drusischen Knesset-Abgeordneten werden im gegenwärtigen Poker um eine Neubildung der Regierung benötigt. Die drusische Bevölkerung des Golan wiederum hat zwiespältige Gefühle gegenüber dem jüdischen Staat; sie wird deshalb von Jerusalem permanent mit Zugeständnissen umworben. Ein Eintreten Israels zugunsten der Drusen in Libanon würde sich gewiß positiv auf die Haltung der israelischen Drusen auswirken.

Hinzu kommt ein scheinbar verlockender strategischer Vorteil: *Die Drusen, eine dem Islam nahestehende Religions-* und Volksgemeinschaft, bilden in Libanon gegenwärtig das Zünglein an der Waage im Ringen zwischen Christen und Mohammedanern. Gelänge es Israel nun, die Drusen Dschumblatts, deren Milizen im Schuf ihre Kampfkraft bewiesen, aus dem Bündnis mit der PLO und den Syrern herauszubrechen, so wäre dies ein deutlicher Rückschlag für die Bemühungen von Damaskus und der PLO, dieses Land zu beherrschen und in eine militärische Aufmarschbasis gegen Israel zu verwandeln.

Der Haken an der Geschichte? Es mag durchaus sein, daß Dschumblatt zu einem temporären Bündnis mit Israel bereit ist, dessen militärische Schlagkraft er kennt. Er würde diese Situation jedoch umgehend dazu ausnutzen, die christliche Gemeinschaft zu schlagen, wo immer er kann. Großangelegte Pogrome an *Christen wären die Folgen – deren Ausmaß* die gegenwärtigen Massaker an Christen im Schuf ahnen lassen.

Eine Schwächung der christlichen Position müßte darüber hinaus mittelbar zum Sturz der prowestlichen, mit Israel durch ein stillschweigendes Einvernehmen verbündeten Regierung Gemayel führen. Der Sinn der militärischen Operation „Frieden für Galiläa", die so viele Opfer gekostet hatte, würde ad absurdum geführt.



„... Man kann den Teufel gar nicht groß genug an die Wand malen!"
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Verleumdung der Republik

Von Manfred Schell

Hysterie und Heuchelei sind zu bevorzugten politischen *Kampfmitteln in dieser Republik* geworden. Dies trifft nicht nur für die Art und Weise zu, wie im und *außerhalb des Parlaments mit* geradezu diabolischer Geschicklichkeit die Widerstände gegen die Sicherheitspolitik des Westens organisiert und entfacht werden. Eine solche Sicht wäre zu eng und deshalb gefährlich. Alle, denen an diesem Staat liegt, müssen sich bewußt werden, daß eine breitgefächerte Opposition entstanden ist, die das demokratische Staatswesen mit permanenten Machtproben herausfordern und zermürben will. Ihre Aktionsmöglichkeiten sind wirkungsvoller als etwa die der APO im Jahre 1968, weil ein Schulterschluß mit den Grünen und leider auch mit Teilen der SPD im Bundestag gelungen ist. Die Stoßrichtung dieser Opposition wird sich nicht im Kampf gegen die NATO-Nachrüstung erschöpfen. *Deshalb ist die Puzzle-Frage,* ob und wie sich nun dieser Herbst aufheizen wird, eher zweitrangig.

Die Strategie dieser Opposition ist längerfristig angelegt. Sie bereitet schon jetzt, bewußtseinsbildend, *„Anschlußthemen" auf.* Die Ausländerpolitik, die Staatspraxis bei der Asylgewährung werden die nächsten Felder sein. Die hysterischen Reaktionen auf den tragischen Selbstmord des türkischen Asylbewerbers Altun in Berlin, die im Zusammenwirken von Grünen und SPD auch ins Parlament hineingetragen wurden, zeigen in diese Richtung. Und da man den Kampf gegen die Sachpolitik personifizieren muß, um ihm Wucht zu geben, kommt es nicht von ungefähr, daß Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann im Zen*trum der Attacken steht.* Er wird die Solidarität des Kanzlers und der Koalition brauchen, um diesen Sturm zu überstehen; *an seiner eigenen* Standfestigkeit ist nicht zu zweifeln.

Die Asylpraxis ist anhand des Falls Altun – dem „Märtyrer" einer repressiven Staatspraxis – zu einem politischen Kampfthema geworden. Die Grünen und auch Redner der SPD haben sich verstiegen, als sie die Verantwortung *für den Selbstmord* der Bundesregierung anlasten wollten. Denn solche Diskussion kann schnell auf die Urheber zurückschlagen: Wieviel Selbstmorde, so wurde im Par*lament gefragt, hat es in den deut*schen Haftanstalten gegeben, als Hans-Jochen Vogel Justizminister war? *Die Polemik jedenfalls* überlagert die Wirklichkeit. Die Asylgarantie durch Artikel 16 des Grundgesetzes *ist sehr großzügig gefaßt.* Sie hat ihre Wurzeln in den Geschehnissen und Erfahrungen der NS-Zeit. Von daher bestehen auch besondere Verpflichtungen der Deutschen.

Ein Blick in die Protokolle des Parlamentarischen Rates vom Mai 1949 belegt, daß dies den Vätern der Verfassung wohl bewußt war. Freilich konnten sie nicht erahnen, zu welchen Ausuferungen und Mißbräuchen es einmal kommen wird. Aber *immerhin hat* Carlo Schmid (SPD) schon damals eine Position vertreten, die durchaus aktuellen Bezug hat: „Asylrecht bedeutet nicht, daß derjenige, der es in Anspruch nimmt, Freizügigkeit genießt." Die Asylrechtgewährung, so sagte Schmid, ist immer eine „Frage der Generosität". Die Bundesrepublik Deutschland nun hat sich über all die Jahrzehnte hinweg großherzig verhalten. Asylbewerber aus osteuropäischen Staaten werden, gleich welche Begründung sie vortragen, generell nicht zurückgeschickt. Bewerber *aus anderen Staaten, zum Beispiel* aus der Türkei und aus Pakistan, erhalten – wenn sie in unserem Land sind – ein rechtsstaatliches Verfahren. Iura novit curia – dies gilt auch für die Richter, die sich mit dem Asylrecht befassen. Bis zur Entscheidung werden die Asy*lanten materiell* versorgt. Man vergesse nicht: Tausende von Asylbewerbern sind mit einer Menge Lü*gen im Gepäck angereist.* Gefälschte Dokumente über angeblich politische Verfolgungen wurden vorgelegt. In Wahrheit handelte es sich um Wirtschaftsflüchtlinge, die skrupellosen Geschäftemachern und Schleppern in die Hände gefallen waren.



Im Zentrum der Attacken: Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann FOTO: JUPP DARCHINGER

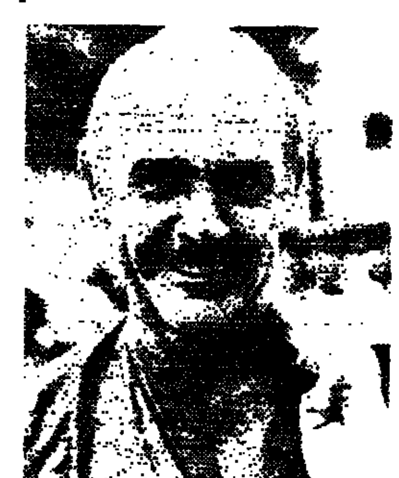
Kritiker müssen sich entgegenhalten lassen, daß es zum Beispiel in Dänemark – in dem der Hohe Flüchtlingskommissar Hartling einmal politische Verantwortung getragen hat –, in Finnland, wie in dem klassischen Zufluchtsland Schweiz, für Asylsuchende überhaupt kein gerichtliches Verfahren gibt. Wer Entscheidungen über Menschen trifft, das ist die hierzulande geltende Philosophie, muß diese selbstverständlich begründen, vor allem dann, wenn bei einer Zurückweisung Gefahr für Leib und Leben bestehen könnte. Wenn das Leben des Asylbewerbers *gefährdet ist,* wird generell auf Zurückweisung oder Amslieferung verzichtet. Häufig aber werden *drohende Folterungen als* Antragsgründe vorgebracht. Das Bundesverwaltungsgericht hat hierzu ein bemerkenswertes Urteil gefällt. Danach steht Artikel 16 allein dem „politisch Verfolgten" zu. Die Überstellung eines Asylanten in ein Land, in dem ihm Folter droht, wird durch das Gericht abgelehnt. Aber es sagt auch, daß „die Lasten und Beschränkungen, die ein autoritäres System eines fremden Landes seiner Bevölkerung allgemein auferlegt, für sich allein" einen Anspruch auf Asyl nicht zu begründen vermögen.

Die Problematik ist also, wie das Gericht dargestellt hat, vielschichtig. Gründliche Einzelfallentschei*dungen sind notwendig. Behörden* und Gerichte haben es sich auch in der Vergangenheit nicht leichtgemacht. Über die Reichweite und die Grenze des Asylrechts muß sachlich debattiert werden. Die vermeintlich populären Alternativen „Ausländer raus" und „Alle Ausländer rein" taugen dafür nicht.

IM GESPRÄCH Sean Connery

Schotte, stolz und spendabel

Von Margarete v. Schwarzkopf



Comeback als 007: Sean Connery FOTO: JÜRGEN + THOMAS

Nur 900 000 Dollar kostete vor gut 20 Jahren ein *Film mit dem* Titel „James Bond jagt Dr. No". Der Film basierte auf dem Roman des Briten Ian Fleming. Die Rolle, den Agenten 007, spielte damals ein unbekannter Schauspieler schottischer Abstammung, Sean Connery. Am 5. Oktober 1962 hatte der Agententhriller in London Premiere, und es war allen Kritikern sofort klar: „A Star is Born."

Insgesamt sechs Mal übernahm Sean Connery die Rolle des Spions Ihrer Majestät. Mehr als 410 Millionen Menschen in aller Welt sahen die haarsträubenden Abenteuer des zynischen Helden, dem die schönsten Frauen dutzendweise *hinterherliefen* und der die größten Bösewichter dieser Welt, darunter Goldfinger alias Gert Fröbe und Red Grant alias Lotte Lenya, reihenweise besiegte.

Nach dem Film „Diamantenfieber" (1971) aber zog Connery sich von Bond zurück. „Ich bin doch Schauspieler, kein sexbesessener Hampelmann", knurrte er. „Ich möchte, daß man sich später an *mich* wegen ganz anderer Rollen und nicht daran erinnert, daß ich meine ‚Walther PPK' besser kannte als die Dramen von Shakespeare."

Über den Mangel an attraktiven Rollenangeboten im Kino mußte Connery sich in den vergangenen zehn Jahren aber nicht beklagen. Sidney Lumet beschäftigte ihn in „Der Anderson-Clan", John Huston in „Der Mann, der König sein wollte" und Richard Lester gab ihm die Rolle *des alternden Rebellen Robin Hood* in „Robin und Marian".

Und irgendwo ist auch Sean Connery ein Rebell. Der Mann, der sich „Scotland forever" auf den Arm tätowieren ließ, sähe sein Heimatland am liebsten von England getrennt. Seine Begründung: „Ich bin für kleine Nationen. Denn kleinere Länder bedeuten kleinere Konflikte. Spannungen zwischen Supermächten führen leicht zu Weltkriegen." Sean Connery hat seinen schottischen Patriotismus auch auf andere Weise ausgelebt, in*dem er eine Stiftung gründete,* den „Scottish International Education Trust". Aus den Erträgen der Stiftung – Connerys Millionengage für den Film „Diamantenfieber" – wird mittellosen jungen Schotten eine Ausbildung ermöglicht.

Nun ist der Schotte trotz aller dramatischen Beteuerungen, „nie wieder Bond", heim zu seinen fetten Pfründen gekehrt. Im Oktober kommt er in dem Remake seines alten Hits „Feuerball" (1965) zum sieb*ten Mal als 007 auf die Leinwand.* „Ich bin Schotte – wie konnte ich da der Gage von sieben Millionen Dollar widerstehen", erklärt Connery. *Und* so paßt der Titel ideal zu seiner eigenen Karriere: Statt „Feuerball" heißt der Film nämlich nun „Sag nie wieder nie".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE GUARDIAN

Der Dialog der Supermächte müsse fortgesetzt werden, fordert das Londoner Blatt:

Die UNO-Generalversammlung ist kein ideales Forum, um die Ost-West-Ängste im Detail zu erörtern oder die Zusammenarbeit voranzubringen. Aber nach dem Schock des Zwischenfalls über dem Ochotskischen Meer wird die Stimmung dergestalt sein, daß auf bessere Sicherheitsvorkehrungen als Schutz gegen das Unvorhersehbare gedrungen wird. Um so bedauerlicher ist es darum, daß (der sowjetische Außenminister) Gromyko nicht *teilnimmt* ... Indem sie seiner Maschine Landeverbot für Zivilflugplätze erteilten, haben die Amerikaner *gegen ihre Verpflichtun*gen gegenüber UNO-Besuchern verstoßen, auch wenn sie ihm als Ersatz einen Militärflugplatz anboten. Die Kleinlichkeit des Verbotes beunruhigt jedoch, wenn man die offenkundige Notwendigkeit dagegen hält, daß die USA und die UdSSR ihre Kommunikation miteinander verbessern. Die Genfer Gespräche über eine Rüstungsbegrenzung haben den heftigen Krieg der Worte bisher überdauert, aber beide Seiten werden, *was immer dort auch geschehen mag,* ihre riesige Fähigkeit zur gegenseitigen Vernichtung beibehalten. Wenn es unerläßlich ist zu gewährleisten, daß diese Fähigkeit nicht vorsätzlich genutzt wird, ist es gleichermaßen unerläßlich sicherzustellen, daß von ihr nicht durch einen Irrtum Gebrauch gemacht wird.

SÜDWEST PRESSE

Die Ulmer Zeitung befaßt sich mit EKD-Erklärung zur Nachrüstungs-Problematik:

Die Friedenserklärung der EKD ist maßvoll, ausgewogen und ohne falsches Eifern. Trotzdem bleibt es problematisch, ob die Kirche, welche auch immer, dazu gerufen ist, sich zu Fragen zu äußern, die in der Tagespolitik umstritten sind. Weil die Würze auch eines solchen Papiers in der Kürze liegt, wird der Gegenstand der Diskussion fast unerträglich vereinfacht, werden die zahllosen Verflechtungen, Überlappungen, Abhängigkeiten, Konfrontationen in der Weltpolitik notwendigerweise nur ungenügend dargestellt. Deshalb öffnen sich auch da, wo die EKD scheinbar präzise formuliert, präzise neue Fragen, die dann ohne Antwort bleiben. Was sind denn die „begrenzten Risiken", die man bei der „Abkehr vom starren und schematischen Gleichgewichtsdenken" *eventuell in Kauf* nehmen muß? Heißt das, unter Umständen die Schwelle zum konventionellen Krieg zu senken? Heißt das, auf Nachrüstung mit Pershing 2 zu verzichten? Auch „begrenzte Risiken" müssen beschrieben und definiert sein, wenn man sie würdigen und bewerten soll als Folgen einer Abkehr vom Gleichgewichtsdenken.

General-Anzeiger

Die in Bonn erscheinende Zeitung schreibt zu den umstrittenen Äußerungen des CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler:

Wenn CDU-Generalsekretär Geißler *die SPD oder Teile von ihr als* „fünfte Kolonne" Moskaus verteufelt, hat er die Grenzen des im politischen Streit gerade noch Zulässigen deutlich überschritten. Man *mag* das Abrutschen vieler Sozialdemokraten ins politische Abseits für bedenklich oder sogar für gefährlich halten, aber man kann sie deswegen nicht des vorsätzlichen Landesverrates bezichtigen. *Geißler* darf sich nun über *die* massive Schelte, die übrigens nicht nur im linken Parteienspektrum an seinem neuerlichen *Ausrutscher* geübt wird, nicht wundern. Daß dabei Titulationen wie „Erzverleumder" oder „Faschist" verwendet werden, macht die Angelegenheit freilich nicht appetitlicher und die Auseinandersetzung darüber eher peinlich.

Ultimatum bei HDW oder Das bittere Finale an der Elbe

Werksbesetzungen und Solidaritätsadressen ändern nichts: Es gibt keine Aufträge für die Werften / Von Uwe Bahnsen

Mit dem Ultimatum des Aufsichtsrates an die Hamburger HDW-Belegschaft, die Besetzung bis heute früh zu beenden und die Arbeit wiederaufzunehmen, oder aber rechtliche Konsequenzen zu riskieren, über die niemand im unklaren sein könne, haben die Auseinandersetzungen um die größte deutsche Werft ihr Finale erreicht: Die Okkupanten beschlossen zu räumen. Die Stunde der Wahrheit war *gekommen;* sie kam nicht unerwartet, aber sie ist dennoch bitter – vor allem für diejenigen, die sich *von den Stellwänden* mit Solidaritätsbekundungen, von Politikern wie dem SPD-Fraktionsvorsitzenden *Henning* Voscherau und der GAL-Abgeordneten Thea Bock, die Geld brachten, wie von der sozialdemokratisch *organisierten* Kirmes vor den Werktoren den Blick auf die harten Tatsachen hatten versperren lassen.

Wie diese Fakten aussehen, hat Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff soeben den Arbeitern der Bremer AG Weser, deren Betrieb im Zuge der Bremer Werftenfusion geschlossen werden soll, ungeschminkt gesagt: Es gibt einfach nicht mehr genügend Aufträge, auch nicht mit der immer wieder von der Regierung verlangten Auftragshilfe: „Mit dem besten Konzept der Welt werden wir diese Situation so lange nicht ändern können, bis die Weltwirtschafts- und Welthandelsentwicklung wieder neue Nachfrage hervorrufen." Lambsdorff fügte einen für die Beurteilung des Problems sehr wichtigen Satz hinzu: Die Unterschiede zwischen Preisen und Kosten in der Bundesrepublik und in Ostasien seien durch staatliche Hilfen nicht auszugleichen.

Ein bemerkenswertes Koreferat dazu hat zum selben Zeitpunkt einer der bekanntesten deutschen Reeder, der Chef der Hamburg-Süd, John Henry de la Trobe, vor Wirtschaftlern in der Hansestadt gehalten. Dieser sehr nüchtern und abgewogen urteilende, von jeglichem Hang zur Schwarzmalerei völlig freie Schiffahrtsexperte legte seinen Zuhörern dar, wie die nächsten Jahre für alle am Seehandel Beteiligten mutmaßlicherweise verlaufen werden. Sein Fazit: Es wird zunächst eher noch schlechter als besser. Die Gründe: ungenügende Auslastung der Handelsschiffe als Folge von Schrumpfungen im Welthandel, jahrelang aufgebaute Überkapazitäten, hohe Kostenstrukturen, Auslandskonkurrenz, die erfolgreich deutschen Reedereien Ladung abjagt.

So ist die Lage. Wer sie den am meisten Betroffenen, den Werftarbeitern, sachlich schildert, muß keinesfalls gewärtigen, von ihnen vom Podium gejagt zu werden: Lambsdorff wurde im Gegenteil von einem Teil der Belegschaft der AG Weser mit Beifall verabschiedet. Das ist ein Zeugnis für die Fairneß, die Sachlichkeit und die Disziplin dieser Arbeiter, und es ist nicht das einzige Beispiel, auch nicht in Hamburg bei HDW. In den Belegschaften *wächst die Einsicht,* daß Werftbesetzungen wie die im HDW-Werk Ross zu einer weiteren Kategorie wirtschaftlicher Tatbestände führen – zu möglicherweise nicht reparablen Schäden, zu Verlusten an Geld und Goodwill. Bei HDW kostet jeder Tag Besetzung eine Million Mark. Schon sind die ersten Aufträge für das Unternehmen verlorengegangen. Es bleibt auch unerfindlich, was es nützen soll, wenn in der Bremer AG Weser der Betriebsrat den für Freitag vorgesehenen Stapellauf eines Frachters für eine deutsche Reederei blockiert. Wer die Werften besetzt und verhindert, daß gearbeitet wird, schädigt diese um ihre Existenz ringende Branche und gefährdet auch noch die Arbeitsplätze, die *erhalten bleiben sollen* (bei HDW in Hamburg knapp 2000) – auch wenn er das Gegenteil zu erreichen *hofft.*

Mit hohlem Solidaritätspathos von SPD-Politikern ist den Werftarbeitern *so wenig geholfen wie* mit der verbalen Kraftmeierei einiger Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre.

Wenig hilfreich, wenn auch gut gemeint, sind Offerten wie die des Hamburger Senats, der im Falle HDW die befristete Aussetzung der Kündigungen gegen Cash oder den Verzicht auf städtische Forderungen erreichen möchte – als wenn den Arbeitern damit gedient wäre, in einigen Wochen oder Monaten vor demselben Problem wie heute zu stehen.

Über Verlautbarungen geistlicher Herren schließlich, etwa eine Erklärung des „Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt" (KDA), der hofft, „daß die entschiedenen Handlungen der Belegschaft insgesamt positive Folgen haben", geht man am besten zur Tagesordnung über. Zwei Bischöfe der Nordelbischen Kirche haben den darin enthaltenen Vorwurf abgesegnet, bei HDW sei die offensichtliche Entwicklung „immer wieder verschleiert worden". Wer das behauptet, kennt die Tatsachen nicht. Den Arbeitnehmern in der *deutschen* Werftindustrie, deren Arbeitsplätze nicht mehr zu halten sind, muß durch *flankierende Maßnahmen* schnell, unbürokratisch und wirksam geholfen werden. Das ist die dringliche Pflicht der Unternehmen, der Gewerkschaften und des Staates.

Die Goldene Kutsche rollt – mit Beatrix und Claus

Wie jedes Jahr am dritten Samstag im September begann gestern in Den Haag die neue Sitzungsperiode des niederländischen Parlaments. Dazu gehören das farbenprächtige Zeremoniell eines traditionsreichen Königreiches und die Thronrede der Königin.

Von BODO RADKE

Traditionen können zählebig sein. Als Königin Beatrix der Niederlande gestern in Den Haag das neue parlamentarische Sitzungsjahr mit einer „Thronrede" eröffnete, entsprach der äußere Rahmen haargenau dem, der dem Volk der Holländer seit bald hundert Jahren lieb und teuer ist. So alt nämlich ist jene prunkvolle „goldene Kutsche", mit der die jetzige Königin – wie einst ihre Großmutter Wilhelmina und ihre Mutter Juliana – an jedem dritten Dienstag im September durch die Straßen der Haager Innenstadt zum „Ridderzaal", dem Rittersaal, rollte, der seit über einem halben Jahrtausend als Trutzburg demokratischer Regierungsformen gilt.

Auch die farbenprächtige Gewandung der Kutscher, Lakaien und Reitknechte der goldenen Staatskarosse sowie der ihr folgenden Kutschen mit Angehörigen der Königsfamilie oder Hofwürdenträgern unterschied sich in nichts von der ihrer Vorgänger, die im vorigen Jahrhundert die damaligen Staatsoberhäupter auf der Fahrt zur Parlamentseröffnung begleiteten. Wenngleich jedermann am Straßenrand merkte, daß nicht wenige der so kostümierten heutzutage gewerkschaftlich organisiert sind, nach Dienstschluß Jeans tragen und bei Wahlen vielleicht ihre Stimme Kandidaten von Linksparteien geben.



Die „Goldene Kutsche" ist ein Symbol für die Beständigkeit des niederländischen Königshauses FOTO: ANP

Zeit der Fräcke und Orden ist vorbei

Als die Königin gestern den altehrwürdigen „Ridderzaal" an einer Querseite des Binnenhof genannten Regierungs- und Parlamentszentrums von Den Haag betrat, erlebte sie allerdings ein etwas anderes Bild als ihre gekrönten Ahnen männlichen und weiblichen Geschlechts. Für die Mitglieder der Generalstaaten, des traditionellen Sammelbegriffs für Senat und der (dem Deutschen Bundestag entsprechenden) Tweede Kamer, des Kabinetts und der geladenen Missionschefs des Diplomatischen Corps, ist die Epoche der bestickten Fräcke mit großer Ordensschnalle vorüber. Doch dunkel gekleidet waren sie alle. Die Bürgerschreck-Aufmachung mancher grünen Abgeordneten des Deutschen Bundestages ist – bisher jedenfalls – bei einem solchen Anlaß in Holland noch nicht vorstellbar. Wem aus ideologischen oder anderen Gründen die Krawatte ein Greuel ist, bleibt der Veranstaltung eben fern.

Bei der „Thronrede", die Beatrix zum dritten Mal seit ihrem Amtsantritt am 30. April 1980 in das an ihrem Thronsessel mit Baldachin befestigte Mikrophon sprach, handelte es sich um ein längeres Stück nüchterner Prosa, das bis zum letzten Komma mit mehr oder weniger Sprachgewalt von den einzelnen Ressortministern zusammengestellt und vom christlich-demokratischen Regierungschef Ruud Lubbers in eine einigermaßen vorlesbare Form gebracht wurde. Wie sehr in einer konstitutionellen Monarchie wie der Hollands das Staatsoberhaupt auch am Rande der Formulierung einer „Thronrede" der Allgewalt von Politikern ausgeliefert ist, erlebte die tiefreligiöse Beatrix-Mutter Juliana vor zehn Jahren. Sie mußte sich dem Diktat des damaligen Regierungschefs Joop den Uyl von der sozialistischen „Partei der Arbeit" beugen, auf die bis dahin gebräuchliche Anrufung der Hilfe Gottes am Schluß ihrer Ansprache zu verzichten.

Nun, die in einer ganz anderen Atmosphäre als ihre Mutter, Großmutter und die männlichen gekrönten Vorfahren aufgewachsene Beatrix hätte mit dem Verzicht auf die religiöse Schlußfloskel keine Probleme gehabt. Mehr Sorge hätte ihr gemacht, wenn gestern der Platz an der Seite ihres Thronsessels leer geblieben wäre. Doch dort saß, wie es sich gehört, ihr Ehemann Prinz Claus, der Vater ihrer drei Söhne. Sein Gesichtsausdruck war zwar wie immer ein wenig geistesabwesend, aber er unterzog sich mit der gleichen Korrektheit der lästigen Pflicht eines Prinzgemahls in Holland, der Thronrede der Gattin als Staffage zu dienen, wie das jeweils viele Jahrzehnte für seine Vorgänger Hendrik (Heinrich) aus dem deutschen Fürstenhaus der Mecklenburger und Bernhard aus der Familie zu Lippe-Biesterfeld der Fall gewesen war. Das entscheidende Wort über die Anwesenheit des Prinzen hat wahrscheinlich der Psychiater Professor Nijdam gesprochen. Seit fast zwölf Monaten koordiniert er die Bemühungen mehrerer Nervenärzte, Prinz Claus von seinen häufigen Anfällen zutiefst depressiver Art zu befreien.

Unmut bei den Königstreuen

Millionen Menschen in vermutlich allen Regionen der Erde leiden unter den gleichen Krankheitssymptomen wie der ehemalige Legationsrat des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland. Ihnen aber bleibt erspart, ihren Namen Woche für Woche in Verbindung mit Dingen lesen zu müssen, die über ihre Krankheit hinaus sehr persönliche Lebensbereiche berühren. Wobei man jenseits der Grenzen der Niederlande zur Kenntnis nehmen sollte, daß es in Holland selbst solche Schlagzeilen in Balkenlettern nicht gibt. Der Typ der Boulevard-Zeitung existiert dort nicht. Aber ausländische Massenblätter sind an vielen Kiosken der Großstädte zu kaufen. Und den Unmut nicht weniger treu zu ihrer Dynastie stehender Niederländer über manche Berichte hat der Chronist schon mehrmals in Formulierungen zu spüren bekommen wie: „Sollen sich doch die Deutschen gefälligst eine eigene Königsfamilie zulegen, wenn sie sich so sehr für Klatsch und Tratsch über solche interessieren."

Wie es wirklich um das persönliche Verhältnis zwischen Königin Beatrix und Prinz Claus im 18. Ehejahr steht, wissen nur die direkt Beteiligten. Im staatspolitischen Zusammenhang gilt nach wie vor die Version, daß die Genesung des Prinzen leider geringere Fortschritte mache als zunächst erhofft. Er müsse sich daher weiterhin meist bei Freunden in Bad Driburg aufhalten, um sich dort bei größtmöglicher Abschirmung von der Neugier der Öffentlichkeit weiteren Behandlungen zu unterziehen. An den Wochenenden werde er jedoch regelmäßig bei seiner Familie im Königsschloß „Huis den Bosch" am Stadtrand von Den Haag sein. An eine Wiederaufnahme seiner repräsentativen Verpflichtungen sei vorerst nicht zu denken.

Noch vor wenigen Wochen hatte ein Sprecher des – auch für das Königshaus zuständigen – Rijksvoorlichtings-Dienst (staatliches Informationsamt) es für „höchst unwahrscheinlich" erklärt, daß Prinz Claus seine Ehefrau zur feierlichen Eröffnung der neuen parlamentarischen Sitzungsperiode am 20. September begleiten könne. Auf seiner üblichen Pressekonferenz nach der routinemäßigen Kabinettssitzung am letzten Freitag hatte jedoch Ministerpräsident Ruud Lubbers auf eine entsprechende Frage gesagt, er gehe davon aus, daß der Prinz wohl dabei sein werde.

In politischen Kreisen Den Haags schloß man aus den Worten des christlich-demokratischen Premiers, daß der Regierung sehr an einem Ablauf der gestrengen Zeremonie in gewohntem Rahmen lag. Manche Gerüchte konnten dadurch wenigstens optisch – die Verlesung der „Thronrede" wird im holländischen Fernsehen live übertragen – erschüttert werden. Über andere Gerüchte im Ausland, die von einer möglichen Amtsniederlegung des Staatsoberhauptes wissen wollen, kann man in diesen Kreisen mit Hinweis auf die niederländische Staatsgeschichte seit dem 16. Jahrhundert nur den Kopf schütteln.

Mit Königin Beatrix stellt das Fürstenhaus Oranien-Nassau dem Volk der Holländer nun schon in zwölfter Generation das Oberhaupt – zunächst mit der Bezeichnung Statthalter und seit 1815 mit dem Monarchentitel. Was sich im Laufe dieser langen Zeit an menschlichen Tragödien innerhalb der Fürstenfamilie abspielte, könnte den Stoff für ganze Romanreihen liefern. Aber an Abdankung – es sei denn aus Altersgründen – hat bisher noch nie ein Oranien-Nassauer gedacht. Und Beatrix gilt trotz mancher sonst recht progressiv anmutenden Allüren als sehr geschichtsbewußt. (SAD)

Saubere Abgase nicht nur mit teuren Katalysatoren

Viel Zeit zum Forschen und Entwickeln bleibt den Technikern in den deutschen Automobilunternehmen nicht mehr. Bis zum 1. Januar 1986 müssen sie Fahrzeuge mit extrem niedrigen Abgaswerten auf den Markt bringen. Eine Alternative zum teuren Katalysator ist die Magergemisch-Technologie, auf die vor allem Ford setzt.

Von HEINZ HORRMANN

Hinter der Panzerglasscheibe zuckt auf Bildschirmen im Raum der Arbeitsrhythmus des laufenden Motors. Leuchtende, sich ständig wiederholende grüne Kurven tanzen über mattweißem Grund: mechanische Herztöne im Vierertakt.

An der Trennwand zum schmalen Gang lehnt ein Motoringenieur und beobachtet den Versuchsmotor. Zylinderböden und -wände sind aus hitzebeständigem Glas, durch die eine Hochgeschwindigkeitskamera den Verbrennungsvorgang vom Zünden bis zum Ausstoß der Abgabe Phase für Phase fotografiert. In der total verkabelten und mit Elektronik vollgestopften Versuchskammer im Ford-Entwicklungszentrum Köln-Merkenich testen Teams unter der Regie von Dr. Dieter Stojek neuentwickelte Triebwerke, die extrem wenig Abgase verursachen: Alternativen zur Katalysatorentechnik.

Der Zeitzwang läßt wenig Spielraum zum Forschen und Erproben. Die Bundesregierung will zum 1. Januar 1986 die Abgaswerte über die erheblichen freiwilligen Verbesserungen der Hersteller hinaus in einem Zug und in einem EG-Alleingang auf die US-Norm drücken oder sogar noch darunter. Den Grund für die hastigen Aktivitäten liefert das Waldsterben, obwohl, und da sind sich die Experten einig, Schwefeldioxid Hauptursache für das Ärgernis ist. Dieser Schadstoff kommt zu 56 Prozent von Kraftwerken und Fernheizungen, zu 28 Prozent von der Industrie, zu 14 Prozent von Haushalten, und ganze zwei Prozent werden durch den Straßenverkehr freigesetzt.

Blei im Benzin zerstört den Katalysator

Die mit dem Kabinettsbeschluß angekündigte Einführung von bleifreiem Benzin bedeutet unstrittig, daß die noch exakt zu bestimmenden Abgaswerte mit kostenintensiven Katalysatoren erreicht werden sollen (bis zu 2000 Mark wird jedes Auto teurer). Nur hier hat bleifreies Benzin wirklich einen Sinn. Verbleiter Kraftstoff würde nämlich die wabenförmigen, mit Platin beschichteten keramischen Trägerkörper des Filters sofort zerstören. Die Bleibelastung durch Kraftstoff spielt für die Umwelt eine nur geringe Rolle, seitdem die Bundesregierung mit dem Benzin-Blei-Gesetz bereits 1976 die weltweit geringste Belastung erreicht hat.

Seit der IAA in Frankfurt betonen führende Politiker, daß die Schadstoffverringerung, das saubere Auto also, zum ersten Januar 1986 zwingend sei, die Wege zu diesem Ziel aber den Technikern und Konstrukteuren überlassen bleiben.

Alternativen zu den aufwendigen Dreiwegkatalysatoren sind bei allen Unternehmen in der Entwicklung. Da das System der Abgasrückführung, auf das man einst baute, nur bei leichten Fahrzeugen möglich ist und in den Werten nicht auf US-Niveau zu bringen ist, bleiben vorerst nur zwei technische Möglichkeiten übrig: die Gasturbine und die sogenannte Magergemisch-Technologie, mit der man auf dem Versuchsstand bei Ford bereits gute Werte erzielt hat.

Bei einem mit Magergemisch laufenden Motor wird der Kraftstoff in Verbindung mit relativ viel Luft, genau 18- bis 22mal mehr als Benzin, verbrannt. Ein Vergleich macht deutlich, was das heißt: Moderne europäische Motoren arbeiten heute mit einem Luft-Kraftstoff-Verhältnis von 14,5 bis 15,5:1. Der Betrieb in diesem Bereich führt zu verhältnismäßig hohem Kohlendioxid- und Monoxid-Ausstoß.

Weltweit haben sich die Techniker darum bemüht, die Grenze für das brennbare Luft-Kraftstoff-Verhältnis im Verlauf der letzten zehn Jahre nach oben zu drücken. Damit wird zweierlei erreicht. Einmal verringert sich der Ausstoß von Abgasen, und zum anderen braucht der Motor deutlich weniger Sprit. Die von Ford entwickelten Prototypen, die in Merkenich auf dem Prüfstand laufen, liegen bereits im Bereich von 18–20:1 und sollen in sechs bis sieben Jahren noch auf 22:1 verbessert werden.

Um diese Werte zu erreichen, werden die im Zylinder auftretenden Turbulenzen vor und während des Verbrennungsvorganges verstärkt, der Flammbereich verbreitert sich erheblich. Das führt zu einer sehr schnellen und vollständigen Verbrennung des Gemisches. Geringe Emissionen sind zwangsläufig. Die Hauptelemente für dieses Konzept liegen im wesentlichen in der Brennkammer und der Formgebung der Einlaßöffnungen. Der Einsatz von verbleitem Benzin hat keinerlei Einfluß auf die Leistung des Triebwerkes und seine limitierten Abgaswerte.

Nach den Erfahrungen sowohl in diesem Testbereich als auch mit Katalysatoren in Amerika präsentieren die Ford-Techniker folgende Rechnung: „Mit dem Katalysator können anfangs durchaus bessere Werte erreicht werden als mit der Magergemisch-Technik, aber im Gesamtverlauf einer Betriebszeit von ca. zehn Jahren verursacht das Katalysatorensystem dennoch schlechtere Emissionen. Das US-Ministerium für Energiefragen hat festgestellt, daß die meisten Keramikfilter nach ca. drei Jahren unbrauchbar sind, aber in der Mehrzahl nicht ausgetauscht werden. Bei diesen Fahrzeugen gelangen die Abgase ungereinigt ins Freie, während ein Magergemisch-Motor von Natur aus auf Lebensdauer gleichbleibend niedrigen Schadstoffgehalt aufweist."

In der Praxis – so hat die amerikanische Umweltschutzbehörde (EPA) bei Untersuchungen festgestellt – gibt es mit dem hier angewandten System noch erheblich größere Schwierigkeiten. 20 bis 24,4 Prozent sämtlicher mit Katalysatoren ausgerüsteten Fahrzeuge werden nämlich an den US-Tankstellen mit verbleitem billigerem Benzin betankt, wodurch der teure Filter zerstört wird. EPA veröffentlichte im US-Bundesblatt die Erkenntnis, daß in einigen Gegenden jeder fünfte Autofahrer den Katalysator ausbauen ließ. Der nationale Durchschnitt liegt bei zehn Prozent. Nur in einigen US-Staaten gibt es vorgeschriebene zweijährige Filter-Inspektionen.

Das Magergemisch senkt den Verbrauch

Nur noch am Rande wird als Argument der unterschiedliche Spritverbrauch angeführt. Obwohl die Energieverknappung alle Hersteller zwang, den Benzinverbrauch, wenn möglich, sogar tröpfchenweise zu reduzieren, wird nun ohne Aufregung hingenommen, daß die Katalysatoren-Technik rund zehn Prozent mehr Spritverbrauch verlangt. Beim Magergemisch würden dagegen zum günstigen heutigen Wert noch einmal zehn Prozent eingespart.

Die Turbine ist nach Ansicht von Dr. Kurt Obländer, Chef der Daimler-Benz-Motorenentwicklung, im automobilen Bereich kein Triebwerk für dieses Jahrzehnt. Obwohl die Gasturbine als Alternative zum Hubkolbenmotor alle Spritarten, also Super, Normal, Diesel oder Alkohol, verarbeitet, hat sie mit Abstand die saubersten Abgase. Auch in der Leistungsausbeute ist sie jedem anderen Motor überlegen. Doch nach unten wird's schwierig. Unterhalb von 150 PS läßt sich nach heutigen Möglichkeiten nichts machen. Außerdem steht der zu hohe Verbrauch aufgrund zu niedriger Arbeitstemperatur einer Serienproduktion noch im Wege.

Einzelerfolge freilich gab es bereits. So erreichte ein Rover-Turbinenauto bereits 1952 eine Höchstgeschwindigkeit von 244 km/h, zwei Jahre später baute General Motors mit dem gleichen System einen Rekordjäger, und 1956 versuchte Renault diese Antriebsart. Chrysler schließlich baute eine Kleinserie von 50 Turbinenfahrzeugen und Ford einige Lastwagen.

Die Turbinen-Spezialisten des Volkswagenwerkes schafften es im Forschungsbereich, die Einströmverhältnisse entsprechend den leistungsmäßigen Anforderungen durch einen Leitring mit Schaufelverstellung zu variieren.

Bei der Uneinigkeit der europäischen Länder – Frankreich und Italien sprachen sich eindeutig gegen eine Umstellung auf bleifreies Benzin aus – wäre die Turbine, die als Flugzeug- und Schiffsantrieb bekanntlich zur Perfektion gebracht wurde, auch das ideale Herz fürs Auto.

Mit dem Otto-Motor und der Katalysator-Technik könnte nämlich eine Sorge, die auch Bundesinnenminister Zimmermann noch im Frühjahr teilte, Wirklichkeit werden: Daß der umweltbewußte Deutsche sein Auto am Brenner stehen lassen muß und dann zu Fuß nach Italien geht.

Honecker auch bei der kirchlichen Luther-Feier

Erste offizielle Begegnung mit neuer Kirchenleitung

HANS-R. KARUTZ, **Berlin**

Staats- und Parteichef Erich Honecker nimmt am 10. November in Eisleben an den kirchlichen Feierlichkeiten zum eigentlichen 500. Geburtstag des Reformators in seiner Geburtsstadt Eisleben teil. Dies wurde jetzt aus Ost-Berlin bekannt. Am Vorabend findet in der Ostberliner Oper „Unter den Linden" ein Staatsakt statt, zu dem Honecker auch Bundespräsident Karl Carstens und die Staatsoberhäupter von Schweden, Norwegen, Dänemark und Holland eingeladen hatte.

Wie berichtet, war der Bundespräsident der Einladung wegen Bedenken der Bundesregierung, seine Visite im Ostteil Berlins könnte von der „DDR"-Seite als Status-Aufweichung ausgelegt werden, nicht gefolgt. Als Begründung wies Carstens auf „Terminschwierigkeiten" hin.

In zuständigen Ostberliner Kreisen herrscht Verärgerung über die Absage des höchstrangigen Mannes der Bundesrepublik. Es heißt, die Einladung an den Präsidenten wäre üblicherweise nicht erfolgt, wenn man nicht im Frühjahr – die Teilnahme-Bitte datiert von Ende April – „deutliche Signale" empfangen hätte, wonach Carstens zu einer solchen Reise in den anderen Teil Berlins bereit gewesen wäre. Die „DDR"-Führung fühlt sich durch die Absage öffentlich desavouiert und registriert einen diplomatischen Prestigeverlust auch im westlichen Ausland.

Honeckers Absicht, nun entgegen früheren Planungen keine 24 Stunden nach dem Staatsakt vom 9. November am nächsten Nachmittag auch an den Eislebener Feierlichkeiten teilzunehmen, soll zwei Gründe haben: Der Staatsratsvorsitzende und zugleich Vorsitzende des staatlichen Luther-Komitees will gegenüber der evangelischen Kirche eine Geste der Wertschätzung des Miteinanders von Kirche und Staat machen. Außerdem will Honecker bei dieser Gelegenheit nachholen, was er ursprünglich schon für den 4. Mai beim „Luther-Tag" auf der Wartburg vorgesehen hatte – eine informelle Begegnung mit der neuen Leitung des „DDR"-Kirchenbundes auf protokollarischer Ebene. Bisher war es beispielsweise noch nicht zu einem Gespräch zwischen Bischof Johannes Hempel (Dresden) und Honecker gekommen, seit Hempel die Funktion des Vorsitzenden in der „Konferenz der Kirchenleitungen" übernahm.

Am 10. November werden in Luthers Geburts- und Sterbestadt Eisleben vier Gottesdienste in sämtlichen evangelischen und katholischen Kirchen abgehalten. Am Nachmittag versammelt sich die Gemeinde zu Tausenden um 17 Uhr zu einer Festveranstaltung unter freiem Himmel auf dem Marktplatz am Lutherdenkmal. Dabei sprechen Gäste aus der Ökumene, darunter aus der Bundesrepublik, zum Leitthema des Luther-Jahres „Gott über alle Dinge / fürchten, lieben und vertrauen".

Die Hauptgeburtstagsfeier der Protestanten in der Bundesrepublik am 30. Oktober in Worms beweist die geistliche Einheit der Christen in Deutschland. Auf dem Festakt sprechen Bischof Eduard Lohse als Gastgeber, Joseph Kardinal Höffner, Bundespräsident Karl Carstens, Bundeskanzler Helmut Kohl, Ministerpräsident Bernhard Vogel, Bischof Johannes Hempel aus Dresden als Vorsitzender des „Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR" sowie der Generalsekretär des Weltkirchenrates, Philip Potter. Am Nachmittag hält der soeben in den Ruhestand getretene ehemalige Magdeburger Bischof Werner Krusche in der Lutherkirche zu Worms einen Vortrag über den Vater des Protestantismus.

Brandt warnt Bonn davor, die ausgestreckte Hand auszuschlagen

Gewerkschaftsrat fordert Ende der Provokationen / „Geduld erschöpft"

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat nach einer Sitzung des Gewerkschaftsrates seiner Partei im Namen der Sozialdemokraten und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder die Bundesregierung davor gewarnt, „mit strategischen Sandkastenspielen zur Zerschlagung des Sozialstaates und mit Provokationen" fortzufahren. Man wolle zwar die „strategische Linie der Arbeiterbewegung" in der Bundesrepublik Deutschland nicht verlassen und nicht – wie in anderen Ländern – „Konflikte um des Konflikts willen ins Land holen". Aber, so Brandt, das soziale Klima werde „schnell umschlagen, wenn die ausgestreckte Hand der Gewerkschaften ausgeschlagen wird".

Die massive Kritik im Gewerkschaftsrat hatte sich an den öffentlich angestellten Überlegungen des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU) und des CDU-Bundestagsabgeordneten Heimo George zur Wirtschafts- und Sozialpolitik entzündet. Insbesondere geht es dabei um die Überlegungen, mit Hilfe von Lohnkürzungen die deutsche Wirtschaft konkurrenzfähiger zu machen. Brandt sprach von einem „eindringlichen Appell" und einer „Warnung", daß die „Geduld der Arbeitnehmer erschöpft" sei.

In einer Erklärung des Gewerkschaftsrates dazu heißt es, mit Vorschlägen wie denen von Albrecht und George sei „ein neues Stadium der Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik erreicht: Teile des Unternehmerlagers gehen vom Konflikt zur Provokation über". Und weiter: Wer die Krise als gute Gelegenheit begreife, „den Lebensstandard der arbeitenden Menschen, ihre Chancen der Mitbestimmung und des Mitbesitzes und ihre soziale Sicherheit zu vermindern, wird auf den geballten Widerstand von Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung treffen". Der Weg der „Konfrontation und der Ellenbogenfreiheit für die Stärkeren" schade dem ganzen Volk.

Mit dieser gemeinsamen Erklärung haben führende Gewerkschaftsvertreter – der Gewerkschaftsrat wird satzungsgemäß vom SPD-Vorsitzenden und vom DGB-Vorsitzenden geleitet – ihre bisherige Linie der Zurückhaltung gegenüber der Bundesregierung offenbar aufgegeben. Brandt sprach gestern davon, daß es „dialektisch zu verstehen" sei, wenn sich die Gewerkschafter gemeinsam mit der SPD so hart äußerten, nach Gesprächen im Kanzler-Bungalow hingegen moderat von der Hoffnung auf die „Lernfähigkeit" der Koalitionsregierung sprächen. Am 29. September werde es jedenfalls in Bonn eine Protest-Kundgebung der Stahl- und Werftarbeiter geben, die von der IG Metall veranstaltet werde und zu der man mehr als 50 000 Teilnehmer erwarte. Wie Parteigeschäftsführer Peter Glotz ergänzte, gebe es bereits konkrete Planungen für weitere derartige Versammlungen vom November an.

Darüber hinaus hat der Gewerkschaftsrat der SPD eine „gemeinsame Arbeitsgruppe" gebildet, die über weitere Pläne und Maßnahmen auf der nächsten Sitzung des Gremiums berichten soll. Parallel dazu will die SPD als Taschenbuch in diesen Tagen den Wortlaut der Vorschläge Lambsdorffs, Albrechts und Georges unter der Überschrift „Dokumente der Reaktion" veröffentlichen. In einem Anhang soll an Einzelbeispielen nachgewiesen werden, in welcher Form Arbeitnehmer unter der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung zu leiden haben.

Genscher will Dialog in Gang halten

In New York spricht der Bundesaußenminister mit Amtskollegen der Ostblockstaaten

BERNT CONRAD, **Bonn**

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bemüht sich im Augenblick intensiv, eine Vereisung des Ost-West-Verhältnisses als Folge des Abschusses einer koreanischen Passagiermaschine und der Absage des Gromyko-Besuches bei den Vereinten Nationen zu verhindern. Zu diesem Zweck will Genscher in der kommenden Woche während der Sitzung der UNO-Vollversammlung in New York nicht nur mit „DDR"-Außenminister Oskar Fischer, sondern auch mit anderen Außenministern des Ostblocks zusammentreffen. Die EG-Partner will Genscher zu einer gemeinsamen Linie in diesem Sinne bewegen.

Eine Fortführung des Ost-West-Dialogs halten Genscher und Bundeskanzler Helmut Kohl gerade angesichts der entscheidenden Phase der Genfer Mittelstreckenverhandlungen (INF) für notwendig. Der Außenminister hat dies auch dem sowjetischen Botschafter Wladimir S. Semjonow mitgeteilt, der ihm am vergangenen Montag das Bedauern von Sowjetaußenminister Andrej Gromyko darüber aussprach, daß es wegen dessen Nichtteilnahme an der UNO-Vollversammlung nicht zu dem vorgesehenen Treffen Genscher–Gromyko in New York kommen könne. Allerdings sieht man in Bonn durchaus realistisch, daß der sowjetische Außenminister mit dem Landeverbot für Aeroflot-Flugzeuge nur „einen Anlaß gesucht und gefunden hat, um sich nicht vor der Weltöffentlichkeit verantworten zu müssen", wie Regierungssprecher Peter Boenisch formulierte. In diesem Sinne hatten sich auch amerikanische Regierungskreise geäußert.

Genscher, der am kommenden Montag nach New York fliegt, wird schon am Dienstag morgen mit US-Außenminister George Shultz die internationale Lage erörtern. Am selben Tage will er in einem Vortrag vor dem Institute for East-West-Security-Studies die Bonner Position zum Ost-West-Verhältnis, zur Abrüstung und zur Nachrüstung umreißen. Diese Thematik wird in Genschers Rede vor der UNO-Vollversammlung am Donnerstag nächster Woche ebenfalls eine große Rolle spielen. Das gilt auch für seine Südkoreas, Chinas und Japans.

Daneben wird die kritische Entwicklung in Zentralamerika eine wesentliche Rolle spielen. Dies ergibt sich schon daraus, daß Genscher – bevor er vom 3. bis 6. Oktober am Staatsbesuch des Bundespräsidenten in Washington und Philadelphia teilnimmt – von New York aus für drei Tage nach Costa Rica fliegt. Über die damit zusammenhängende Problematik wird er in New York auch mit dem US-Beauftragten für Mittelamerika, Botschafter Stone, und den Außenministern der Contadora-Staaten (Venezuela, Mexiko, Panama, Kolumbien) konferieren.

Weitere Gesprächspartner Genschers werden unter anderen die Außenminister der afrikanischen „Frontstaaten" und der ASEAN-Staaten (Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, Philippinen) sein.

Pirkl strebt Wechsel nach Straßburg an

Wird Stoiber sein Nachfolger als Sozialminister?

Von PETER SCHMALZ

Hausherr ist der Mittelfranke Fritz Pirkl nicht nur im bayerischen Arbeits- und Sozialministerium in München, das er seit nunmehr 17 Jahren leitet. Hausherr ist Herr Minister auch in der Bildungsstätte Ojen an der spanischen Costa del Sol hoch in den Bergen über Marbella, wo die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung mit Zustimmung und zur Zufriedenheit spanischer Politiker der iberischen Monarchie Hilfestellung gibt beim Aufbau einer demokratischen Infrastruktur: Fritz Pirkl ist seit 16 Jahren Vorsitzender dieser CSU-Stiftung und in dieser Eigenschaft oftmals und ohne öffentliches Aufsehen rund um die Welt unterwegs.

Nach Ojen nun lud er eine Gruppe bayerischer Journalisten ein und ließ an einem warmen andalusischen Abend auf der Terrasse mit Blick bis Gibraltar und Marokko die Gedanken schweifen in die eigene Zukunft. Reizen würde ihn eine Europa-Kandidatur für die CSU, ließ der 57jährige Minister durchblicken. Natürlich müßte er Nummer eins auf der CSU-Liste sein. Und den Vorsitz der Hanns-Seidel-Stiftung wollte er auf jeden Fall auch behalten, habe er doch gerade in diesem Amt wichtige Erfahrung für die Europapolitik sammeln können. Aber natürlich sei das alles Sache der Partei, und bayerischer Sozialminister sei er noch immer „mit Begeisterung", wenngleich ein Sitz im Europaparlament eine „Abrundung meiner politischen Karriere" bedeuten könnte.

Seit Monaten wartet man in München auf ein entsprechendes Wort, nachdem der bisherige CSU-Listenführer, Bayerns früherer Ministerpräsident Alfons Goppel, angesichts seiner 77 Jahre auf eine weitere Europa-Kandidatur verzichtet und seit geraumer Zeit aus der CSU der Wunsch zu hören war, Pirkl solle seinen Ministerposten räumen und „nach Europa gehen". Atmosphärische Störungen zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Sozialminister sind kein Geheimnis mehr.

Doch Pirkl widerstand bisher allen drängenden Lockungen und konnte sich dabei starker Rückendeckung sicher sein: Die Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft der CSU (15 200 Mitglieder) steht loyal zu ihrem seit 1969 amtierenden Vorsitzenden. Die CSU, der er 1949 beitrat, wählte ihn auf dem Parteitag im Juli mit dem drittbesten Ergebnis als Schriftführer in den Landesvorstand – weder Strauß noch dessen vier Stellvertreter erhielten so viele Stimmen.

Wenn Pirkl nun ausgerechnet den Ausflug nach Spanien dazu benutzt, um die Bereitschaft zum Wechsel nach Straßburg zu verkünden, dann hat das nichts zu tun mit der zungenlösenden Eigenschaft des Rotweines. Dahinter verbirgt sich vielmehr eine gewollte oder unbewußte Kommunikationsschwierigkeit auf höchster CSU-Ebene. Während der Name Pirkl für das Europa-Mandat in Parteizirkeln immer wieder gefallen ist, wurde er bisher weder von Parteichef Strauß noch von Generalsekretär Wiesheu offiziell gefragt. Von sich aus wollte er aber auch nicht in der Nymphenburger Straße nachfragen, ob er kandidieren dürfe; andererseits rückt der Termin näher, bis zu dem sich die Partei über die Europa-Liste einigen muß. So wählte Pirkl das voraussichtlich letzte zwanglose Treffen mit Journalisten vor der nächsten CSU-Landesvorstandssitzung am 26. September und gab damit ein entsprechendes Signal an den Landesvorstand.

Die Bereitschaft, das Münchner Ministerium abzugeben, ist nach Ansicht von Beobachtern bei Pirkl durch die „Hampelmänner"-Affäre vor dem letzten Parteitag gewachsen, als der Leiter der Staatskanzlei, Staatssekretär Edmund Stoiber, wegen eines Berichts des „Münchner



Landesbericht Bayern

Merkur" zweimal von sämtlichen Kabinettsmitgliedern eidesstattliche Erklärungen forderte. Unmut löste auch aus, daß kurz vor der Beratung über das Mutterschaftsgeld im Bundesrat Strauß aus seinem südfranzösischen Ferienort Stichworte zur Bundestagsrede Pirkls übermittelte, die umfangreicher waren als die zur Verfügung stehende Redezeit.

Sollte Pirkl die Europa-Liste der CSU anführen, wären damit die Hoffnungen des CSU-Neulings Otto von Habsburg auf diesen Platz zunichte. Dafür könnte sich Edmund Stoiber den Wunsch erfüllen und als Pirkls Nachfolger in den Rang eines bayerischen Staatsministers aufsteigen. Möglicherweise will Stoiber aber auch auf ein Ministeramt in Bonn warten. Hier werden ihm Interessen auf das Verkehrsministerium nachgesagt.

Pirkls Ausscheiden könnte Strauß aber auch zum Anlaß für ein größeres Revirement im bayerischen Kabinett nutzen und das Wirtschaftsministerium neu besetzen. Anton Jaumann, der das Ressort seit 13 Jahren führt, könnte demnächst aus gesundheitlichen Gründen auf eigenen Wunsch ausscheiden. Als Nachfolger gilt Bundesratsminister Peter Schmidhuber.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffer (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klàre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 42 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechel

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6



FDP sieht bei Niederlage neuen Druck von CSU

Bonner Liberale vorsichtig optimistisch für Hessen

STEFAN HEYDECK, Bonn

Im Bonner Thomas-Dehler-Haus ist man zwar zuversichtlich, daß die Freien Demokraten am Sonntag in Hessen und Bremen die Fünf-Prozent-Hürde überspringen und wieder Regierungsverantwortung übernehmen werden. Nach außen hin zeigt man sich aber nur zurückhaltend optimistisch. Sicherheitshalber. Denn, so heißt es vorsichtig in der Parteizentrale, schließlich sei „alles möglich": ein knappes Scheitern genauso wie ein respektables Abschneiden. So war die FDP bei den letzten Bürgerschaftswahlen in Bremen auf 10,8 Proent gekommen, bei den Bundestagswahlen dagegen mit 6,5 Prozent Zweitstimmen unter dem Bundesdurchschnitt geblieben. Andererseits hatten die Liberalen in Hessen am 6. März mit 7,6 Prozent Zweitstimmen das Bundesergebnis um 0,6 Prozent übertroffen, während sie bei den Landtagswahlen vor einem Jahr mit gerade 3,1 Prozent den Einzug ins Parlament in Wiesbaden deutlich verpaßten.

Auf jeden Fall bestehen bei den Freien Demokraten keinerlei Illusionen darüber, daß es für sie wieder einmal auf jede Stimme ankommt. Das nicht zuletzt auch deshalb, weil ihnen die aus Protest nach dem Bonner Koalitionswechsel abgesprungenen Verfechter des sozial-liberalen Bündnisses als Liberale Demokraten (LD) Prozentpunkte abjagen wollen.

So kämpft auch die gesamte Bundesprominenz in den beiden Ländern wie selten zuvor und praktisch bis zur letzten Minute um die Wählergunst. Allein in Hessen absolviert Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer in der „heißen Phase" 93 Einsätze. Der Parteivorsitzende Hans-Dietrich Genscher hat dort 57 Auftritte, seine beiden Bonner Ministerkollegen Otto Graf Lambsdorff und Hans Engelhard kommen auf 48 und 32. Jeweils 62 Veranstaltungen von der Straßendiskussion bis hin zur Großkundgebung stehen in den Terminkalendern von Genschers Stellvertreter Gerhart Rudolf Baum und vom Vertrauten des FDP-Chefs, Staatsminister Jürgen Möllemann. Spitzenreiter unter den Bonner FDP-Wahlkämpfern ist mit 143 Einsätzen der Chef der Bundestagsfraktion Wolfgang Mischnick, der allerdings auch Ehrenvorsitzender der hessischen Liberalen ist.

Dabei stehen die Bundespolitiker vor dem Problem, ähnlich wie vor Jahren bei zeitgleichen Wahlen in Niedersachsen und Hamburg unterschiedlich Koalitionsaussagen vertreten und rechtfertigen zu müssen. So wird in Hessen regelmäßig die Gefahr eines „rot-grünen Bündnisses" und die damit verbundene „Unregierbarkeit" des Landes an die Wand gemalt. Gleichzeitig prangert vor allem Genscher immer wieder ein „rot-grünes Meinungskartell" beim Hessischen Rundfunk an. Hervorgehoben wird aber auch ähnlich wie bei der Zweitstimmenkampagne bei den Bundestagswahlen, daß die CDU allein die absolute Mehrheit nicht erreichen könne und daß nach Bonner Vorbild zur Haushaltskonsolidierung und Konjunkturbelebung auch in Hessen „eine Wende zum Besseren" vollzogen werden müsse.

In Bremen dagegen versuchen die Freien Demokraten nach der jetzigen Oppositionszeit wieder an der Seite der SPD mit den Senat zu bilden. Denn, so die Argumentation, die Mehrheitsverhältnisse ließen nichts anderes zu. Allerdings bleibt nach internen Einschätzungen bis zuletzt offen, wie sich die Werftenkrise auf das Wählerverhalten auswirken wird.

Sollte trotz aller Zuversicht der Bonner FDP die Rückkehr in den Wiesbadener Landtag nicht geschafft werden, so geht man im Thomas-Dehler-Haus dennoch nicht davon aus, daß es innerhalb der Bundesregierung zu einer Belastung des Verhältnisses oder zu Spannungen mit dem Unionspartner kommen würde. Das sei aber zwischen den Koalitionsfraktionen zu befürchten. Die CSU könne dort versuchen, daraus weiteres politisches Kapital zu schlagen und ihren Einfluß auf Kosten der FDP zu verstärken.

Nicht damit gerechnet wird jedoch, daß im Falle eines nochmaligen Scheiterns der Landes-FDP personelle Konsequenzen für die Spitze der Bonner FDP die Folge wären. Zur Begründung wird darauf verwiesen, daß die noch vorhandenen Gegner der Bonner Wende klar in der Minderheit seien und deshalb kaum Chancen hätten, sich etwa mit Forderungen nach einer Ablösung von Mitgliedern der Parteiführung durchzusetzen.

Auf jeden Fall aber steht fest, daß sich die Freien Demokraten unabhängig vom Ausgang der beiden Wahlen mit ihrer Stellung und Rolle im Parteiengefüge befassen müssen und wollen.

Seite 6: Vor der Hessen-Wahl

Paris bestätigt: Irak erhält Exocet-Raketen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Kommentarlos wird im Pariser Außenministerium die Versicherung des Außenministers Claude Cheysson vom Montag bestätigt, Frankreich werde trotz iranischer Drohungen zu seinen vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Irak stehen und dorthin fünf Super-Etendard-Flugzeuge mit den dazugehörigen Exocet-Raketen liefern. Zur Zeit sind die fünf Maschinen noch auf dem Marineflugplatz Landivisiau in der Bretagne stationiert. Iran drohte am Montag, die strategisch nicht nur für Frankreich wichtige Meerenge von Hormuz zu schließen, falls Paris die Flugzeuge an Bagdad liefern sollte.

Außenminister Cheysson hatte darauf verwiesen, daß Frankreich grundsätzlich Lieferverträge erfülle und es sich in diesem Fall um einen Vertrag einer Vorgängerregierung handele. In der Tat besteht das Abkommen, auf dem Waffenlieferungen an Irak basieren, seit 1977. Es enthält die ausdrückliche Klausel, daß diese Lieferungen „ohne Begrenzung", also auch im Falle eines Regierungswechsels, zu erfüllen seien. Im übrigen betont Paris, daß Irak die im Falkland-Konflikt zu trauriger Berühmtheit gelangten Exocet-Raketen bereits besitzt und sie auch von anderen Flugzeugtypen, selbst von Hubschraubern, aus abfeuern kann.

Diese Raketen können Seeziele auf 40 Kilometer Entfernung vernichten. Wegen der elektronischen Abweichung durch metallische Massen sind sie aber für Landziele wie etwa Raffinerien oder Ölbunkeranlagen ungeeignet. Irak könnte also damit iranische Öltanker treffen.

Für seine Haltung in diesem Fall hat Paris eine Theorie bereit: Irak sei friedenswillig und wolle den Konflikt so bald wie möglich auf der Basis der international anerkannten Grenze mit Iran beenden. Iran dagegen will das Regime des irakischen Präsidenten Saddam Hussein beseitigen und den Krieg unbegrenzt fortsetzen. Ein französischer Regierungsbeamter: „Es wäre gut, wenn Irak die Mittel in Händen hätte, um dem Gegner zu zeigen, daß er diese Absicht vereiteln kann."

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

China bestraft selbst Diebe mit Arbeitslager

Jagd auf Kriminelle / Strafgesetze verschärft

JOHNNY ERLING, Bonn

Die Sicherheitsbehörden kamen nachts und gingen nach schwarzen Listen vor. In mehreren chinesischen Städten war Großrazzia auf alle Arten von Kriminellen angesetzt.

Zwei Wochen später, am 23. August, bot sich in der Hauptstadt Peking ein seit langer Zeit ungewohntes Spektakel. Nach einer Massenveranstaltung in der Sporthalle, bei der die Urteile vor 80 000 Zuschauern verlesen wurden, wurden 30 Verurteilte, alle noch unter 35, unter ihnen eine Frau, in der in China üblichen Weise durch Genickschuß exekutiert. Aushänge an den Straßen, vor denen sich dichte Menschenpulks drängten, wiesen 19 von ihnen als Mörder, zehn als Vergewaltiger und einen als besonders schweren Autodieb aus.

Es war nur der Auftakt einer landesweiten Law-and-order-Kampagne. Mehr als 100 000 Verdächtige sollen auf den Listen der Behörden stehen und bis Anfang nächsten Jahres inhaftiert werden. Für die meisten von ihnen, kleine Diebe, ist das Schicksal schon vorgezeichnet. Sie werden den Weg in Arbeitslager antreten, in die unwegsamen Gebiete der Provinz Yinghai, dem „Sibirien" der Volksrepublik. Einige hundert müssen mit der Todesstrafe rechnen.

Chinas neugewählter Parlamentspräsident, Peng Zhen, oft als Vater des 1980 erstmals in der chinesischen Geschichte veröffentlichten Strafgesetzbuches bezeichnet, kündigte nun bereits zum zweiten Mal die Verschärfung der in chinesischen Augen offenbar zu liberal formulierten Strafgesetze an. Nachdem im vergangenen Jahr die im Strafkodex nur für schweren Mord und konterrevolutionäre Tätigkeit mögliche Verhängung der Todesstrafe auch für den Bereich der Wirtschaftskriminalität vom Volkskongreß sanktioniert wurde, können seit Anfang September sechs weitere Delikte mit der höchsten Strafe geahndet werden. Die Palette reicht dabei vom Waffenhandel über Vergewaltigung bis zur Mitgliedschaft in Geheimgesellschaften. Die neuen Gesetze verkürzen bei „erwiesener Schuld" zudem die Berufungsfrist und machen Schnellverfahren möglich.

Der stellvertretende Vorsitzende der chinesischen Juristenkommission, Wang Hanbin, beeilte sich, die erneute Verschärfung zu rechtfertigen. Sie sei eine Ergänzung der Gesetze, sagte Wang, der damit Bedenken in Chinas Juristenkreisen zerstreuen wollte. Denn zahlreiche Todesurteile waren bereits vor der Änderung der Gesetze gefällt worden.

Die fragwürdige Praxis in der Pekinger Gerichtsbarkeit hat erneut unterstrichen, wie schwer es China fällt, sich nach Jahrzehnten der Rechtlosigkeit ein einigermaßen geschlossenes juristisches Gerüst zu erstellen. Da das Gerichtswesen und die Exekutive nicht voneinander getrennt sind, bleibt die Möglichkeit des Mißbrauchs offen. Sie mag den Ausschlag gegeben haben, daß sich nun auch die Gefangenen-Hilfe-Organisation Amnesty International eingeschaltet hat, obwohl sich diese bislang nur politischer Fälle angenommen hat. Denn obgleich auch von ihrer Seite nicht bezweifelt wird, daß Chinas neue Kampagne sich tatsächlich gegen die Kriminalität richtet, hat das Ausmaß Besorgnis hervorgerufen. Allein für August zählte Amnesty mehr als hundert Hinrichtungen in den Großstädten. In den ersten beiden Septemberwochen soll es noch einmal so viele gegeben haben.

Mit seinen drastischen Maßnahmen steuert Peking einer in den letzten Jahren wuchernden Kriminalität vor allem unter Jugendlichen entgegen. Sie gehören der durch die Kulturrevolution gestrandeten Generation an, und sie finden nur schwer Arbeit. Die liberalisierte Wirtschaftspolitik, Chinas Öffnung nach dem Westen – und hierbei besonders die Kontakte mit den Auslandschinesen Hongkongs –, haben das ihre beigesteuert. Berichte über Vergewaltigungen, die Belebung feudaler Bräuche auf dem Lande, Mädchenhandel und die traditionellen wiederentstandenen Geheimgesellschaften erscheinen gehäuft in Chinas lokaler Presse.

Peng Zhen wie auch der Minister für öffentliche Sicherheit sprachen daher im gleichen Tenor von einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Noch im Mai hatte dagegen der Direktor des Büros für öffentliche Sicherheit, Xie Heng, verkündet, der Rückgang der Kriminalität sei „zufriedenstellend".

Inzwischen aber sind seine Aussagen überholt. Ob das neben dem Ministerium für öffentliche Sicherheit im Juni neu eingerichtete Ministerium für Staatssicherheit zum Sinneswandel beigetragen hat, läßt sich nur vermuten. Beide Organe arbeiten aber in der jetzigen Kampagne zusammen.

Rocard schenkt seinen Bauern klaren Wein ein

Frankreichs Agrarminister trotz harter Worte populär

A. GRAF KAGENECK, Paris

Vor und hinter den Kulissen der Brüsseler Agrarmarktszene kennt man ihn inzwischen nicht nur, man beginnt ihn zu fürchten. Er ist überall und nirgends zu finden, zielstrebig und blitzgescheit. Fast noch ein Neuling auf europäischer Szene, doch kein Neuling in der französischen Politik. Ein Mann, der sich offensichtlich in seiner neuen Rolle wohl fühlt und in der nun beginnenden Phase der Neustrukturierung der europäischen Landwirtschaft bereits einen donnernden Böllerschuß abgefeuert hat. Die Rede ist von Michel Rocard, dem Sozialisten am rechten Flügel der Partei und einstigen Herausforderer Mitterrands in der Präsidentschaftsnominierung der Partei. Rocard hat jetzt den europäischen Partnern etwas angedroht, was der eigenwillige General de Gaulle 1965 schon einmal tat: den Stuhl Frankreichs in Brüssel zu räumen, falls man nicht auf französische Vorstellungen von einer Umstrukturierung eingehe.

Rocard hat totsicher noch nie in seinem Leben auf einem Traktor gesessen, geschweige denn eine Kuh gemolken, wenngleich er, wie sein großer Lehrmeister Pierre Mendes-France, zu Frankreichs stets ein wenig belächelten Milchtrinkern zählt. Aber wer geglaubt hatte, dieser zähe kleine Mann mit dem Abschlußdiplom der hohen Verwaltungsschule Ena und einem halben Dutzend Diplomen dazu werde seine neue Aufgabe nicht bewältigen und sei von Mitterrand nur auf den Stuhl des Agrarministers gesetzt worden, um einen gefährlichen Rivalen loszuwerden, sah sich schnell getäuscht. Der einstige Vorsitzende des sozialistischen Studentenverbandes und Gründer der Intellektuellen-Partei PSU (Vereinigte Sozialisten) ist in kurzer Zeit zu einem ungewöhnlich beliebten Sachwalter einer der schwierigsten sozialen Gruppen des Landes geworden.

Seit Jahren steht er unangefochten an der Spitze der Beliebtheitsliste aller linken Politiker des Landes, und selbst bei den Rechtsgläubigen stößt er in Umfragen zuweilen in die Phalanx der Spitzenreiter Barre, Giscard, Chirac und Simone Veil vor. Bisher als Planungsminister eher auf einem Abstellgleis unter einem Regime, in dem jeder Ressortchef vor sich hinplante, bis man in die Sackgasse geraten war, ungehört in seinen Warnungen vor den Exzessen, kann er seine phänomenale Arbeitskraft jetzt auf einem praktischen Gebiet entfalten, für das er nie vorbereitet wurde, das aber in Zeiten zunehmender Technisierung, Mikro-Prozessierung und Internationalisierung geradezu nach einem Technokraten seines Kalibers schreit.

Rocard weiß, daß die französische Landwirtschaft im europäischen Verbund und in der Auseinandersetzung mit Nordamerika nur bestehen kann, wenn sie sich rücksichtslos modernisiert. Das heißt Abbau unrentabler Betriebe und frühzeitige Ablösung der ausgelaugten Generation durch Jungbauern. Daher stützt er sich besonders auf den Jungbauernverband, dessen Führer fasziniert sind von der Denkmaschinerie des neuen Ministers. Rocards große Idee ist das „Agro-Alimentaire", die Verbindung von landwirtschaftlicher Produktion und Lebensmittelherstellung, die so eng wie möglich und räumlich konzentriert sein muß.

Wie so etwas gemacht wird, haben gerade die Deutschen den Franzosen in den letzten zehn Jahren vorexerziert, mit deren neuem Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle sich dieser Technokrat erstaunlich gut versteht. „Das Geheimnis unserer Erfolge ist das Gleichgewicht zwischen Erzeugung, Verwandlung und Verteilung, das Gleichgewicht zwischen staatlicher Hilfe und Eigenfinanzierung, das Gleichgewicht zwischen Tradition, Realitätssinn und Innovation", predigt er in seiner Stakkatoartigen Redeweise den Bauern auf den vielen Seminaren, zwischen denen er hin- und herfliegt.

Er sagt den ihm Anvertrauten auch, daß die Ausweitung des gemeinsamen Marktes auf Spanien und Portugal „auf der Tagesordnung steht" und „in die Geschichte und die Geographie eingeschrieben ist" – ein Sakrileg, das nicht einmal der Staatspräsident in den Mund zu nehmen wagt aus Angst, die Bauern könnten wieder auf die Barrikaden gehen. Dafür verspricht Rocard seinen Schützlingen auf anderen Gebieten, außerhalb Europas und besonders in Richtung USA, eine „aggressive Exportpolitik", begleitet von Einschränkungen in der Einfuhr amerikanischer Produkte wie Viehfutter, die auch von europäischen Bauern produziert werden können.

Vier Tage vor der hessischen Landtagswahl / Die Spitzenkandidaten im WELT-Gespräch

Heute abend kommt es im Dritten Hessischen Fernsehprogramm zum lange erwarteten großen Fernsehduell der beiden Spitzenkandidaten für die Hessenwahl, Holger Börner (SPD) und Walter Wallmann (CDU). Einen Teil der Diskussion nimmt die WELT auf dieser Seite vorweg. Sie hat dem geschäftsführenden Ministerpräsidenten Börner und dem Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann dieselben Fragen gestellt. So unterschiedlich, wie die Temperamente der beiden Politiker, sind ihre Antworten. Börner setzt auf die Opposition gegen Bonn, Wallmann auf den großen Grundkonsens. Neu ist das konkretisierte Interesse Wallmanns am Umweltschutz und an der Kulturpolitik, neu ist auch Börners Absage selbst an eine „Zusammenarbeit" mit den Grünen. Mit den beiden hessischen Spitzenkandidaten sprach Dankwart Guratzsch.

Börner: Grüne stehen für mich außerhalb jeder Kalkulation

Koalitionen

Ich gehe fest davon aus, daß die Entscheidung in Hessen zwischen den beiden großen Parteien fällt und daß die FDP und die Grünen dem neuen Landtag nicht mehr angehören werden. Und ich bin bemüht, einen Vorsprung für die SPD herauszuarbeiten. Wenn ich die Grünen für koalitionsfähig oder politikfähig hielte, dann gäbe es keine hessischen Landtagswahlen. Denn ich hätte eine Koalition bekommen können, wenn ich eine gewollt hätte. Koalition oder Zusammenarbeit – das ist für mich politisch-substantiell dasselbe. Ich hätte mich von ihnen wählen lassen müssen. Doch die Grünen stehen für mich außerhalb jeder Kalkulation. Ich schließe nicht nur eine Koalition, sondern auch eine Zusammenarbeit mit ihnen aus. Ich will von ihnen die Wähler zurück, denn sie sind politikunfähig.

Mit der Politik der heutigen CDU oder der Rest-FDP nach der Bonner Wende gibt es gegenwärtig keine Kompromißmöglichkeiten. Herr Wallmann hat mir in den letzten zehn Monaten Kapitulationsurkunden und keine Koalitionsangebote überreicht. Der Gegensatz zwischen der konservativen und meiner Denkrichtung in der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeiti ist, daß Herr Wallmann voll auf das Bonner Rezept der sogenannten Selbstheilungskräfte der Wirtschaft setzt und deshalb Steuersenkungen für Unternehmer befürwortet, die ich für volkswirtschaftlich falsch und für sozialpolitisch ungerecht halte. Ich will Arbeitsbeschaffungsprogramme durch staatliche Investitionen und bin auch für die Herabsetzung der Altersgrenze, weil ich mit Herrn Albrecht in Niedersachsen die Sorge teile, daß die Arbeitslosenziffer dann, wenn man nichts tut, auf drei Millionen und darüber klettern kann, und dann verändert sich diese Republik.

Verhältnis zu Bonn

Wenn ich davon spreche, daß Hessen ein Bollwerk gegen Bonn sein soll, heißt das für mich: Liberalismus erhalten, allen Bestrebungen zum Beispiel entgegenwirken, die auf eine Aushöhlung des Kompromisses über den Paragraphen 218 zielen, Bestrebungen ablehnen, die das Demonstrationsstrafrecht verschärfen, es damit aber praktisch unpraktikabel machen.

Ausländerpolitik

Das Ausländerproblem eignet sich nicht, um es in die Politik eines ‚Bollwerks gegen Bonn' einzubinden. Wir brauchen hier einen langen Atem. Ich bin für die weitere Durchführung des Anwerbestopps. Ich habe in Hessen zu verzeichnen, daß der Strom der Wirtschaftsasylanten sehr viel schwächer geworden ist durch unsere praktischen Maßnahmen, indem wir Unterkunft und Verpflegung geben und nur noch Taschengeld – dadurch sind die Schlepperorganisationen abgewürgt worden. Und wenn die Rückkehrhilfen greifen sollten, bin ich sehr dafür, sie auch anzuwenden. Da halte ich eine sachliche Diskussion für notwendig. Hinsichtlich der Begrenzung des Nachzugsalters gibt es gute Gründe, restriktiv zu verfahren, die Frage ist nur, welche menschlichen Probleme man sich dafür einhandelt. Richtig ist, daß die Bundesrepublik kein Einwanderungsland ist und daß wir unsere Gesetzgebung entsprechend ausrichten müssen.

Militäranlagen in Hessen

Hessen hat über mehr als 30 Jahre große Lasten für die Verteidigung getragen, und wir haben in der Vergangenheit nie großen Ärger um die Bereitstellung von Flächen gehabt. Aber wir sind jetzt an einigen Punkten so weit, daß die Quantität in Qualität umschlägt und die Belastbarkeit der Bevölkerung erreicht ist. Ich nenne nur die Zunahme der Benutzung der Luftschneisen über unserem Land durch Tiefflieger. Das ist ein ganz ernstes Problem im Odenwald und auch am Vogelsberg, ferner die Belastung des Vogelsberges mit Manövern.

Die Inanspruchnahme Hessens als Manövergebiet habe ich immer verteidigt als notwendig für die Verteidigung der Bundesrepublik sowohl durch Bundeswehr als auch durch alliierte Streitkräfte. Aber hier mache ich mir Sorge, daß in einem so dicht besiedelten Land wie Hessen solche Diskussionen um den Raumbedarf der verbündeten Streitkräfte dann genutzt werden, um bestimmten Gruppen den Vorwand für Antiamerikanismus zu geben.

NATO-Nachrüstung

Ich halte die Chance einer Einigung in Genf noch für gegeben, ebenso, wie ich die Sorge der Menschen für begründet halte, daß uns eine weitere Steigerung der Zahl von Raketen in Mitteleuropa dem Frieden nicht näherbringt. Aber, wie gesagt, ich glaube noch daran, daß es in Genf die Chance gibt, daß die Russen einlenken und die Amerikaner, wie sie es versprochen haben, auf ihre Stationierung verzichten können.

Was den Beschluß der Frankfurter SPD betrifft („Die SPD lehnt die Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland ab", d. Red.), so habe ich keine Veranlassung, darauf unmittelbar zu antworten, denn sie hat sich nicht zur Landesregierung und ihrer Politik geäußert, sondern zur bundespolitischen Lage. Die SPD steckt erst auf einem Parteitag am Ende der Genfer Verhandlungen ihre endgültige Marschroute ab, und danach werden sich auch die Frankfurter richten müssen. Denn sie haben ja auf Grund einer hypothetischen Annahme diskutiert.

Stärkung der hessischen Identität

Ich habe mich schon zu Zeiten der Regierung Schmidt–Genscher entschieden dagegen verwahrt, daß die Länder als Erfüllungsgehilfen des Bundes betrachtet wurden. Ich bin für den Abbau der Mischfinanzierung eingetreten und habe mich dagegen gewehrt, daß der Bund in die Medienpolitik hineinredet, und das wird sich auch gegenüber der Regierung Kohl nicht ändern. Innerhalb der SPD habe ich zu den Kritikern der Gebietsreform gehört – ich habe die Stadt „Lahn" aufgelöst und Gießen und Wetzlar ihren Namen wiedergegeben. Und ich bin dafür, daß die alten Ortsnamen weiter gepflegt werden.

Neue Akzente für Hessen

Unser Programm, Arbeitsplatzsicherung und Umweltschutz zu verbinden, halte ich für das eigentlich Konstruktiv-Neue. Und das ist auch realistisch. Ich will das am Beispiel der Energiepolitik sagen. Ich setze nicht auf den Zubau eines Atomkraftwerkes, weil ich weiß, daß wir diesen Strom in absehbarer Zeit nicht brauchen, sondern ich setze in einer Zeit, wo an der Ruhr 30 Millionen Tonnen Kohle auf Halde liegen, auf die Nutzung der deutschen Kohle und die Sicherung des Arbeitsplatzes des deutschen Bergmanns. Und ich will in Hessen mehrere mittlere Kraftwerke auf Steinkohlebasis mit einer umweltfreundlichen Verbrennung in Wirbelschichttechnik als Grundlage der Energieerzeugung.

Das ist die Auflösung des alten vermeintlichen Gegensatzes zwischen Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherung, der ja die hessische Politik in der Diskussion der letzten Jahre öfters bewegt hat. Beim bleifreien Benzin heißt das: Die neue Generation Motoren, die ich will, wird nicht Arbeitsplätze kosten, sondern schaffen, gerade in Hessen, das eine starke Arbeitsplatzkonzentration im Automobilbau hat. Je eher wir moderne Autos bauen und eine neue Technologie verarbeiten, um so sicherer sind unsere Exporterfolge für die nächsten Jahre.



Wahlkämpfer Holger Börner FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Wallmann: Das Wahlziel ist eine Koalition mit der FDP

Koalitionen

Selbstverständlich kämpft der Spitzenkandidat der Union, die ja auch in Hessen die stärkste politische Partei ist, um die Mehrheit. Ich habe gleichwohl als das Wahlziel eine Koalition mit der FDP bezeichnet. Sie sagt: Wir stimmen in wichtigen landespolitischen Fragen mit der Union überein, wir wollen gemeinsam eine Politik verwirklichen, wie sie in Bonn begonnen worden ist, wie sie hier für Hessen nötig und erforderlich ist. Das ist entscheidend.

Eine Große Koalition halte ich aus grundsätzlichen Erwägungen für schlecht, weil dann die große Opposition fehlt, die zur Demokratie gehört. Die hessische Union und die hessische SPD trennt in vielen Grundsatzfragen entscheidend viel – insbesondere nach dieser opportunistischen Politik der SPD in vielen Sachfragen, von der Einstellung zu den Grünen bis hin zur Kernenergie, da wird ja heute von der SPD das Gegenteil von dem vertreten, was vor einem Jahr als verbindlich ausgegeben worden ist.

Aber niemand kann völlig ausschließen, daß wir knapp an der absoluten Mehrheit scheitern, daß die FDP knapp an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert. Dann stellt sich ja nur noch die Frage: eine rot-grüne Koalition oder eine große Koalition. Und dann ist eine große Koalition immer noch besser. Die Grünen sind in der Sachpolitik kein denkbarer Partner für uns – sie müßten zu einer anderen Partei werden, sie müßten ein völlig anderes Politikverständnis entwikkeln.

Verhältnis zu Bonn

Selbstverständlich werden wir ganz grundsätzlich die Bundesregierung unter Helmut Kohl unterstützen. Wir haben die höchste Steigerungsrate im Automobilbau seit fünf Jahren, 30 Prozent mehr Bauaufträge, zwei Prozent Steigerung der Industrieproduktion. Nicht das Gegeneinander hilft uns weiter, sondern nur das Miteinander. Und wer jetzt Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich fordert, der überfordert unsere Wirtschaft mit der Folge, daß die Arbeitsmarktprobleme noch größer werden.

Ausländerpolitik

Im Interesse der ausländischen Mitbürger muß es Klarheit geben. Derjenige, der hier bei uns lange lebt, den wir gerufen haben, der sich mit der Bundesrepublik Deutschland, mit den Deutschen identifiziert, die staatsbürgerlichen Pflichten übernimmt, der längst integriert ist, vielleicht sogar hier geboren ist, der hat inzwischen einen Anspruch darauf, daß er auch deutscher Staatsbürger wird.

Aber wir sind kein Einwanderungsland, wir müssen den Anwerbestopp aufrechterhalten. Und deshalb muß derjenige, der sich nicht für uns entscheidet, wissen, daß wir daran interessiert sind, daß er, mit allen möglichen Förderungsmaßnahmen, eines Tages zurückgeht. Ich halte Vorstellungen, diesen Menschen kommunales Wahlrecht zu geben, für absurd, denn dies wäre das Auseinanderbrechen von Rechten und Pflichten.

Militäranlagen in Hessen

Ich glaube nicht, daß es bei den Verteidigungs- und Sicherheitsanstrengungen einen Sonderstatus für eine Stadt oder für ein Land vom Grundsatz her geben kann. Im Einzelfall gibt es sicherlich Grenzen. In einem bestimmten Bereich, etwa einer Kommune, können Belastungen vorhanden sein, die für die Bürger einfach schwer erträglich sind. Der Frankfurter Stadtteil Bonames hat einen unglaublichen Hubschrauberlärm. Ich habe mich immer bemüht, daß hier Abhilfe geschaffen wird. Hier wie in anderen, vergleichbaren Fällen stehe ich auf dem Standpunkt, daß Reduzierungen im Interesse der betroffenen Menschen möglich sein müssen.

NATO-Nachrüstung

Wir alle wollen Abrüstung. Die Frage ist doch nur, ob einseitig abgerüstet werden soll, muß, oder nicht. Und das ist eine Frage der Logik und der Glaubwürdigkeit: Wenn die SPD 1979, im Dezember, als drüben viel, viel weniger SS-20-Raketen stationiert waren, wenn sie es damals für dringend nötig gehalten hat, den NATO-Doppelbeschluß zu verabschieden, dann muß man doch fragen, gilt's heute, wo wir im Ostblock ein Vielfaches von SS-20-Raketen auf uns gerichtet sehen, alles nicht mehr, was damals so richtig gewesen ist?

Stärkung der hessischen Identität

Ich bin der Auffassung, daß die Menschen unter der Zerfaserung der Gesellschaft, unter zunehmender Bindungslosigkeit, unter der zunehmenden Anonymität leiden. Die Politiker sind gefordert, hier auch Hilfe zu geben. Und es war ja einmal ein großer hessischer Ministerpräsident, Georg August Zinn, der das Wort vom „Hessengefühl" geprägt hat. Ich würde auch in der Landespolitik der Kultur- und Bildungspolitik einen ganz besonderen Rang zuweisen. Die Schule nicht lediglich als eine Anstalt zur Wissensvermittlung, sondern auch wieder in der Nähe der Gemeinschaften, des Wohnortes der Kinder, der Familien, die Lehrer wieder stärker eingebunden in das gesellschaftliche Leben, in die Vereine, in die Kirche, daß sie auch die sozialen Umfelder der Kinder erleben. Daß wieder Heimatkunde gelehrt wird und so weiter.

Aber Kultur auch in einem ganz *klassischen Sinne:* Daß wir Schwellenängste beseitigen, daß wir die Kulturstätten als eine Aufgabe des Landes begreifen. Vieles ist auch eine Sache der Bewußtmachung. Zum Beispiel, daß Hessen das waldreichste Land der Bundesrepublik ist: Schutz des Waldes, Bedeutung des Waldes ganz groß zu schreiben als ein originäres Aufgabenfeld hessischer Landespolitik oder aber kleinen hessischen Gemeinden, die durch die Gebietsreform ihre kommunale Eigenständigkeit verloren haben, ihre alten Dorfnamen zurückzugeben – das alles sind Beispiele, an denen sichtbar werden soll, wie ich auch durch ganz konkrete Maßnahmen helfen möchte, daß ein solches „Hessengefühl", das Bewußtsein, ein Glied in dieser föderativen Bundesrepublik Deutschland zu sein, gestärkt werden kann.

Neue Akzente für Hessen

Wenn wir zu einer Koalitionsregierung kommen sollten, dann ist es mein Wunsch, gerade in der Kultur- und in der Umweltpolitik die Handschrift, die politischen Zielvorstellungen der Union ganz sichtbar werden zu lassen. In der Umweltschutzpolitik bin ich der Bundesregierung außerordentlich dankbar für das, was sie mit großer Entschlossenheit durchgesetzt hat – die SPD hat ja nichts getan in dieser Frage, nur geredet. Bonn hat das bleifreie Benzin vorgeschrieben. Luft, Großfeuerungsanlagen-Verordnung, das sind große, bedeutsame Leistungen innerhalb ganz kurzer Zeit – ob sie ausreichen, ob wir nicht zu einer weiteren Reduzierung kommen müssen, das werden wir sehr sorgfältig zu prüfen haben. Hier wird für eine unionsgeführte Regierung eine ganz große Aufgabe bestehen.

Dazu gehört auch der Ausbau der Kernenergie – Steinkohle ist nicht so umweltfreundlich einsetzbar, vor allem aber teurer. Und für die Betriebe, die auf Energie angewiesen sind, sind höhere Kosten Gift. Sie brauchen Gewinne, sonst werden die Arbeitsplätze kaputtgehen. Wir müssen ja sagen zu den neuen Technologien. Politiker haben nicht das Recht, den Menschen den Fortschritt zu verweigern.

Wahlkämpfer Walter Wallmann FOTO: SVEN SIMON

Auch bayerischer SPD-Vorstand sagt „nein"

dpa/F. D. München/Berlin

Der Vorstand der bayerischen SPD hat sich auf ein „Nein" zur NATO-Nachrüstung festgelegt. Das 36 Mitglieder zählende Spitzengremium der Landespartei billigte bei nur drei Gegenstimmen und einer Enthaltung einen Leitantrag für den Parteitag am 8. Oktober in Landshut. Gleichzeitig unterstützt der Vorstand „friedliche und gewaltfreie" Aktionen gegen die Raketenstationierung. Die Parteimitglieder werden aufgerufen, sich an der „Friedenswoche" vom 15. Oktober an und besonders an der zentralen Kungebung in Stuttgart am 22. Oktober zu beteiligen.

Die Berliner SPD wird auf ihrem Landesparteitag am kommenden Wochenende aller Voraussicht nach die im NATO-Doppelbeschluß vorgesehene Nachrüstung mit amerikanischen Mittelstrecken-Raketen ablehnen. Für den Parteitag liegen bereits entsprechende Anträge von acht der zwölf Berliner SPD-Kreisverbände vor. Es wird jedoch erwartet, daß sich die Mehrheit der Parteitagsdelegierten für eine Haltung entscheidet, die vor Abschluß der Genfer Verhandlungen nicht von vornherein jede Nachrüstung ablehnt.

Eppler greift auf Stalin-Note zurück

p.p. Bonn

Die Gegner der möglichen NATO-Nachrüstung in der SPD suchen zur Untermauerung ihrer Position offenbar verstärkt nach geschichtlichen Argumenten. So hat Erhard Eppler jetzt in einem Beitrag für die „Blätter für deutsche und internationale Politik" die Stalin-Note vom März 1952 herangezogen: Damals sei von Moskau ein bündnisfreies Gesamtdeutschland angeboten worden, um die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die NATO zu verhindern.

„Sein Angebot wurde nie getestet", schreibt Eppler: „Stalin mußte seine Karten nie auf den Tisch legen, weil der Westen von vornherein nein sagte." Genauso sei es jetzt mit dem Angebot des sowjetischen Parteichefs Andropow für die Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen: „Sie haben – im Prinzip – angeboten, was sie ohne Kapitulation bieten können. Wer alles will, wird auch diesmal nichts bekommen." Der einzige Unterschied zur Stalin-Note besteht laut Eppler darin, daß es damals „um die politische Einheit der Deutschen, jetzt um ihr physisches Überleben" gehe.

Bischofskonferenz wählte Schätzler

KNA, Fulda

Prälat Wilhelm Schätzler, bisheriger Leiter der Zentralstelle Medien der Deutschen Bischofskonferenz, ist gestern von der Vollversammlung der deutschen Bischöfe in Fulda zum neuen Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz gewählt worden. Schätzler ist damit Nachfolger des zum Bischof von Hildesheim ernannten bisherigen Sekretärs, Josef Homeyer.

Der 1929 in Weiden (Oberpfalz) geborene Wilhelm Schätzler wurde 1957 in Regensburg zum Priester geweiht. Zehn Jahre später ernannte ihn Bischof Graber zum Diözesanbeauftragten für die Katholische Filmkommission für Deutschland. Auf „Bundesebene" wurde Schätzler tätig, als er am 1. April 1969 zum Leiter der Kirchlichen Hauptstelle für Bild- und Filmarbeit mit Sitz in Köln beauftragt wurde. Bald darauf folgte die Ernennung zum Berater der Päpstlichen Kommission für Publizistik in Rom sowie zum Sekretär der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz. Seit 1976 ist Schätzler Leiter der Zentralstelle Medien der Deutschen Bischofskonferenz mit Sitz in Bonn.

Bush würdigt „gute Diskussion“ in Ungarn

AFP, **Budapest**

Der amerikanische Vizepräsident George Bush hat zum Abschluß seines Budapest-Besuches die Politik einer „Differenzierung“ Washingtons gegenüber den kommunistischen Ländern hervorgehoben und den amerikanischen Wunsch betont, die kleinen Nationen aus den sowjetisch-amerikanischen Spannungen herauszuhalten. Auf einer Pressekonferenz erklärte Bush, die USA würden ein „guter Partner der Länder bleiben, die mit uns arbeiten und Handel treiben wollen“. Er stellte in Aussicht, daß die Vereinigten Staaten die Meistbegünstigungsklausel für Ungarn, die in diesem Jahr wieder problemlos erneuert wurde, auf mehrere Jahre ausdehnen könnten. Mit dem ungarischen Parteichef Janos Kadar und mit Ministerpräsident György Lazar führte der amerikanische Vizepräsident bei seinem offiziellen Aufenthalt in Budapest eine „sehr gute Diskussion“. Er sprach sich auf der Grundlage eines besseren Verständisses für den Ausbau der bilateralen Beziehungen insbesondere im wirtschaftlichen Bereich im Rahmen einer Liberalisierung des Handels aus.

Kirchenmittel für die Swapo

rtr, **New York**

Der Weltkirchenrat hat angekündigt, Anti-Apartheid-Bewegungen in diesem Haushaltsjahr mit 446 000 Dollar (umgerechnet rund 1,15 Millionen DM) unterstützen zu wollen. Der größte Teil des Geldes solle schwarzafrikanischen Revolutionsgruppen im südlichen Afrika zugute kommen. Kritiker werfen dem Weltkirchenrat vor, die Mittel an Gruppen zu vergeben, die ihre Ziele mit Gewalt verfolgen.

Die Südwestafrikanische Volksorganisation (Swapo) führt in diesem Jahr die Liste der Empfänger der Hilfsgelder mit 105 000 Dollar (270 000 DM) an. Auch der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) und der Pan-Afrikanische Kongreß (PAC) gehören zu den Empfängern der WWC-Mittel. Beide Gruppen bekämpfen die weiße Minderheitsregierung in Südafrika und ihre Rassentrennungspolitik. Die Gesamtmittel für Anti-Apartheid-Bewegungen sind in diesem Jahr nach offiziellen Angaben um zehn Prozent gekürzt worden.

Laurel: Die Nation wird zur Revolution gedrängt

WELT-Gespräch mit philippinischem Oppositionsführer

MANFRED NEUBER, **Manila**

Mit einem „Tag der nationalen Trauer“ will die Opposition auf den Philippinen Präsident Ferdinand Marcos zum Rücktritt zwingen – vier Wochen nach dem Mord an Oppositionsführer Benigno („Ninoy“) Aquino.

Seit dem Attentat auf Aquino bei seiner Heimkehr aus den USA am 21. August hat der Protest zugenommen. „Die Situation gleicht jener in Iran wenige Wochen vor dem Sturz des Schahs“, erklärte ein ausländischer Beobachter. Den demonstrierenden Studenten haben sich in den letzten Tagen Arbeiter, Angestellte und Geschäftsleute angeschlossen. In einer Kampagne wird zum Steuerstreik und zum Boykott der Unternehmen der Präsidentenfamilie aufgerufen.

Marcos herrscht seit 18 Jahren auf den Philippinen; von 1972 bis 1981 regierte er mit dem Kriegsrecht.

Als Nachfolger des ermordeten Aquino strebt Salvador Laurel, Vorsitzender eines Bündnisses von zwölf Parteien, eine gemeinsame Front aller oppositionellen Kräfte an. Am Wochenende legte er sein Mandat in der Nationalversammlung nieder. Kurz darauf sprach die WELT mit dem ehemaligen Senator, der in engem Kontakt mit der Familie Aquino steht.

WELT: Soll Ihr Rücktritt ein Signal zum Boykott der für Mai nächsten Jahres angesetzten Wahlen sein?

Laurel: Ja, das kann es sein; denn die Regierung hält an ihrer Politik der Unterdrückung fest und drängt so die Nation auf den Weg der Revolution.

WELT: Fürchten Sie um Ihre persönliche Sicherheit?

Laurel: Meine Freunde raten mir: „Sei vorsichtig!“ Aus den USA schreiben sie mir: „Du bist jetzt der einzige, der die Opposition einen könnte. Wenn sie auch dich umbringen, würde es schwieriger ...“

WELT: Wie groß ist die Gefahr, daß radikale Kräfte die Empörung in der Bevölkerung für ihre Zwecke ausnutzen?

Laurel: Sie darf nicht unterschätzt werden. Die kommunistischen Rebellen der „Neuen Volksarmee“ setzen auf eine Beschleunigung ihres Kampfes. Hofften sie bisher, in fünf Jahren siegen zu können, glauben sie nun nach der Ermordung Aquinos, in ein bis zwei Jahren an die Macht zu gelangen.

Der Oppositionspolitiker sieht die Aussichten auf einen Erfolg der von Aquino eingeleiteten Politik der nationalen Versöhnung an der kompromißlosen Haltung Marcos' scheitern. „Sollen wir weiter reden? Sollen wir an Wahlen teilnehmen?“ Laurel antwortet: „Ich schulde es Ninoy, weiter um einen Ausgleich zu ringen. Aber der Präsident schlägt unsere ausgestreckte Hand zurück.“

Mit Aquino sei er der Auffassung gewesen, die Aussöhnung sollte durch Marcos („ob wir es wollen oder nicht“) erreicht werden – „solange er an der Macht ist und nicht vom Militär abgesetzt wird“.

WELT: Wie verhalten sich die Streitkräfte in der gegenwärtigen Krise?

Laurel: Sie würden überrascht sein, wenn sie wüßten, wie viele jüngere Offiziere, zumeist Absolventen amerikanischer Militärakademien, loyal zur Republik, also nicht zur „Familie“, stehen. Sie wünschen einen demokratischen Wandel, einen friedlichen Wechsel im Lande. Die Anhänger des Regimes sind in eine Marcos- und eine Imelda-Gruppe gespalten, je nachdem, von wem sie ihre Pfründe erhielten. Gegen die fetten Generäle mit ebenso vielen Autos wie Geliebten richtet sich immer mehr der Zorn der Kommandeure an der Front.

Falls Marcos von der Bühne verschwindet, wird Imelda nicht in der Lage sein, die verschiedenen Lager zusammenzuhalten. Dann kann irgendein General oder Oberst, der mutig ist und Charisma besitzt, die Macht an sich reißen, und wir würden für lange Zeit zu einer Bananen-Republik degradiert werden.“

Der Oppositionsführer rät US-Präsident Ronald Reagan von seinem für diesen Herbst geplanten Besuch auf den Philippinen ab. „Wenn Marcos die Sicherheit Aquinos nicht gewährleisten konnte, wie vermag er dann die Reagans zu garantieren?“ Ein Besuch zum gegenwärtigen Zeitpunkt würde die antiamerikanischen Gefühle im Lande verschärfen und die US-Stützpunkte (Clark Air Base und der Hafen Subic Bay) „unhaltbar machen“. Außerdem könnten 800 000 Filipinos in den USA über Reagans Wiederwahl 1984 entscheiden.

Auch in London entbrennt Streit über Truppenpräsenz in Beirut

Das Engagement in Libanon wirft Fragen zur proarabischen Politik des Foreign Office auf

FRITZ WIRTH, **London**

Seit die ersten amerikanischen und französischen Soldaten der internationalen Friedenstruppe in Beirut getötet wurden und seit amerikanische Kriegsschiffe das Feuer erwidern, das gegen eigene Soldaten und Diplomaten gerichtet war, ist das Unbehagen in Großbritannien über die Präsenz, Funktion und Nützlichkeit des britischen Truppenkontingents gewachsen. Dieses Kontingent besteht zwar nur aus 97 Soldaten und Offizieren, doch die Diskussion um ihre Präsenz orientiert sich nicht an der Zahl, sondern am Prinzip, das die britische Regierung veranlaßte, diese Soldaten in den Libanon zu entsenden.

Am schärfsten hat dieses Unbehagen bisher der Unterhausabgeordnete Enoch Powell formuliert. Er erklärte am Wochenende in einer konservativen Parteiversammlung in Bridgwater: „Sobald der erste britische Soldat (in Libanon) getötet oder der erste Nichtbrite durch einen britischen Soldaten umgebracht worden ist, werden wir fragen: Wofür ist dieses Blut vergossen worden?“

Powell hat nicht die geringsten Zweifel, daß diese Opfer absolut nutzlos wären. Wörtlich: „Es spielt für das Vereinigte Königreich und seine Bürger nicht die geringste Rolle, wer in Beirut ist oder wer Beirut regiert. Diese Frage ist für das Vereinigte Königreich äußerst belanglos.“ Powell kommt zu dem Schluß, daß es keine moralische Rechtfertigung selbst für die passive Präsenz britischer militärischer Einheiten in Libanon gebe, und beantwortet die von ihm gestellte Frage, wieso Großbritannien überhaupt in Libanon in eine solch „absurde Lage“ kommen konnte, selbst: „Um nach der amerikanischen Pfeife zu tanzen.“

Powell, für den die politische Provokation ein Lebenselixier ist, fand nicht unbedingt mit seiner Argumentation, doch mit seiner Schlußfolgerung Unterstützung bei der „Sunday Times“, die einen Abzug aller sogenannten Friedenstruppen aus Libanon forderte, während ihr Schwesterblatt, die „Times“, sich für eine weitere Stationierung dieser Truppen in Libanon aussprach.

Powell und der unvermeidliche Labour-Abgeordnete Tam Dalyell, der gegen das britische militärische Engagement in Libanon eine ebenso scharfe Kampagne führt, wie er sie in der Vergangenheit gegen die militärische Rückeroberung der Falklands inszenierte, werden in ihrer Kritik an der Libanon-Politik der Regierung unterstützt. So hat sich beispielsweise auch Anthony Karshaw, der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Unterhauses, für einen Rückzug aus Libanon ausgesprochen.

Bis zur Stunde ist keiner der 97 britischen Soldaten in Libanon verletzt worden oder in ernsthafte Lebensgefahr geraten. Wie empfindlich jedoch die Regierung auf die Kritik über ihre Präsenz in Beirut reagiert, geht aus der Tatsache hervor, daß sie



Bis vor einer Woche Kommandeur der Briten in Beirut: David Roberts
FOTO: PRESS ASSOCIATION

innerhalb von einer Woche zwei Minister zu diesen Soldaten entsandte.

Dabei fügte es sich eigenartigerweise so, daß zwölf Stunden nach dem Besuch des Staatsministers Richard Luce, der Kommandeur dieser 97 Soldaten, Oberstleutnant David Roberts, abgelöst und nach Zypern versetzt wurde. Der Abgeordnete Tam Dalyell behauptet, diese Ablösung habe etwas mit der Tatsache zu tun, daß Roberts in einem Brief an das britische Verteidigungsministerium gefordert habe, dieses britische Truppenkontingent in Libanon entweder zu verstärken oder es ganz abzuziehen. Das Verteidigungsministerium behauptet, Roberts sei aus gesundheitlichen Gründen abgelöst worden.

Tatsächlich ist das britische militärische Engagement im nahöstlichen Krisengebiet wesentlich größer. Es stehen auf Zypern britische Kampfflugzeuge bereit, um notfalls die 97 Soldaten in Beirut zu entlasten, wenn sie attackiert werden sollten. Außerdem halten sich im Augenblick die drei britischen Flugzeugträger „Hermes“, „Invincible“ und „Illustrious“ im Mittelmeer zu Manövern auf. Ihre Anwesenheit sei rein zufällig, versichert das Verteidigungsministerium, und sei lange vor dem Ausbruch der jüngsten Kämpfe geplant gewesen.

Die Kontroverse um das britische militärische Engagement wirft jedoch zugleich Grundsatzfragen der britischen Nahostpolitik auf. Das britische Außenministerium hat dem Nahen Osten seit Jahrzehnten wesentlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt als jede andere westliche Nation. Es hat dem Ministerium den Ruf eingetragen, stets eine proarabische Politik betrieben zu haben. Das Foreign Office unterhielt in Shemlan in Libanon jahrzehntelang eine Diplomatenschule, die zur Alma Mater zahlreicher britischer Botschafter, allerdings auch einiger Spione wurde wie etwa George Blake und Kim Philby. Diese Schule, die sich ursprünglich auch einmal in Jerusalem befand, ist inzwischen nach Großbritannien verlegt worden.

Sowohl Lord Carrington wie auch sein Nachfolger Francis Pym haben in den letzten Jahren den proarabischen Kurs der Foreign-Office-Diplomaten gestützt. Carrington wurde zum Chef-Architekten der PLO-Deklaration auf dem EG-Gipfel in Venedig im Jahre 1980 und konnte dabei sogar Frau Thatcher veranlassen, auf diesen Kurs einzuschwenken, obwohl sie ursprünglich in dieser Frage äußerst skeptisch war.

Der seit ein paar Jahren andauernde Konflikt zwischen Frau Thatcher und dem Außenministerium hat nicht zuletzt in diesem proarabischen Kurs der britischen Diplomatie ihre Ursachen. Er kam offen zum Durchbruch, als Frau Thatcher sich im September vorigen Jahres lange Zeit weigerte, eine Delegation der „Arabischen Liga“ in Downing Street zu empfangen, solange ihr PLO-Mitglieder angehörten.

Es ist noch zu früh, zu sagen, ob der neue Außenminister Sir Geoffrey Howe den proarabischen Kurs seiner Vorgänger weiter steuern wird, oder ob er sich der etwas distanzierten Politik Frau Thatchers anschließt. Der gegenwärtige Konflikt über das britische diplomatische und militärische Engagement in Libanon könnte in den nächsten Wochen erste Antworten auf diese Frage geben.

Chile läßt Demonstrationen wieder zu

rtr/epd, **Santiago de Chile**

Das chilenische Innenministerium hat in einem Dekret öffentliche Versammlungen ohne vorherige Erlaubnis der Behörden zugelassen. Allerdings müssen die Veranstalter von Demonstrationen und Versammlungen diese mindestens 48 Stunden vorher anmelden. Den Behörden müssen außerdem Veranstalter, Ziel, Verlauf oder Ort sowie die Redner angegeben werden. Den Sicherheitskräften bleibt vorbehalten, den Weg von Demonstrationen zu ändern, wenn sie den Straßenverkehr behindern.

In der Presse wurde bei der Veröffentlichung des Drekrets darauf hingewiesen, daß trotz dieser Liberalisierung nach wie vor der Übergangsartikel 24 der Verfassung in Kraft ist, der dem Staatspräsidenten alle Möglichkeiten gibt, Versammlungen zu verbieten.

Staatspräsident Augusto Pinochet hat nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Orbe ein Gerichtsverfahren gegen Arbeiterführer Rodolfo Seguel wegen angeblicher öffentlicher Verleumdung des Juntachefs aufheben lassen. Der Arbeiterführer steht aber auch noch unter der Anklage, die Staatssicherheit durch Vorbereitung von Protestaktionen gefährdet zu haben.

Pinochet sagte, er sei bei seiner Entscheidung einem Ersuchen des Erzbischofs von Santiago, Juan Francisco Fresno, gefolgt.

Pläne für bessere Beweissicherung

hy. **Düsseldorf**

Die nordrhein-westfälische Polizeiführung arbeitet an Plänen, durch die eine bessere Beweissicherung für Straftaten und Straftäter bei Demonstrationen gewährleistet werden soll. Die Pläne sehen vor, daß Polizisten, die einen Gewalttäter festnehmen, solange bei dem Festgenommenen bleiben sollen, bis dessen Personalien und die Vorwürfe gegen ihn in einem „rollenden Schreibbüro“ protokolliert und unterzeichnet worden sind. Die Polizeiführung ist sich darüber im klaren, daß dafür etwa ein Fünftel mehr an Beamten bei Demonstrationen eingesetzt werden muß. Dieser „Mehraufwand“ sei, so heißt es in Düsseldorf, „im Interesse der Wahrung des Rechtsstaats“ gerechtfertigt.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Demo nur für Mode-Themen?

Vielerorts wird für und gegen diverse Dinge demonstriert. Jedoch nirgendwo gab es eine Demo oder Anteilnahme für 269 Koreaner und gegen die nicht zu überbietende Dreistigkeit, Unverschämtheit und Brutalität der Sowjets. Was ist los?

Einige koreanische Landsleute sah ich wohl, die sich ohnmächtig gegen soviel Grausamkeit auflehnten. Wo blieb die Solidarität der zigtausend Demonstranten, die *sich sonst* für alles Mögliche einsetzen. Lohnte die Sache nicht, waren es noch zu wenig Tote?

Man stelle sich nur einmal vor, wenn die Amerikaner (auch nur versehentlich) einen solchen Abschuß zu verantworten hätten. Die Welt hätte *kopfgestanden. Der Mob hätte den* Super-Terror gezaubert. In aller erster Linie unsere hiesigen Freunde, die bei allen Demos zu finden sind.

Nur eben zu einer Solidaritätsbekundung für die Koreaner konnte man sich nicht aufraffen. Was ist der Grund? Ist man geistig so verwirrt *und verbohrt, daß* ein spontanes Umdenken zu lästig, beschwerlich und unmöglich ist?

Ich werde das Gefühl nicht los, unsere deutschen Kriegsgegner (aber wer von uns ist das nicht?) hocken am falschen Platz. Vor der russischen Botschaft habe ich noch keinen gesehen. Da würde es sich jedoch lohnen. Denn dort ist nichts erst in Planung. Nein, da stehen bereits die Raketen und peilen ihre Ziele an. Von dort kommt realistische Wirklichkeit. Für die Abschaffung dieser Geräte lohnt es sich vielleicht auch mal was zu unternehmen, oder? Doch das zählt nicht. Die Kriegstreiber sitzen für diese Leute nur im Westen. Vor allem ist es einfacher, sich bei uns hinzuhocken. Ohne Risiko. In unserer Demokratie ist ja (fast) alles erlaubt. Da tut einem sowieso keiner was, da kann nichts passieren.

Ich frage mich weiter, was haben diese Leute in den letzten 35 Jahren gemacht und gedacht? Denn die Bombe und genügend Kriegs- und Vernichtungsmaterial samt Heer und Kasernen gibt es seit diesem Zeitraum. Jedoch, erst jetzt wird demonstriert. *Warum? – Weil es jetzt Mode* ist! Selbst ein Herr Böll und diverse prominente Genossen hocken sich in Mutlangen hin und sind einem gewissen politischen Geist hörig.

Auch halte ich es für sinnvoll, wenn man sich für die Wiedervereinigung einsetzt und dafür demonstriert. Absurd? *Nicht weniger, als für den Frieden* zu demonstrieren. Aber darauf müssen wir noch warten. Das ist noch nicht in Mode. Oder als Thema von den Initiatoren nicht gewünscht.

Vor wenigen Tagen gingen Tausende auf die Straße für den türkischen Landsmann Altun. Fühlten sich mit ihm solidarisch. Das würdige ich. Aber mit 269 Koreanern fühlt man sich nicht solidarisch und geht dafür auf die Straße. Wo bleibt da die Konsequenz und Glaubwürdigkeit?

Obendrein begehen in unserem eigenen Land Hunderte in Not und Verzweiflung Selbstmord. Sie bleiben *ohne Anteilnahme* der *Mitbürger*, bzw. nur der engsten Umgebung. Frage also erneut: Demo nur für Themen, die Mode sind? Das muß jeder mit sich selbst ausmachen, ob er sich von eigenen Gefühlen leiten läßt oder gesteuerten Demos zuläuft und Aufrufen Folge leistet.

Werner Tichy,
Düsseldorf 13

Sieg des Staates?

„Als Schleyer entführt wurde"; WELT vom 6. September

Eberhard Nitschke wertet das Handeln der Verantwortlichen als einen Sieg des Staates über den Terror. Damit umgibt er die damalige Entscheidung, das Menschenleben niedriger einzustufen als das „Prinzip" der Nichterpreßbarkeit des Rechtsstaates, mit einem positiven Schein.

Wahrheit ist, daß die Verantwortlichen sich selbst durch ständiges Zurückweichen vor Pressionen von Minderheiten in eine Lage gebracht hatten, in der einer aufgrund gesetzgeberischer und administrativer Versäumnisse ineffizienten Polizei bei vorbeugender Fahndung eine Panne nach der anderen unterlief. Diese Minderheiten kamen übrigens aus dem gleichen Lager wie die Kräfte, die heute gegen die Volkszählung und den neuen Personalausweis zu Felde ziehen.

Der Nachwelt sollte nicht der Eindruck vermittelt werden, daß der Staat im Schreckensjahr 1977 einen Sieg errungen hat. Er hat in Friedenszeiten ein Menschenleben preisgegeben. Die japanische Regierung, zur gleichen Zeit in gleicher Notlage, hat damals den Forderungen der Terroristen entsprochen und durch ihren Ministerpräsidenten erklärt, es gebe auf Erden kein höheres Gut als das Menschenleben. Eine japanische Zeitung schrieb, die Japaner könnten nicht so kaltblütig wie die Deutschen auf Kosten des Lebens anderer soziale Ordnung und Gerechtigkeit schützen. *Dennoch* hat der Terrorismus den japanischen Rechtsstaat nicht in die Knie gezwungen.

Die Entscheidung der Verantwortlichen des Jahres 1977 war nicht ein Sieg des Staates, sondern Zeichen einer tragischen Schwäche.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Harald Peipers,
Essen-Bredeney

Rein semitisch

In einer Notiz aus der WELT vom 29. August über die Renovierung des Judenghettos von Venedig ist der Name „Ghetto" von einem angeblichen italienischen Begriff Gheto = Metallguß hergeleitet, weil das Judenquartier auf dem Territorium einer Eisengießerei entstanden sei. Das behaupten zwar sogar manche Nachschlagwerke, es ist aber trotzdem genauso *unzutreffend wie die uralte Behauptung*, man erkenne den Giftgehalt von Pilzen daran, daß sich mitgekochte Zwiebeln schwarz verfärben.

Die These muß von jemandem stammen, der kein Italienisch konnte. Sonst hätte er gewußt, daß „gießen" italienisch nicht „Ghettare" *(sprich: gettare) heißt, sondern „gettare"* (sprich: dschettare). Der Gießer oder Werfer ist der gettatore (dschettatore), eine Wortbildung, die auch vielen deutschen Italienreisenden aus dem italienischen Aberglauben geläufig sein dürfte, wonach der eine oder andere als „gettatore" des „bösen Blickes" gefährlich sei.

„Ghetto" kommt in Wirklichkeit von hebräisch „get" = Trennung, Scheidung; übrigens nicht nur im räumlichen Sinne, sondern (in dem heute noch in Israel gültigen Talmudrecht) auch in der Bedeutung von „Ehescheidung". Das Wort ist also rein semitisch.

Eine andere Frage ist allerdings, ob es nicht dennoch etwa mit den deutschen Wortbildungen „Gatter" und „Gitter" zusammenhängt. Über die früher – allen Gegenbeweisen zu trotz – von manchen Sprachwissenschaftlern abgestrittene Urverwandtschaft der semitischen und indogermanischen Sprachen liegt von dem Schweizer Altphilologen Linus Brunner eine interessante Untersuchung (im Berner Francke Verlag) vor.

Dr. Salcia Landmann,
St. Gallen / Schweiz

Wort des Tages

» Leben wie Religion gehen aus einem Wechsel zwischen dem Ewigen und dem Vergänglichen hervor. Wir brauchen etwas Standfestes, ein Element der Sicherheit. Es muß für uns etwas dasein, das wir empfangen und geben können – etwas, das zu gleicher Zeit begrenzt und unerschöpflich ist. «

Paul Claudel, franz. Autor (1868–1955)

Kohle-Pfennig

„Zahl der Kläger wächst"; WELT vom 12. September

Sehr geehrte Damen und Herren,
die niedersächsische Landesregierung hat offenbar gegenüber Ihrer Zeitung erklärt, das Land Nordrhein-Westfalen profitiere vom Kohle-Pfennig. Auch durch ständige Wiederholung wird diese Behauptung nicht wahr. Der Kohle-Pfennig ist ein prozentualer *Aufschlag auf* die Stromrechnung, den alle Stromverbraucher zu tragen haben.

Er dient ausschließlich dazu, bei den Elektrizitätsversorgungsunternehmen in der ganzen Bundesrepublik die Verstromung von deutscher Steinkohle besonders zu fördern. Das RWE in Essen *erhält ihn ebenso* wie das Baden-Werk oder die HEW in Hamburg. Mit dem Land Nordrhein-Westfalen und seinen Finanzen hat *dies absolut nichts* zu tun.

Eine zweite Fehlinformation scheint die niedersächsische Landesregierung Ihrer Zeitung gegeben zu haben. Es heißt in Ihrem Artikel, dieser Landesregierung lägen die Klageschriften der anderen Bundesländer zum bundesstaatlichen Finanzausgleich noch nicht vor. Das nordrhein-westfälische Finanzministerium hat den Finanzministerien der Länder seine Klageschrift bereits *Anfang Juli 1983 zur Kenntnisnahme* zugesandt.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Barbara Hendricks,
Pressereferentin des
Finanzministers des Landes
Nordrhein-Westfalen

Dankbar für was?

„Die Blockierer von Mutlangen und der Abschuß des Jumbos"; WELT vom 5. September

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Äußerungen des Tübinger Professors Walter Jens können nicht unwidersprochen bleiben. Der Herr Professor spricht von Dank gegenüber der Sowjetunion, der man es auch zu verdanken habe, daß man nicht unter dem Hakenkreuz leben müsse.

Ja, wir haben zu danken, nicht der Sowjetunion, sondern den USA und unseren Verbündeten, daß wir nicht die unmenschliche Diktatur des Hakenkreuzes mit der menschenverachtenden Diktatur von Hammer, Sichel und Sowjetstern vertauschen mußten wie unsere Landsleute in der DDR, die nun schon seit über 50 Jahren ihrer Freiheit beraubt sind. Man möge doch einmal das polnische Volk und die anderen unter kommunistischer Vorherrschaft lebenden Völker fragen, was sie der Sowjetunion zu verdanken haben.

Wer die Geschichte der Sowjetunion kennt, erlebt und erlitten hat, weiß, was er der Sowjetunion zu verdanken hat.

Wie hoch schwebt Professor Jens eigentlich über den Wolken, daß er diese Tatsachen übersehen kann? Daß er für seine Ausführungen auch noch Beifall bekommen hat, zeigt nur, wie notwendig politische Bildung, verbunden mit soliden historischen Grundkenntnissen, ist.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Loewenhofer,
Marburg-Cappel

Personalien

EHRUNGEN

Dem Vizepräsident des Deutschen Caritasverbandes, Generalleutnant a. D. **Konrad Stangl** (Fürstenfeldbruck), wurde aus Anlaß seines 70. Geburtstages für seine Verdienste der Brotteller des Caritasverbandes verliehen; der Brotteller ist die höchste Auszeichnung, die der Verband zu vergeben hat.

*

Mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland zeichnete Bundesverkehrsminister **Werner Dollinger** den Hauptgeschäftsführer der Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gaststätten, **Gerhard Schork**, aus. Seit 1978 ist Schork auch *Präsident* des Deutschen Verkehrssicherheitsrates (DVR); 1981 ehrte ihn der Verband der Motor-Journalisten durch die *Verleihung des „Goldenen* Dieselringes".

ERNENNUNGEN

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, **Josef Stingl**, wurde zu Beginn der neuen Arbeitsperiode der Kommission „Wirtschaft und Gesellschaft" des Zentralkomitees der deutschen Katholiken *zum Kommissionsvorsitzenden* wiedergewählt.

*

General **Leopold Chalupa** wurde zum Kommandeur der alliierten *Streitkräfte in Mitteleuropa* (AFCENT) ernannt. Der Bundeswehrgeneral tritt die Nachfolge von General **Ferdinand von Senger und Etterlin** an, der aus dem Dienst ausscheidet. Chalupa war zuletzt Kommandierender General des II. Korps und hatte zuvor NATO-Erfahrung als Stabschef bei der Heeresgruppe Mitte (CENTAG) gesammelt.

*

Die Journalistin **Dorothea Schmidt-Thimme**, Kreisvorsitzende der Lebenshilfe für geistig Behinderte in Marburg, wurde in Würdigung ihres 25jährigen ehrenamtlichen Wirkens mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet.

GEBURTSTAG

*Prof. Dr. **Karl Schmid**, Ordinarius* für Mittelalterliche Geschichte an der Universität Freiburg/Br., begeht am 24. September seinen 60. Geburtstag. Nach seiner Promotion *1961 in Freiburg bei* **Gerd Tellenbach** und seiner Habilitation 1961 setzte er seine Forschungen über Grundfragen zum Verständnis des *Adels im Mittelalter 1963/65 am* Deutschen Historischen Institut in Rom fort. Nach seiner Berufung auf den Lehrstuhl in Münster gründete er innerhalb des *Sonderforschungs*bereichs „Mittelalterforschung" das Sonderforschungsprojekt „Personen und Gemeinschaften"

TODESFALL

Im Alter von 56 Jahren starb **Alfred Wurm**, der Mitbegründer und Geschäftsführer der Münchner Modewoche, die er 1963 mit drei weiteren Gesellschaften offiziell gründete. 1969 wurde die „Mode-Woche-München" an die Münchner Messe- und Ausstellungsgesellschaft verkauft. Wurm blieb alleiniger Geschäftsführer. Ihm gelang es, München nach New York und Paris auf den dritten Platz gemeinsam *mit* Florenz in der Reihe der großen Modemetropolen zu bringen.

VOLLEYBALL / Damen erreichten EM-Endrunde

Empörung über Bericht einer „DDR"-Zeitung

PETER SCHULZ, Schwerin

Der Pole Andrzej Niemczyk (39) ist ein Tüftler in Sachen Volleyball, Trainer der deutschen Damen-Nationalmannschaft und des Meisters SV Lohhof. Er führt ein Tagebuch, in das er seine Ideen „zu jeder Tages- und Nachtzeit, wann immer ich welche habe", einträgt. Manchmal formuliert er für seine persönliche Kladde auch sportliche Ziele, weil er sich nicht so recht traut, sie öffentlich auszusprechen. Gestern zitierte er in Schwerin eine solche Notiz: „In meinem Buch steht: Wenn wir ungeschlagen in die Endrunde kommen, will ich eine Medaille. Wenn wir eine Niederlage beziehen, ist unser Ziel der vierte Platz. Ich habe das nicht vorher gesagt, weil wir sonst wieder verrissen worden wären."

Der Verriß muß ausbleiben: Zum ersten Mal hat die Damen-Nationalmannschaft bei einer Europameisterschaft die Finalrunde der letzten sechs Teams erreicht – als einzige Mannschaft aus Westeuropa. Da sie dabei Polen und Frankreich besiegte, gegen Titelverteidiger Bulgarien aber verlor, redet der Bundestrainer so, wie es im Tagebuch steht: „Wir wollen jetzt unbedingt Platz vier erreichen. Ich glaube, daß wir Ungarn und Rumänien schlagen."

Der vierte Platz in einer Sportart, in der die Bundesrepublik vor fünf Jahren noch viertklassig war – das ist eine Überraschung. In der „DDR", wo die Titelkämpfe stattfinden, ist das Erstaunen offensichtlich am größten. Die „Schweriner Zeitung", die am Spielort der Mannschaft aus der Bundesrepublik erscheint, glaubt jedenfalls die Gründe des Aufschwungs genau zu kennen. Also steht da der Satz: „Mit drei Ausländerinnen, die durch – wie gemunkelt wird – stark zweckgebundene Ehen die BRD-Staatsbürgerschaft und damit die Spielberechtigung erlangt haben, wurde Polen für viele überraschend geschlagen."

So also ist es: die anderen müssen sich im Training plagen, tu felix Germania nube ...

Schlagfertig reagierte denn auch Niemczyk: „Dann hätte ich ja eine Chinesin heiraten können." Empört war Christian Brandel, der Pressesprecher des Verbandes, auf dessen Ehe mit der 289maligen USA-Nationalspielerin besonders angespielt wurde: „Meine Frau ist doch nicht so dumm, einen Deutschen zu heiraten, nur um hier in der Nationalmannschaft zu spielen. Mit den USA hätte sie in Los Angeles eine Medaille gewonnen." Seine Frau Terry Place kam 1980 zum SV Lohhof und spielt seit ihrer Heirat im letzten Jahr in der Nationalmannschaft.

Die beiden anderen „Ausländerinnen" sind Marina Staden und Danuta Niemietz. Marina Staden lernte in Moskau den Osnabrücker Lehrer Hans Staden kennen, kam nach ihrer Hochzeit 1977 (!) in die Bundesrepublik und besitzt seit 1979 einen deutschen Paß. Danuta Niemietz, in Polen geboren, hat deutsche Vorfahren und konnte nach ihrer Übersiedlung (da war sie schon verheiratet) direkt für die Nationalmannschaft spielen. Lächerlich, diese boshafte Überspitzung einer „DDR"-Zeitung nach dem Motto, daß auch sportlich nicht sein kann, was nicht sein darf.

Fest steht, daß der Aufschwung des Damen-Volleyballs mit dem sogenannten „Modell Lohhof" begann. In dem Münchner Vorort wurde hierzulande zum ersten Mal nach osteuropäischem Vorbild gearbeitet. Wichtigster Mann dabei ist Trainer Niemczyk, dessen Konzept, bis zu 23 Stunden in der Woche zu trainieren, lange Zeit als übertrieben und unserer Gesellschaftsordnung nicht angemessen abgelehnt worden war. Daß sich dabei Terry Place-Brandel, Marina Staden und Danuta Niemietz zu den Stützen seiner Mannschaft entwikkelten, ist kein Wunder: Sie hatten vorher nur Volleyball gespielt, waren die Trainingsstrapazen gewohnt. Selbst unter so einem „harten Hund" (der Trainer über sich selbst) wie Niemczyk.

Nach der Qualifikation zur Endrunde durften die Spielerinnen in ihrem Hotel bis Mitternacht feiern. Terry Place-Brandel: „Endlich hat sich unsere jahrelange Arbeit ausgezahlt." Der Verband hatte 220 000 Mark für die Vorbereitung in 53 Länderspielen ausgegeben ...

Zählt nur noch „Zeit, Platz – peng"?

Das ist uns piepegal", sagt Dieter Teske, Ehemann und Trainer von Charlotte Teske, der schnellsten deutschen Marathonläuferin aller Zeiten. Das ist seine Reaktion auf die Maßnahme des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV), die deutsche Rekordläuferin, die Siegerin der großen Marathonläufe von Boston und Rio de Janeiro, vorläufig aus dem Olympiakader für 1984 zu entfernen. Mangelnde Leistungsfähigkeit wird der Darmstädter Kinderkrankenschwester vorgeworfen, was sich auf ihre Einsätze bei den Europameisterschaften im letzten Jahr in Athen und bei den Weltmeisterschaften in diesem Jahr in Helsinki bezieht. In Athen kam Charlotte Teske, die Mitfavoritin, nur im Mittelfeld ein, in Helsinki stieg sie gar aus.

Noch können sich die Teskes nicht vorstellen, daß das, was jetzt geschehen ist, mehr als nur blanker Formalismus ist. Ganz so kann es nicht sein. Die Differenzen zwischen Verband und Läuferin gehen tiefer.

Denn: Charlotte Teske präsentiert sich immer dann in hervorragender Form, wenn es darum geht, einen jener Marathonläufe zu gewinnen, bei denen ordentliche Gagen oder Reisespesen gezahlt werden. Sie selber verneint das zwar, doch sie hat sehr wohl mit ihrer fleißigen Laufarbeit gerade in letzter Zeit die Familie nicht schlecht ernährt. Das wiederum ist sicher nicht verwerflich, sondern geht durchaus in Ordnung.

Verständlich ist freilich auch, daß Funktionäre und Trainer im Verband verdutzt dreinschauen, wenn es ums Auflisten der Erfolge bei internationalen Meisterschaften geht. Da fehlt nun einmal der Name Charlotte Teske. Ist ihr da die Gage zu niedrig?

Er habe auch gehört, daß man sich so etwas erzähle, sagt Dieter Teske. Sicher würde derartiges gemunkelt, doch gesprochen habe mit ihnen

STANDPUNKT

noch niemand darüber. Und im übrigen habe man schließlich so manchen Hundertmarkschein aus eigener Tasche für sportmedizinische Betreuung ausgegeben, habe man sich gerade auf die Europameisterschaften 1982 in Athen sehr sorgfältig vorbereitet. Extra ein Meßtischblatt von der schweren Strecke zwischen Marathon und Athen habe man sich besorgt, um die Trainingsbedingungen daheim im Südhessischen an möglichst heißen Sommertagen entsprechend zu simulieren. Doch geholfen habe es nun einmal nichts ...

Noch einmal Dieter Teske: „Für die Leute vom Verband, ohnehin kaum Fachleute in der Sparte Marathon, zählt nur: Zeit, Platz – peng." Was soviel heißt: Die Umstände, unter denen solche Leistungen zustande kommen oder auch nicht, werden in aller Regel kaum berücksichtigt. Dafür auch dieses Beispiel: Als Charlotte Teske in Bremen bei den deutschen Meisterschaften über 10 000 Meter einen deutschen Rekord aufstellte, sagte ihr ein hochgestellter Funktionär: „Du kannst von Glück sagen, daß du das geschafft hast, sonst würden wir dich nicht mit nach Helsinki zu den Weltmeisterschaften nehmen." In Helsinki startete Charlotte Teske auf der 42,195 km langen Marathonstrecke. Als Grundlage für einen Erfolg auf dieser Distanz einen schnellen 10-km-Lauf zu sehen, ist freilich barer Unsinn.

Im Fall Charlotte Teske, der mitunter eigensinnigen Individualistin, und ihrem Verband bestehen Differenzen. Es sind Barrieren, die sich aus der Sachlage ergeben. Charlotte Teske, die Marathonläuferin, muß ihre Chance suchen. Und die gibt es nach allen Erfahrungen im Langstreckenbereich nicht nur bei einem Rennen, auch wenn es dabei um die Weltmeisterschaft oder um die olympische Goldmedaille geht. Der Verband wiederum hätte gern den großen Erfolg bei eben diesen Veranstaltungen. Doch im Marathonlauf ist so etwas nicht zu garantieren.

K. Bl.

OLYMPIA / Osteuropäische Ruderer starten

Los Angeles bemüht sich um Ruhe und Vermittlung

dpa/sid, Los Angeles

Das Nationale Olympische Komitee der USA (USOC) und das Organisationskomitee, das für 1984 die Sommerspiele in Los Angeles vorbereitet (LAOOC), bemühen sich, die politischen Spannungen nach dem Abschuß einer südkoreanischen Verkehrsmaschine durch die Sowjetunion nicht noch stärker auf den Sport einwirken zu lassen. Offensichtlich wollen auch die sowjetischen Sportbehörden den Gerüchten, die UdSSR könnte die Spiele von Los Angeles boykottieren, keine neue Nahrung geben.

Zwei Sportereignisse zeigten diese Tendenz. Die verstärkte Gefahr eines möglichen Boykotts sahen Vertreter von USOC und LAOOC, als Ruderer und Kanuten aus der UdSSR ihre Startzusage für die heute beginnenden Testwettkämpfe auf der Olympiastrecke zurücknahmen – „angesichts der herrschenden Situation", hieß es aus Moskau. Vertreter von USOC und LAOOC fürchteten danach die Absage aller osteuropäischen Mannschaften. Gestern teilte Amy Quinn, die Pressechefin des LAOOC, mit, daß die Teams aus der „DDR", Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Polen und der CSSR wie geplant eingetroffen seien.

Die Ringer aus den USA werden an den Weltmeisterschaften teilnehmen, die am Wochenende in Kiew beginnen. Ihr Start war wegen des Fluglinienboykotts fraglich geworden. Jetzt fliegen sie bis Budapest und reisen dann im Bus nach Kiew.

Der Exekutivdirektor des USOC, F. Don Miller, erklärte: „Wenn wir es zulassen, daß geplante Sportbegegnungen ausfallen, dann beginnt eine Abwärtsspirale." Auf dieser Linie liegen die Bemühungen seines Komitees, Ersatzspielorte für sowjetische Basketball- und Eishockeyspieler zu finden. Mehrere Universitäten hatten geplante Basketball-Begegnungen mit der Nationalmannschaft der UdSSR abgesagt.

Führende LAOOC-Mitglieder halten die Chance, daß die Sowjetuninon und mit ihr weitere osteuropäische Länder im Sommer 1984 nicht in Los Angeles antreten werden, für 50:50. Die Absicht des LAOOC-Präsidenten Peter Ueberroth, deutliche Teilnahmeversprechungen zu erhalten, scheiterte. Ihm wurde abgelehnt, eine Sportminister-Konferenz der Ostblockstaaten in der nordkoreanischen Hauptstadt Pjöngjang zu besuchen.

NACHRICHTEN

Heute Pokalwiederholung

Krefeld (sid) – Bayer Uerdingens Trainer Timo Konietzka hat seine Mannschaft für das Wiederholungsspiel der ersten DFB-Pokalhauptrunde (heute 20.00 Uhr) auf sechs Positionen geändert. Brinkmann, Jusufi, Funkel, Loontiens, Van de Loo und Feilzer werden geschont.

Fichtel bleibt

Bremen (sid) – Klaus Fichtel bleibt bei Werder Bremen. Er dementierte Kontakte zum Fußball-Bundesliga-Verein VfL Bochum: „Ich gehe davon aus, daß ich meinen Vertrag bis zum Saisonende erfülle."

CDU-Kritik an Daume

Bonn (sid) – Der CDU-Bundestagsabgeordnete Joachim Clemens, Mitglied des Sportausschusses des deutschen Bundestages, hat den Präsidenten des Nationalen Olympischen Komitees, Willi Daume kritisiert. Daumes Äußerung, daß Ostblockstaaten Probleme hätten, Berlin als Austragungsort Olympischer Sommerspiele anzuerkennen, sei „sportpolitisch unerwünscht".

China: Asien-Spiele 1990?

Shanghai (sid) – Antonio Samaranch, Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, hat China ermutigt, sich um die Ausrichtung der 11. Asienspiele 1990 zu bewerben.

Connors: Operation?

San Francisco (sid) – Dem amerikanischen Tennisspieler droht eine Fußoperation. Der 31 Jahre alte US-Meister dieses Jahres leidet unter einer Knochenmißbildung zwischen den beiden kleinen Zehen des rechten Fußes.

Silber für Schützen

Innsbruck (sid) – Bei den Weltmeisterschaften für Luftdruckwaffen erreichte die deutsche Herren-Luftgewehrmannschaft die Silbermedaille mit 1744 Ringen hinter Frankreich (1749).

Kritik an Stenzel

Bergkamen (sid) – Bereits nach zwei Spieltagen droht dem ehemaligen Handball-Bundestrainer Vlado Stenzel die Entlassung bei Bundesliga-Aufsteiger TuRa Bergkamen. Nach zwei Auftaktniederlagen werden ihm verfehlte Personalpolitik und taktische Fehler vorgeworfen.

ZAHLEN

GOLF

Tournament-Players-Champion in St. Mellion/England (Par 70): 1. Langer (Deutschland) 69+68+66+66=269 Schläge; damit dritter Turniersieg dieser Saison nach Italien Open und Glasgow Classic, er kassierte 52 000 der 400 000 Mark Preisgelder; 2. Way (England) 66+67+68+70=271; 3. Durnian (England) 72+67+66+67=272. – **Europäische Geldgewinnerliste:** 1. Faldo (England) 462 600 DM; 2. Ballesteros (Spanien) 324 400 DM; 3. Langer 259 800 DM.

VOLLEYBALL

Europameisterschaft in der „DDR", Damen, Gruppe 1: Bundesrepublik Deutschland – Frankreich 3:0, Polen – Bulgarien 3:2. – Gruppe 2: Rumänien – Niederlande 3:1, UdSSR – CSSR 3:0. – Gruppe 3: „DDR" – Ungarn 3:0, Italien – Schweden 3:0. – In der Endrunde: Bulgarien, Bundesrepublik, UdSSR, Rumänien, „DDR", Ungarn.

Männer, Gruppe 1: Finnland – Niederlande 3:0, UdSSR – CSSR 3:0. – Gruppe 2: Italien – Frankreich 3:1, Polen – Rumänien 3:2. – Gruppe 3: Ungarn – Griechenland 3:1, Bulgarien – „DDR" 3:0. – In der Endrunde: UdSSR, CSSR, Polen, Italien, „DDR", Bulgarien.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 2: 1 429 535,70 Mark, 2.: 124 307,40, 3: 6547,40, 4: 123,40, 5: 9,90. – **Toto**, Elfer-Wette: 1: 778,20, 2: 37,10, 3: 4,70. – 6 aus 45: 1: unbesetzt, Jackpot 1 832 935,95, 2: 30 626,50, 3: 7253,60, 4: 103,60, 5: 8,10. – **Rennquintett:** Rennen A: 55,80, b: 640,00. Rennen B: 1: 1496,10, 2: 135,20. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 86 895,80.

(Ohne Gewähr)

BUNDESLIGA / Präsidenten lehnten Reform ab

Es bleibt bei 18 Vereinen

sid, München

Alle Reformpläne verschwinden in der Schublade. Die Fußball-Bundesliga wird weiter mit 18 Vereinen spielen. Auf der Tagung der Klub-Präsidenten in München wurde der eindringliche Wunsch von DFB-Präsident Hermann Neuberger, das Oberhaus auf 16 Mitglieder zu verkleinern, mit 13:5 Stimmen abgelehnt. Für eine Reduzierung stimmten nur fünf Vereine: Hamburger SV, Bayern München, VfB Stuttgart, Eintracht Frankfurt und der 1. FC Köln. Nach Lage der Dinge wird der entsprechende Antrag nun nicht mehr beim DFB-Bundestag am 29. Oktober in Mannheim eingereicht, denn ein Votum der Liga haben die Delegierten bisher immer respektiert.

Auf der Tagung wurde auch eine wichtige Personalentscheidung getroffen. Der 69 Jahre alte Wilhelm Neudecker bleibt weiterhin Vorsitzender im Liga-Ausschuß, nachdem er vor zwei Jahren erklärt hatte, nach Ablauf seiner Amtszeit 1983 zurücktreten zu wollen. Bei internen Beratungen änderte der ehemalige Präsident von Bayern München seine Meinung.

Einen breiten Raum nahm die künftige Haltung der Bundesliga gegenüber dem Fernsehen ein. Das Honorar, das momentan acht Millionen Mark beträgt (215 000 Mark pro Verein), soll auf lange Sicht erheblich gesteigert werden. Auch im Bereich der neuen Medien mit Kabelfernsehen, Videofilmen und Bildschirmtext wollen die Bundesliga-Vereine mitreden und neue Einnahmequelle erschließen.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

25 000,- DM
(+ MwSt.)
kostet Sie die Eröffnung Ihrer eigenen
Videothek
der Superlative
Wir übernehmen dafür die komplette, speziell konzipierte Ladeneinrichtung, die Video-Film-Ausstattung (die regelmäßig ausgetauscht wird, um immer ein attraktives Angebot zu gewährleisten), und alles, was man sonst so braucht, um der Konkurrenz immer eine Nasenlänge voraus zu sein. Ladenflächen in erstklassiger Lage sind vorhanden. Umfassende Informationen, die Sie bitte ausschließlich schriftlich anfordern, erhalten Sie von: PAN – Videotheken-Betriebsgesellschaft *mbH, Sophienstr. 22, 7570 Baden-Baden*, Tel 0 72 21 / 3 16 02 oder 2 67 79

Für den Vertrieb unserer techn. Produkte vergeben wir
Vertretungen
für die PLZ-Gebiete 1, 2, 3 u. 4. Unsere Zielgruppen sind Fachhandel, Bauheimwerker und Hobbymärkte. Interessenten mit einschlägigen Ambitionen bitten wir um Kontaktaufnahme u. Y 9654 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

GROUP WISHES TO DISPOSE OF CENTRAL LONDON, CITY BASED, WELL-ESTABLISHED
INTERNATIONAL TELEX-RELAY COMPANY
OWN MODERNISED FREEHOLD BUILDING WITH 3,000 SQUARE FEET USABLE FLOOR SPACE. FULLY COMPUTERISED ITT SYSTEM. WOULD SUIT LARGE CORPORATE TELEX USER PLANNING TO CENTRALISE *COMMUNICATIONS OPERATIONS IN LONDON. REPLY IN WRITING TO* ANTHONY TAYLOR ESQ. LL. B. SOLICITOR ANTHONY TAYLOR & CO. 250 M, BEDFORD CHAMBERS, THE PIAZZA, LONDON WC 2 or TO DR. HERBERT BRAUNER, RECHTSANWALT, D-7000 STUTTGART 50, BAHNHOFSTRASSE 8, WEST GERMANY

Suchen
Vertriebspartner
mit langjähriger Erfahrung **Auslandsimmobilien.**
Projekt: **Rendite- und Agrarprojekte** in Südspanien.
Interessante Provisionsregelung.
Kontaktaufnahme: Schatzwerbung, Kennziffer 69 416
Mercatorstraße 50–52, 4100 Duisburg 1.

Lizenzen
für ein mehrfach ausgezeichnetes *und patentrechtl. gesch.* Produkt zu vergeben. Einsetzbar in den Bereichen Organisation und Werbung.
- Konkurrenzlos
- Hohe Rendite
- Geringer Kapitaleinsatz
- Voller Gebietsschutz

Nehmen Sie Kontakt auf:
Marketing Studio
Ges. f. Kommunikation mbH
Weinstr. 16, 3000 Hannover 1
Tel. 05 11 / 28 10 19

Welcher Heilpraktiker
möchte mit Magnetiseur zusammenarbeiten, der mit homöopatischen Mitteln (Asthma, Herzasthma, einseitige Lähmung) geholfen hat? Grund: Möchte Bürokratie umgehen.
E. Ulbricht, Lönsring 14 b, 2105 Sevetal 2, Tel. 0 40 / 7 68 62 64

U.S.A.
EINWANDERUNGSVISA
Für Investoren, Unternehmer, Freiberufler, Gesellschaften, deren Mitarbeiter, Verwandte von U.S.-Bürgern.
Informationen: VIC GmbH
Widenmayerstr 18/1 · 8000 München 22
Tel. (089) 229133 Telex 5216534 indad

DM 5000,– (und mehr) in 4 Wochen verdoppeln!
Wir geben exklusiv Teil-Märkte in NRW plus Produkt ohne Wettbewerb (Zielgruppe: der gesamte Einzelhandel!) Kapital-Einsatz (ohne Risiko) DM 5000,–. Absolut seriös, hoher Bedarf.
ALLROUND PR 0 21 56 – 83 18

Deutscher Sportgerätevertrieb
f. alle Sportarten sucht zuverlässigen Hersteller.
Zuschr. erb. u. PE 46968 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Zweigstelle
eines seit 1977 eingetragenen Vereins. Werden Sie in einer zukunftssicheren Branche tätig.
Gewichtsreduzierung Raucherentwöhnung
Ganz neuartige, außergewöhnlich erfolgreiche Methode. Wir arbeiten Sie gründlich ein und betreuen Sie ständig. Sie werden durch unsere langjährige Erfahrung Suggestor-
Hypnose
Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. Mindestverdienst DM 6000,- monatlich. Erforderlich: Telefon, DM 10 000,- Eigenkapital (kann finanziert werden).
Bewerbungen mit Telefon-Angabe erb. u. H 9773 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Firmengründung im steuerfreien Ausland
Ein Konto in der Schweiz, die Chance für einen neuen Anfang, *auch in Deutschland, für in Konkurs* gegangene Kaufleute.
M. H. Firmenberatung
2800 Bremen, Tel. 04 21 / 31 10 39

Das Macher System
Einziger wöchentlicher Informationsdienst und Intensiv-Erfolgskurs. Gratisinfo:
Markus Rosenberg
Postfach 47/w, 8377 Frauenau

Internationale Spedition
in Atlanta, Georgia, USA, z. Z. kein Agentenverhältnis, interessiert an int. Speditionsverbindung in Deutschland zum Aufbau von West-Bound-Verkehr zum US-Südosten, See und Luft, umfangreiche Kenntnis im US-Markt vorhanden. Antworten werden vertraulich behandelt.
Ang. erb. u. W 9762 an WELT-*Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen*

Exportartikel
für die USA gesucht.
Angeb. u. K 9774 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Junge, erfolgreiche Export-Import-Firma, sucht für den Non-Food-Bereich
Vertreter
im gesamten Bundesgebiet.
Kontakte erbeten über Z 9765 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Time-Sharing
Span. Bank u. Finanzgruppe bietet erfolgr. Vertriebsspezialisten – mögl. mit Verbindung zu Großbetrieben – Beteiligungen am Aufbau der deutsch. Orga. Gewünschte Einlage DM 300 000,-.
Zuschr. u. F 9705 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

GmbH-Mantel n. altem Recht
zu veräußern, Verlustvortrag ca. DM 2000,-, VB 3000,-.
Ang. u. X 9763 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Handwerk – Verkauf – Vertrieb – Produktion
Fehlen Aufträge? Stimmt der Umsatz nicht? Erdrücken die Lagerbestände? Droht das Ende? Auf alle Fragen haben wir die konkrete Antwort. Vertriebs- und Außendienst-Organisation sowie Werbung. *Geldbeschaffung* und Liquidemachung ist unsere Stärke.
Anfragen unter Y 9764 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Vertriebskosten senken!
Bedienen Sie sich moderner, kostengünstiger Verkaufsmethoden. Wir machen für Sie komplettes Telefon-Marketing (Bedarfs-Ermittlung, Anfragen-Produktion usw).
ALLROUND PR 0 21 56 – 83 18

Handelsvertreter
mit guten Kontakten zum Drogerie- u. Orthopädiefachhandel, Apotheken, Lebensmitteleinzelhandel und Verbrauchermärkten sucht Vertretung für Norddeutschl. u. V 9761 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Aktienpaket
od. maßgebl. Beteiligung an namh. Gesellschaft im Tausch gegen Aktien Int. Landentwicklungsges. mit sich. Gewinnpotential von 20 Mio. US-$ für 1984/85 gesucht.
Zuschr. u. G 9706 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Druckereien/Verlage
Erhebliche Kostensenkung durch außerordentlich preiswerte Herstellung von 4-Farblithos auf modernsten Scannern.
Fordern Sie unser Preisangebot an.
Litho-Service H. Schell
Beckergrube 18, 24 Lübeck
Tel. 04 51 / 7 48 91

Kanarische Inseln
Bauträger i. Interessenbereich namhafter Bank vergibt Repräsentanzen im Bundesgebiet u. West-Berlin. Auch Beteiligung an best. Fachfirma oder gemeins. Gründung möglich.
Bewerbungen mit Referenzen unter E 9704 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENANGEBOTE

Wir machen Messen.
Machen Sie mit.

Wir gehören weltweit zu den führenden Gesellschaften unserer Branche und bieten der Wirtschaft eine umfassende Basis für ihr Geschäft. Als Veranstalter bedeutender Messen und Ausstellungen sind wir seit Jahrzehnten ein Begriff.

Innerhalb der Hauptabteilung Technik suchen wir den

Abteilungsleiter
Technischer Ausstellerservice

Sie sind verantwortlich für die Gestaltung von Systemständen und Sonderschauen sowie die gesamte haustechnische Versorgung der Stände. Darüber hinaus beraten Sie unsere Kunden umfassend bei der Standgestaltung und allen Fragen der technischen Versorgung und führen die Lösung herbei.

Als idealer Bewerber sind Sie Innenarchitekt mit Bauleitungserfahrung und bereits im Messebau tätig. Wir erwarten neben der fachlichen Qualifikation Organisationstalent und hohen persönlichen Einsatz. Geschick im Umgang mit Ausstellern und Lieferanten ist ebenso unerläßlich wie die Kooperationsbereitschaft mit anderen Bereichen unseres Hauses.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen an den *Leiter der Personalabteilung.*

Deutsche Messe- und Ausstellungs-AG
Messegelände · 3000 Hannover 82

Gesunder mittelständischer Spezialbetrieb zur Verlegung von Industriefußböden und Einbau von Vakuumbeton in Mittelholstein sucht einsatzbereiten und qualifizierten

Bau-Ingenieur

dem Gelegenheit geboten wird, Mitunternehmer zu werden und später den Betrieb allein zu übernehmen. Einsatzgebiet: Nord- und Westdeutschland.

Aussagefähige Bewerbungen erbeten unter PO 46995 an *WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.*

erfolgreich durch uns
wir bieten
Serviceberatern
Kundenberatern
Verkäufern
Reisenden
Markenartiklern
durch unsere 15jährige Erfahrung und Marktstellung den Erfolg, den Sie suchen
LPU Unternehmensberatungs GmbH
Rüttenscheider Straße 163
D-4300 Essen 1, Tel. (02 01) 77 10 21

Volksbank Soltau eG

Wir sind: eine Volksbank im Herzen der Lüneburger Heide mit einer Bilanzsumme von 200 Mio. DM und 8 Geschäftsstellen. Geschäftsbereich ist in etwa der Altkreis Soltau, u. a. mit den Städten Soltau, Schneverdingen und Munster. Soltau liegt jeweils ca. 80 km von den Städten Hamburg, Hannover und Bremen entfernt an der BAB 7.

Wir suchen: *zum nächstmöglichen Termin*

Filialleiter
für eine Filiale mit einer Bilanzsumme von rd. 50 Mio. DM

Wir erwarten eine dynamische und kontaktfreudige Persönlichkeit mit akquisitorischem Geschick und fundiertem Fachwissen im gesamten Bankgeschäft, mit der Fähigkeit zur Mitarbeiterführung und kollegialer Zusammenarbeit

Leiter für Bankplanung und Controlling
Wir erwarten einen Bankkaufmann mit betriebswirtschaftlicher Ausbildung, planerischem Weitblick, analytischem, logischem Denkvermögen, mit Interesse an Detailarbeiten sowie mit mehrjähriger Praxis in diesem Bereich

Bankkaufmann als stellvertretenden Leiter des Rechnungswesens
Wir erwarten eine verantwortungsbewußte, zielstrebige Persönlichkeit mit Durchsetzungsfähigkeit und fundierten Kenntnissen im Rechnungswesen

Bankkaufmann *als stellvertretenden Leiter der Verwaltung*
Wir erwarten eine im Personalwesen und der Organisation erfahrene Persönlichkeit, mit Geschick in der Menschenführung, mit Durchsetzungsfähigkeit und Integrationsvermögen

Bankkaufmann *als Kreditsachbearbeiter*
Wir erwarten ein fundiertes Fachwissen mit mehrjähriger Praxis im Kreditgeschäft

Wir bieten: selbständige und eigenverantwortliche Aufgabenbereiche, eine leistungsgerechte Dotierung und Möglichkeiten zur beruflichen Weiterbildung.

Ihre ausführliche Bewerbung mit Angabe Ihrer Gehaltsvorstellung und des frühestmöglichen Eintrittstermins richten Sie bitte an den Vorstand der



Volksbank Soltau eG
Wilhelmstraße 1–3, 3040 Soltau

Vorstand eines angesehenen Unternehmens sucht

Cheffahrer

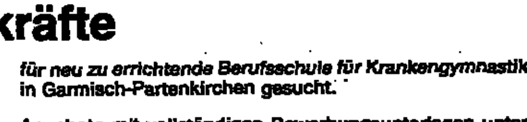
für Vertrauensstellung mit Wohnsitz im Süden Hamburgs. Voraussetzungen sind nachgewiesene Tätigkeiten in ähnlicher Funktion (aktuelle Referenzen bitte angeben), gute Umgangsformen und die Fähigkeit und Bereitschaft Gartenpflege und einfache handwerkliche Aufgaben im Hause zu übernehmen sowie Mithilfe bei der Gästebewirtung zu leisten.

Der zeitgebundene Einsatz erfolgt im Rahmen einer Feststellung nach Absprache.

Zuschriften erbeten unter PJ 46933 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Krankengymnastinnen mit mehrjährigen Erfahrungen in Orthopädie/Chirurgie, Innerer Medizin, Frauenheilkunde, Neurologie als haupt- oder nebenberufliche

Lehrkräfte



für neu zu errichtende Berufsschule für Krankengymnastik in Garmisch-Partenkirchen gesucht.

Angebote mit vollständigen Bewerbungsunterlagen unter R 9580 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Die richtige Adresse für Stellenanzeigen:
DIE WELT – UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND – Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1
W 3682

STELLENGESUCHE

Neue Herausforderung als Geschäftsführer gesucht
Kaufmännischer Leiter, Ende 30, Wirtschaftsjurist, in ungekündigter Stellung in einem mittelständischen Industriebetrieb, sucht neue Aufgabe mit Zukunftsperspektive. Bisherige Verantwortungsbereiche: Finanz- und Rechnungswesen, Vertrieb, Materialwirtschaft, Organisation/EDV, Personal, kaufmännische Verwaltung.
Gedacht ist an eine Position in einem marktorientierten Industrieunternehmen, in dem meine speziellen Erfahrungen aus Bereichen wie AV-Kommunikationstechnik, öffentliches Vergabewesen oder staatliche F&E-Förderung gewinnbringend wirken können.
Zuschriften unter L 9598 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Credit Manager
42 Jahre, Diplom-Kaufmann, langjährige Erfahrungen und fundierte Kenntnisse im internationalen Kreditgeschäft, gesammelt in Industrie, Handel und bei Banken, sucht neuen verantwortungsvollen Wirkungskreis, mögl. im norddeutschen Raum. Zuschriften erbeten unter T 9759 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

= Dipl.-Kaufmann (40) mit techn. Lehre =
Mehrjährige, erfolgreiche Tätigkeit im internationalen Anlagenbau. Kosten- und leistungsorientiert, Auslandserfahrung, verhandlungssicher (Deutsch, Englisch), sucht zum 1. 4. 1984, evtl. früher: Herausfordernde Aufgabe als Projektmanager oder im Vertrieb techn. Investitionsgüter. Einsatzort: Mögl. HH oder Ausland.
Angeb. erb. u. C 9591 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Geschäftsführer ● Filialkette Einzelhandel
36 J., Abitur, Engl., Franz., G+V-Verantwortung. Langj. Erfahrung: Warenhaus, Verbrauchermarkt, Fachhandel. Erfolgreiche, vertriebsorientierte Filialführung. Ist-Einkommen DM 140 000,- p. a., sucht mittel- oder langfristig gleiche Aufgabenstellung in Norddeutschland (Raum Düsseldorf–Hamburg). Angebote unter R 9757 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Betriebswirt/Materialwirtschaftler
37 J., mittl. Reife, Industriekaufmann, Hochschule, mehrjährige Erfahrung in der Materialwirtschaft (Dispositionsleiter, Einkaufsleiter), EDV-Organisation – Realisation. Branchen: Handel, Baunebengewerbe, Automobilbau, Metallverarbeitung, ungekündigt. Sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe.
Angeb. erb. u. D 9769 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

SÜDAMERIKA
Außenhandelskaufmann **– Hamburger Lehre – 36 Jahre, verh., span./engl. – 13 Jahre erfolgr. Tätigkeit als Niederlassungsleiter namhafter Handelshäuser, Schwerpunkt Investitionsgüter, sucht verantwortungsvolle Aufgabe im südamerikan. Raum (vorzugsweise Chile od. Ekuador), bis Ende Sept. in Hamburg erreichbar.**
Angebote unter L 9775 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64 4300 Essen.

Organisationstalent + Vertriebspraktiker
33 Jahre alt, seit Jahren mit überdurchschnittlichem Erfolg in leitender Position in den Bereichen Versicherungen, Immobilien, Finanzierungen tätig, sucht neue Herausforderung in gehobenem Management. Auch andere Branchen angenehm.
Domizilwunsch ist das Rhein-Main-Gebiet. (Jedoch nicht Bedingung.)
Aussagefähige Angebote erbeten unter A 9766 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DIPLOMINGENIEUR
(Bauwesen)
39 Jahre, 13 Jahre Praxis auf den Gebieten Statik, Fertig- und Ortbeton-Konstruktionen, interdisziplinäre Koordination, Spezifikationen, Ausschreibungen für Roh- und Ausbau-Gewerbe, Kalkulation, 4 Jahre Auslandserfahrung. Sprachen Französ./Engl., Be*reitschaft zu gelegentl. Auslandsaufenthalt, sucht verantwortungs*vollen, ausbaufähigen Wirkungsbereich im Hamburger Raum.
Zuschriften erbeten unter M 9776 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Volljurist
in Berlin wohnhaft, 35 J., regional unabhängig, 1. Staatsex. befriedigend, 2. Staatsex. Aug. 83, 6,27 Punkte (ausr.), überdurchschnittliche und aussagekräftige Stationszeugnisse, arbeitsfreudig und engagiert, sucht Tätigkeit in Rechtsanwaltspraxis, evtl. mit Übernahmemöglichkeit, Kapital vorhanden. Tel. 0 30 / 3 95 97 99 oder Zuschr. u. P 9756 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte sucht Stelle für:
Bundesanstalt für Arbeit

Vertriebsleiter
46, zielorientierter Praktiker, versiert im Verkauf Nahrungs- und Genußmittel an Handel und speziell Außer-Haus-Verzehr (bundesweite Kontakte), firm in allen kfm./organisatorischen Belangen, Erfahrung im Auf- und Ausbau des Außendienstes sowie in der Einstellung, Führung und Schulung von Mitarbeitern, Sprachkenntnisse: Englisch in Wort und Schrift, spanisch, sucht anspruchsvolle Aufgabe.
Auskünfte erteilt: Frau Rudolph
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4, 2800 Bremen 1, ☎ 04 21 / 32 02 49 o. 30 77-273, FS 245910
1327

GENERALIST
Lehramtsassessor, 31 Jahre, ledig, Studienfächer: Mathematik und Physik, 1. und 2. Staatsexamen befriedigend (Bayern), Hauptmann der Reserve, durch nebenberufliche Tätigkeit im kommunalen Schuldienst nicht ausgelastet, sucht **neue**, interessante Herausforderung.
Kontaktaufnahme bitte unter F 9594 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Holländischer Manager (41)
mit weitreichender Erfahrung auf dem Personal- und Organisationsgebiet ist seit einigen Jahren erfolgreich als AD-Interimmanager tätig. Dauer letzter Auftrag 2½ Jahre.
Ab 1. Oktober 1983 oder später sucht er eine(n) neue(n) Herausforderung-/Wirkungskreis in Westdeutschland.
Falls Sie interessiert sind, schreiben Sie bitte an W. van Arend, Leusdenhof 52, NL-1108 CT Amsterdam, Tel. 0031/20-97 18 76/-97 18 58 oder 0031/35-4 50 52, Telex 1 1 802 inter nl.

Einrichtungsberater für Einbauküchen
firm in Planung, Zeichnung, Verkauf, Abwicklung (problemlos) nachweislich überdurchschnittliche Verkaufserfolge, 45 J., sucht neuen Wirkungskreis.
Zuschr. u. PS 46988 an WELT-Verlag, Postfach. 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Cheffahrer
engl. Sprachkenntn., in langjähr. ungek. Arbeitsverhältnis, sucht zum nächstmögl. Termin neuen Wirkungskreis, Raum Hamburg. Auf Wunsch Referenzen.
Zuschr. erb. u. PA 46 984 an WELT-Verlag, Postf., 2 Hamburg 36

Immobilien-Verkäufer
42 J., 16 J. Leiter eines mittelständigen Immob.-Betriebes, sucht Neuaufgabe, eventuell Mitarbeit o. Aufbau/Ltg. einer Zweigst. Standort Rhein/Berg. Kreis-Oberberg. Kreis – Großraum Köln.
Ausführl. Kontaktaufnahme unter Z 9665 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ingenieur (grad.) Maschinenbau
44 Jahre, verh., sucht interessante, verantwortungsvolle Tätigkeit. Zur *Zeit in der* Fertigungssteuerung eines bekannten Zulieferbetriebes der Autoindustrie beschäftigt. Langjährige Erfahrung auf den Gebieten der Fertigungssteuerung und Betriebsorganisation in einem mittelständischen Betrieb (Einzel- bis Kleinserienfertigung). Angebot. u. *P 9778 an WELT-*Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebswirt/Jurist
sucht neue Aufgabe.
Zuschriften unter B 9433 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Staatl. anerkannte
Kinderpflegerin
21 J., sucht neue Stelle im Kindergarten, Heim, Rehabilitationszenter oder Privat im Raume Koblenz/Köln/Düsseldorf.
Angeb. u. H 9596 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Maschinenbauing.
45 J., Auslandserfahrung, seit 16 J. in EPS-Verarbeitung als techn. Leiter, Betriebsleiter und Montagemeister tätig, sucht neuen Tätigkeitsbereich, auch Ausland.
Zuschr. u. F 9661 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Internationaler Spediteur
40 J., perfekt Englisch, 12 Jahre Auslandstätigkeit USA/Kanada mit voller Kenntnis der Export-/Import-Bedingungen, interessiert an leitender Stellung Exporteur/Importeur oder int. Spedition, z. Z. unabhängige Tätigkeit. Antworten werden vertraulich behandelt, Standort vorzugsweise Hamburg/Bremen.
Angeb. erb. u. S 9758 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter
Hartmetall, Zerspanung und Verschleiß
mit über 12jähriger Verkaufstätigkeit für eine Firma in der BRD und USA, in ungekündigter Stellung, sucht neuen verantwortungsvollen Wirkungskreis.
Persönliche Daten: 38 Jahre, verheiratet, ortsgebunden, mit Wohnsitz im Ruhrgebiet.
Angeb. u. K 9597 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

DV-Kfm.
20 J., weibl., z. Z. i. ungek. Stellg., su. z. 1. 1. 84 neue Interess. Aufg. i. Hamburg (RPG, COBOL, CPC, DOS/VSE).
Zuschr. erb. u. PS 46 979 an WELT-Verlag, Postf., 2 Hamburg 36

ELEKTROINGENIEUR
Fachrichtung Energietechnik, 34 J., mit Auslandserfahrung möchte sich auf dem Gebiet **FREIPROGRAMMIERBARE STEUERUNGEN** einarbeiten. Angebote unter U 9760 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Agrar-Techniker, 26 J., ledig, sucht Stelle als Verwalter. Zuschr. u. B 9657 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dynam. Kauffrau
Außenhandel/Bank – Informatik-Ausbildung – Engl./Span., sucht Tätigkeit per 1. 11. 83 in Hamburg.
Zuschr. u. PT 46 980 an WELT-Verlag, Postf., 2 Hamburg 36

Exportkaufmann
45, Stahlbranche, langjährige Auslandserf., fließend Franz., Engl., Port., sucht verantw. Position, auch im Ausland.
Ang. erb. u. B 9767 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter
36 J., gelernter Import-/Exportkaufmann, Hamburger, ledig, langj. Erf. im Innen- und Außendienst sowie Auslandsgeschäft, verhandlungsgewandt, abschlußsicher, vielseitig versiert im Umgang mit anspruchsvoller Kundschaft im In- u. Ausland (inkl. Einkaufskonzerne in Deutschland Food – Non Food). Räumlich mobil, wünscht wegen Firmenliquidation neue Aufgaben zu übernehmen.
Angeb. erb. unter P 9488 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Projekt-Kfm.
su. neue Aufg. im
Ausland
31 Jahre, langjährige Erfahrung auf mittleren u. großen Baustellen in Westafrika und Mittl. Osten.
Angeb. u. PO 46 976 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Maschinenschlosser – Industriemeister, 44 J.
(Schiffsmaschinist), su. neu. Wirk'kra. i. Ausl. Zul. Nigeria/Saudi-Arabien, Erf. Schwermotorenbau, Hydraulik u. Pumpenbau, zul. techn. Maintenance i. Krankenhs. (Saudi), Engl'kenntn. Angeb. u. D 9592 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Jung. Unternehmer
Französisch, Englisch, sucht sich zu verändern.
Angeb. u. E 9593 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dr. phil.
sucht Anstellung i. d. freien Wirtschaft.
Zuschr. erb. u. PZ 46 983 an WELT-Verlag, Postf., 2 Hamburg 36

Selbst. Kaufmann
32 J., 8 J. Gastro., 8 J. Angest., abgeschl. Ausbildung, Mittlere Reife, 6 J. Engl., su. neue Herausforderung als Kaufmann (keine Gastro.), Pharmaref., Trader od. dgl. Einarb., Ausb. erwünscht. Engagement/Belastbarkeit/Reisebereitschaft vorh.
Zuschr. u. *M 9599 an WELT-Verlag*, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

35jähriger
creativ, ideenreich, vielseitig, selbständig, sucht neuen Wirkungskreis.
Zuschr. erb. u. PH 46 990 an WELT-Verlag, Postf., 2 Hamburg 36

Assistent der GL
Betriebswirt, 31 Jahre, langj. Erfahrung im Handel (Filialkette, VM/C+C), Bezirks-Revisions-Schulungsl. u. Ass. der GL sucht neue Aufgabe.
Zuschr. u. M 9754 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Betriebswirt und Bankkaufmann
30 J., z. Z. Berufsoffizier, ungekündigt, sucht interessante Führungstätigkeit in Bank oder Industrie. Schwerpunkt: Finanzwirtschaft und Rechnungswesen.
Angeb. u. G 9595 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

EDV-Revisor
betriebswirtschaftliches Studium, mehrjährige Berufserfahrung, gute Programmierkenntn., sucht neuen Wirkungskreis.
Ang. erb. u. C 9768 an WELT-*Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.*

Dipl.-Sozialarbeiterin
31 J., beende z. Z. das Anerkennungsjahr im Jugendamt, Sozialer Beratungsdienst, und suche zum 1. 11. 83 oder später einen ähnlichen Aufgabenbereich. Auch bereits Erfahrungen als Leiterin von Jugendgruppen.
Zuschr. u. *N 9777 an WELT-*Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Bewerber auf Chiffre-Anzeigen...
...bitten wir, die Chiffre-Nummer auf jeden Fall deutlich sichtbar außen auf dem Umschlag zu vermerken.

Gelegentlich erreichen uns Zuschriften ohne Angabe der Chiffre-Nummer. Um sie an die Inserenten weiterleiten zu können, müssen wir sie öffnen. Das kann zu Mißverständnissen führen.

Also daran denken: Nicht nur innen im Anschreiben, sondern schon außen auf dem Umschlag die Chiffre-Nummer angeben!

Herzlichen Dank.
DIE WELT – UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Anzeigenabteilung

Elinor Rollin

geb. Greve

geb. 2. 8. 1913 gest. 18. 9. 1983

Dr. Jean Louis Rollin
Gunter und Beatrice Mengers geb. Rollin
Kai, Lars und Malte
Dr. Jean Pierre und Brigitte Rollin geb. Kutscher
Jean Philippe und Jean Christophe

Söbendieken 10, 2000 Hamburg 52

Trauerfeier am Freitag, dem 23. September 1983, um 11 Uhr in der Kirche zu Hamburg-Nienstedten, Elbchaussee.

Für uns alle unfaßbar erlag unser Geschäftsführer

Ephraim Halpern

am 13. September 1983 einem tödlichen Anschlag.

Wir verlieren in ihm eine hervorragende Persönlichkeit, die uns unvergeßlich bleiben wird.

Geschäftsleitung
Betriebsrat
und Belegschaft

SGH Spezial Gerätebau Hamburg GmbH

Meine geliebte Frau, unsere gute Mutter

Friedel Meinel

geb. Meyer

* 29. 9. 29 † 18. 9. 83

hat uns verlassen.

Gottfried Meinel
Birgit
Wolfgang

Wolfsburg, Ludwig-Beck-Straße 12

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 22. September 1983, um 14.00 Uhr auf dem Waldfriedhof statt.
Statt zugedachter Blumen wird eine Spende an die Krebshilfe erbeten. Deutsche Bank Bonn, Kontonummer 258 111, BLZ 380 700 59.
Betreuung durch das Bestattungsinstitut Gerlach Inh. Ludwig Czepak, Wolfsburg, Bebelstraße 9.

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Mitgesellschafter und Partner in der Geschäftsleitung nach Berlin

Mittelständisches Unternehmen der Heizungs- und Klimatechnik, modern strukturiert, finanziell gesund und unabhängig, trotz langjähriger Tradition fortschrittlich und flexibel geführt, sucht eine sachlich orientierte, leistungswillige und das unternehmerische Leistungsprinzip uneingeschränkt bejahende Persönlichkeit zum baldigen Eintritt als Mitgesellschafter und Geschäftsführer.

Jetziger geschäftsführender Gesellschafter ist Mitte 40 und ungeachtet seiner materiellen Unabhängigkeit stets „voll im Einsatz". Sein künftiger Partner, Techniker oder Kaufmann, sollte nicht älter als 40 sein und die Last und Verantwortung in der Geschäftsleitung mittragen und teilen. Unternehmerisches Denken und Handeln, Bereitschaft zum ausgewogenen Risiko, Identifikation mit dem Unternehmen und seinen Erfolgen sind neben der sachlichen Qualifikation und Fähigkeit, dem Unternehmen ohne Allüren vorstehen zu können, entscheidende Auswahlkriterien.

Wir suchen keinen leitenden Angestellten im abhängigen Dienstverhältnis, sondern einen Mitunternehmer, der bereit ist, seine persönliche Zukunft mit der des Unternehmens zu verquicken und dieses durch unabdingbare Einbringung eines Geschäftsanteils in sechsstelliger Höhe unter Beweis zu stellen.

Seriöse Interessenten wenden sich bitte vertraulich und nur schriftlich an die

Dr. Georg Merson & Partners Consulting Ltd.
5000 Köln 1, Weißenburgstraße 35

Wir bitten um Verständnis dafür, daß keine telefonischen Auskünfte erteilt werden können.

Steuerfrei produzieren

Auf den Bahamas bieten wir Ihnen zur Neugründung bzw. Auslagerung der Produktionsstätten für Klein- und Mittelbetriebe günstige GEWERBEGRUNDSTÜCKE. Nutzen Sie die Möglichkeit der steuerfreien Produktion und der zollfreien Einfuhr aus Entwicklungsländern in die EG.
Informationswoche: Von Mo., 26. 9., bis Fr., 30. 9. 83 stehen Ihnen Fachberater der Grand Bahama Development Comp. Ltd., Freeport, zur verfügung. Wir bitten um tel. Terminvereinbarung: Rolf Bareuter, Bockenheimer Anlage 1a, 6000 Ffm., Tel. 06 11 / 55 02 53

Herrl. gelegenes Landhaus

in absoluter Spitzenlage zwischen Berchtesgaden und Salzburg, freier unverbaubarer Gebirgsblick, 150 m² Wfl., kompl. einger., 2 Bäder, 3 WC, gr. Südterrasse, Garage, 1550 m² Areal mit Hecken u. Bäumen von Privat, DM 900 000,–.
Anfr. unter T 9737 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Das neue Konzept für Canada-Investitionen

Gewerbeobjekte nicht nur für Großanleger

Unser Konzept sichert Ihnen zum ersten eine hohe Rendite vom ersten Tag an
- besichert und indexiert -
und zum zweiten bietet es die Möglichkeit, in Objekten zu investieren, die sonst nur Großanlegern vorbehalten sind.

Das Funktionsprinzip

Ein hohes Investitionsvolumen erwirtschaftet in der Regel eine höhere Rendite, bindet aber liquide Mittel. Unser Konzept bietet Ihnen die Möglichkeit, mit weniger Kapital die hohe Rendite zu erhalten. Durch Zusammenschluß mehrerer Personen wird das Investitionsvolumen aufgeteilt.

Investieren, wo es noch Wachstum gibt

lein Wirtschaftsberatung

3280 Bad Pyrmont, Telefon 05281/2011 — Potsdamer Straße 1, Telex 931648 lepyr
1000 Berlin 15, Telefon 030/8827481 — Kurfürstendamm 206, Telex 181701 lebln
4000 Düsseldorf 1, Telefon 0211/66603b — Grafenberger Allee 241, Telex 8587203 lale
2000 Hamburg 13, Telefon 040/443913 — Kielortallee 2, Telex 2164069 lehh
2285 Kampen/Sylt, Telefon 04651/42015 — Wattweg Nr 2, Telex 221251 lekam
8000 München 40, Telefon 089/331053 — Hohenzollernstraße 40, Telex 5216207 wbmu

---

Eigentumswohnungen direkt vom Bauträger

Nutzen Sie unsere mehr als 10jährige Erfahrung als Bauträger im Allgäu und im Bodenseeraum.

Wir bieten an:

Am **Bodensee** in bevorzugter Wohnlage von **Markdorf** mehrere bezugsfertige 3- bis 4-Zimmer-Eigentumswohnungen von ca. 86 bis 127 m² Wohnfläche.

Im **Allgäu** in schöner zentraler Lage von Kißlegg ist eine großzügige 4-Zimmer-Wohnung bezugsfertig erstellt.



Wohnbau und Betreuungs GmbH
7778 Markdorf, Poststraße 7, Tel. 0 75 44 30 93

BAD LIPPSPRINGE

direkt am Teutoburger Wald



Noch 35 Komfort-Eigentumswohnungen
in 1974 gebaut.
Besichtigen Sie Ihre Wohnung in Bad Lippspringe!
Besichtigung täglich möglich.

Gründe für Ihre Kaufentscheidung:
- Marktgerechte Preise, z. B. 2-Zi.-Whg. mit 74 m² DM 114 000,-
- günstige Finanzierung
- absoluter Festpreis
- keine Vermittlungsgebühren, da Verkauf direkt vom Eigentümer
- echte Kapitalanlage. Mietverträge können mitübernommen werden.

Besuchen Sie uns doch einmal, oder rufen Sie einfach an:
WOHNBAU BAD OEYNHAUSEN GMBH & CO KG
– Frau Garen – Große Heide 31
4970 Bad Oeynhausen 2, Tel. 0 57 31 / 5 11 03 auch Sa./So.

Wenn Sie es eilig haben,

können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber

8–579 104 aufgeben.

TESSIN – LOCARNO

Zu verkaufen
direkt vom Bauherrn, an ruhiger, sonniger Aussichtslage, 7 Minuten vom Zentrum, sofort bezugsbereite
1½-, 2½-, 3½-Zimmer-Wohnungen ab sfr 161 000,–
Ausländer-Verkaufsgenehmigung vorhanden.
Auskunft erteilt:
AGENZA IMMOBILIARE ASTRA SA
CH-6600 Locarno
Tel. 00 41 / 93 / 31 80 91 – Telex: 8 46 201

ANZERE – WALLIS /SCHWEIZ

Nähe Crans-Montana
Wohnung zu verkaufen
4 Schlafzimmer, Wohnraum, Küche, 2 Bäder, WC, Garage. 1500 m ü. M., Sommer- und Winterkurort. Privatverkauf.
Tel. 00 41 / 27/38 16 06, Savioz Jean-Pierre, CH-1972 Anzère

ÖSTERREICH

Eigentumswohnungen



Salzburger Land.
STADT SALZBURG
Aigen, Reihenhäuser und 1- bis 5-Zimmer-Wohnungen (bereits im Bau).
Seeham
am Obertrumer See, 17 km vor Festspielstadt Salzburg. 1- und 2-Zimmer-Wohnungen.
Maria Alm
Gemeinde Saalfelden, im Erholungs- u. Schiparadies des Salzburger Landes, 1- bis 5-Zimmer-Wohnungen (im Bau).
Niedernsill
Pinzgau, nahe Europa-Sportregion. 1- bis 3-Zimmer-Wohnungen.
Tamsweg
Tauernregion – Sonnenterrasse Österreichs, 1- bis 3-Zimmer-Wohnungen.
Gesicherte Grundbucheintragung für deutsche Staatsbürger
Fordern Sie bitte unser ausführliches Informationsmaterial an!
»DEIN HEIM« Wohnungsbau Ges.m.b.H.
A-5020 Salzburg, Ignaz-Rieder-Kai 13a

DER ECHTE GEHEIMTIP
COSTA BRAVA, Calella de Palafrugell – Llafranch

In diesen beiden Fischerdörfern – wo es noch Wälder, idyllische Badebuchten und intakte Natur gibt ... und überraschend niedrige Preise – entstehen geschmackvolle und individuell ausgestattete, hochwertige Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen mit Meeresblick. So richtig ideal zum Ferienmachen und Überwintern bei angenehmem Klima und exklusiver Umgebung.
Kauf erfolgt direkt vom Bauträger – problemlose Finanzierung durch span. Bank – Treuhandabwicklung.
Wir laden Sie ein zur Besichtigungsfahrt vom 30. 9. bis 3. 10. (DM 350,- einschl. Hotel und VP). Betrag wird bei Kauf erstattet. Sofortige Reiseanmeldung und Information über:
FH-Vertrieb, Mühlenstr. 21, 2875 Ganderkesee, Tel.: 0 42 22 / 31 69

HORIZONS 2000

sucht **AGENTEN**, um eine einmal. Anlagemöglichkeit in erstklassig. Agrarland anzubiet. mit außergewöhl. hohem mittel- u. langfristig. Einommen. Projektiertes jährl. Einkommen über 50 % während Jahrzehnten. Erste Investitionsphase termingerecht abgeschlossen. Mindesteinlage $ 12 500,–. Material steht in Engl., Französisch, Deutsch o. Arabisch z. Verfügung.
Für weitere Auskünfte:
GLOBE PLAN SA
24, Av. Mon Repos
1005 Lausanne, Schweiz
Tel. (21) 22 35 12, Telex 25 185

Timmendorfer Strand

Einfamilienhaus mit Nebengebauden auf Waldgrundstück in direkter Strandnähe mit ca. 190 m² Wohnfl. auf ca. 800 m² Eigenland, geeignet für Büro, Praxis etc., sehr gepflegtes Objekt. Kaufpreis DM 700.000,-.
Korth Immobilien GmbH, Mühlenstr. 23
2407 Sereetz, Tel. 04 51 / 39 30 71

1,5–2,0 Millionen DM

für ca. 1–2 Jahre gesucht. Eine gute Verzinsung wird geboten. Sicherheiten: gegen Grundschuld auf wertvollen Grundbesitz.
Angeb. u. R 9802 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

GmbH DM 85 000,– Stammkap. eingez., Verlustvortrag dito, für DM 65 000,– VHB sof. abzugeb. Info: 0 57 41 / 2 04 45

Studien-App. Freiburg

Penthouse, 2 ZKB, TG, Uni- u. Kliniknähe.
Tel. 06 21 / 79 67 68

Investieren Sie in ein Paradies

Investieren in ein Paradies
Cap Monastir Tunesien, nur zweieinhalb Stunden Flug entfernt

Cap Monastir, Tunesien, nur zweieinhalb Stunden Flug entfernt.

Ein brandneues Projekt von allerhöchstem Rang. Exclusive Wohnanlage im maurischen Stil mit 251 Luxusappartements an einer Marina mit über 300 Bootsliegeplätzen. Einkaufszentrum und Sportanlagen.(*)

Attraktive Finanzierungsmodelle und Vermietung über eigene Verwaltung.

Lassen Sie sich dieses einmalig günstige Investitionsangebot nicht entgehen und fordern Sie noch heute mit dem untenstehenden Coupon die komplette Dokumentation von:

Wolf D. Ernt
Abt. Ferienimmobilien
Cronstettenstraße 6 a
6000 Frankfurt 1
Telefon 0611–1508250

(*) Animation unter Assistenz des Club Méditerranée

CAP MONASTIR

Coupon
Bitte senden Sie sofort kostenlos und unverbindlich Ihre Dokumentation "Investieren in ein Paradies" an:

Name ____
Vorname ____
Straße, Hausnummer ____
PLZ / Stadt ____

BAHIA/BRASILIEN

300 Tage Sonne pro Jahr
Strandnahe exclusive Ferienwohnanlage in touristisch voll erschlossenem Gebiet zu verkaufen. Sehr interessant für Geldanleger als Renditeobjekt (Mietgarantie 8%). Mit ausreichender Möglichkeit zur Eigennutzung.
Informieren Sie sich – ein Weg, der sich lohnt!
Karl H. Hess, Business Consulting
Wiesenhüttenplatz 26,
6 Frankfurt/M., Tel. (0611) 236760

Oberpfälzer Wald

Herrlich. 1-Fam.-Haus
i. Landhausstil, Bauj. 78, beste Bauausf. u. -zustand, 43er 2schal. Wände. Vollisolierg. Öl-ZH, z. T. zusätzl. Fußb.-Hzg., Garage i. Hs. Wohnbereich EG: 4 Z, K, B, WC, D, 125 m².
DG: 1 gr. Zi. w./k. Was., Tepp. u. Keram.-Böd., Türen-Fe.-Deck. Edelholz, el. Rolläden, 2 überd. Terr. vollunterkll.: gefliest, 2 Hobby-R. m. Hzg. Grdst. 2200 m², landsch. angep. Gart., angrenz. 2200 m² eig. Wald., 575 m ü. NN. Orsr.-Lage, a. Wald, ruhig, verkehrsgünst., Südhang m. unverb. Fernsicht.
Einmal. schön. Objekt f. Naturliebhaber, idealer Altersruhesitz.
Lastenfrei v. Privat DM 495 000. Frei Frühjahr 84.
Dipl.-Ing. Hoffmann
8491 Tiefenbach-Schönau 105
Tel. 0 96 73 / 5 71

Appartment auf Gran Canaria, zu kaufen gesucht.
Tel. 05 21 / 32 04 44 o. 0 52 08 / 89 62

Exkl. Landhaus

30 km bis München, am Ammersee, 7 Zimmer, Galerie, 2 Kamine, Bj. 74, 980 m² Grund. VB. 1,13 Mio.
Tel. 02 21 / 48 22 91

Kaufen Sie sich ein Stückchen von Aachen

1 ganzes Stockwerk (2 ETW)
mit insges. 115 m² Wohnfläche und ca. 230 m² Grundstücksanteil zum
VORZUGSPREIS VON DM 189 750
(Preis pro m² DM 1650)
bieten wir an. Die ganze Anlage ist voll renoviert, bestens verwaltet und sehr gut vermietet
- in bevorzugter Wohnlage
- freifinanziert
- keine Maklergebühren
- günstige Finanzierung
- mtl. Belastung wird durch Miete u. Steuervorteile gedeckt.

INFORMATION UNTER
TEL. 02 41 / 6 90 95 oder 6 69 99

CHANNEL ISLANDS
Companies

können heute für viele Unternehmen Vorteile verschiedenster Art bringen.
Wir bieten die Möglichkeit der Gründung einer solchen Gesellschaft mit Hilfe einer bedeutenden internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.
Wir werden selbst von einer deutschen Anwaltskanzlei beraten und kontrolliert.
WERNER LINN GMBH
Tussiner Weg 2, 6719 Carlsberg
Tel. 0 63 56 / 10 20, Tx. 463 643 wlinn d

Costa Blanca

Häuser und Wohnungen schon ab DM 29 500,–, direkt vom Bauherrn. Auch Bau nach eigenen Wünschen.
Beutel u. Partner Immobilien
Brink 7, 6430 Bad Hersfeld,
Tel. 0 66 21 / 7 52 10 u. 0 66 20 / 16 52

Ingrid Vahle-Vermögensberatung
ab 15% Zinsen p.a.
Zuschr. unter S 9214 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Eigentumswohnungen

im 3-Fam.-Haus (80/100/112 m² Wfl.), direkt im Rotwildrevier, Nähe Kassel, zu *verkaufen*.
Rohbau ist erstellt, Innenausstattung kann noch gewählt werden. Jagdbeteiligung wird geboten.
Zuschr. erb. u. K 9664 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Mönchengladbach-Zentrum

Wohn- u. Geschäftshaus m. Tiefgarage, Mieteinnahme 159 000,– p. a., KP 1 850 000,– zzgl. 3,42 % Maklerprov.
Immob. Finanzierung Vermittl. GmbH
Tel.: 0 21 66 / 4 45 88

Timmendorfer Strand
in direkter Strandlage

1-Fam.-Haus, gut erhaltenes Objekt, mit ca. 100 m² Wohnfl., auf ca. 634 m² Eigenland, Vollkommen möbliert, Kaufpreis DM 630 000,-
Korth Immobilien GmbH, Mühlenstr. 25
2407 Sereetz, Tel. 04 51 / 39 30 71

Finanzierung/Bürgschaft

Bauauftrag f. Bauherrengemeinschaft (Ostseehotel). Ges.-Vol. 10 Mio., davon 90% gez. Baugen. liegt vor, suchen wir: a.) Verm. I. Hyp. 4,0 – 4,8 Mio. oder Bürge/Bürgschaft gegen erstrang. Grundschuld oder b.) General-Bauunternehmer mit Finanzierung o. Bürgschaft. Hyp./Bürgschaft werden durch Bauherren rückverbürgt. Näheres: Auftragsvermittlung GbR, 5804 Herdecke, Ruf 0 23 30 / 7 41 47

Börsendienst für Wertpapier-Operationen mit Ihrer Hausbank!

Info: AWIA GMBH · Adenauerallee 11 · 5300 Bonn 1

Biotechnik-Aktien

Junge europ. Gesellschaft, mit fertigem Produkt (erteilte Patente, erste Verkäufe getätigt), stockt Aktienkapital auf und sucht zu diesem Zweck Risikokapital. DM 9000,– je %.
Zuschriften unter R 9735 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bad Harzburg

Priv. 2½-Zi.-ETW, 63 m², kl. Wohnanlage, gr. Balkon, ruhige Waldrandlage, sofort beziehbar, für schnell entschl. Käufer. VB 145 000,– DM.
Tel. 0 53 26 / 39 88

Timmendorfer Strand

1-Zim.-komf.-Whg., zentrums- u. strandnah, 40 m² Wfl., Küche, Bad, Balkon, Tiefgarage. Preis DM 125 000,-
Korth Immobilien GmbH, Mühlenstr. 25
2407 Sereetz, Tel. 04 51 / 39 30 71

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

4400 Münster – Büro-/Praxisräume

231 u. 201 m² im EG eines repräsentativen Wohn-, Büro- u. Geschäftshauses in der Innenstadt zu vermieten oder zu verkaufen. Frei zu gestaltener Innenausbau, 4 Pkw-Einstellpl./Einheit, Erstbezug sofort.
Tel. 02 51 / 4 00 31 / 6 10 34 (privat)

Für Umschlag und Verteilung von Mineralöl oder sonstigen Produkten *im norddeutschen Raum bieten wir preisgünstig an:*
Gewerbekomplex mit Büroräumen, Hallen, Hochtanks und sonstigen Tanks
zur Vermietung (auch Teilvermietung), Schinen- und Wasseranschluß vorhanden, Raum Osnabrück. Übernehmen auch Kontraktorfunktionen.
Zuschriften unter P 9734 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Moderne Produktions-/Lagerhalle

Raum Limburg/Frankf., Grdst. ca. 50 000 m², Halle ca. 10 500 m², Bürogeb. ca. 400 m², m. Gleisanschluß, für DM 4 600 000,– zu verkaufen, evtl. zu vermieten.
J. Zerres u. Sohn — Inh.: Dipl.-Kfm. H. D. Zerres, Immobilien (RDM) seit 1922
Wittekindstr. 24, 4330 Mülheim-Ruhr, Tel. 02 08 / 3 49 06

Vom Eigentümer zu vermieten

in Rheda-Wiedenbrück
Produktionshallen
mit Rampen, ab DM 2,50, von 500–10 000 m²
Geeignet für alle Branchen
0 52 42 / 3 57 83

Tennis-/Squash-/Freizeitanlagen
– auch als Renditeobj. – zu verkaufen/verpachten.
Dr. Stoll GmbH, 0 20 53 / 89 90

Westl. Münsterland

Verkaufe o. verpachte Kfz-Werkstatt. Gebäude u. Grundstück sind in gutem Zustand u. auch für andere Zwecke nutzbar.
Zuschr. u. E 98 60 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Köln-City

Ladenlokal, gute Lage, zu vermieten, 80–210 m², Kölner Ladenstadt, Schwertnergasse 1, 5000 Köln 1, Tel. 02 21 / 23 51 41

Gelegenheit

Lackiererei und Farbenproduktion. 6 Wohnungen mit Schwimmbad, viel Platz, 3200 m², wegen Auswanderung zu verkaufen oder zu verpachten.
Zuschr. unt. D 9814 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Der große überregionale und internationale Markt für Grundstücke, Häuser, Geschäfte, Betriebe, Kapitalien:

Die Große Kombination
Immobilien-Kapitalien
DIE WELT
WELT am SONNTAG

„DDR“ gängelt ausländische Kulturzentren

dpa, Berlin

Die „DDR“ hat eine Verordnung erlassen, mit der die Arbeit ausländischer Kulturzentren stark eingeschränkt werden soll. Die Verordnung, die in der jüngsten Ausgabe des Gesetzblattes der „DDR“ veröffentlicht wurde, schreibt vor, daß ausländische Kulturzentren für die Mitwirkung von „DDR“-Einwohnern an Veranstaltungen vorher die Zustimmung eines Büros für Kulturzentren einholen müssen. Die Verordnung zielt offensichtlich auf die noch vor Jahresende erwartete Eröffnung eines französischen Kulturzentrums Ost-Berlin.

Kontakte der Kulturzentren mit staatlichen Einrichtungen und gesellschaftlichen Organisationen der „DDR“ dürfen der Verordnung nach grundsätzlich nur über das Büro für Kulturzentren angebahnt werden. Die Veranstaltungen dieser Zentren haben „grundsätzlich in deren Räumlichkeiten“ stattzufinden. Für Veranstaltungen außerhalb der Kulturzentren ist ebenfalls die Zustimmung des Büros erforderlich. Die Herstellung oder der Vertrieb von Druckerzeugnissen durch diese Zentren sei genehmigungspflichtig.

Marschall Kirsanow stellt neue Spionage-These auf

Vorwurf: US-Geheimdienst programmierte KAL-Maschine

dpa/rtr, Moskau/Washington

Der sowjetische Luftmarschall Pjotr Kirsanow hat die These aufgestellt, der Flug des von sowjetischen Abfangjägern abgeschossenen südkoreanischen Verkehrsflugzeuges sei Teil einer koordinierten Operation des US-Geheimdienstes gewesen, die einen „Ferret“-Aufklärungssatelliten, Aufklärungsflugzeuge vom Typ RC-135, US-Kriegsschiffe und Bodenleitstellen umfaßt habe. In einem gestern vom Parteiorgan „Prawda“ veröffentlichten Beitrag äußert der Marschall, eine Analyse der Umlaufbahn des „Ferret-D“-Satelliten und der Flugroute der koreanischen Boeing 747 habe ergeben, daß versucht worden sei, ein möglichst vollständiges Bild vom sowjetischen Luftabwehrsystem in Fernost, speziell auf Kamtschatka und Sachalin, zu erlangen.

Für den Abschuß des Flugzeuges und den Verlust von 269 Menschenleben macht Kirsanow Washington verantwortlich. Der Abflug der Boeing von Anchorage (Alaska) sei um 40 Minuten verzögert worden, um den Flug der Maschine mit dem US-Aufklärungssatelliten zu synchronisieren. An der Operation des US-Geheimdienstes seien zwei Flugzeuge vom Typ RC-135, zwei Maschinen vom Typ „Orion“, die Fregatte „Badger“, das mit entsprechender elektronischer Ausrüstung versehene südkoreanische Verkehrsflugzeug, Bodenleitstellen in Japan, auf Hawaii und den Aleuten, eine Maschine des Frühwarnsystems Awacs und der „Ferret-D“-Satellit beteiligt gewesen.

Besatzungsmitglieder amerikanischer Schiffe, die im Japanischen Meer nach Wrackteilen des Flugzeugs suchen, haben nach einem Bericht der „Washington Post“ Signale empfangen, die vom Flugschreiber der Maschine stammen könnten. Die Flugschreiber haben einen eingebauten Sender, der etwa 30 Tage lang Funksignale abgeben kann.

Wie das Seeamt in der nordjapanischen Hafenstadt Wakkanai mitteilte, hat die sowjetische Marine die Suche nach Wrackteilen des KAL-Jets offenbar verstärkt: Ein sowjetisches Küstenvermessungsschiff habe nördlich von Sachalin ein weiteres Mini-U-Boot abgesetzt.

Ungarn: Steht der Geheimdienst hinter der Maßregelung von Priestern?

In den „Basisgruppen“ des Paters Bulanyi wächst der Widerstand gegen den Militärdienst

DW. Bonn

Der Primas der katholischen Kirche in Ungarn, Kardinal Laszlo Lekai, hat drei Priester seiner Erzdiözese Esztergom strafversetzt. Als Grund gab der Kardinal „Privatexerzitien“ an, die diese Priester ohne kirchliche Genehmigung abgehalten hätten. Alle drei Geistlichen sind Anhänger des Piaristenpaters György Bulanyi.

KNA, Budapest

Der Konflikt schwelt seit Jahren. Eine gerechte Beurteilung fällt schwer, da hinter den Auseinandersetzungen das staatliche Kirchenamt vermutet werden muß. Es geht dabei nicht nur um eine religiöse Erneuerungsbewegung unter der ungarischen Jugend, die dem Regime sehr ungelegen kommt, sondern noch viel dringender um die Wehrdienstverweigerung, zu der die jungen Katholiken von Bulanyi und einigen Priestern, die ihm anhängen, ermuntert werden. Dabei führen junge Männer, die lieber für Jahre ins Gefängnis gehen, anstatt den 18monatigen Militärdienst abzuleisten, als Gründe sowohl das Gebot Jesu zur Feindesliebe an als auch die Tatsache, daß das ungarische Heer jederzeit darauf gefaßt sein muß, zu einer „militärischen Hilfsaktion“ der Sowjetunion gerufen zu werden.

Hier vermischt sich also religiöse Motivation mit handfestem Widerstand gegen das Regime, und dieses hat offenbar beschlossen, diesen Widerstand auf kirchlicher Ebene brechen zu lassen.

Obwohl Kardinal Lekai die Wehrdienstverweigerung mehrfach verurteilte, genügte dem staatlichen Kirchenamt diese Version der Kirche wohl nicht. Imre Miklos, in Moskau für die Position des Leiters dieses Amtes geschult, weiß offensichtlich, daß nur massive Verstöße gegen die Lehre der Kirche dem 71jährigen Piaristenpater eine endgültige Verurteilung durch die Bischöfe einbringen könnten. Jedenfalls zirkulierte auf dem Höhepunkt der Verhandlungen zwischen der Bischofskonferenz und Bulanyi ein Papier, das dem Piaristen zugeschrieben wurde und in dem dieser angeblich fundamentalste Glaubenssätze in Frage stellte. Bulanyi aber bestritt gegenüber den Bischöfen energisch die Autorenschaft. Nichtsdestotrotz verurteilte die Bischofskonferenz den Piaristen: Er durfte fortan keine öffentlichen Gottesdienste mehr halten, nicht mehr predigen und keine Sakramente mehr spenden.

Seine Anhänger verweisen darauf, daß es im kirchlichen Gesetzbuch keinen Artikel gibt, nach dem eine solche Strafe über einen Priester verhängt werden kann. Wohl aber gibt es einen solchen im ungarischen Strafgesetzbuch. Bulanyi darf staatlicherseits seit dem 30. November 1951 keine öffentlichen Gottesdienste mehr feiern.

Von den Bulanyi-Gruppen wird weiter ins Feld geführt, daß das Verbot der „Privatexerzitien“ auch in erster Linie im Interesse des Staates liegt und erst in zweiter Linie eine „Forderung der dem Staat allzu gehorsamen Bischöfe“ ist. Zur Begründung wird angeführt, daß das bischöfliche Ordinariat Einzelheiten über solche Exerzitien nicht von kirchlicher Seite aus erfährt. Hier müsse also der Geheimdienst am Werke sein.

Rüstungsausgaben Polens stiegen um 7,1 Prozent

JGG, Bonn

Die Rüstungsausgaben Polens sind seit der Verhängung des Kriegsrechtes im Dezember 1981 um 7,1 Prozent gestiegen, während das Nationaleinkommen im gleichen Zeitraum um nahezu 30 Prozent gesunken ist. Polen gab in diesem Zeitraum insgesamt 5,4 Milliarden Dollar für Rüstung aus, das sind 151 Dollar pro Kopf der Bevölkerung. Diese Zahlen errechnete die bekannte polnische Untergrund-Wochenzeitung „Tygodnik Mazowsze“. Nicht berücksichtigt sind dabei die Waffenimporte und Waffenlizenzeinkäufe in der Sowjetunion.

Hinzu kommt, so die Zeitung weiter, daß Moskau dem Warschauer Pakt-Partner Polen keineswegs die neuesten Waffen liefere. So erhalte Polen beispielsweise keine Flugzeuge des Typs MiG-23, die die Sowjetunion bereits an Syrien, Libyen und Indien liefere. Infolgedessen sei die polnische Luftwaffe nach Angaben bereits seit zehn Jahre überaltert, ebenso wie die gesamte polnische Rüstungsindustrie. So werden beispielsweise in den Rüstungsbetrieben Laband bei Gleiwitz sowjetische Panzer vom Typ T 72 gebaut, während die UdSSR bereits auf den T 80 umgerüstet habe.

Anschlag auf Rechenzentrum

DW. Karlsruhe/Wiesbaden

Ein Sprengstoffanschlag ist in der Nacht zum Dienstag auf das Rechenzentrum der Maschinenfabrik Augsburg Nürnberg (MAN) in Gustavsburg bei Wiesbaden verübt worden. Der Sachschaden wird auf zwei bis 2,5 Millionen Mark geschätzt. Ein Firmensprecher schloß politische Motive nicht aus, da die unbekannten Täter die Buchstaben „RZ“ (Revolutionäre Zellen) auf eine Wand gesprüht hätten. Der Generalbundesanwalt hat das Ermittlungsverfahren übernommen, und das Bundeskriminalamt mit seiner Durchführung beauftragt.

Der Sprengsatz war auf einem Fenstersims abgelegt worden. Dabei habe es sich vermutlich um einen umgebauten Feuerlöscher gehandelt, sagte der Firmensprecher. In dem Rechenzentrum wird die Materialverteilung gesteuert. Auf das Nürnberger MAN-Werk war bereits 1975 ein ähnlicher Anschlag verübt worden, der bislang nicht aufgeklärt werden konnte.

Eigene Vorschläge der CDA

Vorruhestandsregelung Thema bei Sozialausschüssen

GISELA REINERS, Bonn

Auf ihrer Bundestagung am 1. und 2. Oktober in Münster wird die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) – Sozialausschüsse – unter dem Vorsitz von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm unter anderem über Anträge zur Vorruhestandsregelung, Arbeitszeitverkürzung und das Familiensplitting beraten.

Der parlamentarische Staatssekretär im Arbeitsministerium, Wolfgang Vogt, gleichzeitig Blüms Stellvertreter als CDA-Bundesvorsitzender, erläuterte gestern in Bonn den Schwerpunkt der Anträge. Er machte klar, daß eine Regelung über das Vorruhestandsgeld angesichts der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dringlich sei. Der Staat müsse, so der Antrag des Bundesvorstands, 50 Prozent des Lohnersatzes übernehmen; selbstverständlich müßten davon Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung abgeführt werden. Eine neue Ordnung für die Arbeitszeit müsse ein Instrument zum Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer bleiben, solle jedoch für die Arbeitszeitgestaltung nur Grundregeln enthalten, deren Details von den Tarifpartnern innerhalb bestimmter Spannbreiten ausgefüllt werden könnten.

In der Regierung ist der Widerstand gegen eine Vorruhestandsregelung gewachsen; Finanz- und Wirtschaftsminister fürchten eine zu große Kostenbelastung für Unternehmen und Staatskasse.

Bei den Anträgen zum Familiensplitting, also der steuerlichen Entlastung für Familien mit Kindern, wird laut Vogt nicht auf die Forderung der Sozialausschüsse von 1975 nach einem dynamisierten Kindergeld zurückgegriffen. Man will nur eine Kombination von Steuerfreibetrag und Kindergeld.

NATO über neue Genf-Initiative einig

● Fortsetzung von Seite 1

– Richtig ist, daß Ministerialdirektor Teltschik heute in Bonn ist und ab morgen an der deutsch-amerikanischen Konferenz des Wilson-Center in Washington teilnehmen und dabei natürlich auch mit führenden amerikanischen Politikern zusammentreffen wird.

– Es ist falsch, daß deutsche Regierungsvertreter die USA drängen oder gedrängt haben, die globale Reduzierung aller nuklearen Mittelstreckenwaffen mit Reichweiten zwischen 1000 und 5000 km aufzugeben.

– Richtig ist, daß die deutsche Seite das nicht versucht hat und auch nicht versuchen wird, sondern eine globale Null-Lösung – das heißt, Verzicht auf alle sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenraketen – nach wie vor für das Idealziel hält.

– Es ist falsch, daß erwogen wird, die britischen und französischen Raketen in die europäische Rechnung gegenüber der Sowjetunion einzubringen.

– Richtig ist, daß die Bundesregierung die Sowjetunion auffordert, die Blockade der Genfer Verhandlungen, die durch das sowjetische Verlangen nach Anrechnung der britischen und französischen Systeme entstanden ist, aufzugeben.

– Es ist falsch, daß das Pershing-2-Waffensystem in den Verhandlungen mit den Sowjets geopfert werden soll.

– Richtig ist, daß die USA und wir am Waffenmix – das heißt also auch an der Pershing 2 – festhalten.

Die Bundesregierung bedauert, daß durch die Desinformation der WELT die tatsächlichen Absichten der Bundesregierung total verzerrt werden.

Kanzlerberater Teltschik trifft in Washington mit dem Sicherheitsberater Reagans, Clark, in allernächster Zeit zusammen. In Washington war Teltschiks Ankunft bereits für Dienstag erwartet worden.

Zur globalen Null-Lösung: Boenischs Erklärung stellt dar, daß die Bundesregierung die „globale Null-Lösung“ nach wie vor für das Idealziel halte; nach sicheren Informationen haben Bonner Regierungsexperten aber die USA gedrängt, unter der „globalen Obergrenze“ für Mittelstreckenwaffen „regionale Untergrenzen“ neu aufzustellen. Dies erlaubt, die 108 in Fernost stehenden SS 20-Werfer aus der europäischen Betrachtung zu eliminieren.

Die WELT hatte nicht berichtet, Bonn versuche, die britischen und französischen Waffen in die europäische Rechnung einzubringen.

Der WELT-Bericht vom Dienstag beschrieb eine fließende Verhandlungsführung, in der die Rolle der ballistischen Pershing-2-Raketen und damit der „Waffenmix“ zumindest zeitweise zweifelhaft war. Im übrigen hieß die Überschrift nicht „Kanzlerberater im Weißen Haus“ sondern „Bonn bestätigt: Neue Verhandlungslinie für Genf“.

Glückwünsche für Springer

DW. Jerusalem

Der israelische Staatspräsident Chaim Herzog hat den Berliner Verleger Axel Springer, dem am Montag der Ehrentitel „Bewahrer Jerusalems“ verliehen worden war, in einem Telegramm beglückwünscht. „Empfangen Sie bitte den Ausdruck unserer Hochschätzung für Ihren Einsatz für Israels Wohl und Sicherheit und für die Bemühungen, die Sie für den Staat Israel unternommen haben.“

Ebenfalls in einem Telegramm schrieb Außenminister Shamir: „Es ist für mich eine große Freude, Sie zur Verleihung des Titels ‚Ne'eman Jeruschalajim' zu beglückwünschen. Die Ehrung, die Ihnen heute zuteil geworden ist, ist ein Zeichen der Hoschschätzung und der Bewunderung, die das israelische Volk für Sie hegt, für Ihre aufrichtige Freundschaft und die aktive Unterstützung für Israel und sein Volk.“

Genießbare Pille

Mk. – Die Klagen über die höheren *Entgelte* für Hermes-Bürgschaften werden auch nach den heutigen Kabinettsentscheidungen nicht verstummen. Immerhin wirkt sich die Anpassung bei mittelfristigen Geschäften mit zwei Prozent aus. Im Wettbewerb keine zu vernachlässigende Größe, auch wenn Zinsdifferenzen und Wechselkursänderungen stärker ins Gewicht fallen können. Sicher ist dies für manche Firmen eine bittere Pille, aber keine ungenießbare.

Was wären die Alternativen? Der Bund könnte, um die Schadensfälle zu verringern, nur noch solche Geschäfte absichern, bei denen das Risiko gering ist. Angesichts der Verschuldungssituation in weiten Teilen der Dritten Welt und des Ostblocks liegt dies sicher nicht im Interesse der Exportwirtschaft.

Es könnte natürlich auch alles so wie bisher weiterlaufen. Nur: Angesichts der Schadensentwicklung wäre dies für die Konsolidierung der Staatsfinanzen nicht hinnehmbar. Schon jetzt muß selbst bei optimistischen Annahmen in den nächsten Jahren mit jeweils mehr als einer Milliarde an Entschädigungen gerechnet werden. Mehr noch: Ohne die höheren Prämien für Bürgschaften würde die Kritik vor allem aus den USA noch lauter, würde sich der Vorwurf, bei Hermes handele es sich doch um ein Subventionsinstrument gerade für Geschäfte mit Staatshandelsländern, nicht mehr so leicht entkräften lassen. Und da helfen auch keine Hinweise auf anders Staaten.

Wer in der Diskussion um Protektionismus und um Subventionen Gewicht haben will, darf nicht immer auf die schlechten Beispiele anderer schauen. Die Grundlage des Hermes-Systems muß das Versicherungsprinzip bleiben, sonst droht ein neuer ordnungspolitischer Sündenfall.

Schwach

adh. – Steigende Kosten für Betriebsmittel und Kapital beeinträchtigen nicht nur die Investitionsneigung, sie haben vielmehr zusammen mit der derzeit ungünstigen Einkommenssituation viele bäuerliche Betriebe in Hessen in Liquiditätsschwierigkeiten gebracht. Dieser beredten Klage des hessischen Bauern*verbandes ist eigentlich nichts hinzuzufügen.* Fast wie ein Witz mutet aber die mit dieser Zustandsbeschreibung verbundene Forderung nach einem allgemeinen Agrarkredit-Programm an, das das vorhandene Förderungsprogramm für Einzelbetriebe ergänzen solle. An den Verbandsvertretern der hessischen Bauernschaft scheint spurlos vorübergegangen zu sein, was allmählich zum Allgemeinwissen geworden ist: daß nämlich mit Subventionen allein ein Strukturwandel nicht zu bewältigen ist. Auf Verständnis beim steuerzahlenden Bürger können solche Forderungen nicht hoffen.

AUSFUHR-BÜRGSCHAFT / Kabinett beschließt heute Anhebung der Entgelte

Finanzsituation des Bundes macht höhere Hermes-Prämien notwendig

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Das Bundeskabinett beschließt heute über die Anhebung der Entgelte für Ausfuhr-Bürgschaften (Hermes-Deckung), die am 1. Oktober in Kraft tritt. Für Geschäfte, für die eine Grundsatzzusage besteht, gelten noch die alten Sätze. Aufgrund der Kritik aus der Wirtschaft, die von den Verbänden am Montag noch einmal vorgetragen wurde, wird das Entgelt nicht um durchschnittlich 50, sondern um rund 40 Prozent angehoben. Das Entschädigungsverfahren für mittelfristige Garantien wird verbessert.

Trotz der unsicheren Export-Entwicklung hält die Bundesregierung eine Anhebung der seit mehr als 20 Jahren unveränderten Hermes-Entgelte für notwendig. Denn der Bund mußte bereits in den vergangenen Jahren (Ausnahme 1982) zu den Ausfuhrgewährleistungen aus dem Bundeshaushalt zuschießen. Diese Leistungen werden in den nächsten Jahren steigen. Es soll vermieden werden, daß aus dem Hermes-Instrumentarium ein Subventionsinstrument für den Export wird.

Bei der neuen Entgeltstruktur soll den erkennbaren Risikoverlagerungen Rechnung getragen werden. Bisher wurde davon ausgegangen, daß Staaten kaum in Zahlungsschwierigkeiten geraten können. Daher sind die Entgelte für Bürgschaften, mit denen Kredite an staatliche und öffentliche Stellen abgesichert werden, erheblich niedriger als für Garantien für private Besteller. Von den Neudeckungen entfielen 1982 rund 80 Prozent auf Bürgschaften und 20 Prozent auf Garantien.

Da sich die Voraussetzungen erheblich geändert haben, was allein schon die wachsende Zahl der Umschuldungen zeigt, sollen jetzt die Prämien in erster Linie für Bürgschaften angehoben werden. Dadurch soll die Differenz zu den Entgelten für Garantien verringert werden, zwar so:

- Die Degression beim Grundentgelt für Bürgschaften wird beseitigt. *Der Satz beträgt in Zukunft ein* Prozent des Auftragswortes. Bisher lag er zwischen 0,5 und ein Prozent, je höher der Kredit, desto niedriger der Satz.
- Erhöhung des Zeitentgelts, das jährlich gezahlt wird, um 30 Prozent von 0,4 auf 0,55 Promille. Ursprünglich war eine Anhebung auf den Satz von einem Prozent wie bei Garantien geplant. Vor allem mit Rücksicht auf das langfristige Anlagegeschäft wurde dieser Satz nicht so kräftig angehoben.
- Heraufsetzung des Entgelts für die Fabrikationsrisiko-Deckung durch Einführung einer zeitabhängigen Komponente. Bisher lag der Satz unabhängig von der Zeit, an der an einer Anlage gebaut wurde, bei 0,75 Prozent. Da sich die Dauer der Fabrikation zum Beispiel bei großen Kraftwerken in den letzten Jahren verlängert hat, soll dies in den Prämien berücksichtigt werden. Der Satz soll je nach der Dauer gestaffelt zwischen ein und 1,25 Prozent liegen.

Zwei Beispiele für die Auswirkungen: Für die Absicherung eines Anlagegeschäfts von zehn Millionen Mark mußten bei einer Kreditlaufzeit von fünf Jahren bisher 250 000 Mark oder 2,5 Prozent des Auftragswertes gezahlt werden, in Zukunft werden es 350 000 Mark oder 3,5 Prozent werden. Steigerungsrate: 40 Prozent. Für eine Bürgschaft für ein 500-Millionen-Geschäft mit einer zehnjährigen Laufzeit wurden bisher 19 Millionen (vier Prozent des Auftragswertes) fällig, in Zukunft müssen 29 Millionen (sechs Prozent) geleistet werden. Steigerungsrate 50 Prozent.

Wer heute einen Antrag auf eine Bürgschaft stellt, über die erst im Oktober entschieden wird, muß die neuen Sätze bezahlen. Wer bereits im Besitz einer Grundsatzzusage ist, für den gelten bis zum Fristablauf, längstens also bis zum Jahresende, die alten Entgelte. Wenn eine Grundsatzentscheidung verlängert werden muß, so gelten für Abschlüsse bis zum 30. Oktober die alten Sätze.

Für Entschädigungen aus Ausfuhrgewährleistungen (über zwei Jahre) wird der Nichtzahlungstatbestand eingeführt. Die Exporteure müssen nicht mehr die Zahlungsunfähigkeit des Abnehmers nachweisen. Sie erhalten den Ausgleich rascher.

SOZIALKOSTEN

HWWA hält die Thesen von Albrecht für wenig sinnvoll

VWD, **Hamburg**

Den Vorschlag des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht, die Arbeitskosten in der Bundesrepublik zu senken, indem das soziale Netz nicht mehr durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer finanziert werden solle, sollte man schnell zu den Akten legen. Diese Auffassung vertritt das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, in seiner wirtschaftspolitischen Monatsschrift „Wirtschaftsdienst".

Albrecht komme mit seinen Vorschlägen den Gewerkschaften und der Opposition nahe, die schon seit längerem unter dem Schlagwort *„Maschinenbeitrag" dafür plädieren,* die Arbeitgeberbeiträge nicht mehr nach der Höhe des Lohnes, sondern nach der Höhe der betrieblichen Wertschöpfung auszurichten.

Alle diese Vorschläge seien von der Sorge bestimmt, daß durch den Einsatz von Maschinen immer mehr Arbeitskräfte freigesetzt werden und wegen des Ausfalls der Löhne die finanzielle Basis für die soziale Sicherheit gefährdet werde. Die Hamburger HWWA-Experten betonen ausdrücklich, daß dies ein Irrtum ist. Denn Produktivitätsfortschritte minderten keineswegs die Lohnsumme in der Volkswirtschaft. Vielmehr sicherten sie Arbeitsplätze, die sonst als unrentabel aufgegeben würden.

Und der durch das hohe Kostenniveau bedingte Ausfall von Produktion führe zu einem Ausfall nicht nur von Löhnen, sondern auch von Gewinnen, Dividenden, Zinsen und Selbständigeneinkommen. Deshalb würde auch bei den vorgeschlagenen Änderungen des Finanzierungssystems die finanzielle Basis der Sozialversicherung durch Arbeitslosigkeit geschwächt, und es würden die Lasten nur auf andere Schultern verlagert. Im gegenwärtigen System gelte im Grundsatz, daß derjenige Beiträge zur Sozialversicherung zahle, der auch Ansprüche auf ihre Leistungen erhalte. Nach den Vorschlägen Albrechts und der Befürworter eines „Maschinenbeitrages" sollen dagegen alle Bürger, also auch die Nichtarbeitnehmer, für die soziale Sicherung der Arbeitnehmer aufkommen.

Daß damit nebenbei die Empfänger von Sozialleistungen an der Finanzierung ihrer eigenen Einkommen beteiligt würden, da ja die Mehrwertsteuer oder der Wertschöpfungsbeitrag von den Unternehmen auf die Preise abgewälzt werde, könne man als Konsolidierungsbeitrag noch als notwendig erachten. Warum aber – so ließe sich fragen – solle ein Handwerker oder ein Einzelhändler, der aus eigener Tasche für seine Versorgung zahlen müsse, die soziale Sicherung der Arbeitnehmer mit bezahlen?

Wenn diese Pläne weiterverfolgt würden, würde – wie das HWWA feststellt – das System der sozialen Sicherung noch weiter von einer auf dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung beruhenden Versicherung zu einer vom Staat verwalteten Sozialkasse degenerieren.

Kraftakt für die Kohle

Von HANS BAUMANN

Auf makabre Weise macht ein altes Kumpelwort in den westdeutschen Steinkohlenrevieren wieder die Runde: Hinter der Hacke ist es duster. Seit die Weltwirtschaft von den Ölförderländern in den kleinsten Gang heruntergeschaltet wurde und die Hochpreispolitik zum Niedrigabsatz führte, ist auch Kohle nicht mehr an den Mann zu bringen. Über 30 Millionen Tonnen liegen in der Bundesrepublik auf Halde, hinzu kommen 10 Millionen Tonnen nationale Kohlenreserve. Die Förderkapazität ist *zu groß. „Anpassung" heißt* wieder einmal die Formel.

Das beflügelt *die Phantasie* und die Sorgen. Sicher ist, daß noch in diesem Jahr 6500 Bergleute den Zechen den Rücken kehren müssen. Die IG Bergbau hat durch ihren pragmatischen Vorsitzenden Adolf Schmidt angekündigt, daß sie 20 Feierschichten im Jahr hinnehmen werde, daß aber keine Zeche geschlossen werden dürfe.

Seit Jahrzehnten arbeiten Zechen wie Gneisenau oder Erin mit Verlusten. Seit Jahrzehnten werden sie aus dem Steuersäckel alimentiert. Das war durchaus vertretbar, solange die Säckel gefüllt waren. Kohlepolitik hatte bei uns immer den Stellenwert von Verteidigungspolitik. Neben der Braunkohle ist die Steinkohle der einzige bedeutende Energie-Rohstoff des Landes. Ihn galt und gilt es zu bewahren für den Tag, an dem Kohle wieder gefragt sein wird, wenn die neuen Technologien bereitstehen, um sie in „intelligentere" Energien (gasförmig oder flüssig) umzuwandeln.

Die Frage, auf die die Kohlen-Runde in Bonn am 29. September eine Antwort wird finden müssen, lautet: Wie können wir die nationale Energiequelle bewahren oder sie doch so flexibel machen, daß sie dann wieder zur Verfügung steht, wenn sie gefragt sein wird. Zwei Wege bieten sich dazu an: ein nationaler und ein internationaler. Zum Ziel werden beide aber nur dann führen, wenn sich die Bundesregierung entschließt, Nägel mit Köpfen zu machen und die Position des Lamentierens (wie in der Stahlfrage) energisch zu verlassen.

Fest steht, daß etwa die Anteile an der Ruhrkohle AG in die Hände der Elektrizitätserzeuger gehören, weil die historische Ehe Stahl/Kohle physikalisch gebrochen ist. Kohle ist der Rohstoff der Elektrizität und morgen auch der der Chemie. Die Stromwirtschaft aber mit ihrem Rohstoff-Mix aus Braunkohle, Wasserkraft, Kernenergie, Erdgas und Importkohle ist durchaus in der Lage, mit einer vernünftigen Verbundpolitik heimische Steinkohle zu bewahren. Und was für eine Weichenstellung in Bonn von Bedeutung ist: Die Stromwirtschaft ist durchaus bereit, Verantwortung für die heimische Kohle zu übernehmen.

Vielleicht denkt man in Bonn auch einmal darüber nach, daß Artikel 59 des EG-Montanvertrages zwingend vorschreibt, daß die Steinkohleländer der EG (vornehmlich England und die Bundesrepublik) gezwungen sind, in Zeiten des Mangels ihre Förderung auch auf die übrigen acht Mitglieder der EG zu verteilen.

Es entbehrt jeder politischen und auch wirtschaftlichen Vernunft, daß Großbritannien und die Bundesrepublik in Zeiten großen Kohleüberflusses Milliarden in die Aufrechterhaltung ihrer Kohlekapazitäten stecken, die in Zeiten des Mangels für die übrigen EG-Mitglieder produzieren *sollen. Europas Kohle ist so lange* „nationale" Kohle, wie sie in Hülle und Fülle vorhanden ist, sie wird sofort zur „Gemeinschaftskohle", wenn sie einmal knapp werden sollte.

Die Logik gebietet dringend, daß Bonn energisch auf den Ministerrat in Brüssel einwirkt, einen Vorschlag der Hohen Kommission nicht wieder vom Tisch zu wischen, der vorsieht, daß alle zehn Mitglieder der Gemeinschaft die „Gemeinschaftskohle" subventionieren, um eine Energiequelle zur Verfügung zu haben für den Fall, daß Importe anderer Energien ausfallen.

Daß die Nicht-Kohleländer der EG den jetzigen Zustand beibehalten möchten, liegt auf der Hand, schließlich haben sie von 1978 bis 1982 ihre Kohleimporte aus Drittländern um 53 Prozent erhöht. Im Notfall können sie sich ja bei den englischen und deutschen Gruben bedienen. Dieser Zustand, daß acht Länder ständig die Hand in den Taschen der beiden übrigen Länder haben, muß ein Ende haben. Doch dazu bedarf es eines Bonner Kraftaktes.

AUF EIN WORT

„Der deutsche Stahlhandel bezieht inzwischen mehr als die Hälfte seines Bedarfs von weitgehend durch Subventionen und Dumpingpreise verfälschten ausländischen Beschaffungsmärkten. Das wäre bei normalen Wettbewerbsbedingungen nicht vorstellbar."

Ernst Hoeher, Vorsitzender des Vorstandsrates im Bundesverband Deutscher Stahlhandel, Düsseldorf
FOTO: DIE WELT

Förderung für innovative Firmen

VWD, **Frankfurt**

Für die Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Neugründung technologieorientierter Firmen will Bundesforschungsminister Riesenhuber in den nächsten Jahren rund 100 Millionen Mark bereitstellen. Im Zentrum der Bemühungen müsse eine stärkere Mobilisierung von Risikokapital stehen, betonte der Minister in Frankfurt. Neben steuerlichen Verbesserungen gehöre dazu vor allem mehr technisches Verständnis bei den Banken. Außerdem regte Riesenhuber die Schaffung eines Zweitmarkts für Risiko-Aktien an.

WECHSELKURSE

Washingtoner Institut: Dollar um 24 Prozent überbewertet

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Der US-Dollar ist jetzt um 24 Prozent überbewertet, ebenfalls stark verzerrt sind die Wechselkurse aller anderen wichtigen Währungen. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Untersuchung des mit deutschen Marshallplan-Geldern geförderten Institute for International Economics (IIE) in Washington. Um die schlimmen Konsequenzen für die betroffenen Länder und die gesamte Weltwirtschaft einzugrenzen, müsse das unstrukturierte Floating durch ein System „kriechender Bandbreiten" (crawling target zones) ersetzt werden, heißt es in der Studie.

Nach Ansicht des IIE, das eine neue Methode zur Analyse der Wettbewerbsgleichgewichte entwickelt hat, ist das Pfund Sterling ebenfalls überbewertet, und zwar um 18 Prozent. Dagegen sind die Mark um fünf und der französische Franc und japanische Yen um jeweils sechs Prozent unterbewertet. Daraus ergibt sich ein Dollarkurs, der am 12. September 2,04 Mark, 6,05 französische Franc, 205 Yen und 1,58 Pfund ausmachte. Die wirklichen Marktraten betrugen 2,65 Mark, 8,00 Franc, 243 Yen und 1,50 Pfund.

Folgt man dem IIE, dann verursachen die falschen Paritäten „einen viel größeren Schaden als man bei der Einführung des Floating angenommen hat". Aufgelistet werden protektionistischer Druck, Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit, unnötige Anpassungskosten und Inflation. In großem Umfang verzerrte Wechselkurse förderten zwar kurzfristigen Wohlstand, nicht zu verhindern seien jedoch nachfolgende Austerity-Perioden. Das Institut empfiehlt die Einführung von Bandbreiten, die zunächst 20 Prozent ausmachen und schrittweise eingeengt werden.

JAPAN

Tokio nimmt Sorge der EG über Exporte ernst

FRED de la TROBE, **Tokio**

Die zehn Botschafter der EG-Staaten und der Leiter der EG-Delegation in Tokio haben gestern beim japanischen Industrie- und Handelsminister Uno eine Demarche unternommen, um die Sorge der Gemeinschaft über die Entwicklung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen auszudrücken. Insbesondere hoben sie die Verschlechterung der Handelsbilanz zwischen Japan und der EG hervor.

Sie wiesen auch auf die schlechte Konjunktur und die sehr hohe Arbeitslosigkeit in den europäischen Ländern hin. Ferner hoben sie hervor, daß nur 22 Prozent der japanischen Importe auf verarbeitete Produkte entfallen, während dieser Anteil in der EG doppelt so hoch liegt.

Minister Uno erklärte, das japanische Kabinett werde über die europäische Demarche beraten. Der Leiter der Delegation der EG-Kommission in Tokio, Brinkhorst, erklärte, die japanische Regierung befinde sich jetzt im Prozeß der Beschlußfassung. Zu diesem Zeitpunkt sei es richtig, den Standpunkt der Europäischen Gemeinschaft klar darzustellen. Die Regierung Nakasone nehme das Problem sehr ernst, der Widerstand gegen eine Liberalisierung seitens japanischer Interessengruppen sei aber hartnäckig.

Die Japaner hätten seit Anfang dieses Jahres zwar einige neue Maßnahmen zur Erleichterung der Einfuhren getroffen, doch gebe es nicht viel Anlaß zu Optimismus. Es komme darauf an, den Japanern klar zu machen, daß sie etwas unternehmen müßten. Trotz japanischer Zusicherungen, ihre Exporte maßvoll auszudehnen, seien die Ausfuhren von Quarzuhren, Autos, Nutzfahrzeugen und Gabelstaplern in diesem Jahr sehr stark gestiegen. (SAD)

WIRTSCHAFTS JOURNAL

„Selbstgenutzte Wohnungen nicht benachteiligen"

Bonn (AP) – Wer seine neu gebaute Wohnung selbst nutzt, soll künftig bei der Steuer nicht schlechter gestellt sein als der, der sie weitervermietet. Dies fordert der Bundesverband deutscher Banken in einem Brief an Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU). Die Beseitigung der Nachteile der Selbstnutzung durch die hohen nicht abzugsfähigen Kosten der Fremdfinanzierung müsse Vorrang vor einer Erweiterung der Bausparförderung haben. In dem Vorschlagspaket der privaten Banken heißt es weiter, die „Beseitigung der bestehenden Wettbewerbsbegünstigung der Bausparkassen" beim Bausparen sei „überfällig". Für das Wohnbausparen bei Sparkassen, Bausparkassen und Banken sollten künftig die gleichen Voraussetzungen gelten.

Stahl-Gewichte in der EG

Anteile an der Stahlproduktion 1982 (in %)		Anteile an den Stahl-Subventionen* (Mitte 1980 bis Anfang 1983) (in %)
32,5	Bundesrepublik Deutschland	6,6
21,7	Italien	11,1
16,7	Frankreich	34,7
12,5	England	29,0
9,0	Belgien	14,7
7,6	übrige EG-Länder	3,9

* von der EG genehmigte Beihilfen

Die Subventionen für die Stahlindustrie sind innerhalb der EG höchst ungleichmäßig verteilt. Obwohl sie an der EG-Stahlproduktion nur mit 16,7 Prozent beteiligt sind, kassierten die französischen Stahlhersteller 34,7 Prozent der genehmigten Subventionen. Die deutsche Stahlindustrie bekam dagegen nur ein kleines Stück vom gesamten Subventionskuchen.
QUELLE: GLOBUS

Erzeugerpreise gestiegen

Wiesbaden (VWD) – Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ist von Juli bis August 1983 um 0,6 Prozent und gegenüber dem entsprechenden Vorjahresabschnitt um 1,3 Prozent auf 116,3 (1980 = 100) gestiegen. Im Juli 1983 hatte der Abstand gegenüber dem Vorjahresmonat plus 0,8 Prozent betragen.

Neuer Gasvertrag

Essen (Bm.) – Die Ruhrgas AG, Essen, hat ihre Versorgung aus der Nordsee mit einem Liefervertrag mit Norwegen aus dem Valhall-Feld (nahe Ekofisk) ausgebaut. Bis 1999 werden von dort 16 Milliarden Kubikmeter Erdgas fließen, also jährlich durchschnittlich eine Milliarde. Diese Menge soll zum Teil einen Förderrückgang aus den Feldern Ekofisk und Eldfisk ersetzen. Neben der Ruhrgas sind Vertragspartner auf der Käuferseite die niederländische Gasunie, die belgische Distrigaz und die Gaz de France.

Kohlenimporte gesunken

Hamburg (dpa/VWD) – Die Kohleneinfuhr der Bundesrepublik aus Drittländern (außerhalb der EG) ist im ersten Halbjahr 1983 mit 3,73 Millionen Tonnen um 260 000 Tonnen gegenüber dem Vorjahresniveau zurückgegangen. Das geht aus einer Zusammenstellung des Vereins Deutscher Kohlenimporteure, Hamburg, hervor. Danach hat sich Südafrika trotz eines leichten Rückgangs mit 1,18 Millionen Tonnen an die Spitze der Lieferanten gesetzt und die USA auf den zweiten Platz gedrängt. Auch der Import aus den EG-Ländern ist in der ersten Hälfte 1983 deutlich um 600 000 Tonnen auf knapp eine Million Tonnen zurückgegangen.

Anklage gegen Marc Rich

New York (AP) – In New York ist Anklage wegen Steuerhinterziehung gegen den schweizerischen Rohstoffhandelskonzern Marc Rich und seine Leitung erhoben worden. Das Unternehmen soll Steuern auf Einkünfte aus illegalen Ölgeschäften in Höhe von 48 Millionen Dollar nicht abgeführt haben.

Neue Bundesanleihe

Frankfurt (AFP) – Ende September wird der Bund eine Anleihe über 1,6 Milliarden Mark auflegen. Die Rendite dürfte bei etwa 8,5 Prozent liegen. Die Durchschnittsrendite aller öffentlichen Anleihen mit mehr als drei Jahren Laufzeit betrug zuletzt 8,38 Prozent. Der Bund hat bereits über 70 Prozent seines Bruttokreditbedarfs für das laufende Jahr gedeckt.

Weniger Insolvenzen

Wiesbaden (VWD) – Im Juli 1983 wurden zum ersten Mal seit Anfang 1980 in einem Monat weniger Insolvenzen gezählt als im entsprechenden Monat des Vorjahres, teilte das Statistische Bundesamt mit. Der Rückgang gegenüber Juli 1982 war mit 0,9 Prozent zwar gering, mit ihm setzt sich jedoch die im Laufe des Jahres 1983 sichtbar gewordene günstigere Entwicklung fort. Im ersten Vierteljahr 1983 wurden 15,9 Prozent und im zweiten Vierteljahr noch 8,1 Prozent mehr Insolvenzen als in den Vergleichszeiten 1982 verzeichnet.

KONJUNKTUR UND BESCHÄFTIGUNG

Gleske: Alte Patentrezepte richten neuen Schaden an

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Arbeitszeitverkürzung bedeutet, wenn sie nicht kostensteigernd wirken soll, in einer stagnierenden oder nur noch schwach wachsenden Wirtschaft Verzicht auf aktives oder auch auf Alterseinkommen. „Ich bezweifle, ob das politisch durchsetzbar wäre", warnt Leonhard Gleske, Direktoriumsmitglied der Deutschen Bundesbank, in einem Vortrag in der Industrie- und Handelskammer Reutlingen. Jede Therapie zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, die direkt oder indirekt die Kostenbelastung der Unternehmen erhöht, wirke kontraproduktiv.

Nach Gleskes Auffassung lassen sich Arbeitslosigkeit und Wachstumsschwäche auch nicht durch nachfragestimulierende Maßnahmen lösen. Sie verursachten ebenfalls Kosten, und sei es nur in Form hochbleibender Zinsen für die Finanzierung wieder wachsender Defizite, die überdies das Vertrauen in eine solide Finanzgebarung der öffentlichen Hand schädigten. Der Rückgriff auf alte Konjunkturankurbelungsrezepte würde die Chancen für eine Wiederbelebung der Wirtschaft eher beeinträchtigen.

Auch von der Kaufkrafttheorie steigender Löhne als konjunkturstabilisierendes Mittel hält der Bundesbankier nichts. „Steigende Lohnkosten pro Arbeitsplatz sind heute gewiß kein Anreiz zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, eher ist das Gegenteil der Fall." Für den richtigen Weg einer Besserung der Absatzchancen der Wirtschaft und der Gesamtnachfrage hält Gleske eine Zunahme der Lohnsumme, die bei kaum oder nur moderat steigenden Lohnsätzen aus einer wachsenden Beschäftigung resultiert.

EG / Austritt Grönlands stellt den deutschen Fischfang vor große Probleme

Es geht um Regelung für Fangrechte

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Vorsichtiger als andere Regierun*gen taktiert Bonn* bei den Verhandlungen über das künftige Verhältnis Grönlands zur Europäischen Gemeinschaft. Rund ein Drittel des Fischs, der der deutschen Hochseeflotte gegenwärtig im „EG-Meer" zusteht, stammt nämlich aus den Gewässern vor der grönländischen Küste.

Im Ministerrat gelang es der deutschen Delegation in dieser Woche, Vorentscheidungen der Gemeinschaft so lange hinauszuschieben, wie keine Klarheit über die Sicherung dieser Fangrechte nach dem geplanten EG-Austritt Grönlands besteht. Die Insel pocht auf ein autonomes Verfügungsrecht über die Fischgründe. Die EG muß daher fürchten, mehr und mehr aus den grönländischen Gewässern vertrieben zu werden oder *jedenfalls für die bisherigen Fangquo*ten einen besonderen Preis abverlangt zu bekommen.

Einzige Handhabe, die grönländische Regierung zu festen Zusagen für eine überschaubare Zeit zu bewegen, ist die Verknüpfung des Fischereiproblems mit den Verhandlungen über die allgemeinen vertraglichen Bindungen der Insel an die Gemeinschaft. Dabei sind die nicht direkt interessierten EG-Länder natürlich eher geneigt, vorzeitig Trümpfe aus der Hand zu geben.

Die Grönländer streben mit Unterstützung Dänemarks einen sogenannten ÜLG-Status (Überseeische Länder und Gebiete) an, wie er in den Römischen Verträgen für einstige Kolonien der Mitgliedstaaten vorgesehen ist. Er würde ihnen weiterhin Zugang zur Gemeinschaft sichern, darüber hinaus sogar beträchtliche finanzielle Hilfen aus dem Brüsseler Entwicklungsfonds.

Anders als die meisten EG-Partner meinen die Grönländer, sie würden durch die im Gegenzug vorgesehene Zollfreiheit für Erzeugnisse der Gemeinschaft bereits ausreichend für ihre Präferenz auf dem Euroäischen Markt bezahlen. Sie lehnen deshalb eine Koppelung der Verhandlungen mit dem Problem der Fangrechte ab. Immerhin haben sie zu erkennen gegeben, daß sie grundsätzlich zum Abschluß mehrjähriger Fischereiabkommen bereit sind.

Die Bundesregierung drang im Ministerrat darauf, zunächst einmal Vorschläge der Kommission für die Fischereiverhandlungen auf den Tisch zu bekommen. Dies wurde ihr für Oktober zugesagt. Erste schriftliche Schlußfolgerungen über die Überlegungen zum künftigen Status Grönlands, die von der griechischen Präsidentschaft ausgearbeitet worden waren, wurden hingegen an die EG-Botschafter zurückverwiesen. Die Griechen – so schien es der Bundesregierung – waren darin allzusehr den dänischen Argumenten gefolgt.

Daß das Fischereiproblem für Bonn zu einer Frage vitalen Interesses geworden ist, hat der Außenminister Hans-Dietrich Genscher bereits in einem Schreiben an die EG-Präsidentschaft deutlich gemacht. Die zugespitzte Lage bei den deutschen Werften dürfte diese Haltung eher noch verhärten.

FRANKREICH / Neunter Fünfjahresplan zur Modernisierung der Industrie

Annahmen und Ziele sind realistisch

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Restrukturierung und Modernisierung der Industrie sowie die Erweiterung des Forschungspotentials sind die wichtigsten Ziele, die sich der neunte französische Wirtschafts- und Sozialplan für den Fünfjahresabschnitt 1984 bis 1988 setzt. Dafür soll ein Drittel der Planungsmittel von 350 Milliarden Franc (116 Milliarden Mark) verfügbar gemacht werden, und zwar ohne daß sich die Auslandsverschuldung Frankreichs erhöht, erklärte Planungsminister Le Garrec.

Der im Rahmen des Finanz- und Haushaltsgesetzes für 1984 vom Parlament zu verabschiedende Plan zeichnet sich durch eine gegenüber der bisherigen Planifikation realistischere Einschätzung der Weltwirtschaftsentwicklung aus. Für die wichtigsten Handelspartner wird für 1984 ein Wachstum von durchschnittlich 1,3 bis 1,6 Prozent erwartet, das sich bis 1988 auf 1,6 bis 2,8 Prozent verbessern soll. Für Frankreich ist keine Expansionsrate „festgesetzt" worden.

Immerhin unterstellen die Planifikateure, daß sich der reale Zuwachs des privaten französischen Verbrauchs von 0,4 Prozent 1984 auf drei Prozent 1988 vergrößert und die produktiven Investitionen jahresdurchschnittlich zwölf bis 12,3 Prozent des Bruttosozialprodukts erreichen, dabei 4,1 bis 4,4 Prozent bei den Industrieunternehmen. Gleichzeitig soll der Anteil des Budgetdefizits am Sozialprodukt von drei auf 0,5 Prozent reduziert werden, was ein sehr ehrgeiziges Ziel ist.

Um es zu verwirklichen, soll bis 1988 kein einziger neuer Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst geschaffen werden. Auch haben die Planungsexperten das sozialistische Wahlversprechen der gesetzlichen 35-Stunden-Woche begraben. Arbeitszeitverkürzungen können aber zur Produktivitätssteigerung, das heißt ohne vollen Lohnausgleich, zwischen den Sozialpartnern vereinbart werden. Immerhin sieht der Plan für beschäftigungspolitische Aktionen 36 Milliarden Franc vor.

Diese Mittel sind aber hauptsächlich für die Berufsausbildung bestimmt, deren Jahreskontingent von 500 000 in 1984 über 850 000 in 1985 auf eine Million Personen ausgeweitet werden soll. Das Kontingent der für hochproduktive Zwecke Auszubildenden soll von 11 000 über 51 000 auf 100 000 gebracht werden. Die Produktion von industriellen Robotern will man von 650 in 1984 auf 2300 in 1988 steigern.

Von den übrigen Planzielen quantitativ beziffert sind die Bewässerung von 50 000 Hektar Agrarland, die Rehabilitierung von 700 000 Sozialwohnungen, die Erweiterung des Streckennetzes für den Hochgeschwindigkeitszug TGV (Paris-Reims und –Bordeaux), die Entwicklung von Automotoren mit einem 100-km-Verbrauch von sechs Litern und die Verminderung der tödlichen Verkehrsunfälle um ein Drittel.

Nicht zuletzt aber soll der soziale Aufwand eingedämmt werden, insbesondere durch eine strengere Verwaltung der Krankenhausausgaben. Anlagen mit insgesamt 16 000 überschüssigen Betten werden stillgelegt. Die Ausgaben für die Modernisierung des Gesundheitswesens werden auf 29 Milliarden Franc begrenzt. An besonderen Familienhilfen werden während der gesamten Plandauer nur 1,3 Milliarden Franc bereitgestellt.

Die insgesamt zwölf prioritären Programme des neuen Plans beanspruchen im nächsten Jahr 59,4 Milliarden Franc. Das sind sieben Prozent aller Staatsausgaben. Aber während diese in dem neuen Haushaltsplan der Regierung nur um 6,3 Prozent höher festgesetzt wurden als in dem für 1983, werden die Planifikationsausgaben um 16 Prozent gesteigert. Dies geht zu Lasten insbesondere der laufenden Verwaltungsausgaben, die nur um 5,1 Prozent erhöht werden und damit in geringerem Maße als die Preise steigen sollen (sechs Prozent).

SOTHEBY'S

Firmenführung neu geregelt

fu. London

Der neue Mehrheitsaktionär des Londoner Kunstauktionshauses Sotheby's, der 58jährige Immobilienmakler und Inhaber einer großen Restaurantkette, legte jetzt sein Unternehmenskonzept für Sotheby Parke Bernet vor.

Danach werden Sitz und Geschäftsführung des Auktionshauses in London bleiben. Zum neuen Hauptgeschäftsführer wird der 45jährige David Ward ernannt, Partner im Detroiter Büro der bekannten Wirtschaftsprüfungs- und Unternehmensberatungsfirma Touche Ross. Er wird einem ExekutivKomitee von neun Mitgliedern vorstehen, dem unter anderem Taubman selbst sowie dessen Freunde und an der Sotheby's-Übernahme beteiligten Finanzpartner Henry Ford II (Großenkel des Ford-Gründers) und Max Fisher (ehemaliger Ölspekulant und Verwaltungsratsvorsitzender von United Brands) angehören werden. In dieses Gremium werden zudem einige der gegenwärtigen Sotheby's-Direktoren aufgenommen.

Als Aufsichtsrat wird der 22 Mann starke Verwaltungsrat der amerikanischen Taubman Holdings fungieren, die in Kürze in Sotheby's Holdings umbenannt wird. Taubman erklärte in London, er habe großes Vertrauen in die geschäftliche Zukunft von Sotheby's. Nachdem Sotheby's über annähernd sechs Jahre an der Börse notiert war, wird es wieder zu einem Privatunternehmen.

Das Übernahmeangebot der Taubman-Gruppe bewertet Sotheby's auf 87,2 Millionen Pfund, umgerechnet knapp 350 Millionen Mark. Der Übernahmeprospekt wird am morgigen Donnerstag von der Merchant Bank Lazards vorgelegt.

WERFTEN

Küstenländer über Hilfe einig

dos. Hannover

Die Wirtschaftsminister und -senatoren von Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg und Bremen haben sich am Montagabend auf ein Auftragshilfeprogramm für die Schiffbauindustrie geeinigt. Bereits vom 1. Oktober dieses Jahres an erhalten die Werften Baukostenzuschüsse von 6 Prozent bis Ende 1984, danach für die Dauer eines Jahres von 4 Prozent. Bei einem hochgerechneten Auftragsvolumen von insgesamt 1,3 Mrd. DM (100 Mill. DM im letzten Quartal 1983 und jeweils 600 Mill. DM in den Jahren 1984 und 1985) errechnet sich ein Förderbetrag von 65 Mill. DM. Davon entfallen auf Schleswig-Holstein 24,4 Mill. DM, auf Bremen 19,5 Mill. DM, auf Niedersachsen 13 Mill. DM und auf Hamburg 8,1 Mill. DM.

Niedersachsens Wirtschaftsministerin Birgit Breuel („von Marktwirtschaft kann in Zusammenhang mit dem Schiffbau längst nicht mehr gesprochen werden") wies darauf hin, daß die Auftragshilfen notwendig werden, nachdem die Bundesregierung die Bereitstellung zusätzlicher Mittel abgelehnt hatte. Das Programm der Länder diene der Förderung solcher Schiffsneubauten, die nicht aus anderen Töpfen der öffentlichen Hand bereits Mittel erhalten. Das Ganze sei als Begleitinstrument für eine notwendige Kapazitätsverringerung der Werften zu betrachten. Frau Breuel und ihre Kollegen versprachen sich von dem Programm relativ kurzfristig Erfolge. Es gebe eine beachtliche Zahl von Vorträgen, die jetzt, da die Diskussion um mögliche Fördermittel abgeschlossen ist, unterzeichnet werden könnten. In Kreisen der Schiffbauindustrie dagegen wird diese Ansicht nur bedingt geteilt.

IWF-KREDITE

Verhandlungen werden ausgesetzt

rtr/AFP, London

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat nach Angaben aus Finanzkreisen Verhandlungen über neue Kredite für Entwicklungsländer vorläufig suspendiert. Damit solle auf führende Industrieländer Druck ausgeübt werden, dem IWF kurzfristige, zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen. IWF-Geschäftsführer Jacques de Larosiere habe seinen Mitarbeitern mitgeteilt, alle Verhandlungen über die Verwendung von Fondsmitteln für neue Kredite sollten bis zum Treffen des IWF-Exekutivrates am 3. Oktober ausgesetzt werden.

Nachdem bei einem Treffen die Vertreter führender Industrieländer in der vergangenen Woche in Paris über Sonderkredite für den IWF keine Einigung erzielt hätten, habe sich der Fonds zu dieser Maßnahme entschlossen, hieß es. Wie aus den Finanzkreisen weiter verlautete, betrifft die Aussetzung der Verhandlungen über neue Kreditprogramme des Fonds Ziehungen von Schuldnerländern im Rahmen der Politik des „Erweiterten Zugangs".

Brasilien würde von der Aussetzung nicht betroffen, da das Land bereits eine Absichtserklärung für ein neues Kreditprogramm unterzeichnet habe. Wie der IWF darüber hinaus jetzt bekanntgab, wird er Marokko einen auf 18 Monate laufenden Stand-by-Kredit von 300 Millionen Sonderziehungsrechten (rund 315 Millionen Dollar) zur Verfügung stellen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ahrensburg: db-Dentalvertrieb GmbH; **Berlin-Charlottenburg:** Nachl. d. Detlef Bernd Matthes; **Crailsheim:** K+M Kunststoff- u. Metallerzeugnisse GmbH, Niederstetten; **Detmold:** D. H. Dach- u. Hallenmontage GmbH, Kalletal 1; **Frankfurt/M.:** Schmierstoff-Vertrieb Hessen GmbH; **Köln:** Ruud Bresson GmbH & Co. Schoesfashion KG; Ruud Bresson GmbH; Nachl. d. Magdalena Hanke; **Nürnberg:** Dieter Ebermayer, Inh. d. Autohaus Ostend; **Offenburg:** Nachl. d. Magdalena Gerhards, Gastwirtin, Nordrach.

Vergleich eröffnet: Hamburg: KG i. Alfred Eggers & Co.

Vergleich beantragt: Lüdenscheid: Elke van Leeuven, Kauffrau, Inh. d. Elke's Schuh-Basar.

US-HEIMCOMPUTERMARKT / Höhe Verluste der Hersteller – Aktienkurse sinken

Scharfer Ausleseprozeß hat begonnen

H.-A. SIEBERT, Washington

Der US-Markt für Heim- und Kleincomputer, auf dem inzwischen mehr als 200 Unternehmen, zumeist unterkapitalisiert, miteinander konkurrieren, steckt in einer schweren Krise. Immer schärfer werden die Preiskämpfe, und an der Wall Street stürzen die Aktienkurse. Enorme Verluste mußten bereits so bekannte Firmen wie Atari, Texas Instruments und Mattel hinnehmen.

Begonnen hat ein Ausleseprozeß, der viele Opfer fordern wird. Das erste ist die Osborne Computer Corp., die den tragbaren Kleincomputer in Aktenkoffergröße entwickelte und lange als unschlagbarer Marktführer galt. Ihr Gründer, Adam Osborne (43), mußte den Weg zum Konkursrichter antreten, als Zulieferer 4,5 Millionen Dollar einklagten und die Banken weitere Kredite verweigerten.

Das Schicksal der Osborne Corp. hat die gesamte Branche aufgeschreckt, weil die Bedingungen in vielen Firmen ähnlich sind: Osborne gründete sein Unternehmen 1981 mit 250 000 Dollar, machte mit seinem ersten Computer viel Geld und brach zusammen, als ihn die Konkurrenz überrundete. Er scheiterte am Marketing.

Vom Pleitefieber wurden bisher in der Hauptsache die Hersteller von Computern erfaßt, die unter 1000 Dollar kosten. Jetzt schüttelt es schon Unternehmen, die Geräte bis zu 5000 Dollar anbieten. Ums Überleben kämpfen Victor Technologies, Vector Graphic, Fortune Systems und Computer Devices – Firmen, die noch im vergangenen Jahr von Wall-Street-Analysten als „Stars" mit vielversprechender Zukunft eingeschätzt wurden.

Aber auf dem US-Heimcomputermarkt gilt die Formel „Wie gewonnen, so zerronnen". Im zweiten Quartal 1983 setzte Victor Technologies 66,6 Millionen Dollar um, die Verluste überstiegen 11,1 Millionen Dollar. Darauf fiel der Aktienkurs von 17,5 auf 5,75 Dollar. Vector Graphic verkaufte Geräte für sieben Millionen Dollar und rutschte mit 1,7 Millionen Dollar ins Minus. Bei Fortune Systems und Computer Devices erreichten die Umsätze zwölf und 3,9, die Verluste aber drei und 3,9 Millionen Dollar. Statt 22 und 16 sind die Aktien nur noch acht und vier Dollar wert.

Der Markt – 1983 werden vermutlich sieben Millionen Geräte für sechs Milliarden Dollar abgesetzt – ertrinkt in einer Fülle inkompatibler Modelle, es fehlt an ausgebildetem Verkaufspersonal; Wissenschaftler und Techniker bekommen die Vermarktung nicht in den Griff. Nach der anfänglichen Euphorie erkennen überdies immer mehr Amerikaner, daß Computer programmiert werden müssen und der Zugang zu Datenbanken beschränkt und teuer ist.

Den Ausleseprozeß forciert der Gigant IBM, der sich große Stücke aus dem Heim- und Kleincomputermarkt herausbricht. Der IBM-Personal-Computer, eingeführt im August 1981, hat schon einen Anteil von 26 Prozent erobert. Verdrängt vom ersten Rang ist bereits Apple; der lange IBM-Schatten drückte auch die Aktien von Coleco und Commodore. Das Forschungsinstitut Dataquest in San José, Kalifornien, schätzt, daß sich in den USA die Zahl der Computerhersteller, die sich in den letzten zwei Jahren verdoppelt hat, bis 1987 auf ein Drittel verringert.

Adam Osborne verglich sich gern mit Henry Ford, sonst sind die Ähnlichkeiten frappant: Nach 1908 entstanden in Amerika Hunderte von Autofirmen, die sich auf die neue Technologie stürzten. Übriggeblieben sind, außer Volkswagen und Honda, nur vier.

50. Internationale Automobil-Ausstellung

Schweden leben gut in Marktnischen

Eines kann man den beiden schwedischen Pkw-Herstellern bestimmt nicht nachsagen: daß sie etwa Wachstums-Fetischisten wären oder gar Aggressivität im Wettbewerb *auf ihre Fahnen* geschrieben hätten. Volvo und Saab leben auch mit kleinen Absatzzahlen auf dem deutschen Markt gut, sie nutzen ihre Position in Marktlücken. So halten sich beide als relativ kleine Produzenten vom hartumkämpften Kleinwagenmarkt zurück, füllen vielmehr Nischen im Bereich der gehobenen und oberen Mittelklasse bis zur ausgesprochenen Oberklasse aus. Sie hatten 1982 und auch in diesem Jahr die kräftigsten Zuwachsraten bei den Neuzulassungen.

Diese Strategie verbessert gegenüber anderen Wettbewerbern auch das Produkt-Mix zugunsten rentabler Modelle. Und gute Erträge haben die Mütter gern. Sie drücken *selbst bei nur ausgeglichenem Ergebnis* ein Auge zu. Wie auch ihre deutschen Vertriebstöchter sehen sie die Bundesrepublik als Prestigemarkt, an dem man – auch mit geringen Stückzahlen – nicht vorbeikommt, meint Erwin Dunkel, Finanzchef von Volvo Deutschland.

So hat Volvo in keinem anderen Land einen wesentlich höheren Marktanteil als die 0,6 bis 1 Prozent in der Bundesrepublik. Das waren 1982 rund 12 500 Wagen (0,6 Prozent Marktanteil), in den ersten 7 Monaten dieses Jahres knapp 10 000, bis Ende dieses Jahres sollen etwa 15 000 Fahrzeuge verkauft werden. Saab brachte es 1982 auf 3037 Wagen und einen Marktanteil von 0,1 Prozent, in den ersten sieben Monaten 1983 auf 2400 Wagen, für das Gesamtjahr werden 3600, vielleicht 3800 Verkäufe in den Büchern erscheinen. Sowohl bei Volvo als auch bei Saab liegen die Zuwachsraten von 35 Prozent im laufenden Jahr weit über dem Branchen*durchschnitt*.

Bei Volvo (Pkw-Umsatz 1982: 302 Mill. DM) entfällt von den Neuzulassungen dieses Jahres fast die Hälfte auf die „340er" (63 und 70 PS/1,4-Liter-Motor) und „360er" (90 und 113 PS/2-Liter-Motor) in Preislagen zwischen 15 000 und 25 000 DM.

Auch Saab (Pkw-Umsatz 1982: 95 nach 81 Mill. DM) hat ein ähnlich kleines Programm, dessen Neuzulassungen in diesem Jahr sich zu 37 Prozent auf den „Turbo 900", zu etwa 20 Prozent auf das Basismodell „Saab 99", der Rest auf verschiedene Varianten der „900er"-Modelle verteilt.

Die Schweden sprechen nicht zuletzt in einer intelligenten und vielleicht auch intellektuellen Werbung die Individualität des gehobenen, vor allem bei Akademikern angesiedelten Kundenkreises an, fast mehr als Sicherheitsdenken, Problemlosigkeit und Langlebigkeit der Fahrzeuge. Besonders hoch ist bei den *Schweden auch die Markentreue*, die bei 80 Prozent liegt.

HARALD POSNY

PRESSE-GROSSO / Mengenwachstum brachte Umsatzplus von neun Prozent

„Mehr Exemplare in kürzerer Zeit"

H. GIESKES, **Baden-Baden**

„Das Jahr 1982 war zufriedenstellend. Die Aussichten für 1983 sind schlecht." So lapidar beschreibt Eberhard Nolte, Vorsitzender des Verbandes der Zeitungs- und Zeitschriftengrossisten, die Situation seiner Branche. Sie sei gekennzeichnet durch eine wachsende Zahl von Presseerzeugnissen mit immer späterem Redaktionschluß, so daß der Großhandel mit Zeitungen und Zeitschriften – Branchenkürzel „ZZ" – „immer mehr Exemplare in einer immer kürzeren Zeit bewältigen muß".

Dies belaste, so Nolte, weil die Auslieferungszeit je Fahrzeug verkürzt werden müsse, mithin mehr Fahrzeuge benötigt werden; die Touren der Großhändler würden, den Aktualitätsanforderungen der Verlage entsprechend, immer kleiner. Außerdem erzeuge ein später Redaktionsschluß der Verlage Personalprobleme beim Grossisten, „weil immer häufiger nachts gearbeitet werden muß". Zusätzlich habe sich die Zahl der Objekte erhöht, deren Erstverkaufstag der Montag ist, so daß diese Nachtarbeit am Sonntag anfalle, folglich die Kostenrechnung zusätzlich mit Sonntagszuschlägen belaste.

Der Umsatz der 84 Unternehmen des Pressegroßhandels – sechs davon sind Verlagen angeschlossen – stieg im vergangenen Jahr um 9 Prozent auf rund 3,9 Mrd. DM, „was wir einem unerwarteten Mengenwachstum und Preiserhöhungen zu verdanken haben". Das Mengenwachstum erklärt Nolte mit einer „deutlichen Erhöhung" der Auflage des Marktführers bei Kaufzeitungen, aber auch durch besondere Ereignisse wie die Fußball-Weltmeisterschaft oder den Regierungswechsel in Bonn. In diesem Jahr sei mit einem Mengenzuwachs jedoch nicht zu rechnen. Das Umsatzwachstum betrage jetzt knapp 4 Prozent, „und viel mehr ist wohl kaum zu erreichen".

Die Zahl der Objekte für bestimmte Zielgruppen ist im vergangenen Jahr weiter gestiegen. In diesem Jahr zeichne sich jedoch eine Stagnation ab. Auf der anderen Seite setze sich der Trend zu preiswerten Presseerzeugnissen verstärkt fort; dies führe zu Umschichtungen bei den Massenobjekten „zugunsten der jeweils preisgünstigeren und billigeren Alternative", eine Entwicklung, die der Großhandel mit „ZZ" mit leiser Besorgnis registriert. Zusätzlicher Druck auf die Erträge sei auch durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer entstanden.

Während die Kostensteigerungen des Jahres 1982 sich in Höhe der Umsatzsteigerung bewegten, fürchtet Nolte für dieses Jahr eine Umkehr der Entwicklung. Dazu trügen nicht zuletzt die hohen Investitionen bei, die zur Bewältigung der Remissionen – nicht verkaufte Titel werden an die Verlage zurückgegeben und verrechnet – auf das Presse-Grosso zukommen.

Über den Einfluß der neuen Medien auf seine Branche vermag Nolte Genaues nicht vorherzusagen. Er rechnet mit gewissen Erlöseinbußen, „aber um die Zukunft der Presse ist mir nicht bange".

MASCHENINDUSTRIE

Gemeinsame Exportfirma?

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

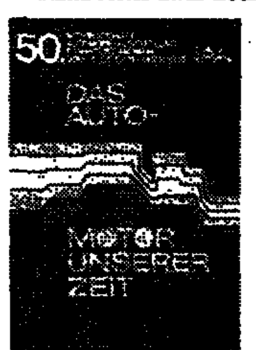
Das Abflauen der Aerobic-Welle bekommt auch die Maschenindustrie zu spüren. Gleichwohl gibt sich die Branche insgesamt recht zuversichtlich. *Die zurückliegenden Messen* hätten ein lebhafteres Orderverhalten von seiten des Handels signalisiert. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1983 hat sich das Marktvolumen für Maschen- und Miederwaren um 4 Prozent auf 5,4 Mrd. DM ausgeweitet. Nach Verbraucherpreisen dürfte das Volumen etwa doppelt so hoch liegen. Mit dieser guten Akzeptanz sei die Branche zufrieden, konstatierte Peter F. Giernoth, Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes der deutschen Maschen-Industrie in Stuttgart.

Der Umsatz der deutschen Firmen, die über 71 000 Mitarbeiter (minus 8 Prozent) beschäftigen, belief sich im ersten Halbjahr 1983 auf 3,37 Mrd. DM, womit man nominal wie auch real auf Vorjahresniveau lag. Bedauerlich sei, so Giernoth, daß der Nachfragezuwachs fast ausschließlich durch den Inlandsmarkt induziert worden sei. Beschleunigt haben sich auch wieder die Importe, die wertmäßig um 7,6 Prozent auf 3,5 Mrd. DM anstiegen. Die Exporte erhöhten *sich um 3 Prozent* auf 1,58 Mrd. DM.

Giernoth regte die Gründung einer gemeinsamen Exportgesellschaft für die modeschaffende Industrie der Bundesrepublik an. In ihr sollten nach seinen Vorstellungen drei Hauptaufgaben verwirklicht werden: die Festlegung einer langfristigen Strategie zur Verbesserung des Exportwachstums (insbesondere auf neuen Märkten in Übersee), die Durchführung von Maßnahmen zur Markterschließung und Marktpflege sowie die Profilierung deutschen Modeschaffens.

Kurz berichtet

Die auf Sitze, Lehnen, die dazu gehörigen Verstellmechaniken und Accessoirs spezialisierte NO-SAG Drahtfedern GmbH, Rietberg, will nach einem 4-Mill.-DM-Investitionsprogramm des Geschäftsjahres 1982/83 (30. 6.) wieder in frühere Umsatzgrößen hineinwachsen. Trotz eines um 14 Prozent auf 86 Mill. DM zurückgefallenen Umsatzes – Ursache dafür war der zusammengebrochene Markt im Vorderen Orient – wurde wieder ein positives Ergebnis ausgewiesen. *In drei Werken* (Rietberg, Quakenbrück und Warburg) sind 800 Mitarbeiter zwar noch im-



mer vorwiegend im Kraftfahrzeugsektor tätig, doch werden auch Stanzteile sowie Rohr- und Drahtbiegeartikel sowie Spezialmöbel für Bundeswehr und Bundespost hergestellt. (Py.)

*

Die Kaiserslauterner Fahrzeug- und Maschinenbau AG (KFM), Kaiserslautern, erwartet mit seinen 120 Beschäftigten im Werk Neunkirchen/Saar für 1983 einen Umsatz von 12 Mill. DM. Das erst im Vorjahr gegründete Unternehmen, Tochtergesellschaft der in arabischem Besitz liegenden Rotor Oil, entwickelt zur Zeit zwei Schwerfahrzeug-Prototypen und übernimmt Umrüstungsaufträge für US-Militärfahrzeuge. Für 3 bis 4 Mill. DM soll die Vorserienfertigung für fünf Fahrzeuge begonnen werden. KFM sucht nach Scheitern der Übernahme des Mainzer Magirus-Werks nach einem weiteren Standort für die Serienproduktion. Dafür sind Investitionen von über 14 Mill. DM vorgesehen. Hauptabsatzmärkte von KFM sollen Lateinamerika und Afrika sein. (VWD/dpa)

Absatz steigt, Umsatz sinkt

Die Ackermann-Fruehauf Corp. & Co. oHG, Wuppertal, Tochtergesellschaft der Fruehauf Corporation, Detroit/Michigan (USA), erwartet aufgrund des durch hohe Überkapazitäten und entsprechenden scharfen Wettbewerb entstandenen Preisverfalls einen starken Rückgang in Umsatz und Ertrag für das laufende Geschäftsjahr 1981/82 (31. 10.). Utz Eisenrigler, Mitglied der Geschäftsführung, will trotz eines von 170 auf 130 Mill. DM zurückgefallenen Umsatzes und angesichts eines noch schärferen Einbruchs im Exportgeschäft auf 25 (90) Mill. DM (minus 72,2 Prozent) nicht von einer Krise auf dem Markt für Nutzfahrzeug-Anhänger und -Aufbauten sprechen, viel eher von einer „ernsthaften Prüfung für die gesamte Branche".

Eisenrigler rechnet trotzdem für die Wuppertaler Gesellschaft mit ihrer durch Personalabbau auf unter 1000 Köpfe gesunkenen Belegschaft für das Geschäftsjahr 1982/83 mit einem ausgeglichenen Ergebnis nach sehr ansehnlichen Gewinnen im Jahr zuvor.

Die Produktions- und Absatzzahlen lassen freilich den Umsatzeinbruch bei Ackermann-Fruehauf nicht erkennen. Den Verkäufen im Jahr 1981/82 von rund 2800 Einheiten standen in den ersten 7 Monaten dieses Jahres bereits 3070 Einheiten gegenüber. Die höhere Produktionszahl war für den heimischen Markt mit weniger auskömmlichen Preisen bestimmt.

Nach den Karl Kässbohrer Fahrzeugwerken mit rund 6500 Beschäftigten in der Bundesrepublik, Österreich, Frankreich und in den USA sowie 900 Mill. DM Umsatz in den deutschen Werken gehört Ackermann-Fruehauf mit den ebenfalls in Wuppertal ansässigen Fahrzeugwerken C. Blumhardt, F.X. Kögel, Schmitz, Bernhard Krone, Gebrüder Wackenhut und Peter Bauer, Köln, zu den führenden Anhänger- und Aufbautenherstellern der Bundesrepublik.

HARALD POSNY

Roland spürt Schadenentlastung

Py. **Düsseldorf**

Die Beruhigung des Straßenverkehrs hat sich auf die Schadenbelastung der Roland Rechtsschutz-Versicherungs-AG, Köln, günstig ausgewirkt. Trotz erheblicher Mehrbelastung im Arbeits-, Sozial-, Miet- und Vertragsrecht führten die Entlastung im dominierenden Verkehrsbereich und die Anhebung des Beitragsniveaus zu einem leichten Absinken der *Schadenquote auf 66,6 (67,3) Prozent*.

Um 11 Prozent auf 132 Mill. DM gestiegenen Bruttobeiträgen standen Schadenaufwendungen von (brutto) 77 Mill. DM (plus 9,6 nach 10,7 Prozent) gegenüber. Die Erträge aus Kapitalanlagen erreichten 8,4 (6,2) Mill. DM. Aus dem Jahresüberschuß von 1,5 (1,4) Mill. DM wurde knapp 1 Mill. DM den Rücklagen zugeführt.

Der Rest wird als Dividende (10 Prozent) ausgeschüttet. Im laufenden Jahr werden Beitragszuwachs und Schadenaufwand als zufriedenstellend bezeichnet.

KKH / Weiter gedämpft optimistisch

Günstige Kostenentwicklung

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Die überaus günstige Kostenentwicklung im Jahre 1982 und ein wiederum erwarteter Einnahmeüberschuß im laufenden Jahr, wenn auch in abgeschwächter Form, nimmt die Kaufmännische Krankenkasse (KKH), Hannover, zum Anlaß, zum Jahreswechsel den Beitragssatz zu senken. KKH-Hauptgeschäftsführer Helmut Rang rechnet damit, daß die Mitgliederversammlung im November einer Verringerung von bisher 11,9 Prozent auf 11,5 Prozent des Grundlohns zustimmt. Im Geschäftsjahr 1982 erzielte die KKH einen Überschuß von 93 Mill. DM.

Als erfreulich bezeichnete Rang die Mitgliederentwicklung im bisherigen Verlauf 1983. Bis September verzeichne man einen Zugang von gut 50 000 Personen. Die Beitragseinnahmen hätten sich im ersten Halbjahr um 1,75 Prozent erhöht, die Ausgaben um 1,39 Prozent. Obwohl für 1984 die Mehrbelastungen aus den Haushaltsbegleitgesetzen die Mehreinnahmen um 15 Mill. DM übersteigen, bleibe die KKH weiterhin gedämpft optimistisch.

Im Geschäftsjahr 1982 gingen die Leistungsausgaben pro Mitglied zum ersten Mal seit Kriegsende zurück, und zwar um 1,06 Prozent auf 2421 (2482) DM. Die Gesamtausgaben erreichten 1,83 (1,79) Mrd. DM. Ihnen stehen 2,06 (1,91) Mrd. DM Einnahmen gegenüber. Mit einem Nettozuwachs von 3,21 Prozent zeigt sich die KKH auch mit der Mitgliederentwicklung zufrieden. Einschließlich der anspruchsberechtigten Familienangehörigen werden über 1,1 Mill. Versicherte gezählt. Unter den wichtigsten Ausgabepositionen fällt der starke Rückgang bei Zahnersatz (minus 12,23 Prozent) auf. Eine gegenläufige Entwicklung mußte bei der Krankenhausbehandlung hingenommen werden (plus 8,52 Prozent).

Rockwell-Achsen für Europa

Im Januar nächsten Jahres wird die mit einem Investitionsaufwand von 160 Mill. US-Dollar gebaute Achsenfabrik für mittelschwere und schwere Nutzfahrzeuge im italienischen Cameri ihre Produktion aufnehmen. An diesem Joint Venture mit Iveco wird die Rockwell International Corp. Pittsburgh/USA ihre bisherige Minderheitsbeteiligung zu Produktionsbeginn auf 60 Prozent aufstocken. Nach den Worten des Rockwell-Chairman und Chief Executive Officer, Robert Anderson, würde eine vollständige Palette von Achsen nach europäischen Standards entwickelt.

Nacheinander werden die einzelnen Modelle bis 1985 in die Produktion eingebracht. Die hochautomatisierte Fertigung hat eine Kapazität von 100 000 Stück jährlich. Von derzeit 2 Prozent dieses Marktsegments strebt Rockwell einen Anteil von 25 Prozent in naher Zukunft an.

Neben Achsen ist Rockwell mit Bremsen (seit 1980 auch in Alzenau) und Pkw-Bauteilen (u. a. Golde Schiebedächer, Frankfurt) ein bedeutender Kfz-Teilehersteller.

Der gesamte Fahrzeugbereich machte 1982 1,36 (1,54) von 7,40 Mrd. US-Dollar Umsatz aus. Schwerpunkte der Automotive Division ist die Fabrikation von Achsen, Bremsen und Teilen für den Nutzfahrzeugsektor. Weitere gewichtige Umsatzanteile haben die Luft- und Raumfahrt mit 2,81 (2,28) Mrd. Dollar.

Mit insgesamt 572 Mill. Dollar ist Europa auch der größte Auslandsmarkt. Zur Jahresmitte lag der Auftragsbestand von Rockwell bei 5,4 (4,2) Mrd. Dollar. *In den ersten 9* Monaten dieses Geschäftsjahres 1982/83 (30. 9.) betrug der Gesamtumsatz 5,88 (5,45) Mrd. Dollar. Der Reingewinn stieg um 12 Prozent auf 279 Mill. Dollar. Ende 1982/83 dürfte der Gesamtumsatz bei 8 Mrd. DM liegen.

HARALD POSNY

Günstige Perspektive für Dieselmotor

In rasanter Aufwärtsfahrt hat sich die Produktion dieselmotorgetriebener Pkw in der Bundesrepublik seit 1976 von etwa 200 000 Fahrzeugen auf rund 660 000 Fahrzeuge erhöht. Kostengünstige Treibstoff-Verbrauchswerte haben in erster Linie für den Rückenwind gesorgt. Aber auch die vergleichsweise niedrigen Schadstoff-Emissionswerte sind ein wichtiger Faktor.

Die Tatsache, daß hierzulande die Produktion von Diesel-Personenwagen größer ist als in den USA, Frankreich oder Japan, zeigt zugleich den hohen Stellenwert auf, den die Verbrauchsökonomie in der Bundesrepublik hat. Auf ihn sind die Automobilproduzenten mit ihrer anerkannt erfolgreichen Modellpolitik stark eingeschwenkt. Wie auch die IAA signalisiert, werden in diesem Jahr von den Herstellern der westlichen Welt zahlreiche neue Modelle mit Dieselmotor auf die Märkte rollen.

Mißt man die Diesel-Anteile in Prozent an der Pkw-Produktion in den wichtigsten Industrieländern, so nimmt die Bundesrepublik mit 18,4 Prozent (1982) – im Jahre 1970 waren es erst 2,5 Prozent und 1978 bereits 10,8 Prozent – eine deutliche Spitzenposition ein. Europa kam 1982 auf 12,5 Prozent Diesel-Anteil, Frankreich allein wies 9,9 Prozent, die USA 4,8 und Japan 3,2 Prozent aus. Weltweit lag der Diesel-Personenkraftwagen-Anteil bei 7,4 Prozent.

Deutlich steigende Tendenz zeigte in den vergangenen Jahren – allerdings mit einer Stagnation im Jahre 1982 – die Produktion von Mehrzylinder-Dieselmotoren in der westlichen Welt. Im vergangenen Jahr wurden nach vorläufigen Ermittlungen rund 6,4 Mill. solcher Motoren hergestellt. Den größten Anteil hatten mit 38 Prozent Dieselmotoren für Nutzfahrzeuge. 29 Prozent der Motoren wurden zum Antrieb von Personenwagen eingesetzt, 20 Prozent für stationäre Anlagen und 13 Prozent für Traktoren.

Daß mittel- und längerfristig dem Dieselmotor noch große Chancen winken, davon ist Klaus D. Zimmermann, Mitglied der Geschäftsleitung des Geschäftsbereichs Einspritzausrüstung und Bremsen der Robert Bosch GmbH, Stuttgart, überzeugt. Das Haus Bosch ist in Europa und auch weltweit die Nummer eins unter den Herstellern von Dieseleinspritzausrüstungen. Unter den an einer Hand abzählbaren Wettbewerbern befinden sich Lucas-CAV (Großbritannien) und Stanadyne (USA).

In Japan werden Diesel-Einspritzanlagen nach Bosch-Lizenzen gefertigt. Für die insgesamt günstige Perspektive des Dieselmotors und dieses für Bosch wichtigen Marktsegments der Diesel-Einspritzausrüstung führt Zimmermann eine Reihe von Argumenten ins Feld: Von der Geräuschentwicklung her ist beispielsweise festzustellen, daß der Dieselmotor Schritt für Schritt leiser geworden ist. Es gibt heute Dieselmotoren, die praktisch nicht mehr „nageln". Als wesentlicher Faktor kommt hinzu, daß Personenwagen mit Dieselmotor im Hinblick auf den Kraftstoffverbrauch immer noch wesentlich günstiger abschneiden als ein Wagen mit Otto-Motor. Allerdings sind die Abstände in den letzten Jahren etwas kleiner geworden. Gleichwohl kann man aber davon ausgehen, daß ein Personenwagen mit Otto-Motor im Stadtverkehr auf einen Mehrverbrauch zwischen 10 und 50 Prozent kommt.

Zwar gilt der Diesel-Pkw als weniger spritzig beim Anfahren und Beschleunigen, auch beim Kaltstart ist noch etwas zu tun, doch steckt im Dieselmotor nach allgemeiner Ansicht ein bedeutendes Entwicklungspotential. So gleicht beispielsweise der aufgeladene Diesel-Motor (Turbo-Diesel), der in diesem Jahr am westeuropäischen Diesel-Pkw-Markt bereits einen Anteil von 20 Prozent erreichen wird, einen Großteil dieses Leistungsmankos aus.

Große Erwartungen setzt man bei Bosch und in der Branche auf die Tatsache, daß der kleine schnelllaufende Dieselmotor vor der Einführung eines neuen Verbrennungsverfahrens steht. Es wird damit gerechnet, daß die Diesel-Direkteinspritzung zunächst bei leichten Nutzfahrzeugen zum Einsatz gelangen wird.

Nicht zu übersehen ist freilich, daß die Käufergunst für den Diesel-Pkw in hohem Grade eine Funktion der Preisdifferenz zwischen Benzin und Dieselkraftstoff darstellt. *In dem Maße*, in dem der Benzinpreis in den letzten beiden Jahren in der Bundesrepublik an den Dieselpreis heranrückte (oder umgekehrt), schwand die Attraktivität des Diesel-Pkw. Die veränderten Aspekte der Amortisation eines gegenüber einem „Benziner" um 1500 bis 2000 DM teureren „Diesel" ließen seine Zulassungsquoten in letzer Zeit etwas sinken. Lag der Diesel-Anteil an den inländischen Pkw-Neuzulassungen 1980 bei 8 Prozent, so kletterte er 1981 zeitweilig bis auf 20 Prozent, um dann 1982/83 wieder abzufallen. Da sich inzwischen die Schere zwischen Diesel- und Benzin-Preisen wieder geöffnet hat, steigen die Erwartungen, daß auch die Diesel-*Zulassungen* wieder zunehmen werden.

WERNER NEITZEL

Aktien auf breiter Front fester

Konjunkturoptimismus löste Meinungskäufe aus

DW. – Die überraschend positiven Feststellungen der Deutschen Bundesbank zum Verlauf der Konjunktur in der Bundesrepublik, haben nicht nur bei deutschen Anlegern Aufsehen erregt. Einige Ausländer, vor allem aus dem europäischen Bereich, nahmen bei den deutschen Standardwerten Material aus dem Markt, der sich sofort als eng erwies, wie die Kurssteigerungen von teilweise 6 DM und mehr zeigten. Die Ausländer sehen eine Chance zur Wiederbefestigung der D-Mark innerhalb des EWS und zu einer allmählichen Stabilisierung gegenüber dem Dollar. Die deutschen Investoren wurden angeregt, durch neuere Schätzungen über die für 1983 und 1984 zu erwartenden Unternehmensgewinne.

Der Hinweis der Bundesbank auf die sich bessernde Beschäftigungs- und Auftragslage in der Maschinenbauindustrie führte in diesem Bereich zu Kursanhebungen bis zu 4,50 DM (KHD). Selbst die durch ihre MAN-Tochter gefährdete GHH konnte einen Anstieg um 3,30 DM buchen. Zu Gewinnmitnahmen kam es dagegen bei BBC (minus 5 DM), ein Papier, das in den vorangegangenen Tagen forciert nach oben gebracht worden war. Gewinnmitnahmen gab es bei AEG-Telefunken. Der hier in jüngster Zeit sehr aktiv gewordene Berufshandel scheint nunmehr auf die von den Ausländern frequentierten Standardwerte umzusteigen.

Düsseldorf: Nach teilweise lebhaftem Geschäft gaben Heinrich und Rhenag um 5 DM, Hageda um 2,40 DM und AEG Kabel Rheydt um 3 DM nach. Erhöhen konnten Leffers um 5 DM auf 370 DM und Pegulan St. um 3 DM auf 235 DM.

Frankfurt: Die freundliche Stimmung an der Aktienbörse dauerte am Dienstag an. Die Standardwerte hatten unterschiedliche Tagesgewinne bis zu 2 DM, vereinzelt auch bis zu 5 DM pro Aktie. Von Nebenwerten gaben Kupferberg um 15 DM auf 620 DM nach.

Hamburg: Im Versorgungssektor waren HEW 98,50 DM (plus 0,90 DM) NWK Vorzüge mit 164 DM auf Vortagsbasis. Gut behaupten konnten sich Phoenix Gummi, während Conti Gummi 1 DM höher tendierten. 4 DM fester gingen Markt- u. Kühlhallen aus dem Markt. Um je 1 DM verbesserten sich Beiersdorf, Nordcement und Vereins- u. Westbank.

München: Audi NSU gaben um 5 DM auf 365 DM nach und Würzburger Hofbräu um 9 DM auf 346 DM. Hutschenreuther verminderten um 5 DM auf 240 DM. Erhöhen konnten Patrizierbräu um 3 DM auf 255 DM.

Berlin: DeTeWe zogen um 14 DM, Schering um 7,30 DM und DuB-Schultheiss um 6 DM an. Bergmann lagen um 5 DM, Berliner Kindl um 3,90 DM, Orenstein um 3,30 DM und Herlitz Vorzüge um 2 DM fester.

Nachbörse: fest

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Mailand

Tokio

Wien

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

	20.9.	19.9.
Arbed	1570	1510
Brux. Lambert	2250	2235
Cockerill Ougrée	153	146
Ebes	2225	2295
Gevaert	2400	2430
Kredietbank	4350	4350
Pétrofina	5960	6000
Soc. Gen. d. Belg.	1880	1870
Sofina	4900	4880
Solvay	3140	3150
UCB	3770	3750
Index	129,72	130,35

Madrid

Hongkong

Singapur

	20.9.	19.9.
Cycle + Car.	6,45	6,30
Cold Storage	5,45	5,40
Dev. Bk. of Sing.	9,55	9,60
Fraser + Neave	6,20	6,15
Kl. Kepong	3,00	3,00
Mal. Banking	9,38	9,35
Nat. Iron	7,00	7,00
OCBC	10,70	10,40
Sime Darby	2,33	2,33
Singapur Land	5,70	5,65
Un. Overs. Bank	5,20	5,25

Paris

Sydney

	20.9.	19.9.
Brok. Hill South	–	–
Brok. Hill. Prop.	12,48	12,55
Coles	3,32	3,40
CRA	5,94	5,94
CSR (Theiss)	4,16	4,18
Metals Expl.	0,94	0,92
MIM-Holdings	4,18	4,20
Myer Emporium	1,55	1,55
North Broken Hill	3,30	3,30
Oakbridge	1,29	1,28
Peko Wallsend	7,50	7,46
Poseidon	4,08	4,08
Thomas Nat. Tr.	1,87	1,88
Waltons	0,50	0,55
Western Mining	4,72	4,76
Woodside Petr.	1,51	1,53
Index	715,5	717,1

Optionshandel

Frankfurt: 20. 9.: 692 Optionen, 35 400 Aktien (29 000), davon 229 Verkaufsoptionen = 11 550 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-55/30, 10-70/17, 10-75/12, 10-80/9,60, 10-90/1,60, 1-70/20, 1-75/14,20, 1-80/10,50, 1-85/10, 1-90/6,40, 1-95/4,50, 4-70/23, 4-75/16, 4-85/13, 4-90/8,50, Siemens 1-350/13, 4-350/21,50, Veba 1-170/10,50, 1-180/6,90, 1-190/3,15, 4-180/12, BASF 10-144,30/5,10, 10-145/5, 10-149,30/3,50, 10-50/3,50, 10-154,30/1, 1-150/9, 1-154,30/7, 1-160/5, 4-160/8, 4-170/6,35, Bayer 1-150/8,60, 1-160/5, 4-160/8,05, Hoechst 10-150/5,50, 10-154,50/4, 10-160/1, 1-150/11,60, 1-160/6, 4-150/15,40, 4-160/10,50, 4-170/8,40, BMW 1-380/21,10, VW 10-200/20, 10-210/10, 1-190/34, 1-220/11, 1-240/6, 4-210/29, 4-220/19,40, 4-240/14, Conti 10-110/2, 10-120/1, 1-100/12,60, 1-110/6,40, 4-110/10,30, 4-120/7,60, Lufthansa Vorzüge 10-127,50/2,50, Commerzbank 1-180/7,50, 1-170/12,55, 1-190/4,60, 4-160/27,50, 4-170/20, 4-180/12,50, 4-190/8,60, Dt. Bank 1-310/19, 1-320/9,90, 4-310/25, 4-320/20, 4-330/15, 4-360/6, Dresdner Bank 1-170/12,40, 4-170/17,40, 4-200/5,10, Hoesch 1-100/5, 4-100/9,90, Mannesmann 1-140/6,10, 1-150/4, 4-130/19, 4-140/12, Preussag 1-280/11,40, Thyssen 1-70/5, BBC 4-220/29, Dt. Babcock St. 1-160/15,60, MAN 4-130/15, RWE St. 1-170/7,90, VZ 1-170/6,60, VEW 4-120/11,40, Alcan 4-100/14,50, IBM 4-330/33, Xerox 10-120/2,95, 4-130/7, Philips 4-45/5,45, Royal Dutch 1-130/7,50, 4-130/11,40, Elf 1-70/4, 4-60/10,40, 4-65/10. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-80/3, 1-80/3,50, 1-85/4, 4-75/2, 4-80/5,50, 4-85/6, Siemens 10-340/4,80, 1-340/8,40, Veba 4-170/6,80, Bayer 10-150/3,60, BMW 1-370/7, 1-380/10, VW 10-210/2,90, 1-210/3, 4-200/4,50, 4-210/7,50, Lufthansa St. 1-120/4,20, 4-120/5,50, Commerzbank 10-170/3, 1-160/1,40, 4-170/8, Dt. Bank 1-300/5,85, Hoesch 1-90/2, 1-100/7, 4-90/7,30, Mannesmann 1-130/3,90, 4-140/10, Preussag 1-260/6,10, Thyssen 1-70/4,70, Bayr. Vereinsbank 10-320/10, KHD 10-250/7,50, 1-250/10,80, Klöckner 1-35/2,90, MAN 10-130/5,40, Chrysler 1-80/5,55, Norsk 1-180/5. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 20. 9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	str
1 Monat	9⅝– 9⅞	5½–5¾	4¼–4⅝
3 Monate	9⅝– 9⅞	5⅝–5¾	4½–4¾
6 Monate	9⅞–10⅛	5⅞–6⅛	4⅝–4⅞
12 Monate	10⅛–10⅜	6¼–6½	4¾–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 20. September folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1555,00	1886,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1243,00	1458,41
5 US-Dollar (Liberty)	525,00	647,35
1 £ Sovereign alt	252,00	310,08
1 £ Sovereign Elizabeth II	247,00	304,38
20 belgische Franken	193,00	247,38
10 Rubel Tscherwonez	265,00	329,46
2 südafrikanische Rand	250,00	306,88
Krüger Rand, neu	1117,00	1313,28
Maple Leaf	1117,00	1313,28
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	260,00	321,48
20 schweiz. Franken „Vreneli"	217,00	271,32
20 franz. Franken „Napoléon"	211,00	264,48
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1033,00	1241,46
20 österr. Kronen (Neuprägung)	206,00	257,64
10 österr. Kronen (Neuprägung)	107,00	138,08
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	470,00	575,70
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	112,00	150,48

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisen

...Unter dem Eindruck erneuter Liquiditätsanreicherung durch die Federal Reserve Bank lagen die ersten Dollarkurse bei 2,6530 im Markt. Kommerzielle Nachfrage sorgte am 20. 9. dann für einen kontinuierlichen Anstieg bis 2,6630 in der Spitze. Die amtliche Notiz wurde mit 2,6616 ohne Mitwirkung der Bundesbank errechnet. Gegen Geschäftsschluß war ein erneuter geringfügiger Rückgang auf 2,6590 zu konstatieren. Einen Kursgewinn von 4,2 Promille bzw. 1,7 Pf verzeichnete das Englische Pfund in Reaktion auf Drohungen aus dem Iran, den Golf für Öllieferungen zu sperren, falls es zu Waffenlieferungen Frankreichs an den Irak kommen sollte. Die meisten anderen amtlich notierten Währungen konnten sich gegenüber der D-Mark leicht verbessern. Minuskorrekturen hatten lediglich der Canadische Dollar, die Dänische Krone und die Italienische Lire hinzunehmen. US-Dollar in: Amsterdam 2,9770; Brüssel 53,8025; Paris 8,0460; Mailand 1596,05; Wien 18,6990; Zürich 2,1562; Pfund/Dollar 1,5000.

Ostmarkkurs am 20. 9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die nochmalige Liquiditätsspritze der Federal Reserve Bank ließ am 20. September die Zinssätze ½ Prozentpunkt zurückgehen, so daß die Dollar-Deports enger gehandelt wurden.

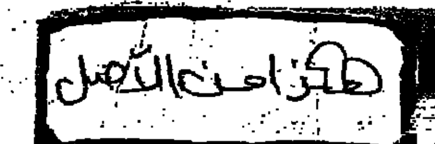
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,00/0,90	2,73/2,63	5,20/5,00
Pfund/Dollar	0,02/0,03	0,10/0,13	0,26/0,31
Pfund/DM	2,00/0,60	4,40/3,00	7,60/6,20
FF/DM	27/11	78/62	163/147

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 20. 9.: Tagesgeld 5,50–5,50 Prozent; Monatsgeld 5,6–5,7 Prozent; Dreimonatsgeld 5,8–5,95 Prozent. Privatdiskontsätze am 20. 9.: 10 bis 29 Tage 3,55 G bis 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 20. 9.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,18) – 8,50 (7,69) – 10,00 (8,08) – 10,00 (8,35) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,10, 2 Jahre 7,27. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 99,40, Rendite 8,15.



Bundesanleihen

		20. 9.	19. 9.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,8G
5½ Bund 78 I	1/84	99,9G	99,85
6 dgl. 64 I	1/84	100G	100G
8 dgl. 78 I	2/84	100,65	100,65
7 dgl. 77	3/84	100,2	100,2
7½ dgl. 76 II	4/84	100,45	100,46
5 dgl. 78	5/84	99,05	99,05
6 dgl. 78 III	9/84	99,25	99,25
8¼ dgl. 76	8/84	101,55	101,65
6 dgl. 78 IV	12/84	98,93	98,95
6¼ dgl. 79	1/85	98,85	98,75
8½ dgl. 73 I	3/85	101,5	101,5
7 dgl. 79	4/85	99,5	99,5
7¼ dgl. 79 II	6/85	99,8	99,6
7¾ dgl. 79 I	7/85	100,25	100,25
8 dgl. 78 IV	10/85	100,75	100,75
5½ dgl. 78 II	3/86	95,8G	95,9
5¾ dgl. 78	5/86	95,15	95,2
7¼ dgl. 76 I	12/86	97,8	97,8G
6½ dgl. 78	1/87	95,5	95,3
7½ dgl. 76 II	1/87	97,55	97,4
6¾ dgl. 77	4/87	95,9	95,9
6½ dgl. 77	7/87	94,85	94,9
6 dgl. 77	10/87	93,15	93
6 dgl. 78 I	1/88	92,5	92,55
8½ dgl. 78 I	5/88	93,9	93,7G
6½ dgl. 78 II	12/88	93,25G	93,25
6¾ dgl. 79	1/89	93,75G	93,75
7¾ dgl. 79 I	4/89	95,85	95,4
10 dgl. 81	4/89	107,45	107,25
7½ dgl. 79 I	6/89	96,5	96,3G
8 dgl. 79 I	7/89	98,85	98,85
8 dgl. 79 II	8/89	98,9	98,8
7¾ dgl. 79 II	9/89	96,6	96,55
7¾ dgl. 79 II	11/89	97,5	97,47
7¾ dgl. 80 I	1/90	97,15	97,15G
10 dgl. 80	4/90	107,25	107,1
5¾ dgl. 78	5/90	90,8	90,8
8¼ dgl. 80 I	7/90	99,45	99,3
8¾ dgl. 80 II	11/90	99,45	99,35
7¾ dgl. 82	11/90	96,7	96,5
9 dgl. 81	2/91	102,7	102,55
10¼ dgl. 81	7/91	109,03	109,05
10¾ dgl. 81	9/91	112,25bG	112,05
10 dgl. 81 II	12/91	108,25	108,05bG
9¾ dgl. 82 I	1/92	1069	106,8bG
9¾ dgl. 82 II	3/92	106,7bG	106,76
6 dgl. 78 II	3/93	88	87,55
9,5 dgl. 82	4/92	105,7	105,4
9 dgl. 82	5/92	102,9	102,65bG
8½ dgl. 82	6/92	100,35	100,25
9 dgl. 82	8/92	102,9G	102,8
8¾ dgl. 82	9/92	101,85	101,6
7¾ dgl. 82	12/92	95,55	95,4
7½ dgl. 83	1/93	93,75	93,55bG
7½ dgl. 83 II	3/93	93,65	93,5bG
7½ dgl. 83 III	5/93	95bG	94,85
8¼ dgl. 83	6/93	98,45	98,25
8 dgl. 83	7/93	96,45	96,85
8¼ dgl. 83 II	8/93	98,45	98,2
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	100,75	100,7
8 dgl. 80 S.2	2/85	100,9	100,9
8¼ dgl. 80 S.3	2/85	101,2G	101,2G
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	102,15	102,2
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	101,7	101,6
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	101	101
8 dgl. 80 S.7	6/85	100,6	100,6
7½ dgl. 80 S.8	8/85	99,85	99,83
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	101,2	101,1
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	101,65	101,65
9 dgl. 81 S.11	1/86	101,65	101,65
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	103,35	103,35G
10 dgl. 81 S.13	3/86	103,85	103,7
9½ dgl. 81 S.14	4/86	102,95G	102,95G
10 dgl. 81 S.15	4/86	104	104
10½ dgl. 81 S.16	6/86	105,3	105,4G
11 dgl. 81 S.17	8/86	107	107
10½ dgl. 81 S.18	10/86	106,1	106,1
10 dgl. 81 S.19	10/86	104,75	104,8
9½ dgl. 81 S.20	11/86	103,5	103,5
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	105,55	105,6G
10 dgl. 81 S.22	11/86	104,96	104,96
9½ dgl. 81 S.23	12/86	103,5	103,6
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	104,25	104,1G
9½ dgl. 82 S.25	3/87	103,5	103,35
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	102,85	102,7G
9 dgl. 82 S.27	4/87	102,1	102G
8½ dgl. 82 S.28	5/87	100,7	100,6
9½ dgl. 82 S.29	7/87	103,85	103,7
9 dgl. 82 S.30	9/87	102,4	102,2
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	101,65	101,55
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	100,05	99,9
8 dgl. 82 S.33	11/87	99,25	99,15bG
7¾ dgl. 82 S.34	12/87	98,05bG	97,9
7½ dgl. 82 S.35	12/87	97,3	97
7¼ dgl. 83 S.36	3/88	96,4	95,95G
6¾ dgl. 83 S.37	5/88	94,45	94,43
7 dgl. 83 S.38	5/88	95,1	95,1
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	96G	96G
7½ dgl. 83 S.40	6/88	96,9	96,7
8 dgl. 83 S.41	9/88	96,7	96,4bG

Bundesbahn

		20. 9.	19. 9.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,bG	100,bG
10 Bdbahn 73 II	11/83	100,4	100,45
7½ dgl. 72	2/84	100,35	100,35
8 dgl. 72	9/84	100,9	100,9
8¼ dgl. 76	9/84	101,1G	101,1
6 dgl. 78 III	11/84	98,95	98,9
8¼ dgl. 79	2/85	98,95	98,9G
8½ dgl. 73	2/85	101,4	101,4G
7 dgl. 77	2/87	96,78	96,7
6 dgl. 77	9/87	93,25	93,25

		20. 9.	19. 9.
F 6 dgl. 78 II	7/88	92	92,1
6½ dgl. 77	5/89	92,35	92,1
8 dgl. 79 I	7/89	99,05	98,8G
8 dgl. 78 I	2/90	98,6	98,6
8 dgl. 80 II	7/90	98,5G	98,56
9 dgl. 81	3/91	102,9	102,7
10½ dgl. 81	9/91	111,35	111,2G
10¼ dgl. 81	11/1	109,9	109,7G
8 dgl. 80 I	2/92	97,45G	97,3
10 dgl. 82	2/92	108,7	108,5
9½ dgl. 82	7/92	105,75	105,55
8 dgl. 82	11/92	97,15	96,9
7¾ dgl. 83	1/83	95,45	95,45

Bundespost

		20. 9.	19. 9.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,5G
8 Bdpost 72 II	12/83	100,45	100,55G
6½ dgl. 68	6/88	98,25G	98,25G
8 dgl. 72 I	9/87	100	100G
10 dgl. 81	3/89	107	107
10¼ dgl. 81	6/89	108,3	108,3
8 dgl. 80	3/90	98,25	98,25
7¾ dgl. 80	9/80	97,05	97,05
8¾ dgl. 80	12/90	101,75	101,75
10½ dgl. 81	10/91	111,3	111,3
9¾ dgl. 82	2/92	107,1	106,95G
8¾ dgl. 82	6/92	101,85	101,5
8½ dgl. 82	10/92	100,2	100,2
7¾ dgl. 83	2/93	95,5	95,4
8½ dgl. 83	9/93	100,35	100,25

Länder – Städte

		20. 9.	19. 9.
S 6½ Bd.-Wttbg. 78	88	95,5G	95,5
8¼ dgl. 82	92	99	98,75
M 7 Bayern 66	86	99	99G
6½ dgl. 67	87	99	99
6 dgl. 68	85	98	98G
7 dgl. 72	84	100G	100G
7½ dgl. 76	84	100,6G	100,6
6 dgl. 78	88	92	92
8¾ dgl. 80	90	101,25	101
8¾ dgl. 82	90	101,2	101
7½ dgl. 83	93	93,25G	93G
B 8½ Berlin 70	85	101,5G	101,5G
8 dgl. 72	85	100,5G	100,5G
7½ dgl. 76	84	100,3G	100,2
7 dgl. 77	85	99,6	99,6G
6½ dgl. 78	88	95,6G	95,8G
8¾ dgl. 80	88	102,4	102,4
Br 7¾ Bremen 71	87	100G	100G
8 dgl. 72	87	100,5G	100,5
7½ dgl. 83	93	93,3G	93,3G
H 8½ Hamburg 70	85	101,3G	101,3G
6¼ dgl. 77	92	93,8G	93,8G
8 dgl. 80	92	98G	98G
9¾ dgl. 82	92	106,3G	106,3
7½ dgl. 83	92	92,8G	92,8G
F 8 Hessen 71	86	100,25	100,25
6¼ dgl. 78	88	92,25	92
Hn6 Nieders. 69	84	99,65G	99,65G
8½ dgl. 70	85	101,6G	101,6G
7½ dgl. 72	87	98,8G	98,8
8 dgl. 72	87	99,75G	99,75G
7½ dgl. 79	87	96,7G	96,5G
7¾ dgl. 82	92	94,4G	94,4G
8 dgl. 83	93	96,25G	96,25G
D 7½ NRW 71	83	100,15bG	100,15bG
7½ dgl. 83	93	93,5	93,2
7¾ dgl. 83	93	95G	95G
8½ dgl. 83	93	99,8	99,8
F 5 Rhld.-Pf. 64 II	84	98,8G	98,8G
8 dgl. 71	86	100	100G
F 8½ Saar 70	85	100,5G	100,5
7 dgl. 72	87	97,75G	97,75G
8 dgl. 78	88	92,5	92,25
H 5½ Schl.-H. 59	84	99,4G	99,4G
6 dgl. 64 II	84	99,3	99,1G
7¾ dgl. 72	87	99G	99G
8½ dgl. 73	85	101,5G	101,5G
D 7 Essen 72	85	100G	100bG
M 6 München 64	84	99,35G	99,35
S 7½ Stuttgart 71	86	100G	100G
7¼ dgl. 72	87	99,75G	99,75G
8 dgl. 83	93	97	97

Bankschuldverschreib.

	20. 9.	19. 9.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	80,5G	80,5G
6½ dgl. Pf 5	85G	85G
7 dgl. Pf 2	99G	99G
F 7½ Bakola Pf 104	99,35G	99,35G
9 dgl. Pf 106	101,7G	101,7G
10 dgl. Pf 108	106,6G	106,6G
7 dgl. KS 132	93,3G	93,3G
8 dgl. KS 155	97,25G	97,25G
9 dgl. KS 169	101,85G	101,85G

Renten leicht anziehend

Hoffnungen auf eine Stabilisierung der Zinsen in den USA auf dem jetzigen Niveau und als Folge davon nicht mehr weiter anziehende Renditen am deutschen Rentenmarkt führten vor allem in den öffentlichen Anleihen zu vorsichtigen Anlagekäufen. Dies in erster Linie im längeren Laufzeitbereich, in dem die Kurse bis zu einem Viertelpunkt angehoben wurden. Die Umsätze blieben allerdings noch gering. Das trifft auch für die Pfandbriefe zu, deren Notierungen sich vorerst nur wenig veränderten. Die Nachfrage nach den neuen hochverzinslichen DM-Auslandsanleihen hält an und führte bei ihnen zu weiteren Kursanhebungen.

Ausländische Aktien

	20. 9.	19. 9.
F L'Air Liquide	146G	146G
D Akzo	69,5	68,8
F Alcan	99	100
F Alcoa	116	115,2
F Alg. Bk. Nedld.	330	322
F All Nippon Air	3,5G	3,5G
F Amax	73	73,5
F Am. Cyanamid	145,8	148
D American Expr.	104bG	103G
D Am Motors	21,5	22,4
F Am. T & T	178,8	178
F Amro Bank	54,7	53,5
M Anglo Am. Gold	327	324
F Anglo Am. m.O.	56,8	55,5
F dgl. o O.	57	56
F Arbed	62G	62G
F Asahi Chem.	4	3,9
M Atl. Richfield	128,6	129,5
H Atlas Copco	37G	37G
M Avon	72,9	73,6
F Bell Canada	21,2G	–
F Banco Central	23,5	23,5
F Banco de Bilbao	21	21
F Banco de Santander	17,4	17,4
F Banco de Vizcaya	27,7	27,7
F Banco Hisp. Americ.	18,5	18,5
D Beatrice Foods	72,5	72T
D Bell Canada	62G	61,5G
F Black & Decker	56,5	55
F Boeing	114	112
M Bougainville Copper	6,45	6,35
F Bowater	8,1	8,25exD
D BP	16,8	16,6
M Broken Hill	28,8	29,3
F Bull	12,6	12,6
F Can. Pacific	104	102
F Canon	15,4	15,5
F Casio Comp.	16,7	16,7G
F Caterpillar	116	115
D Ch. Manhattan	134,5	132
F Chrysler	79,9	79,9
M Citicorp.	101,7	99,7
F City Investing	95,5	100T
F Coca-Cola	128	130
D Colgate	58bG	58G
F Cons. Gold F.	23,8	23exD
D Cons. Group	122G	122G
F Control Data	145,5	145
M CRA	13,75	13,8
M CSR	9,65	9,8G
F Dart & Kraft	177G	177G
M De Beers Cons.	24,4	24,4
F Deere Comp.	108	108,1
M Digital Equipm.	279,6	275,5
M Disney Prod.	165	164,5
M Dome Petroleum	12,05	12,05
D Dow Chemical	96	96
D Dresser	58,6	58,1
D DuPont	137	140
M East Drief. Gold	94,2	91,9
D East Air Lines	18,5	18,75
F Eastman Kodak	185	185
F Elf Aquitaine	59,8	60,5
F Emhart	136G	136G
D Ericsson	140T	140T
D Esmark	179G	179G
D Exxon	100	100,2
D Fiat St.	4,85G	4,95
D dgl. Vz.	3,4bG	3,8
F Finsider	–	–ex8
D Fluor	28,5T	28T
M Fluor	55exD	54,8G
D Ford	168	162
F Foseco Minsep	5,4	5,3G
F Fujitsu	15,4	15bG
F General Electric	135,5	135
F General Mining	75	74,3
D General Motors	194,5	187,5
D Gen. Shopping	730G	730G
M Getty Oil	171,3	170G
D Gevaert	119G	119G
F Goodyear	79	79,9
H Grace	132,5	131,5
D GKN	6,8	6,4exD
F Gulf	111,5	110

Warenpreise – Termine

Fester schlossen die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Montag an der New Yorker Comex. Während Kaffee höher bewertet wurde, kam es bei Kakao durchweg zu Abschlägen.

Getreide und Getreideprodukte

	19. 9.	16. 9.
Weizen Chicago (c/bush)		
Sept	369,75	364,00
Dez.	387,00	382,75
März	402,50	398,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	19. 9.	16. 9.
St. Lawrence 1 CW	242,69	241,34
Amber Durum	264,89	265,69
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	162,00	159,70
Dez	165,40	162,50
März	168,50	165,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt	125,20	123,50
Dez.	123,50	120,00
März	124,00	122,00
Hafer Chicago (c/bush)	19. 9.	16. 9.
Sept.	181,50	177,75
Dez.	194,25	190,00
März	205,25	201,25
Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	353,25	344,00
Dez.	361,50	351,75
März	369,25	361,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	19. 9.	16. 9.
Okt.	131,60	129,50
Dez	133,20	130,50
März	135,60	133,00

Genußmittel

	19. 9.	16. 9.
Kaffee		
New York (c/lb)		
Terminkontr. Sept.	136,50	134,75
Dez.	132,75	131,90
März	129,70	129,45
Kakao		
New York ($/t)	19. 9.	16. 9.
Dez.	2075	2118
Jan.	2095	2118
Terminkontr. Mai	2115	2138
Umsatz	4882	4705
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	9,83	9,40
Jan.	10,50	10,00
März	11,25	10,75
Mai	11,65	11,13
Juli	11,93	11,42
Umsatz	18 463	15 625
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	19. 9. 8,94	16. 9. 9,32
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	19. 9.	16. 9.
Kontrakt Sept.	1768–1769	1755–1759
Nov	1737–1738	1729–1730
Jan.	1713–1714	1706–1708
Umsatz	1994	2650
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1450–1475	1468–1480
Dez.	1499–1500	1510–1511
März	1510–1511	1506–1507
Umsatz	3858	6514
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Okt.	157,50–157,60	156,75–157,00
Dez.	170,55–170,75	168,50–169,00
März	180,00–180,30	178,00–178,25
Mai	–	184,00–184,25
Aug	–	–
Umsatz	–	4435
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	19. 9.	16. 9.
schw. Sarawak spez.	247,00	247,50
weißer Sarawak	340,00	340,00
weißer Muntok	342,00	342,50
Orangensaft		
New York (c/lb)	19. 9.	16. 9.
Sept.	121,00	124,20
Nov.	117,70	117,60
Jan.	112,35	122,20
März	112,15	112,00
Mai	111,85	111,75
Umsatz	250	250

Öle, Fette, Tierprodukte

	19. 9.	16. 9.
Erdnußöl		
New York (c/lb)	19. 9.	16. 9.
Südstaaten fob Werk.	50,00	50,50
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	34,00	34,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Sept.	34,40	33,00
Okt.	34,62	33,20
Dez.	34,77	33,33
Jan.	34,69	33,17
März	34,49	33,00
Mai	33,65	32,20
Juli	32,85	31,35
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	35,50	36,50
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	23,50	24,00
Choise white hog 4% fr. F.	17,75	17,75
Talg		
New York (c/lb)		
top white	17,50	17,50
fancy	17,00	17,00
blechfähig	16,75	16,75
yellow max. 10% fr. F.	14,25	14,25
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Okt.	41,55	42,55
Dez.	42,40	42,55
Febr.	46,00	45,80
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Febr.	60,45	62,10
März	60,50	62,10
Mai	62,32	63,90
Häute		
Chicago (c/lb)	19. 9.	16. 9.
Ochsen einh. schwere River Northern	53,00	53,00
Kühe einh. schwere River Northern	50,00	51,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Sept.	895,00	886,00
Nov.	903,00	871,00
Jan.	918,50	887,00
März	931,50	900,00
Mai	936,50	906,00
Juli	934,50	904,00
Aug.	902,00	872,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Sept.	235,50	230,00
Okt.	237,50	229,30
Dez.	241,50	233,20
Jan.	242,10	235,30
März	244,00	235,50
Mai	244,00	239,00
Juli	245,00	240,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	19. 9.	16. 9.
Okt.	407,50	392,50
Dez.	417,50	402,50
März	426,50	411,50
Kokosöl		
New York (c/lb)	19. 9.	16. 9.
Westküste fob Werk	43,50	44,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	20. 9.	19. 9.
jegl. Herk. cif	1070,00	1045,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	680,00	690,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	660,00	640,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	223,50	201,00
Kopra		
Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	970,00	980,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	342,50	331,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	19. 9.	16. 9.
Baumwolle		
New York (c/lb)	19. 9.	16. 9.
Kontrakt Nr. 2:		
Okt.	76,40	76,60
Dez.	77,80	77,95
März	79,30	79,50
Mai	80,20	80,30
Juli	80,90	80,70
Okt.	76,60	76,70
Kautschuk New York		
(c/lb); Händlerpreis loco RSS-1:	60,00	60,25
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	19. 9.	16. 9.
Okt.	422–429	423–429
Dez.	422–424	423–424
Jan.	421–425	421–422
Umsatz	27	77
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	19. 9.	16. 9.
Okt.	geschl.	46,10
Dez.	geschl.	46,00
März	geschl.	46,30
Mai	geschl.	46,60
Umsatz	–	40500
Tendenz: –		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg) Merino-Schweißwolle		
Standardtype	19. 9.	16. 9.
Okt.	557,0–560,0	558,0–559,0
Dez.	570,5–571,5	570,0–570,5
März	585,0–586,0	596,0–587,0
Umsatz	47	31
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	19. 9.	16. 9.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	19. 9.	16. 9.
Sept.	13 660	13 525
Okt.	13 660	13 525
Kautschuk		
London (p/kg)	19. 9.	16. 9.
Nr. 1 RSS loco	74,00–75,00	74,50–77,25
Okt.	73,50–75,00	74,30–75,00
Nov.	73,50–74,50	74,00–74,50
Okt./Dez.	73,60–73,90	74,30–74,40
Tendenz: unsicher		
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	19. 9.	16. 9.
Nr. 1 RSS loco:	247,00–248,00	250,00–251,00
Okt.	249,50–250,00	253,50–254,50
Nov.	252,00–254,00	256,50–257,50
Nr. 2 RSS Okt.	245,50–248,50	249,00–250,00
Nr. 3 RSS Okt.	242,00–243,00	245,50–246,50
Nr. 4 RSS Okt.	235,50–236,50	239,00–240,00
Tendenz: leichter		
Jute London (£/lgt)	19. 9.	16. 9.
BWC	435,00	435,00
BWD	381,00	381,00
BTC	440,00	440,00
BTD	386,00	386,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	20. 9.	19. 9.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	105,68–105,78	105,84–105,94
drittfolg. Monat	109,51–109,71	109,85–109,95
Zink: Basis London		
laufend. Monat	220,02–220,42	220,90–221,10
drittfolg. Monat	226,26–226,46	226,91–227,11
Produz.-Preis	234,57	234,94
Reinzinn 99,9%	3696–3732	3685–3721

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	20. 9.	19. 9.
Elektrolytkupfer		
für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	418,49–418,91	414,13–416,54
Blei in Kabeln	113,25–114,25	113,50–114,50
Aluminium		
für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	20. 9.	19. 9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	353–362	362–381
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	412–417	410–415
MS 63	417–421	415–420

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	19. 9.	16. 9.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,60	29,70

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	20. 9.	19. 9.
Leg. 225	450–473	450–473
Leg. 226	452–475	452–475
Leg. 231	482–505	482–505
Leg. 233	492–515	492–515

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	20. 9.	19. 9.
Platin (DM je g)	39,85	39,45
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	35 750	35 500
Rücknahmepr.	35 000	34 750
Gold (DM je kg Feingold)		
(Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	35 670	35 560
Rücknahmepr.	34 600	34 490
verarbeitet	37 440	37 330
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	35 375	35 255
Silber		
(DM je kg Feinsilber)		
(Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	1033,00	1040,30
Rücknahmepr.	996,80	1003,90
verarbeitet	1078,80	1086,50

Internationale Edelmetalle

	20. 9.	19. 9.
Gold (US-$/Feinunze)		
London	20. 9.	19. 9.
10.30	413,00	410,25
15.00	412,35	412,25
Zürich mittags	411,25–411,75	410,00–410,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	106 950	105 500
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	785,80	795,25
3 Monate	804,50	813,90
6 Monate	824,10	833,60
12 Monate	871,00	872,75
Platin (£-Feinunze)		
London	19. 9.	16. 9.
fr. Markt	286,90	284,00
Palladium (£-Feinunze)		
London	–	–
f. Händlerpr.	100,85	97,85

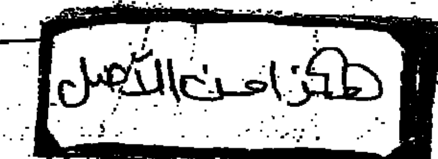
New Yorker Preise	19. 9.	16. 9.
Gold H & H Ankauf	412,25	405,55
Silber H & H Ankauf	1202,00	1180,00
Platin fr. Händlerpr.	425,00–431,00	425,00–431,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	150,00–152,00	147,00–149,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Sept.	1198,00	1190,00
Okt.	1202,00	1195,00
Dez.	1221,00	1212,00
Jan.	1232,60	1225,60
März	1252,00	1243,00
Mai	1276,20	1269,20
Juli	1298,00	1291,20
Umsatz	25 000	20 000

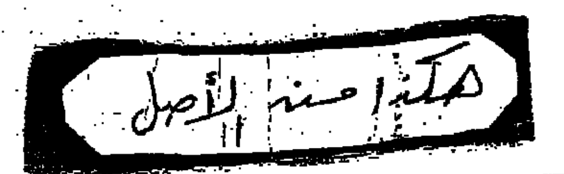
New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	19. 9.	16. 9.
Sept.	70,65	70,20
Okt.	70,75	70,30
Dez.	72,10	71,65
Jan.	72,90	72,45
März	74,20	73,80
Mai	75,70	75,15
Juli	77,30	76,85
Umsatz	11 000	15 000

Londoner Metallbörse

	20. 9.	19. 9.
Aluminium (£/t)		
Kasse	1047,0–1047,5	1053,5–1054,5
3 Monate	1075,5–1076,5	1082,0–1082,5
Blei (£/t) Kasse	262,50–262,70	263,50–264,00
3 Monate	272,00–272,50	273,50–274,00
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1022,0–1022,5	1020,0–1021,0
3 Monate	1049,5–1050,0	1048,0–1048,5
abends Kasse	–	1027,0–1028,0
3 Monate	–	1055,0–1055,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	991,00–992,00	996,00–997,00
3 Monate	1018,5–1019,0	1024,0–1025,0
Zink (£/t) Kasse	546,50–547,50	550,00–551,00
3 Monate	562,00–562,50	566,00–566,50
Zinn (£/t) Kasse	8430–8432	8430–8440
3 Monate	8526–8530	8530–8531
Quecksilber		
($/Fl.)	–	300–305
Wolfram-Erz		
($/T-Einh.)	–	80-83





Auto-Leasing

Fei. – Autoleasing bietet nicht nur die Vorteile der Erhaltung von Liquidität und fester Kosten während der gesamten Vertragszeit, sondern einen Service mit verschiedenen Varianten. Insbesondere Leasinggeschäfte über mehr als zehn Fahrzeuge mit einem Unternehmen ermöglichen den Leasing-Gesellschaften, hier einen kompletten Fullservice zu bieten. Der Leasinggeber trägt dabei die Kosten für Versicherung, Kfz-Steuer, Reifenersatz, TÜV-Gebühr, Wartung, Verschleißreparaturen und Bereitstellung von Ersatzfahrzeugen. Als wichtiger Faktor ist hierbei die Beschaffungsposition des Leasinggebers zu sehen. Diese wird wirksam beim Einkauf der Fahrzeuge und Reifen. Die Leasing-Gesellschaft kann für mehrere Kunden zusammen ordern. Die Vielzahl der abzunehmenden Modelle führt bei einem Händler zu betriebswirtschaftlich begründeten Sonderkonditionen, die dem einzelnen Leasingteilnehmer zugute kommen. Das gleiche gilt für den Erwerb von Reifen. Hier hat die Leasing-Gesellschaft die Möglichkeit, Rahmenabkommen mit solchen Reifenhändlern zu schließen, die regional oder überregional über ein dichtes Vertriebsnetz verfügen. Auch hier beeinflußt die laufend orderbare hohe Losgröße den Preis und führt ebenfalls zu Kosteneinsparungen beim Leasingnehmer im Vergleich zu eigenen Beschaffungsaktivitäten.

Einkaufsstärke führt gleichermaßen zu einer guten Verkaufsstellung. Die Kenntnis des Second-hand-Marktes und die Kooperationsmöglichkeiten mit vielen Händlern vor Ort führten erfahrungsgemäß zu höheren Gebrauchtwagenerlösen. Dies ermöglicht dem Leasinggeber, die notwendigen Amortisationsteile des Kaufpreises über die Grundmietzeit kundenfreundlich niedriger zu kalkulieren.

Eine auf das Fahrzeug-Leasing spezialisierte Leasing-Gesellschaft ermöglicht eine objektbezogene Organisation: Fachleute können sich mit den jeweiligen Teilaspekten des Fahrzeuggeschäftes befassen, was in einem Unternehmen, das nur eine Autoflotte unterhält, nicht möglich ist. Der Einsatz von EDV-Programmen läßt sich wirtschaftlich nutzen, die Fuhrparkverwaltung kostengünstig abwickeln. Rechnungen der Reparaturwerkstätten können von Kfz-Meistern auf sachliche und preisliche Richtigkeit geprüft werden. Anhand von Datensichtgeräten lassen sich hierzu die vom Hersteller empfohlenen Richtzeiten von Reparaturen abrufen, Garantieansprüche für Ersatzteile sichern und „vergessene" Rabatte automatisch reklamieren.

Darüber hinaus können – aufgrund günstiger Unfallhäufigkeit der im Wege des Full-service-Leasing genutzten Fahrzeuge – die Leasinggeber besonders preiswerte Versicherungskonditionen kontrahieren.

Interessant ist auch für viele Unternehmen, daß für die eigene Kfz-Flotte von der Leasing-Gesellschaft eine laufende Information über den Kostenverlauf erfolgt. So kann das Unternehmen nicht nur eigene Maßnahmen über den optimalen Einsatz seiner Fahrzeuge einleiten, sondern mit Hilfe seines Leasingpartners – aufgrund dessen umfangreicher Erfahrung – auch seine Fuhrparkaufwendungen mit denen anderer Firmen vergleichen.

DIE BRANCHE / 100 Anbieter bemühen sich um den Kunden

Wachstum ist ungebrochen – Privat-Leasing holt kräftig auf

INGE ADHAM, **Frankfurt**

„Heute sehen auch Privatleute im Leasing eine vernünftige Alternative zum Kauf", betonte Peter Schneider, Geschäftsführer des Branchenführers VAG Leasing GmbH, Braunschweig, anläßlich eines Pressegesprächs auf der Internationalen Automobil-Ausstellung in Frankfurt. Die Kunden hätten erkannt, daß mit Hilfe von Leasing Fahrzeuge leichter zu beschaffen seien. Schließlich müsse nicht der volle Kaufpreis, sondern nur der Wertverlust plus Zinsen bezahlt werden.

In der Tat können die drei Branchengrößten, VAG, Leasing- und Handelsgesellschaften mbH (LHS) und Interleasing Dello, erstaunliche Zuwachsraten für das Leasing von Privat genutzten Autos vorlegen. So berichtet LHS, eine Tochter der Schwabengarage AG und damit an Ford gebunden, von Steigerungsraten um die 300 Prozent beim Automobilleasing an Privatpersonen. Bei der markenunabhängigen Interleasing Dello erreichte das private Leasing in diesem Jahr einen Anteil von 35 Prozent am gesamten Auftragseingang; im vergangenen Jahr waren es erst bescheidene 7 Prozent. Interleasing-Geschäftsführer Gerhard Kaiser rechnet damit, daß von den 200 000 Leasingfahrzeugen, die 1984 auf bundesdeutsche Straßen fahren werden, rund ein Viertel von privaten Verbrauchern geleast werden. Auch LHS-Geschäftsführer Hugo Wieske sieht weiteres Wachstumspotential für privates Leasing mit die Branchenkennziffern weit übersteigenden Wachstumsraten.

Aber auch mit der Entwicklung des traditionellen gewerblichen Geschäfts können die Automobilleasing-Gesellschaften zufrieden sein. Zur Zeit rollen nach Schätzungen der führenden Gesellschaften 420 000 bis 430 000 geleaste Fahrzeuge (einschließlich Lkw bis 4 Tonnen Nutzlast) auf deutschen Straßen; das ist am Gesamtbestand an Fahrzeugen zwar nur ein noch bescheidener Anteil von 1,6 Prozent. Aber gegenüber der letzten bekanntgegebenen Zahl vom Herbst 1981 ein Plus von immerhin 57 Prozent.

Man ist sich in der Branche einig, daß das Autoleasing auch in den kommenden Jahren höhere Zuwachsraten aus dem gesamten deutschen Automarkt haben wird, auch wenn im vergangenen Jahr angesichts schlechterer Geschäfte bei den gewerblichen Leasing-Nehmern mancher auf die Möglichkeit der Vertragsverlängerung zurückgegriffen hat, statt neue Verträge abzuschließen. Grundsätzlich jedoch hätten die Leasingnehmer, die häufig ganze Flotten mit vollem Service leasen, erkannt, daß es über Leasing eben möglich sei, ältere Fahrzeuge, die vor allem den Verbrauchswünschen nicht mehr entsprechen, zu erneuern, ohne das Investitionsbudget übermäßig zu schmälern.

Die schnellere Durchsetzung von Innovation ist typisch für die Leasing-Branche, erinnert Peter Schneider (VAG) und verweist auf die Entwicklung in der Computerbranche. In seine Freude über die rasanten Zuwachsraten im Autoleasing-Geschäft, in dem sich etwa 100 Anbieter um die potentiellen Kunden rangeln, mischt sich aber unüberhörbar die Warnung von Fehlentwicklungen: Das schnelle Wachstum habe zur Folge gehabt, „daß vieles unter dem Namen Leasing angeboten wird, was mit einem seriösen Geschäftsgebaren nicht zu vereinbaren ist." Im Interesse einer gesunden Weiterentwicklung des aufstrebenden Geschäfts sollten die seriösen Anbieter „konsequent gegen dieses Down-Trading vorgehen".

Die Kunden, gewerbliche wie private, setzen zu Recht voraus, daß die Auto-Leasing-Gesellschaft das zurückgegebene Fahrzeug nach Ablauf des Vertrages zu den vorher festgesetzten Konditionen als Gebrauchtwagen auf dem Markt plazieren könne. Das ist nur möglich durch Zusam*menarbeit mit einer breiten Absatzor*ganisation, meint Schneider.

Ähnlich äußerten sich die Sprecher von LHS und Interleasing Dello. Diese markenunabhängige Leasing-Unternehmen vermißt im Privatgeschäft noch die Unterstützung der Hersteller: Autoleasing ist ein Geschäft der Autohandelshäuser mit den Kunden, nicht mit den Leasinggesellschaften direkt, unterstrich Kaiser. Die Hersteller sollten deshalb die Autohäuser stärker in der Werbung für Leasing unterstützen.

Mit einem Empfehlungskatalog für den Verbraucher will Interleasing Dello zur Aufklärung beitragen: und empfiehlt den potentiellen Privatkunden, mindestens zwei Angebote von verschiedenen Händlern einzuholen, alle Verabredungen schriftlich zu vereinbaren; die Geschäftsbedingungen in Ruhe und sorgfältig zu studieren und die Konditionen für Finanzierung und Leasing zu vergleichen.

Nötig sei auch eine Rücklage für die Anzahlung des nächsten Wagens (Leasing ohne Anzahlung führt zu höheren Mietraten). Schließlich erinnert Interleasing Dello daran, daß sich ein Full-Service-Vertrag erst von einer Jahresfahrleistung von rund 20 000 Kilometer an rentiert, eine Leistung, die die meisten Privatwagen nicht erreichen.

NACHRICHTEN

Autoindustrie sieht keinen Abgasvorteil für LPG

Der Einsatz von Flüssiggas als Autotreibstoff hat nach Feststellung des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) unter dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes keine Vorteile mehr vor der Benzinverbrennung. Besonders der Ausstoß von Stickoxiden, die den sauren Regen mitverursachen, sei beim Flüssiggasbetrieb höher als bei modernen Benzinmotoren, berichtete VDA-Geschäftsführer Peter von Manteuffel am Mittwoch in Frankfurt. In der Bundesrepublik sind nach Angaben des Flüssiggasverbandes etwa 25 000 Personenwagen für den Gasbetrieb eingerichtet. Die Umrüstung kostet etwa 2000 Mark. Der Liter Gas ist für knapp eine Mark zu haben, reicht aber nur für eine bis 20 Prozent geringere Fahrstrecke als das Benzin. Im Jahr werden in der Bundesrepublik rund 20 000 Tonnen Autogas verkauft, etwa ein Tausendstel des Benzinverbrauches.

TÜV hilft bei „Oldtimern"

Wer einen „Oldtimer" durch den TÜV bringen muß, braucht nicht zu verzagen: Bei den großen TÜV-Prüfstellen in der Bundesrepublik stehen jetzt „Schnauferl-Experten" bereit, um Besitzern alter Karossen mit Rat zur Seite zu stehen – etwa wenn es um das Umrüsten von Bremsen oder Blinkern geht. Wie der TÜV Rheinland (Köln) weiter mitteilte, sollten die Freunde der Veteranen zunächst die TÜV-Spezialisten befragen und erst dann mit dem Umrüsten ihrer Autos beginnen.

DAT: Gebrauchtwagen jetzt günstig zu haben

Die Belebung des Neuwagenmarktes hat zu verstärkten Hereinnahmen von Gebrauchtwagen beim Handel geführt. Darauf weist die Deutsche Automobil Treuhand GmbH (Stuttgart) in ihrer neuesten Gebrauchtwagen-Markttendenz hin. Der Zeitpunkt zum Kauf von „guten Gelegenheiten" sei jetzt günstig, zumal einige Modelle der Mittelklasse zum Teil recht preiswert angeboten würden.

Prüfplakette am Auto nicht nur vom TÜV

Mehr als bisher sollen künftig auch freiberufliche Kfz-Sachverständige Autos mit Prüfplaketten versehen können. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Dieter Schulte (CDU), in Bonn angekündigt. Die TÜV-Plakette ist bisher vor allem bei den Technischen Überwachungsvereinen zu haben, die in staatlichem Auftrag die technische Sicherheit der Autos prüfen.

Jetzt soll Chrysler Innocenti sanieren

Das italienische Automobilunternehmen Nuova Innocenti, Mailand, und der US-Automobilkonzern Chrysler verhandeln über eine Zusammenarbeit bei der Produktion und eine Kapitalverflechtung. Die Beteiligung von Chrysler an der geplanten Verdoppelung des Innocenti-Kapitals und der Einbau von Chrysler-Motoren in die für den US-Markt bestimmten Maserati-Biturbo, sind Teil des Sanierungsplans, mit dem Firmenchef Alejandro De Tomaso Innocenti retten will.

Porsche-Flugzeugmotor fliegt mit Superbenzin

Den ersten in der Bundesrepublik hergestellten 200-PS-Motor mit 3,2 Liter Hubraum für Sportflugzeuge haben jetzt Konstrukteure der Stuttgarter Porsche-Werke in Mattsies bei Mindelheim vorgestellt. Der Motor sei weit sparsamer als herkömmliche Triebwerke, erklärten die Porschetechniker, und könne mit Superbenzin statt mit teurem Flugzeugtreibstoff betrieben werden.

Briten kaufen mehr Autos

In Großbritannien sind im August 374 599 neue Autos verkauft worden – 24 Prozent mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Nach den jüngsten Zahlen des Autoindustrie-Verbandes haben auch die ersten acht Monate dieses Jahres mit 1 345 577 verkauften Neuwagen einen neuen Rekord gebracht – dies waren 3,6 Prozent mehr als im bisherigen Rekordjahr 1979.

Rettungswagen haben nicht immer Vorfahrt

Rettungswagen im Einsatz haben keine „eingebaute" Vorfahrt. Nach einem vom ADAC veröffentlichten Urteil des Amtsgerichts Köln gilt auch für Fahrer von Sonderrechtsfahrzeugen das oberste Gebot, andere Verkehrsteilnehmer nicht zu gefährden oder zu schädigen. Das Gericht sprach dem Fahrer eines Rettungswagens, der mit Blaulicht und Martinshorn mit einer Geschwindigkeit von 70 km/h bei Rot über eine Kreuzung gefahren und dabei mit einem vorfahrtsberechtigten Fahrzeug zusammengestoßen war, zu 70 Prozent Schuld zu. (Aktenzeichen: 266 C 180/82).

Autotür unvorsichtig geöffnet – Kraftfahrer haftet

Wer die Tür seines Fahrzeuges am Straßenrand unvorsichtig öffnet, kann für einen dadurch entstehenden Unfall haftbar gemacht werden. Der ADAC hat auf eine Entscheidung des Landesgerichts Mainz hingewiesen, wonach ein Autofahrer zwei Drittel des Unfallschadens tragen mußte, weil er die Tür seines Wagens ungeprüft geöffnet und damit nach Ansicht der Richter einen Unfall provoziert hatte. Für den Rest des Schadens mußte derjenige Kraftfahrer aufkommen, der mit seinem Auto in die offene Türe hineingefahren war. (Aktenzeichen: 3s 348/81).

Das sensible Fließband

Die britischen Ford-Werke entdeckten zwischen ihren Robotern und Automaten ein überaus sensibles Fließband, das die Produktion zu hemmen drohte. Bis vor neun Monaten lief die Ford-Fabrikation in Bridgend (Südwales) reibungslos. Dann klemmte immer wieder das Förderband und ließ sich nur durch einen kräftigen Tritt oder sanften Fingerdruck an einer ganz bestimmten Stelle weiterbewegen. Da der Fehler nicht entdeckt werden konnte, stellte Ford Mitarbeiter ein, die nichts anderes zu tun hatten, als das Band im Notfall „anzutreten". In der Zwischenzeit allerdings investierte das Unternehmen 240 000 Pfund (960 000 Mark), um die Anschieber überflüssig zu machen. Doch die Manager hatten sich verrechnet. Als sie das überholte Förderband erstmals ohne den offiziellen „Antreter" laufen ließen, blieb es gleich wieder stehen.

SERVICE / Ein neues Angebot: Betriebskostenabrechnung und Analyse für Fuhrparks

Kosten der Fahrzeugflotten werden kalkulierbar

UDO SCHÜLKE, **Braunschweig**

In der Bundesrepublik Deutschland hat sich die wirtschaftliche Entwicklung auch im letzten Jahr nicht aus der seit über drei Jahren anhaltenden Stagnation lösen können. Im Gegenteil. Der Trend verstärkt sich im Augenblick noch weiter nach unten. Das führt zu einer schmerzhaften Bereinigung der Wirtschaft von nicht mehr leistungsfähigen Unternehmen und technisch überholten Produkten. Langfristig kann aber nur bei zielstrebiger Unterstützung durch eine marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik eine Leistungsverbesserung erreicht werden. Hier liegt die Zukunftshoffnung.

Durch die gegenläufige Entwicklung steigender Kosten und sinkender Erträge ergibt sich eine abschwächende Eigenkapitalbasis der Betriebe. Für die Zukunft dringend notwendige Investitionen werden zurückgestellt, ihre Finanzierung wird problematischer.

Viele Unternehmer haben erkannt, daß die Liquidität unter anderem dadurch erhöht werden kann, daß ein Fuhrpark nicht gekauft sondern geleast wird. Oder an einen Leasinggeber verkauft und gleichzeitig zurückgeleast wird (Sale-and-lease-back-Verfahren).

Die Leasingunternehmen bieten heute bereits zur Entlastung von umfangreicher Verwaltungsarbeit Dienstleistungspakete mit Übernahme der Kosten für Wartung und Verschleißreparaturen, Kfz-Steuer und -Versicherung sowie Reifenersatz an.

Ein zusätzliches, neues Konzept hat die V.A.G Leasing GmbH, Deutschlands größtes Autoleasing-Unternehmen, jetzt vorgestellt: Die Übernahme der Betriebskosten-Abrechnung und Analyse für Fuhrparks. Dieser Service wird Unternehmen mit Fuhrparks angeboten, auch solchen, die ihre Fahrzeuge nicht geleast haben.

In einem Betrieb mit eigener Fahrzeugflotte fällt durch die Abrechnung mit Außendienstmitarbeitern eine Menge Verwaltungsarbeit an. Verwaltungsarbeit, die Zeit, Nerven und Geld kostet. Es werden Belege über Kraftstoff und Öl, Parkgebühren und Autopflege eingereicht, die geprüft, verbucht und abgerechnet werden müssen.

V.A.G Leasing schlägt den Unternehmen einen individuellen Service vor, der alternativ

- nur die Abrechnung der Kraftstoffkosten
- zusätzlich die Abrechnung der Kosten für Wagenpflege, Parkgebühren und Kleinteile (Scheibenwischer, Sicherungen, Bilux-Birnen), Öl und Schmierstoffe, die außerhalb der Wartungsintervalle anfallen,
- darüber hinaus die Abrechnung der Kosten für privat gefahrene Kilometer umfassen kann.

Bei Abschluß eines Vertrages über die Abrechnung der Kraftfahrzeug-Betriebskosten wird ein monatlicher Betriebskosten-Abschlag für jedes unter Vertrag stehende Fahrzeug festgelegt. Dieser Betriebskostenabschlag setzt sich aus den Kraftstoffkosten und den zusätzlich vereinbarten Pflegekosten zusammen. Er ist abhängig vom Typ und der Motorleistung des Fahrzeuges, dem aktuellen Benzinpreis, der vereinbarten Fahrleistung und dem durchschnittlichen Kraftstoffverbrauch nach Angabe des Fahrzeugherstellers.

Der errechnete Betriebskosten-Abschlag wird bei der monatlichen Endabrechnung den effektiv angefallenen Betriebskosten plus einer Verwaltungspauschale gegenübergestellt. Die V.A.G Leasing zahlt dem Mitarbeiter einen Vorschuß und rechnet mit ihm direkt ab. Die eingereichten Belege werden auf Mikrofilm archiviert und stehen zum Beispiel für Steuerprüfungen jederzeit zur Verfügung. Die Betriebskosten werden datentechnisch erfaßt und ausgewertet. Die monatlichen Abrechnungen werden dem Vertragspartner unverzüglich zugestellt.

Durch die Kostenübersichten, die das Unternehmen je nach Wunsch monatlich, viertel- oder halbjährlich erhält, kann es feststellen, welche Betriebskosten den einzelnen Fahrzeugen und Kostenstellen zuzurechnen sind. Die Kalkulation wird präziser.

Die Auswertungen und Analysen haben weitere Vorteile: Man kann vergleichen, wieviel Kraftstoff ein Fahrzeug verbraucht, wie hoch der Durchschnittspreis pro gefahrenem Kilometer ist und ob sich zum Beispiel die Umstellung auf Dieselfahrzeuge lohnt. Betriebswirtschaftlich gesehen ein wirkungsvolles Mittel, Kosten zu senken. Aus den Verbrauchsanalysen geht hervor, wie hoch der durchschnittliche Kraftstoffverbrauch pro 100 Kilometer ist und wie dieser Wert vom Durchschnitt abweicht.

Dieser neue Service hat zur Folge, das dem Unternehmen gleichzeitig transparente und betriebswirtschaftlich auszuwertende Kostentabellen vermittelt werden. Die Betriebskostenabrechnungen und Analysen füllen somit auch eine innerbetriebliche Kontroll- und Steuerungsfunktion aus. Insgesamt hat das neue Dienstleistungsangebot eine Entlastung von der Verwaltungsarbeit eines Unternehmens oder Gewerbebetriebes zum Ziel. Auch die bessere Überschaubarkeit innerbetrieblicher Abläufe ist daher ein wichtiges Kriterium für die Entscheidung zum Autoleasing.

CHAUFFEURWAGEN-SERVICE

Acht Meter Cadillac für drei Mark pro Kilometer

GEORG BAUER, Bonn

Dem Schauspieler Gerd Fröbe hält der 42jährige Bonner am liebsten den Schlag auf. Der gebürtige Sachse sei, so erklärte Max Netzold, immer während der Fahrt zu einem Scherz oder zu einem kleinen Plausch über Familienangelegenheiten aufgelegt. Doch der Chauffeur einer Firma für Autovermietung in der Bundeshauptstadt, der seit mehr als zehn Jahren mehr oder weniger prominente Zeitgenossen durch die Bundesrepublik Deutschland und das benachbarte Ausland kutschiert, hat nicht immer so angenehme Erfahrung gemacht.

Mit einigem Entsetzen denkt er heute noch an die Fahrt zurück, als er – kurze Zeit nach den Unruhen im südafrikanischen Soweto im Jahre 1976 – den Wagen mit dem damaligen Staatschef des Burenstaates, Vorster, im Fond, zur südafrikanischen Botschaft im Bonner Stadtteil Bad Godesberg lenkte. „Wir bogen gerade in die Straße ein, an der die Botschaft liegt, als sich plötzlich in unmittelbarer Nähe des Wagens jugendliche Demonstranten im Blut wälzten. Zuerst glaubte ich, einen Unfall gebaut zu haben", berichtet der Bonner. Tatsächlich jedoch hatten, wie die Polizei später mitteilte, Demonstranten blitzschnell neben den Wagen Blutkonserven auf die Straße gekippt und sich in die Lachen geworfen. Kommt Netzold auf das Ereignis zu sprechen, fährt ihm noch heute der Schreck in die Glieder, zumal er bis heute ein einwandfreies Fahrverhalten vorweisen kann.

Weder hat er bisher mit einem der Nobelkarossen vom Typ mit dem Stern auf der Haube einen Unfall gebaut noch jemals den braun-metallenen Cadillac Fleetwood, der Stolz und das Schlachtschiff in der Garage der Firma, vor einen Baum oder gegen die Stoßstange eines vor ihm fahrenden Wagens gesetzt.

Ein Bruch mit dem amerikanischen Straßenkreuzer, der zu einem Tageskilometerpreis von drei Mark *zuzüglich Fahrerkosten gemietet* werden kann, käme das Unternehmen allerdings auch teuer zu stehen. Immerhin mußten für das Gefährt mit Sonderausstattung fast 200 000 Mark bezahlt werden. Die Gegenleistung: Eine Sitzpolsterung wie ein Himmelbett, Farbfernseher, Klimaanlage und – wie sollte es anders sein – eine Bar.

Der fast acht Meter lange Fleetwood, dessen Ausmaße schon eher an einen luxuriösen Kleinbus erinnern, bringt allerdings einige Probleme mit sich. *Als Netzold* etwa vor einigen Monaten einen gut betuchten Zeitgenossen zu einem Hotel in der Essener Innenstadt fahren mußte, war es einige Meter vor der Herberge auch mit seinen fahrerischen Künsten vorbei. Er konnte nicht vor das Portal fahren – der Fleetwood hätte sonst wegen der beengten Auffahrt Schaden genommen.

Dank des Wagens, der vor allem von Vertretern arabischer Ölstaaten bei ihren Gastbesuchen in Bonn bevorzugt wird, hat Netzold auch schon „Filmgeschichte" geschrieben. Als der Westdeutsche Rundfunk etwa für einen Agentenfilm, der am Ostermontag über die Mattscheibe flimmerte, einen angemessenen Wagen für die Gangster suchte, verfiel man auf die Bonner Firma. Aus Furcht vor den Fahrkünsten der schauspielernden Ganoven saß selbstverständlich Netzold hinter dem Steuer.

Anekdoten erlebte der 42jährige, Inhaber des Personenbeförderungsscheines und mit seinen Gästen oft über Wochen in ganz West-Europa unterwegs, aber nicht nur mit dem *Ami-Auto. Einige Erinnerungen* verbinden sich auch mit den Stern-Wagen, die sich gegenüber den Spannweiten des Fleetwood fast bescheiden ausnehmen und mit 2,26 Mark pro Kilometer und Tag auch um einiges preiswerter zu haben sind.

Vor fünf Jahren etwa war es, als der brasilianische Arbeitsminister mit einer Delegation zu Gast in Bonn war. „Wir fuhren gerade in einer Kolonne", erzählt Netzold, „als ich plötzlich auf unserer Spazierfahrt entlang des Rheins die Anweisung bekam, nach rechts an den Straßenrand zu fahren. Wenige Minuten später packten Kollegen aus ihren Wagen Fleisch, Brot, Salate und *ein Faß Kölsch* aus und Delegationsamt-Chauffeure picknickten gemeinsam im Grünen." Geplauscht wurde in Englisch, das Netzold ebenso beherrscht wie er sicher hinter dem Steuer ist.

Auch vor Luxuswagen macht die Miete nicht halt

THOMAS EPP, **Düsseldorf**

Seit rund zwanzig Jahren werden *in der Bundesrepublik* Leasing-Geschäfte getätigt und dabei spielt das Auto-Leasing eine wichtige Rolle: es bietet insbesondere für Firmen nicht nur die Vorteile in der Erhaltung der Liquidität und fester Kosten während der gesamten Vertragszeit, sondern noch einen Service mit verschiedenen Varianten. Diese Art des Mietgeschäftes hat sich weitgehend durchgesetzt und erreicht jährlich steigende Umsatzzahlen. Dagegen steht das Leasen eines Privatwagens noch am Anfang seiner Entwicklung; es wurde erst 1976 eingeführt, zeigt aber bereits stetig zunehmende Tendenz.



Für einen Rolls-Royce Silver Spirit beträgt die Kaution 50 000 Mark und die Monatsrate 5789 Mark

Bei diesem Privatleasing *nun* muß der Kunde eine Mietsonderzahlung, eine Anzahlung, leisten, die mancher für nicht gerechtfertigt hält. Doch was sagt dazu der Leasinggeber, der ja das Risiko zu tragen hat? Hierzu Gerhard Kaiser, Geschäftsführer von Interleasing Dello. Seiner Meinung nach sind Leasinggesellschaften auch heute schon bereit, mit jemandem ohne Anzahlung zusammenzuarbeiten, wenn sicher ist, daß es sich bei dem Leasing-Nehmer um eine sogenannte gute Adresse handelt. Denn auf dem gewerblichen Sektor sei es nahezu schon eine Selbstverständlichkeit, auf die Anzahlung zu verzichten und auch im privaten Sek*tor werden gegenwärtig* diese Geschäfte schon ohne weiteres getätigt. Und Kaiser läßt keinen Zweifel daran, daß es im Laufe der Zeit bei guten Kunden üblich werden wird, ohne Anzahlung ein Privatleasinggeschäft *zu machen.*

Dagegen lehnte er die Möglichkeit, auf dem Wege des Privatleasing zu einem Auto zu kommen, wenn man kein Geld hat, grundsätzlich ab. Denn, so seine Gegenfrage, welche Kunden wünschen sich eigentlich die Leasinggesellschaften? Solche doch, die sich auch ein Auto kaufen können. Wer also effektiv kein Barvermögen hat, wird auch häufig Schwierigkeiten mit der Miet-Zahlung haben. Demnach muß die Leasinggesellschaft die Bonität jedes Kunden genau prüfen, schon im Interesse des Kunden selbst (und man rechnet in Fachkreisen, daß rund 50 Prozent aller Anträge auf einen Leasingvertrag abschlägig beschieden werden müssen).

Von großer Wichtigkeit beim Vertragsabschluß für beide Seiten ist die später vorzunehmende Abrechnung, die Kaiser als eine Frage der Kalkulation ansieht. Das bedeutet, daß je nach Dauer und gefahrenen Kilometern ein fester Restwert vereinbart wird, nach dem dann abgerechnet wird. Der Händler also wird schon bei Vertragsabschluß mit dem Kunden abstimmen, was der geleaste Wagen nach beispielsweise 30 000 Kilometern und zwei Jahren noch wert sein wird. Und wenn der Händler klug ist, wird er eine Sicherheitsmarge einbauen, damit der Kunde bei der Abrechnung nicht zuzahlen muß, sondern sogar noch etwas herausbekommt – und dabei kann der Restwert bei 65 Prozent, bei 55 Prozent oder auch bei 50 Prozent liegen.

Beim Privatleasing sollte das Geschäft immer mit Kilometerbegren*zung gemacht* werden *und da liegt* nach Kaiser das Risiko der Gebrauchtwagenmarkt-Entwicklung immer voll bei der Leasinggesellschaft. Auf deutsch: wenn eines Tages der Markt aufgrund großer Lagerbestände bei den Neu- und Gebrauchtwagenhändlern zusammenbricht und die Fahrzeuge keinen Preis mehr erzielen, ist das nicht Sache des Kunden – den Verlust trägt allein die Leasinggesellschaft.

Es ist also nicht ganz so leicht, über das Privatleasing an ein Auto zu kommen – die Bonität, die gute Adresse ist unumgänglich. Doch ein weiteres Wort spricht hier auch das Finanzamt mit, wenn es nämlich um die steuerliche Anrechnung der auftretenden Kosten geht. Dabei wird das Finanzamt in erster Linie die Verhältnismäßigkeit prüfen, in denen diese Kosten zu Einkommen oder auch Vermögen stehen: wer im Monat 4000 Mark verdient, wird nicht damit rechnen können, daß ihm das Finanzamt monatli*che Kosten in Höhe von 2000 Mark* zubilligt und anrechnet.

Diese Erfahrung hat bereits des öfteren das Düsseldorfer Haus Auto-Becker gemacht, nach eigenen Angaben der internationalste Autoladen der Welt. Denn hier kann man auch Leasingverträge für Autos abschließen, die der normale Kunde nur aus Filmen oder aus der Werbung kennt. So zum Beispiel der Ferrari Mondial mit einem Neupreis von 89 000 Mark: für ihn ist eine Kaution von 25 000 Mark zu leisten und anschließend 36 Monatsraten von 2405 Mark plus Umsatzsteuer bei 75 000 Kilometer.

Noch höher liegt der Neupreis beim Rolls-Royce Silver Spirit: 216 500 Mark; dabei beträgt die Kaution 50 000 Mark und die 36 Monatsraten erreichen 5789 Mark plus Umsatzsteuer bei 75 000 Kilometer.

Noch sind es überwiegend Unternehmen, die Autos solcher Preisklassen für ihre Vorstände und Geschäftsführer als Firmenwagen leasen, *wobei sich relativ einfach* die Bonität feststellen läßt. Doch auch dabei kann es zu Pannen kommen und der Verlust ist dann nicht gering, wenn zwei oder drei solcher Luxuswagen nach dreimonatiger Laufzeit wieder zurückgenommen werden müssen.

Als eine Art Geheimtip behandelt man bei Auto-Becker ein Privatleasing besonderer Art: es betrifft die Firmen Opel und Nissan und hat ein Volumen von 20 000 Mark. Ein Auto zu diesem Preis wird für 24 Monate geleast bei einer Anzahlung von rund 6000 Mark (30 Prozent) und monatlichen Raten in Höhe von 166,60 Mark – nach den 24 Monaten ist dann die verbleibende Restsumme von rund 10 000 Mark zu zahlen. Hier entstehen keine Nebenkosten; es ist ein Angebot, das seinesgleichen sucht.

Natürlich wird ein Autohändler seine Angebote, besonders wenn es sich um Luxusfahrzeuge handelt, erst ein*mal verkaufen wollen, doch kann* er heute das Leasinggeschäft als Absatzförderungsinstrument nicht mehr beiseite lassen.

Darauf weist auch Klaus Feinen, Geschäftsführer der Deutsche Ge*sellschaft für Immobilien- und Anla*gen-Leasing mbH, Düsseldorf, hin. Seine Interpretation: das Auto bleibt zwar weiterhin im Eigentum von Hersteller oder Händler, seine Nutzung aber wird ertragswirksam über mög*lichst lange Perioden verkauft. Die* Erlöse nun ermöglichen eine Amortisation des Objekts und führen damit zu einem Absatzakt. Dieser ist dann beendet, wenn nach Ablauf der ersten Mietperiode das Auto – schon weitgehend *abgeschrieben* – am second-hand-Markt mit zusätzlichem Gewinn verkauft werden kann oder aber wenn der Leasingnehmer seine Kaufoption – ebenfalls mit zusätzlichem Ertrag für den Hersteller oder Händler verbunden – ausübt.

Ist jedoch keine Anschlußverwertung möglich und bleibt nach Ablauf des Leasingvertrages ein offener Restwert übrig, geht der Verlust zu Lasten von Hersteller oder Händler: demnach ist die über den Leasingweg eingeschlagene zusätzliche Absatzaktivität fehlgeschlagen.

Wäre vielleicht noch anzumerken, von welcher Preisgrenze an man eigentlich von einem Luxuswagen sprechen kann, wobei allein schon das Wort Luxus mehrere Deutungen zuläßt: man versteht darunter etwas Überflüssiges, aber auch Höchstqualität. Zahlreiche befragte Autohändler bezeichnen gegenwärtig 50 000 Mark als Grenze, doch es sind ihrer Meinung nach noch sehr viele Personen, die auch darüber hinaus für Kauf oder Leasing in Frage kommen.

VERKAUFSFÖRDERUNG

Autoleasing – die wenig bekannte Chance

P. S. Braunschweig

Wenn heute in der Bundesrepublik und in West-Berlin rund 350 000 Personenwagen und Nutzfahrzeuge von der gewerblichen Wirtschaft – und in geringen Prozentsätzen auch privat – geleast werden, so stellt diese Zahl – gemessen an den fast 27 Millionen zugelassenen Fahrzeugen – eigentlich ein klägliches Ergebnis für das Autoleasing dar. Doch dieses Urteil muß man revidieren, wenn man bedenkt, daß das Autoleasing in der Bundesrepublik Deutschland erst spät als neuer Teil im gesamten Leasing-Bereich ins Geschäft kam.

Mitte der sechziger Jahre waren es der Automobil-Handel und ein Teil der Automobil-Hersteller, die in Deutschland das Autoleasing einführten. Sie nutzten dabei den Sprung über den großen Teich in die USA, um von den dort schon etablierten Autoleasing-Unternehmen ihre Basis-Kenntnisse zu erwerben und sie für Deutschland weiterzuentwikkeln. Mit diesem Rüstzeug wurden die ersten Autoleasing-Kunden gewonnen.

Revidiert werden muß das Urteil auch deswegen, weil innerhalb von 16 Jahren der Autoleasingmarkt von Null auf 350 000 Fahrzeuge aufgebaut werden konnte. Es war nicht das Verkaufen von Autoleasing, es war vielmehr eine enorme Aufklärungsarbeit der in dieser Branche tätigen Gesellschaften. Aller Anfang war schwer.

Autoleasing als ein interessanter und zukunftsträchtiger Markt hat auch heute noch eine Reihe von Hemmschwellen bei Unternehmern und Managern zu überwinden. Einmal ist es die Mentalität der Unternehmer, die nach dem Grundsatz handeln „Was ich fahre, muß mir gehören". Andererseits ist es der noch weit verbreitete Mangel an genauen Informationen, was Autoleasing wirklich bedeutet.

Dem Basis-Gedanken des Autoleasings, nur dafür zu bezahlen, was man wirklich nutzt, stehen viele Teile der gewerblichen Wirtschaft und viele Privatleute noch skeptisch gegenüber. Es ist für viele Leute schwer zu verstehen, daß man kein ganzes Auto kaufen muß, sondern in monatlichen Raten nur die effektive Wertminderung des Fahrzeuges plus Zinsen während der Nutzungsdauer zu zahlen hat.

Und gerade in der heutigen Zeit bringt die Anschaffung von Fahrzeugen über den Leasing-Weg vielen Unternehmen den Erhalt ihrer Liquidität beziehungsweise Schaffung von Kapitalreserven für andere, wichtigere Vorhaben. Darüber hinaus gibt es für die Leasing-Kunden klare Kostengrundlagen, denn die einmal festgelegten Leasingraten bleiben für die gesamte Vertragsdauer konstant und bieten die Möglichkeit einer genauen Kalkulation und Kostenplanung auch für die Zukunft. Die Leasingraten sind im steuerlichen Sinn sofort abzugsfähige Betriebsausgaben, was auch für viele Unternehmen günstiger ist als die Abschreibung von Investitionen über mehrere Jahre.

Im sogenannten Dienstleistungspaket können von den Leasingkunden zusätzliche Service-Leistungen, wie Wartung und Verschleißreparaturen, Schadensabwicklung, Kfz-Steuern und Versicherungen sowie die Übernahme der Kosten für Reifenersatz, durch monatliche Ratenzahlungen in Anspruch genommen werden.

Diese Full Service-Palette wird von vielen Unternehmen besonders gerne im Leasingvertrag mit aufgenommen, weil dadurch die eigene Fuhrpark-Verwaltung nahezu entfällt. Im Automobil-Handel hat sich die Alternative Autoleasing gegenüber dem Barkauf oder der Finanzierung bereits fest etabliert. Viele Autohäuser setzen heute bereits mehr als zehn Prozent ihrer Fahrzeuge im Leasing-Verfahren ab – und der Anteil wächst.

Cabrios oder Plötzlich im letzten Sommer

dpa, Hamburg

Südliche Temperaturen, ein Sonnentag nach dem anderen, laue Nächte – zwischen Münchens Leopoldstraße und Hamburgs Mittelweg ein Hauch von St.-Tropez: Die große Lust der Autofahrer in diesem Jahrhundertsommer war das Cabrio. Autohäuser und Gebrauchtwagenhändler haben Grund zur Freude. Wer es sich leisten konnte, kurvte „oben ohne" durch die Straßen.

Der große Renner der Cabrio-Saison war der Golf. Als Nachfolger des klassischen Käfer-Cabriolets zunächst wenig geliebt, berichten VW-Händler in diesem Sommer von Verkaufssteigerungen zwischen 40 und 50 Prozent. Im ersten Halbjahr wurden in der Bundesrepublik knapp 4000 Golf-Cabrios zugelassen.

Der offene Käfer war auf dem Gebrauchtwagenmarkt nur zu Preisen zu haben, die zum Teil über dem früheren Neupreis lagen. Wer erst stolzer Cabrio-Besitzer ist, der verkauft im Sommer nicht so schnell – oder zu stattlichen Preisen. Gebrauchte Daimler-Benz-Cabrios werden nur unter Liebhabern gehandelt. „Wir hätten 50 gebrauchte Cabrios verkaufen können, wenn wir sie nur gehabt hätten", schildert ein Alfa-Romeo-Händler in Saarbrücken die Marktlage.

Wer sich – in seiner Limousine schwitzend – spontan zum Kauf eines klimagemäßen Cabrios entschließen wollte, scheiterte nicht selten an monatelangen Lieferfristen. Bei Alfa-Romeo in Kiel kaufte ein Arzt nur unter der Bedingung, daß der Spider bereits am nächsten Tag lieferbar sei. So viel Glück hatten nicht alle. Bei Daimler-Benz betrug die Wartezeit eineinhalb Jahre, bei BMW rund ein Jahr. Da bleibt nur die Hoffnung auf einen zweiten Jahrhundertsommer.

Alfa-Romeo in Frankfurt spricht von einem Verkaufszuwachs zwischen 10 und 15 Prozent. MG und Triumph liefen nach Aussagen der Händler „sensationell". Zufrieden ist auch Peugeot-Talbot. Das neu eingeführte Samba-Cabrio ist bereits 1500mal verkauft worden. Eher gemischt sieht die Cabrio-Bilanz bei den Luxuswagen der oberen Preisklasse aus. Während Porsche in Stuttgart-Zuffenhausen von ungebrochen starker Nachfrage nach dem einzigen Cabrio-Modell, dem 911 Carrera, spricht, meint ein Porsche-Händler in Berlin: „Die Leute passen mehr auf ihr Geld auf."

Auch BMW in Hamburg ist nicht zufrieden: Die Autos seien einfach zu teuer. Die BMW-Zentrale in München meint dagegen, die von Baur in Stuttgart umgebauten BMW-Cabrios verkauften sich „ganz unwahrscheinlich gut". „Sehr stark gefragt" sind auch die offenen Mercedes-Modelle 280 SL, 380 SL und 500 SL – sagt Daimler-Benz in Stuttgart.

„Die Käufer kommen aus allen Schichten", meinen die Autohäuser. Bei Preisen zwischen 19 000 für den Samba und 70 000 für den 500 SL mag dies nicht für alle offenen Flitzer zutreffen. „Vor allem Leute aus kreativen Berufen" verzeichnet Luxus-Händler Auto-Becker in Düsseldorf unter den Cabrio-Käufern. Und: Die Käufer seien meist jung oder hielten sich dafür.

UNFALLURSACHEN-FORSCHUNG

Hersteller und Versicherer wurden aus Schaden klug

NORBERT KLASCHKA, München

Der Käufer eines italienischen Kleinwagens hatte keine lange Freude an seinem neuen Automobil. Nach einer harmlos erscheinenden Karambolage fing das Fahrzeug Feuer und brannte aus. Die kleine Ursache des großen Schadens fanden die Kraftfahrtexperten im „Allianz-Zentrum für Technik" (AZT) in Ismaning bei München in mühevoller Sucharbeit heraus: Die Konstrukteure hatten schlicht übersehen, eine benzinführende Leitung zu sichern. Der Hersteller, von dem Malheur selbst peinlich überrascht, änderte daraufhin sofort die Serienfertigung.

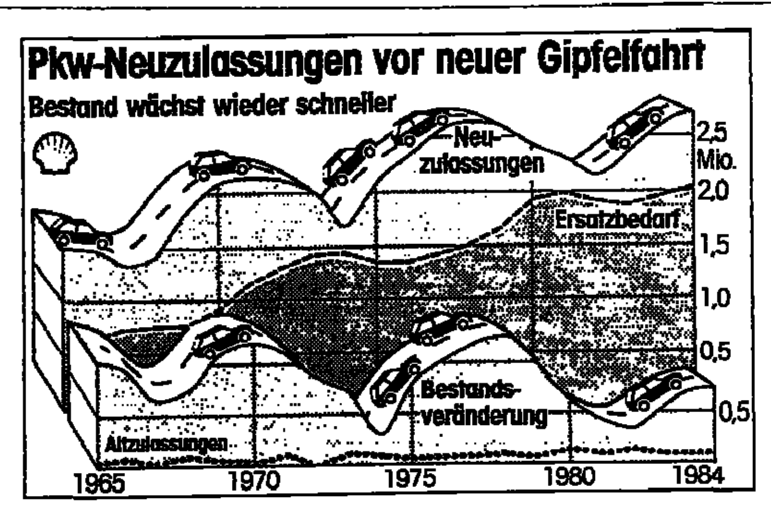
Dies war nicht das erste Mal, daß die Unfallursachenforschung in Ismaning in den laufenden Fertigungsprozeß eingriff. Die Arbeit des AZT-Instituts für Kraftfahrzeugtechnik, so sieht es sein Chef Max Danner, pflanzt sich in einer Art Kettenreaktion durch die ganze Branche fort. „Alle Pkw-Modelle sind von unserer Arbeit beeinflußt", sagt der im Zweitberuf an der TU München lehrende Hochschulprofessor und gern gesehene Gutachter. Der wirksamste Hebel, auf die Autoproduzenten einzuwirken, ist die Einstufung in die Kaskoklassen, und die hängt wesentlich vom Reparaturaufwand nach Unfällen ab.

Die beispiellose und von der Öffentlichkeit kaum beachtete Forschungstätigkeit des Versicherungsriesen, anfangs von Händlern und Herstellern noch mißtrauisch beäugt, ist mittlerweile allseits anerkannt. Der Leiter des Technischen Kundendienstes bei BMW, Hans-Georg Dünzl, etwa räumt bereitwillig ein, daß die Skepsis der Firmen längst der Einsicht gewichen sei, daß bei der Kostendämpfung alle an einem Strang zögen. Der ADAC preist, so Klubsprecher Jörg Wurm, die Unfallforschung sogar als hervorragend, weil von ihr wichtige Impulse für die Verkehrssicherheit ausgingen. Auch der Präsident des Zentralverbandes des Kraftfahrzeuggewerbes, Fritz Haberl, anerkennt hier „wertvolle Arbeit für den Autofahrer", wenngleich er die Allianz-Forschung mit einem „lachenden und einem weinenden Auge" sieht.

Was dem Münchner Autohändler Haberl mißfällt, ist die Vorherrschaft der Allianz, die hier folgenreiche Maßstäbe für die gesamte Branche setzt. Der Kfz-Handel hätte es lieber gesehen, wenn die Unfallreparaturforschung „etwas neutralisiert" betrieben würde. Aber der HUK-Verband der Versicherungswirtschaft hielt sich zurück. Die Allianz ist seit 1971 auf diesem Feld allein und unangefochten. So ganz ohne Eigennutz gibt der Marktführer im Verein mit der Münchner Rückversicherungs-Gesellschaft freilich im Jahr nicht vier Millionen Mark aus. Bei Schadensfällen zu wissen, so Danner, „was wie wo passiert, ist unser Kapital". Der Autofahrer, der gegen Beitragserhöhungen der Kfz-Versicherer praktisch wehrlos ist, profitiert indes von dieser Forschung. Ohne das Allianz-Zentrum wären Unfallreparaturen heute 50 bis 70 Prozent teurer und die Versicherungsprämien entsprechend happiger, versichert Danner.

Schon die kleinsten Fortschritte der 30 Techniker in Ismaning, die jährlich etwa 100 Unfallautos sezieren und etliche Neuwagen testhalber zu Schrott fahren, können zu Ersparnissen in Millionenhöhe führen. Gut die Hälfte des jährlichen Haftpflichtschadens von über zwölf Milliarden Mark entfällt allein auf Reparaturkosten. Als besonderen Erfolg rechnet Danner seinem Institut an, daß neue Automodelle inzwischen wesentlich reparaturfreundlicher sind. Schäden werden heute viel häufiger durch Abschnittsreparaturen und Teilersatz behoben. Auch die Vorgabezeiten der Werkstätten schrumpften nach einer kritischen Durchforstung erheblich.

Die Arbeit des Danner-Instituts beeinflußte selbst so noble Marken wie Porsche: Der „911" steht heute vier Kaskoklassen preiswerter da. Und die Neuauflage des VW-Erfolgsmodells Golf verbesserte sich gegenüber früher ebenfalls um zwei Klassen. Heute suchen viele Automobilfirmen, so Danner, schon vor der Markteinführung eines neuen Modells den Kontakt zum Allianz-Zentrum.



Shell-Prognose Nummer 12: unübersehbar optimistisch

Zur Jubiläums-Automobil-Ausstellung in Frankfurt auch eine Jubel-Pkw-Prognose von der Deutschen Shell aus Hamburg – das wäre angesichts der noch immer vorhandenen konjunkturellen Schwierigkeiten etwas zuviel verlangt. Dennoch: der Grundtenor der Shell-Prognose mit dem Titel „Vertrauen führt zu neuer Gipfelfahrt" ist unübersehbar optimistisch. Gestützt auf die Faktoren „geburtenstarke Jahrgänge im Erwachsenenalter", „privates Geldvermögen" und „wirtschaftliches Vertrauen" meinen die Shell-Experten, daß trotz anhaltender Arbeitslosigkeit und ungünstiger Entwicklung der Realeinkommen sowie der Zinsen ein Aufschwung der Motorisierung bis in die 90er Jahre zu erwarten ist.

Der Bestand an Personenkraftwagen in der Bundesrepublik könnte sich nach Berechnungen der Deutschen Shell bis zum Ende der 90er Jahre auf 28,5 bis 29,9 Millionen Pkw erhöhen und damit der Höhepunkt des Personenwagenbestandes erreicht sein. Das wären je nach Entwicklung der Einwohnerzahl und der Wirtschaft zwischen knapp 500 und 520 Personenautos auf 1000 Einwohner oder ein Wagen für je zwei Einwohner aller Altersgruppen. Damit werde zur Jahrhundertwende eine Pkw-Dichte erreicht sein, die die USA bereits 1977 aufwiesen.

In der (seit 1961) zwölften Pkw-Prognose der Shell, die anläßlich der 50. Internationalen Automobilausstellung vorgelegt wurde, heißt es, das Auto sei in der Bundesrepublik schon lange kein Statussymbol mehr, sondern selbstverständlicher Bestandteil des Lebens. Dies könne sich nur ändern, wenn neue Verkehrsmittel überzeugende Alternativen auf breiter Basis böten oder sich die Einstellung zum Auto grundlegend ändere. Beides ist nach Meinung der Shell nicht in Sicht. Selbst in der Rezession 1981/82, als die Verbraucher zunehmend sparsamer und kritischer waren, habe der Personenwagen-Bestand um 800 000 Pkw zugenommen mit dem Ergebnis, daß schon heute alle in der Bundesrepublik lebenden Erwachsenen auf den Vordersitzen der vorhandenen Personenwagen Platz hätten.

Der Shell-Prognose liegt zugrunde, daß die Einwohnerzahl der Bundesrepublik zwar seit 1973 abnimmt und im Jahr 2000 bei nur noch 57,5 Millionen liegen wird. Andererseits aber werde die Zahl der über 18jährigen bis Ende der 80er Jahre noch um rund 850 000 zunehmen, die für den Pkw-Besitz wichtige Altersgruppe der 30- bis 45jährigen sogar noch bis zur Jahrhundertwende.

WARTUNG UND PFLEGE

Nur noch einmal im Jahr zur Inspektion in die Werkstatt

dpa, Frankfurt

Der neue Autoboom mit zweistelligen Zuwachsraten in diesem Jahr wird vom Automobilverband (VDA) den vielen neuen Automodellen zugeschrieben, die schon in den vergangenen Monaten auf den Markt kamen und vor allem der Mittelklasse Zulauf gebracht haben. Anreize zum Autokauf dürften dabei vom deutlich reduzierten Benzinverbrauch, verlängerten Wartungsintervallen und einer verringerten Reparaturanfälligkeit ausgegangen sein. Als positiv vermerkt der Autoverband, daß der Wartungs- und Pflegeaufwand der Autos sich in letzter Zeit deutlich reduziert hat. Das Auto muß im Durchschnitt nur noch einmal im Jahr zur Inspektion in die Werkstatt, und selbst der TÜV läßt den Neuwagen jetzt drei Jahre Zeit bis zur ersten Kontrolle. Gemessen an den Gesamtautokosten liegt der Anteil für Wartung und Reparaturen bei weniger als zwölf Prozent.

Beispiele für die technischen Entwicklungen zur Verringerung des Arbeitsaufwandes für die Fahrzeugunterhaltung sind selbstnachstellende Systeme für Bremsen, Kupplung und Ventile, die wartungsfreie Zündung, leichte Zugänglichkeit von Verschleißteilen und der Verzicht auf überflüssige Routinekontrollen mit Hilfe elektronischer Warnsysteme. Dies alles hat dazu beigetragen, daß die Kosten für die rund 24 Millionen Kraftfahrzeuge, die nach Statistiken des Autoverbandes 80 Prozent des gesamten Personenverkehrs in der Bundesrepublik bewältigen, in den letzten Jahren deutlich langsamer gestiegen sind als die Preise für die öffentlichen Verkehrsleistungen.

Der seit 1978 um durchschnittlich 15 Prozent gesenkte Benzinverbrauch der deutschen Autos wird sich nach den Prognosen der Techniker allerdings wieder etwas erhöhen, wenn von 1986 an zur Reinigung der Abgase jedes Auto eine Katalysatoranlage in das Auspuffsystem bekommt. Trotz aller Vorbehalte, die aus den Entwicklungsbüros der Autohersteller gegen die Katalysatortechnik geäußert werden, scheint sich die Industrie aber im Grunde doch schon mit der Einführung der heute bestmöglichen Methode zur Abgasreinigung abgefunden zu haben, zumal die Beispiele der USA und Japans zeigen, daß das Verfahren praktikabel ist.

370 Mark für Wartung und Ersatzteile

VWD, Frankfurt

Die Autofahrer in der Bundesrepublik gaben im vergangenen Jahr im Schnitt rund 370 Mark für Wartungsarbeiten an ihrem Fahrzeug aus. Das waren 40 Mark mehr als 1981. Bei einer unterstellten Jahresfahrleistung von 14 000 Kilometern ergibt sich damit – nach Berechnungen der Deutschen Automobil Treuhand GmbH (DAT/Stuttgart) – ein durchschnittlicher Wartungsaufwand von 2,6 Pfennig pro Kilometer. Dabei sind die Wartungskosten relativ unabhängig vom Fahrzeugalter. Selbst für die acht Jahre und älteren Wagen seien im Schnitt noch 340 Mark ausgegeben worden, obwohl der größte Teil dieser Arbeiten in Eigenregie oder mit Bekanntenhilfe erledigt worden sei.

Die Häufigkeit von Verschleißreparaturen sei gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Auch 1982 wurden an jedem Pkw durchschnittlich 1,4mal Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. „Spitzenreiter" bei den Reparaturen beziehungsweise den hierfür notwendigen Ersatzteilen waren – wie in den Vorjahren – die Auspuff- und die Bremsanlage. Insgesamt wurden an 85 von 100 Fahrzeugen Wartungsarbeiten vorgenommen. Dabei konnten die Vertragswerkstätten ihren Anteil erstmals seit Jahren wieder steigern.

Wie die DAT feststellt, waren die deutschen Autobesitzer 1982 weniger inspektionsmüde als in den vorhergehenden Jahren. Die Häufigkeit der verschiedenen Inspektionen sei trotz verlängerter Intervalle weiter gestiegen. Die Kluft zwischen „Wartungs-Soll" und „Wartungs-Ist" sei schmaler geworden. Mit ein Grund dieser Entwicklung ist nach Ansicht der DAT die Politik der Hersteller, die Wartungsintervalle zu verlängern.

REIFENHERSTELLER

Conti traut der Weißwand wieder ein Comeback zu

dpa, Hannover

Die Continental Gummi-Werke AG in Hannover trauen offensichtlich dem Weißwandreifen in der Bundesrepublik ein Comeback zu. Wilhelm Schäfer, im Vorstand zuständig für das Ressort Marketing Reifen, will im Frühjahr 1984 bundesweit bei ausgesuchten Händlern testen lassen, ob dieser Reifen am Markt wieder eine Chance hat. Allerdings gibt sich Schäfer eher verhalten optimistisch, ob sich der große Erfolg dieses Reifens aus den Jahren 1953 bis Ende 1960 ohne weiteres wiederholen läßt.

Die Vorbehalte gegen die Weißwandreifen sind nach Meinung von Schäfer bei Autoherstellern und insbesondere bei Reifenhändlern, die in den letzten Jahren bei dem „schwarzen Reifen" aufgrund von Preiskämpfen wenig Freude hatten, stark ausgeprägt. Auch im konzerneigenen Händlernetz ist Schäfer mit seiner Idee bisher auf wenig Gegenliebe gestoßen, zumal der Weißwandreifen auch noch pfleglich behandelt sein will. Schäfer glaubt aber, daß das kleine Marktsegment „Weißwandreifen" dem Handel eine auskömmliche Rendite bescheren wird. Ob aber der Weißwandreifen vom Autofahrer angenommen wird, hängt nach Meinung von Schäfer nicht zuletzt vom Preis ab. Zehn bis 20 Prozent wird der Käufer für den modischen Effekt pro Reifen mehr aufwenden müssen.

Die Käuferschicht, die in der Bundesrepublik noch erschlossen werden soll, ist in den USA bereits vorhanden, da hier der Weißwandreifen als Standard gilt. So werden von Conti in der Bundesrepublik hergestellte Weißwandreifen in die USA für die Erstausrüstung geliefert – vornehmlich für VW-Modelle.

Aber auch mit dem amerikanischen Reifenhersteller General Tire, Kooperationspartner der Conti, ist das hannoversche Unternehmen mit Weißwandreifen für US-Automobile am Markt. Obwohl in den USA der Autokäufer zur Zeit den „schwarzen Reifen" entdeckt zu haben scheint, und der Weißwandreifen seit zwei Jahren an Marktanteilen verloren hat, sollen bereits 1984 nach der Spezifikation von Conti bei General Tire 100 000 Weißwandreifen mit steigender Tendenz hergestellt und abgesetzt werden.

Wenn Sprinterinnen mit Covergirls konkurrieren – Die Beziehungen zwischen Sport und Erotik

Mit Leichtathleten auf den Spuren Goldfingers

Das Thema findet statt, in aller Öffentlichkeit und mit aller Vehemenz, doch es scheint noch immer nicht diskutabel: Sport und Erotik, was hat das schon miteinander zu tun? Fast verschämt meldete sich in diesen Wochen der Verband der langlaufenden Ärzte Deutschlands mit einer kleinen Meldung zu Wort. Empirisch belegbar, so teilten die Mediziner eher kleinlaut mit, sei nun endgültig, daß Jogging in Sachen Sex als Appetitanreger zu gelten habe. Schließlich erhöhe Jogging nicht nur beim Waldlauf die Fähigkeit, besonders ausdauernd zu agieren.

Sport und Erotik: Da gehören zwei Dinge zueinander, solange es Sport gibt. Von den nackten, wettlaufenden Frauen im alten griechischen Olympia bis hin zum englischen Eiskunstläufer John Curry. der im Londoner Soho ein „Ice Theatre" gründete, in dem nur Homosexuelle und Transvestiten auftreten dürfen.

Der Zuschauer als Voyeur? Durchaus auch das. Warum denn wohl ließ sich die amerikanische Sprinterin Evelin Ashford in Japan eng anliegende, überaus die körperlichen Formen betonende Trikots schneidern? Turnhemd und Turnhose schienen der properen Kalifornierin zu bieder. So kreierte sie flugs eine neue Mode im Stadion, noch lange, bevor die Aerobic-Trikots in den Handel kamen.

Nicht nur im Eiskunstlauf oder in der rhythmischen Sportgymnastik werden erotische Ausdrucksformen jeglicher Art in die Kürdarbietungen einbezogen. Der Zuschauer als Voyeur? Bitte, auch bei der Leichtathletik, auch beim Zehnkampf. Im vorigen Jahr entschloß sich eine Illustrierte, den nackten Körper des

Der Sport-Spiegel – ZDF, 19.30 Uhr

Zehnkampf-Weltrekordlers Jürgen Hingsen von oben bis unten mit Goldbronze anzupinseln, um ihn dann fürs Titelfoto abzulichten. Sport und Erotik, das findet allemal statt.

Und freilich ist der Sport auch stets ein einziger großer Heiratsmarkt gewesen. Die Weitspringerin Heide Rosendahl lernte den Basketballspieler John Ecker ebenso auf dem Sportplatz kennen wie einst in den fünfziger Jahren der amerikanische Hammerwerfer Harold Connolly die tschechoslowakische Diskuswerferin Olga Ficketowa. Und daß Erotik im Sport durchaus leistungssteigernd wirken kann, führte jüngst die Kölner „Sport-Illustrierte" aus. Das Blatt stellte fest, daß überall dort, wo Trainer und Athletin auf dem Sportplatz nicht nur rein dienstlich miteinander umgehen, die Rekordausbeute besonders groß ist.

Sport und Erotik: Der verstorbene englische Automobil-Weltmeister Graham Hill hat einmal gesagt, die Bändigung eines Formel-1-Boliden gleiche der Zähmung einer widerborstigen Braut. Hill steht mit solchen und ähnlichen Äußerungen nicht allein. So sieht die Wirklichkeit meist anders aus. Gerade in der Formel 1 gibt es kaum einen Rennfahrer, der nicht am Rockzipfel seiner künftigen oder bereits angetrauten Ehefrau hängt. Und Scheidungen, die gibt es in dieser Branche fast gar nicht.

Sport und Erotik – nicht immer geht das zusammen. Als Helena Fibingerova aus Mährisch-Ostrau in Helsinki Weltmeisterin im Kugelstoßen geworden war, sagte die fast zwei Meter große und beinahe zwei Zentner schwere Dame: „Hätte ich eine andere Figur und ein anderes Gesicht, ich hätte längst eine andere Bühne: ich wäre Schauspielerin."

KLAUS BLUME

Bei der Kür zeigt man mehr als artistisches Können: Die Eiskunstläuferin Denise Biellmann.

FOTO: SVEN SIMON



Das Stühlerücken beim ZDF, notwendig geworden durch **Horst Schättles** Wechsel ins Pariser Studio, steht kurz vor dem Abschluß. Für Schättles Nachfolger **Klaus Bresser** soll **Peter Voß** die Leitung des „heute-Journals" übernehmen. **Alexander Niemetz** (bisher Chef der Tele-Illustrierten) ist als Bressers Stellvertreter in der Hauptredaktion Innenpolitik vorgesehen.

*

Eine Wanderausstellung der deutschen Zeitungen, Zeitschriften, Radio- und Fernsehprogramme im Ausland stellte die „Internationale Assoziation deutschsprachiger Medien", Köln, gemeinsam mit der Stadt Wuppertal zusammen. Sie soll einen Überblick über die vielfältigen **Kommunikationsmittel der Auslandsdeutschen** geben und unter anderem auch Tonbänder mit Radioansage, Erkennungsmusik, typischen Sendeausschnitten zu Gehör bringen.

*

Für die Serie „... daß Jahrtausende nicht spurlos vergehen" von Gertrud Diepolder hat das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz die für herausragende publizistische Leistungen gestiftete **Silberne Halbkugel** verliehen. Die Serie wurde Ostern 1983 im Bayerischen Fernsehen ausgestrahlt. Sie fand dabei ein für schwierige wissenschaftliche Thematik ungewöhnlich großes Zuschauerinteresse mit Einschaltquoten bis elf Prozent.





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Mein lieber Kokoschinsky
11.55 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Israelisches Folklore-Ensemble
Anuachnu Khan zu Gast in Berlin
17.00 Kapitän Korda (2)
Spielfilm von Josef Pinkava
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau

20.15 Variation
Georg, der mit seiner Frau Eva und seiner jüngeren Schwester Sigrid glücklich zusammenwohnt, lernt die Kunsthistorikerin Anna kennen, die ebenfalls glücklich mit der Schauspielerin Kitty zusammenlebt. Ihre leidenschaftliche Liebe stürzt sie in ungeheure Schuldkomplexe den jeweiligen Partnern gegenüber. Nach Klärversuchen, nach Trennung und Wiederkehr, nach Versöhnungen und neuen Katastrophen entschließen sich die beiden gegen die Partner und für sich. Da sie aber das Bewußtsein der Schuld nicht verläßt, verabreden sie nach geraumer Zeit ein Treffen untereinander, damit die Vernunft nun die Wunden bedecke. Doch dieser Versuch scheitert.

22.00 Die Deutschen von Huntsville
Raketenexperten in den USA
22.30 Tagesthemen
23.00 ARD-Sport-extra
Qualifikationsspiel zur Fußball-EM:
Nordirland – Österreich
23.50 Friedrich Heer
Ein unbequemer Denker
Film von Renata M. Erich
00.35 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Neues aus Uhlenbusch
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Der Schatz in der Wüste
Impressionen aus Chile
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Anschl. Das geht Sie an
17.50 Tom und Jerry
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Bilder, die die Welt bewegten
Letzte Folge: Ätna, Schmiede der Götter
Der Vulkanausbruch vom 12. 9. 1979
19.00 heute
19.30 Der Sport-Spiegel
20.15 ZDF-Magazin
Fragen an die britische Premierministerin Margaret Thatcher / Brandenburg-Häftling Rainer Bäurich endlich in Freiheit / Heroin-Tote und Asylanten in Berlin
Moderation: Gerhard Löwenthal
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Der Denver-Clan
Fotofalle

22.10 Erwartung und Erfahrung
Eine collagenhafte Nachlese zur Kultur der Jugendbewegung Ende der 60er Jahre und Anfang der 80er Jahre
22.55 Ich bin wie Othello – Mein Tagewerk ist vorbei
Film zum Richard-Wagner-Gedenkjahr 1983 von Gernot Friedel und Martin Gregor-Dellin
23.55 heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Englisch (27)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Berleburg
21.45 Auslandsreporter
Inselsommer
Sonia Mikich von der Isle of Wight
22.15 Spätvorstellung
Porträt der Teresa
Kubanischer Spielfilm, 1978
Mit Daysi Granados, Adolfo Llaurado u. a.
Regie: Pastor Vega
Emanzipation auf Kuba: Teresa, Mutter von drei Söhnen, Leinenweberin, engagiert sich in der Gewerkschaft und bei einer Tanzgruppe.
23.50 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Minka – Einwanderer aus Amerika
19.00 Kormorane am Oberrhein
19.15 Indien – Land ohne Hoffnung? (1)
19.45 Hafenplatz Hamburg (1)
20.00 Tagesschau
20.15 Wahlhearing
Bremen vor der Wahl
22.05 Die Marx-Brothers im Krieg
US-Spielfilm, 1933
Mit Groucho, Harpo, Chico, Zeppo Marx u. a.
23.10 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Marco (2)
18.55 Ludwig (1)
19.00 Zwischen Euphrat und Tigris (1)
Ur und das Paradies
19.30 Götter und Helden der Antike
Romulus und Remus
19.45 „Golden Gate"
Ein Porträt von San Francisco
20.00 Tagesschau
20.15 Vier Tage vor der Wahl
Journalisten fragen die Spitzenkandidaten der im Hessischen Landtag vertretenen Parteien
21.45 Drei aktuell
22.00 Autoreport
22.05 Halbzeit
22.25 Denkmodell Kalter Krieg

SÜDWEST

18.00 Für Kinder
18.30 Telekolleg I
Englisch (27)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Rock aus dem Alabama

WELT ● Videotext
täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

20.15 Wladimir Wyssozki – Ein kurzes Leben
21.00 Dieses obskure Objekt der Begierde
Franz.-span. Spielfilm 1978
Regie: Luis Buñel

BAYERN

18.15 Tele-Ski (1)
18.45 Rundschau
19.00 „Einmal Mosse sein"
Lea Fleischmann in Israel
19.45 Der scharlachrote Buchstabe (1)
Fernsehfilm in vier Teilen
20.40 Z. E. N.
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Teleclub
Nashville
Amerik. Spielfilm, 1975
00.20 Rundschau

KRITIK

Wirrköpfe zahlen die Zeche

Auch die Diktatur des Proletariats ist eine Diktatur, und sie unterscheidet sich von keiner anderen. Alles, was sie tut, hat auch bei ihr den Willen zur Erhaltung der einmal erlangten Macht zum alleinigen Motiv. Wer es noch nicht wußte, konnte diese furchtbare Dialektik jetzt in Theodor Schübels faszinierendem Fernsehspiel über die meuternden **Matrosen von Kronstadt** (ZDF) besichtigen. Über eine Schar gläubiger idealistischer Wirrköpfe, die im Namen der herrschenden Idee zu kämpfen wähnen und doch für die Politik nicht taugen. Sie zahlen die Zeche.

Um zu beschreiben, was 1921 geschah – daß die Matrosen auf revolutionäre Genossen zu schießen sich weigerten, daß diesen aber eiskalt ein schickes „Feindbild" verpaßt wurde –, brauchte sich Schübel nur an ein bewährtes kommunistisches Theaterstück zu halten, an „Die Matrosen von Cattaro" von Friedrich Wolf. Kehrt man dessen Argumentation um, verlegt man die darin geäußerten Ansichten einfach jeweils in die Figuren der Gegenseite, wird sogleich – das ist erschreckend – der Kronstädter Schuh daraus.

Daß man diesen Kunstgriff nicht merkte, ist das Verdienst des Regisseurs Jürgen Klauß, dem von Pinkas Braun (Trotzki) über Werner Kreindl (Kommissar), dem öligen Kurt Raab (Parteifunktionär) und Gottfried John (Matrose) bis in die Nebenrollen an Schauspielern zur Verfügung stand, was gut und teuer ist. Ihre Intensität ließ sogar vergessen, daß ausnahmslos alle Szenen im Studio entstanden.

Liest man Brecht nach diesem Film – daß „die den Boden bereiten wollten für Freundlichkeit/konnten selber nicht freundlich sein" – und seine Bitte um Nachsicht, so wird man finden: Dazu besteht kein Anlaß.

KATHRIN BERGMANN

Reisen mit unbekanntem Ziel

Der Film **2 x Kamerun und zurück** (ARD) hätte auch „2 x Togo hin und zurück" heißen können. Denn er trifft praktisch auf jedes schwarzafrikanische Land zu, das nicht mehr das Land aus dem Kolonialalbum ist und dessen Bewohner sich zwischen zwei Kulturen zurechtfinden müssen. Abgesehen von dem alten Afrikaner, der noch fließend Deutsch sprach, konnte man den Eindruck gewinnen, daß es in Kamerun kaum noch Spuren gibt von der deutschen Kolonialzeit. So bleibt leider auch unklar, was dem Autor denn nun eigentlich wichtiger ist: Das Schicksal des jungen Kameruners Philippe oder die Nostalgie der alten Dame Maria von Rudloff, geborene van de Lo.

„Bericht über eine Reise" hieß die Sendung im Untertitel. Damit war weniger das Land Kamerun gemeint, als vielmehr eine Reise in die Vergangenheit der einen bzw. in die Zukunft der anderen Hauptperson. Diese Reise muß für Maria von Rudloff eine herbe Enttäuschung gewesen sein. Ihr Vater und seine Generation sowie die Kolonialgesellschaft haben zwar Spuren hinterlassen, die genaue Erinnerung daran ist aber nur noch bei den ganz Alten zu finden.

Bei Philippe ist es die Zukunft, die voller Probleme steckt. Er muß noch seine Lehre in der Bundesrepublik beenden; er darf keine Fehltritte machen, die ihm die Heimkehr erschweren könnten. Auf die warten schon sehnsüchtig seine zahlreichen Verwandten in Kamerun. Aber die Konflikte sind vorprogrammiert. Philippes Lage verdeutlicht das Unbehagen eines jeden jungen verantwortungsvollen Afrikaners: Sie sind hin- und hergerissen zwischen der traditionellen und der modernen Gesellschaft. Mit diesem Dilemma werden sie leben müssen.

VONBI-LOKO NBUDA

Wer liest Kinderbücher?

mar – Kinderbücher kaufen Erwachsene. Das macht ein gerade erschienenes Buch wieder einmal bewußt. „Zwischen Herbst und Winter" heißt der schmale Band, Sarah Kirsch schrieb den Text, Kurt Mühlenhaupt zeichnete die Bilder, und Gertraud Middelhauve in Köln hat ihn verlegt.

Es ist ein schönes Buch. Sarah Kirsch trifft mit den zweiundzwanzig Zeilen ihres Gedichts den Ton, der nicht nur Kindern ins Ohr geht. Matthias Claudius ist da nicht weit oder „Des Knaben Wunderhorn". Die Bildmotive passen dazu, der freundliche Baum voller Krähen, die Kartoffelgesichter, der Nebelhund oder „die dunklen Wolken über uns".

Der Irrtum des Buches besteht freilich darin, daß Kinder, weil sie selbst noch nicht richtig zeichnen können, Gefallen *an Bildern finden*, die von gleichem Unvermögen geprägt sind – mögen sie die Erwachsenen auch als rührend „naiv" und darum kindgemäß empfinden. Kinderbücher mit Kinderzeichnungen sind darum stets Erwachsenenbücher geblieben, es sei denn, es wurde auf berühmte „naive" Maler zurückgegriffen, etwa auf die märchenhafte Realität ausstrahlenden Werke des Douaniers Rousseau. Kurt Mühlenhaupt, Berlins „naive" Institution, besitzt Rousseaus Qualitäten leider nicht. Und obgleich seine Zeichnungen manchmal den von Kindern mit Recht geliebten Zeichnungen Janoschs ähneln, unterscheiden sie sich von ihnen doch in einem wesentlichen Punkt: Kurt Mühlenhaupt kann nicht zeichnen. Janosch aber – gewiß kein Raffael – *tut nur so*, als könne er nicht, ist sich aber seiner wirklichen Fähigkeiten stets bewußt.

So bleibt den Lesern nur, sich ihrer eigenen Phantasie anzuvertrauen. Die Erwachsenen unter ihnen mögen sich vorstellen, welche Bilder etwa Günther Stiller, Józef Wilkow oder Suzi Bohdal zu den Versen von Sarah Kirsch gezeichnet hätten. Im übrigen bleibt es dabei: Kinderbücher kaufen zwar Erwachsene, aber *Kinder* sollten sie lieben.

Zwischen Jugendstil und Art déco – Darmstadt gedenkt Joseph Olbrichs

Der Designer der Lebensfülle

Zur Darmstädter großen Gedächtnis-Ausstellung zum 75. Todestag Joseph Maria Olbrichs ist eine grundsätzliche Vorüberlegung erforderlich. Sagen wir es offen: Die Probleme der human funktionalen und der stilistischen Qualitäten des Wohnungsbaus sind nicht mehr sauber zu lösen, seit riesige Massen von Menschen den Planeten besiedeln und irgendwie wohnen müssen. Übrigens blieben die Probleme schon immer ungelöst, wo Menschen in Ballungsgebieten zusammenströmten, z. B. in der Großstadt Rom zur Zeit der Cäsaren. Da gibt es dann nur schöne Theorien und praktische Kompromisse.

Ein modernes Beispiel ist der optimistische Aufbruch zur totalen „Lebenserneuerung" (Olbrich) um die Jahrhundertwende. Das Haus wurde nun von innen nach außen gebaut, ganz auf Wohnfunktion, Durchlichtung und Formklarheit ausgerichtet, und die daraus folgende Asymmetrie der Außenhaut war reizvolle Aufgabe für sensible Architekten. Aber es stand mehr auf dem Programm: Möbel, Tapeten, Wäsche, Gebrauchsgegenstände bis zum Brieföffner und korsettlose Frauenkleider gehörten zu dem neuen Dasein, das sich „in Fülle und Schönheit ausleben" sollte. Tatsächlich ist von einem Fan des neuen Lebens ein Wort über sein neues Haus überliefert: „Wir fühlen, wie wir darin bessere Menschen werden durch den täglichen Umgang mit den Werken eines lauterenn Menschen." Den „in sich abgeschlossenen Kunstwerken", nämlich der Totalität solcher Behausungen, schrieb die Darmstädter Künstlerkolonie einschließlich des Künstler-Großherzogs die Fähigkeit zu, dem Geist und der Seele der Bewohner ein „glückliches Lebensprinzip" zu vermitteln.



Als Exponent eines neuen Zeitalters gefeiert: Der Darmstädter Designer Joseph Maria Olbrich (1867–1908)

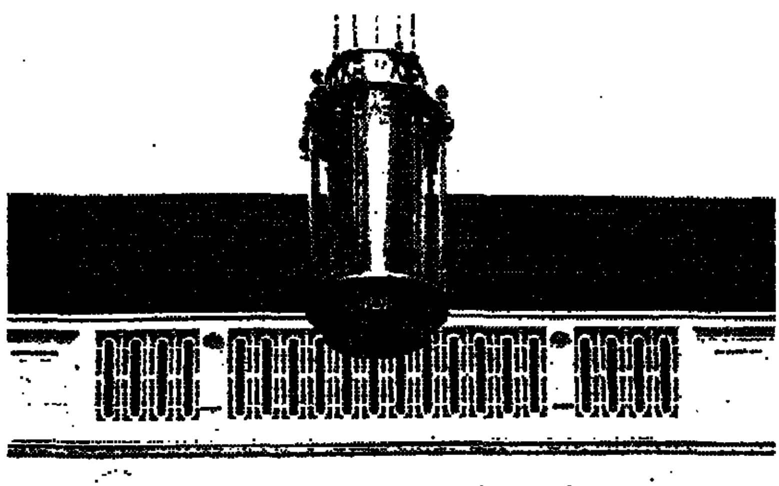
Und siehe da, das alles war so kostspielig, daß nur wohlhabende Leute sich das neue Leben und Wohnen leisten konnten, und dabei natürlich die Menschen blieben, die sie waren. Die Erneuerung war auf die nicht serielle Arbeit von Handwerkern angewiesen, und das just in der Epoche, in der die Industrialisierung des Massendaseins unvermeidlich wurde. Gewiß, man wollte auch Industrieerzeugnisse mitverwenden, aber nur schöne. Der Deutsche Werkbund wurde von Olbrich mit begründet. Bemühungen um die „gute Form" sind der Überrest des damaligen kunstreligiösen Sturms.

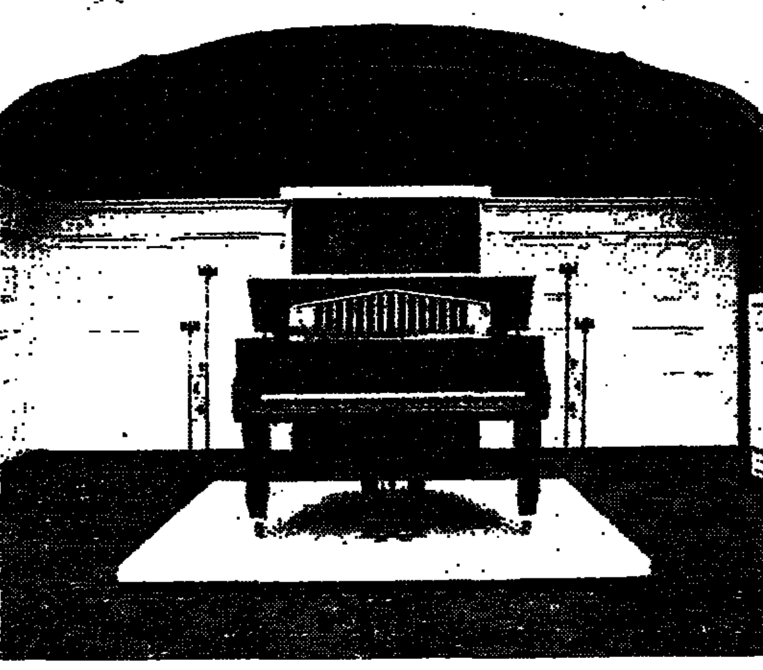
Der Mann, der wesentlich an der Überwindung des Historismus beteiligt war und auf zwei Weltausstellungen (1900 Paris mit „Wiener Intereieur" und dem kollektiv erstellten „Darmstädter Zimmer"; 1904 St. Louis mit „Sommersitz eines Kunstfreundes", komplett eingerichtet) als bedeutender Exponent eines neuen Zeitalters gefeiert wurde, tauchte wie ein Komet auf und endete ebenso. In Troppau am 22. Dezember 1867 geboren, Studium an der Wiener Akademie der bildenden Künste, 1894–1899 Mitarbeiter des hochbedeutenden Otto Wagner, 1898 erste selbständige Arbeit: das Gebäude der Wiener Sezession, im nächsten Jahr als Folgewirkung die Villen Friedmann und Bahr, weitere Folgewirkung die Berufung nach Darmstadt, und schon zwei (!) Jahre danach auf der Mathildenhöhe die revolutionär-spektakuläre Ausstellung „Ein Document deutscher Kunst" (Ernst-Ludwig-Haus, die Häuser Christiansen, Olbrich, Habich, Glückert, Keller, Deiters).

Turin 1902 „Hessisches Zimmer", weiter Häuser auf der Mathildenhöhe und in der Umgebung Darmstadts, 1905 Gartenkunstausstellung Mathildenhöhe, 1906 Köln („Der Frauen Rosenhof") und Ausstellungen Dresden und Mannheim, 1907/8 Ausstellungsgebäude und Hochzeitsturm auf der Mathildenhöhe, Oberhessisches Haus, Arbeiterhaus Opel, Brunnen in Darmstadt, 1908 Kaufhaus Tietz in Düsseldorf und drei Villen (Düsseldorf, Köln, Köln-Marienburg). Daneben – aber was heißt „daneben" – zahlreiche Bewerbungen für öffentliche Projekte, Städtebauplanung für Darmstadt, Inneneinrichtungen bis ins kleinste Detail, Möbel, Musikinstrumente (Mand-Olbrich-Flügel), Bau eines Spielhauses für das Töchterchen des Großherzogs, Mengen von Privataufträgen des Großherzogs und was sonst in der Ausstellung zusammengetragen ist: Textilien, Uhren, *Schmuckkästen*, Bestecke, Steingut, Gläser, Schmuck, Leuchter, Zinngeschirr, Deckenleuchten usw.

Diese ungeheure Menge an immer wieder neuartigen Arbeiten erstreckt sich über genau zehn Jahre. Mitten in den Arbeiten für Düsseldorf, bei denen *ihn Unpäßlichkeiten störten*, ließ er einen „prima Arzt" kommen, wie er seiner Frau am 31. Juli 1908 nach Dresden schrieb und hinzufügte: „Herzinnige Küsse an meine liebe Marianne", die 12 Tage alte Tochter, die er gerade gesehen hatte, und: „Ich freue mich immer auf unser Häusel und die Fülle von Glück." Der prima Arzt wies ihn sofort ins Krankenhaus ein: Leukämie. Acht Tage darauf war er tot, am 8. August 1908. Einundvierzig Jahre alt.

Adolf Loos, der auch von Otto Wagner herkam und Olbrich als Ornamentpinsler verachtete, schrieb einmal, wie sich wohl das Sterben in einem Olbrichschen Schlafzimmer „abspielen" werde. Diese idiotische Frage kann er für jederart Schlafzimmer stellen, es sei denn, Loos hätte in einem Trappistensarg seine Nächte verbracht.





Stilwille im Aufbruch zu neuen Ufern: Musikzimmer von 1901 von Joseph Olbrich, aus der Darmstädter Ausstellung

Das Wort „Ornament" kommt hier erst *zum Schluß vor. Das Wort* „Jugendstil" habe ich überhaupt nicht verwendet. Denn obwohl Olbrich überreich an Jugendstilelementen war, hat er doch schließlich das Arbeiterhaus in künstlerisch vollendeter Schlichtheit und die Düsseldorfer Villen in Richtung eines neuen Klassizismus entworfen und realisiert. Auf der Höhe des Lebens stellte sich der Jugendstil als ein Durchgangsstadium dar. Aber auf der Höhe des Glücks brach es jäh ab.

Einzelbeschreibungen brauche ich hier nicht vorzuführen, man kann sie in Darmstadt bis 27. November sehen. Dazu gibt es einen ganz hervorragenden *Katalog zu 30 Mark, mit* Beiträgen von Bernd Krimmel, Eckhart G. Franz, Hans-G. Sperlich, Robert Judson Clark, Klaus Wolbert, Sabine Michaelis, Carl Benno Heller und Wolfgang G. Fischer. Ein Werk, das man besitzen muß. Und eine Ovation, mit der Darmstadt nicht nur Olbrich, sondern auch sich selbst ehrt.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

JOURNAL

Bonn erbt Villa eines Mailänder Adligen

dpa, **Bonn**

Der Bundesrepublik ist von dem verstorbenen Mailänder Adeligen Ignazio Vigoni Medici de Matignano am Comer See ein Villenkomplex im Wert von etwa zwölf Millionen Mark vermacht worden, um dort ein Zentrum deutsch-italienischer Kultur zu schaffen. Gegenwärtig wird vom Bundesbildungsministerium geprüft, ob die Erbschaft unter dieser Zielsetzung angenommen werden könne. Hierbei gehe es auch um die Frage, wieweit private Stiftungen oder Mäzene aus der Wirtschaft zur Unterstützung dieses Vorhabens gewonnen werden könnten. In dem Testament des Mailänder Adeligen wird auf eine Tradition verwiesen, die die Vorbesitzer der „Villa Vigoni" zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit ihren engen Beziehungen zu deutschen und italienischen Schriftstellern *und Künstlern, darunter* auch Johann Wolfgang von Goethe, begründet hätten.

Prager Judaika-Sammlung kommt nach USA

SAD, **Washington**

Hunderte von Kunstwerken, Kultgeräten und Dokumenten aus der Geschichte des europäischen Judentums, die während des Zweiten Weltkriegs von der SS in Prag zusammengetragen wurden, sollen im nächsten Jahr in zahlreichen US-Städten, darunter Washington und New York, gezeigt werden. Die Wanderausstellung wurde vom Washing*toner Smithonian Institution, dem* größten Museum der Vereinigten Staaten, nach erfolgreichen Verhandlungen mit dem Staatlichen Jüdischen Museum in Prag bekanntgegeben, in dessen Obhut sich die Gegenstände seit dem Krieg befinden. Aus SS-Dokumenten geht hervor, daß die Nationalsozialisten die Zeugnisse der jüdischen Vergangenheit für eine Ausstellung zusammengetragen hatten, die sie nach dem Krieg und der „Endlösung" unter dem zynischen Namen „Museum einer ausgestorbenen Rasse" eröffnen wollten.

Das neue Kino von Claude Lelouch

SAD, **Paris**

Der französische Filmregisseur Claude Lelouch will in dem Kino „Ciné 13", das er jetzt in Paris eröffnete, sein Publikum mit neuen, zum Teil noch gar nicht ganz fertiggestellten Filmen „überraschen", um die Reaktion der Zuschauer zu testen. Das Kino von Lelouch in der Avenue Junot im Künstlerviertel Montmartre bietet 120 Zuschauern Platz. Außer dem angekündigten Film bekommen die Besucher einen zweiten Film zu sehen, der gerade aus dem Schneideraum kommt und noch nirgendwo anderweitig läuft. Der Regisseur weist auf das Beispiel der Vereinigten Staaten hin, wo bekannte Regisseure wie Stephen Spielberg und Francis Ford Coppola ihre gerade montierten Filme in „sneak-previews" zeigen und häufig die Montage aufgrund der Kritiken und Vorschläge des Publikums noch abändern.

Maurizio Scaparo bleibt in Rom

AFP, **Paris**

Der italienische Regisseur Maurizlo Scaparo, der als Stellvertreter an der Seite von Giorgio Strehler die Leitung des neuen Théâtre de l'Europe in Paris übernehmen sollte, hat auf diesen Posten verzichtet, um sich ganz dem Teatro di Roma zu widmen, zu dessen Direktor er soeben ernannt wurde. In einem Brief an Strehler erklärte Scaparo, der in der Vorbereitungsperiode zum Europa-Theater entscheidend beigetragen hatte, er bleibe dem neuen Pariser Haus trotz dieser Entscheidung verbunden. Strehler erklärte zu der Absage, es werde zunächst kein Ersatzmann für Scaparo gesucht. Das Théâtre de l'Europe, das nach dem Willen Strehlers eine Stätte der Koproduktion und der Begegnung für *die europäische Theaterwelt sein* soll, hat seinen Sitz im Pariser Odeon.

Niederländische Meister in Ontario

DW. **Ontario**

Landschaftsbilder, Seestücke, *Stilleben und Porträts von Rem*brandt, Vermeer, Ruisdael, Frans Hals, Paulus Potter und Jan Steen zeigt die Kunstgalerie von Ontario in Toronto vom 1. Oktober bis 11. Dezember in einer Ausstellung „Das goldene Zeitalter der niederländischen Malerei".

Zwei Duos teilten sich den zweiten Preis

DW. **Hamburg**

Beim erstmals von der Hamburger Brahmsgesellschaft veranstalteten Brahmswettbewerb teilten sich in der Sparte Duo das polnisch-irische Ensemble Krzysztof Smietana und Barry Douglas sowie ein japanisches Klarinettenduo den zweiten Preis. Mit dem Berliner „Trio Sanderi" und dem Trio Maurizzi, Mazza und Ballarini aus Bologna gab es in der Sparte Klaviertrio ebenfalls zwei Gewinner. Zwei Sonderpreise erhielten ein Klarinetten- und ein Horntrio.

Reinhild Hoffmanns Bremer Tanzabend: Das Leben der Callas als Ballett

Lady Macbeth in blutroten Schuhen

Ein Traum. Was sonst? Noch einmal will sie fliegen, will sie sich einen einzigen Augenblick lang ihrer Sehnsucht hingeben können. Doch die Wirklichkeit hindert sie daran. Die Last des Lebens hält die Frau, die durch den neuesten Tanzabend Reinhild Hoffmanns geistert, auf ihrem Stuhl gefangen. Sie kommt und kommt nicht los von ihrem Schicksal. Ihr Dasein wird ihr zur Qual.

Während ihre Erinnerungen schweifen, während eine Arie aus Verdis „Troubadour" aus der Ferne erklingt, bleibt sie wie angewurzelt auf dem Boden der Tatsachen. Ihr Traum ist nur ein Traum. Das Mädchen auf der Schaukel, das ihr einen Moment lang einen Höhenflug vorgaukelt, eine Vision. Die Vorstellung bloß eine Vorstellung.

Eine Künstlerin. Wer sonst? Reinhild Hoffmann hat ihr Stück, das eben *in der Dependance des Bremer* Theaters, in der „Concordia" also, uraufgeführt wurde, mit Bedacht „Callas" genannt. Denn ihre Karriere schien der Choreographin ebenso typisch wie allgemein. Er brauchte keine Biographie, um etwas bedeuten zu wollen. Der Name ist nicht Schall und Rauch. Er scheint vielmehr Inbegriff eines Sängertums, das alle Licht-, das alle Schattenseiten kennt. Den kometenhaften Aufstieg der Sopranistin, ihre wiederholten Triumphe auf der Opernbühne, das vergebliche Comeback auf dem Konzertpodium: All das ist bekannt genug, um noch wiederholt zu werden.

Keine Ballettbiographie also, wie sie beispielsweise Maurice Béjart vorgehabt hat, bevor er sich entschloß, in Gestalt von Marcia Haydée eine andere Göttliche wieder gegenwärtig zu machen: Greta Garbo. Eher schon ein Thema mit Variationen. Reinhild Hoffmann will keine „Handlung" im üblichen Sinne. Sie erzählt lieber kleine Geschichten, schildert Situationen, überspitzt Konfrontationen. Mosaikartig montiert, ergeben sie ein Bild, das vieldeutiger ist, komplexer – und *gleichzeitig offener für mögli*che Interpretationen. Ihr Ballett aus dem Vorjahr, „Könige und Königinnen" geheißen, ist dafür ein gutes, ein einleuchtendes Beispiel.

Fragmente also, die sich im nachhinein zum Ganzen fügen sollen. In der ersten Szene zeigt uns Reinhild Hoffmann denn auch erst einmal das Ambiente, in dem das Phänomen „Callas" erst eigentlich stattfinden kann: den Opernhaus-Luxus in Rot und Schwarz, das Publikum in feierlicher Gala-Robe, das sich in seinen ewigen Hörritualen gefällt und sich selbst von einem aufdringlichen Paar nicht aus dem Takt bringen läßt, das *sich wiederholt durch die imaginären* Stuhlreihen zwängt.

Eine andere Episode wiederum scheint Teil einer Oper, die Maria Callas tatsächlich gesungen hat (deren Stimme an diesem Abend zumindest bruchstückhaft ertönt): Dominique Duszynski, schon äußerlich ein Double der Diva, schlüpft in die blutroten Schuhe der Lady Macbeth, um über die Leichen gehen zu können, die aus der Kulisse rollen.

In einer „Dressur" sehen wir, wie sich die Akteure regelrecht in ihr überkommenes Rollenverhalten hineinpeitschen. Ein andermal wird der Starkult auf die Spitze getrieben: Wie ein Heiliger schwebt der „Künstler" hoch über der Masse Mensch – auf dem Deckel eines demontierten Flügels. In einer Szene, betitelt „Die dik*ke Sängerin", zeigt Reinhild Hoff*mann wiederum, wie Geta Bahrmann von den Männern brutal ausgebeutet und erniedrigt wird.

Es sind vor allem Bilder, die sich einprägen. Szenenabläufe, die zum Nachdenken anregen. Gedankensplitter zu einem Thema, für das der Name „Callas" steht. Nicht die Bewegungen, die immer wieder auf Pina Bausch verweisen. Nicht die Kulminationspunkte, die noch ein Ballett wie „Könige und Königinnen" zu einem überwältigenden Stück Tanztheater gemacht haben. Manchmal erscheint die Phantasie Reinhild Hoffmanns seltsam gehemmt. Vieles *wirkt* ziellos, einiges deplaziert. Der neue Tanzabend der Bremer Ballettchefin: nicht immer löst er den Kunstanspruch ein, den sein Titel signalisiert.

HARTMUT REGITZ

Zürich: Benno Besson inszeniert Shakespeares „Hamlet" am Schauspielhaus

Jetzt kommen die Maskengeister!

Das Zürcher Schauspielhaus hat die Saison mit „Hamlet" begonnen. „Hamlet" oder, wie er hier betitelt ist, „Die tragische Geschichte von Hamlet, Prinz von Dänemark", ist ja immer eine sichere Sache. Fast immer. Und vorausgesetzt, sie ist von Shakespeare.

Diesmal ist sie – leider – mehr von Regisseur Benno Besson, dem Welschschweizer Brecht-Schüler, der hauptsächlich in der „DDR" gearbeitet und sich von dorther offenbar diktatorische Allüren zugelegt hat, die, wie man hört, zu gewissem Ärger auf den Proben führten.

Sein entscheidendes Dekret war, daß die Schauspieler die ganze Aufführung über Masken zu tragen hätten. Die griechischen Akteure trugen sie bekanntlich – in den riesigen Amphitheatern konnte man ihre Gesichter ohnehin kaum ausmachen. Bei Shakespeare trug man sie nicht, verwendete sie allenfalls zur Darstellung von „unheimlichen" Figuren, wie etwa Tod oder Teufel.

Besson rechtfertigt sein Dekret damit, daß heutzutage die Gesichter von Schauspielern durch Film und Fernsehen den Zuschauern „zu vertraut" geworden seien, so daß das Publikum mehr sie als die darzustellenden Figuren sehe. Wenn man diesen Gedanken zu Ende denkt, müßte eigentlich ein Schauspieler in einer Stadt oder in einem Theater nur jeweils eine Rolle spielen und dann, wie es Komödianten früher tun mußten, weiterziehen.

Daß Masken gerade in einem Stück fehl am Platze sind, wo viel gedacht wird und wo der Zuschauer unbedingt *erfahren muß, wie die Gedan*ken, vor allem Hamlets, denn entstehen und sich entwickeln, liegt auf der Hand. Aber für Besson hat Hamlet weniger Gedanken als „Kraft und Energie". Wo wir doch immer dachten, seine Tragik sei, daß er sich nicht entschließen kann! Und seine Monologe, in denen er um Entschlossenheit ringt? Bei Besson wird nicht gerungen. Sein Hamlet liefert „Sein oder nicht sein" etwa im Eiltempo ab. Das geht so schnell, daß überhaupt niemand mitkommen kann. Auch Hamlet selbst nicht.

Dergestalt muß denn allzu vieles verlorengehen. *Ganz abgesehen* davon, daß erste Schauspieler wie etwa die herrliche Christiane Hörbiger als Königin oder die hochbegabte Katharina Thalbach in des Wortes wahrster Bedeutung ohne Gesicht bleiben. *Unter all den Maskengeistern wirkt* der Geist des Vaters auch nie unheimlich, und das Theater auf dem Theater bleibt ganz ohne seine – dramaturgisch doch so wichtige – Wirkung. Und die Szene, in der die ganze Königsfamilie dran glauben muß, ist in Zürich überhaupt nicht tragisch, eher unfreiwillig komisch.

Christoph Waltz ist Hamlet. Die Leser mögen sich erinnern: Als ihn Everding zum „Amadeus" vor zwei Jahren nach Zürich holte, wurde an dieser Stelle zum ersten Mal auf den blutjungen Österreicher hingewiesen. Er war, in seiner ersten Bühnenrolle, überhaupt glänzend. Als „Hamlet" *konnte* er *nicht* an diese große Leistung anknüpfen. Die vielen Handikaps, die ihm die Regie auferlegt, vor allem eben das unsinnige Tempo und die idiotische Maskerade vermag er nicht ganz zu überwinden. Aber er ist dennoch oft auf geradezu unheimliche Weise präsent. Zukunft! Zukunft!

CURT RIESS

Stieftöchter der Emanzipation (XIV): Glückel von Hameln, Kauffrau

Standfest auf ungewohntem Glacis

Im Jahre 5451 nach der Erschaffung der Welt beginne ich dies in meinen großen Nöten und in meinem schweren Herzeleid zu schreiben – Gott möge uns erfreuen und bald unseren Erlöser senden! ... Meine lieben Kinder, ich habe dieses Buch angefangen nach dem Tode eures frommen Vaters, um meine Seele ein wenig zu beruhigen, wenn mir die melancholischen Gedanken kamen und schwere Sorgen mich bedrückten, da wir unsere treuen Hirten verloren haben." So fängt eines der eigenartigsten Bücher des frühen 18. Jahrhunderts an, die „Denkwürdigkeiten der Glückel von Hameln". Es sind die Erinnerungen einer Jüdin, die seinerzeit wahrhaft ihren Mann gestellt hat.

Im Prinzip sind die Juden ein patriarchalisches Volk, wie auch alle andern bedeutenden Kulturnationen der historischen Zeit. Das bliblische und rabbinische Familienrecht stellen den Mann in den Vordergrund, er trägt die Verantwortung für Weib und Kind und verwaltet das von der Frau eingebrachte Vermögen. Doch die veränderte Soziallage im Exil führte vor allem bei ärmeren und armen Familien oft zur Dominanz der Frau. Denn vom Manne erwartete man zunächst einmal nur Religionsbildung. Die bei solchem Talmud-Studium erworbene Denkschärfe konnte sich zwar in andern Berufen als nützlich erweisen, erzog aber oft zu Weltfremdheit und zwang daher der ohnehin durch reichen Kindersegen überlasteten Frau auch noch die Rolle des Brotgebers auf, ein Zu*stand, den die jüdische Literatur und* der alte jüdische Volkswitz zornig verspotten. Von diesem Sozialwandel blieben generell die ebenfalls sehr armen, aber weniger gelehrten Handwerkerkreise ausgenommen und die umgekehrt sehr reiche Oberschicht, die durch Finanz- und Verwaltungstätigkeit für Regierung und Adel ihr *Auskommmen fand.*

Und doch gab es Ausnahmen, einzelne Jüdinnen, die sich auch auf diesem „Glacis" großartig bewährten. Glückel von Hamel war eine von ihnen. Sie kam 1646 als Tochter des ersten „oberdeutschen" Juden zur Welt, der in Hamburg „Stättigkeit" (= Niederlassung) erreichte. Es gab dort bereits eine Gemeinde reicher portugiesischer Juden, und der Senat war an sich am weiteren Zuzug reicher Juden auch aus andern Regionen interessiert. Die „erbeingesessene Bürgerschaft" fürchtete allerdings die Konkurrenz der tüchtigen, aufgeschlossenen Juden. Deshalb kam es immer wieder *zu* Judenaustreibungen, einmal auch, als Glückel gerade drei Jahre alt war. Die Juden mußten dann von Altona aus ihre Geschäfte in Hamburg betreiben, was nicht nur zeitraubend und ermüdend, sondern auch lebensgefährlich war, denn die Juden mußten ja ihr Betriebskapital (Geld, Gold, Juwelen) bei sich tragen und waren daher willkommenes Objekt für Raub- und Mordgesindel. Auch Glückel verlor später zwei junge nahe Verwandte bei solchen Überfällen.

Von einer „Akkulturation" an die nichtjüdische Umwelt war damals bei den später dem Deutschtum so intensiv verbundenen deutschen Juden noch keine Rede: Die Männer studierten nach wie vor ihren Talmud und hielten sich streng an die Religionsvorschriften, und die Mädchen lernten in der Schule nur „Judenteutsch" in hebräischen Lettern lesen und schreiben.

Altem Brauch gemäß wurden die Kinder etwa vierzehnjährig mit passenden Partnern verheiratet, wobei man in diesen gehobenen Finanzkreisen Mitgiften und Unterhaltspflichten durch die Schwiegereltern vertraglich genau festlegte. Liebesehen waren in der jüdischen Oberschicht so wenig üblich wie in der nichtjüdischen, und Geld war Voraussetzung für den Lebensunterhalt und sogar schon für die Erlangung eines Wohnrechtes.

Glückel bekam den schriftgelehrten, frommen, reichen Chajim aus Hameln zum Mann. Bei seinen Geschäften und persönlichen Dispositionen beriet er sich immer mit ihr, wobei sie im allgemeinen ein treffliches Urteilsvermögen bewies. Oder genauer: Sie erkannte immer klar die Tüchtigkeit und Intelligenz der ausgewählten Compagnons oder Schwiegereltern, täuschte sich aber mitunter über deren charakterliche Integrität. Das führte zu viel Kum*mer und Geldverlust. Einer dieser* Geschäftspartner, Jost Liebmann, der den gutgläubigen Chajim empfindlich schädigte, bewährte sich übrigens später dennoch tadellos als „Hofjude" König Friedrichs I. in Preußen und starb in Berlin hochgeehrt. Ein solches Happy-End war aber nicht die Norm. Erinnert sei nur an den *„Jud Süß"! Glückel erzählt* jedoch von den Beziehungen des Hochadels zur jüdischen Großfinanz eher Erfreuliches: In Cleve wohnte der spätere König Friedrich I. in Preußen sogar der Hochzeit von Glückels Tochter mit dem dortigen Hofjuden bei!

Vor seinem Tod verfügte Chajim vor Zeugen, seine Frau sollte ohne Rechtsbeistand über Familie und Vermögen disponieren, sie habe sich hierbei auch bisher gut bewährt. Sie blieb nach dreißigjähriger glücklicher Ehe mit einem stark reduzierten Vermögen und vier noch unversorgten Kindern zurück, lehnte einstwei*len eine zweite Heirat* ab *und nahm* alles tatkräftig in die eigene Hand. Sie reiste selber zu den Großmessen im Ausland, gründete in Hamburg einen Textilbetrieb, verheiratete drei der noch ledigen Kinder mit Klugheit und Umsicht.

Damals, 1690, begann sie ihr Leben in den stillen Nachtstunden aufzuzeichnen. In Judenteutsch natürlich und im Stil der alten judenteutschen „Weiberbücher": Sie schreibt gemächlich, ausführlich, durchstreut ihre sehr klaren und sachlichen Berichte mit altjüdischen Sagen und Parabeln, mit frommen Ermahnungen und besonders oft mit dem Wunsch auf ein baldiges Kommen des Messias. Dies wohl nicht zuletzt unter dem schrecklichen Eindruck der damaligen Judenmassaker in der Ukraine, von wo etliche Überlebende in jammervollem Zustand auch in Hamburg eintrafen.

Zehn Jahre nach dem Tode ihres Mannes entschloß sich Glückel doch zur zweiten Ehe mit einem respektierten und angeblich sehr reichen Metzer Bankier, Hirsch Levy. Er lebte aber auf zu großem Fuß, wogegen sie nichts ausrichten konnte, und bankrottierte. So widerfuhr ihr, was sie ihr Lebtag hatte vermeiden wollen: Sie wurde doch noch auf ihre alten Tage von den Kindern abhängig, die sich übrigens liebevoll zu ihr benahmen. Mit der Aufzeichnung ihrer Lebensdaten fuhr sie weiterhin fort, bis 1719, fünf Jahre, bevor sie starb.

Die „Denkwürdigkeiten der Glükkel von Hameln" sind mehrfach ins Deutsche übersetzt worden. Erst jüngst erschien wieder eine erläuterte Ausgabe im Jüdischen Verlag des Königsteiner Athenäum-Verlages. Die Lektüre lohnt noch immer als Schilderung damaliger Zustände, in denen die Juden in Deutschland lebten, und als Porträt einer schlichten, frommen und dabei durchaus in modernem Sinne selbständigen und tatkräftigen Frau.

SALCIA LANDMANN



Wollte von niemandem abhängig sein: Glückel von Hameln (1646 bis 1724)
JÜDISCHER VERLAG

Zwei Inseln machen sich selbständig

GÜNTER FRIEDLÄNDER, Miami

Die dritte Septemberwoche schenkte den Staaten in der Karibik den in jeder Hinsicht kleinsten Bruder. Das von Englands Prinzessin Margaret in eine sogenannte Unabhängigkeit entlassene St. Kitts-Nevis besteht aus zwei Schwesterinseln, auf deren 269 *Quadratkilometern 50 000 Einwohner* leben. Ihre Unabhängigkeit bedeutet in erster Linie, daß sie nun selbst danach Ausschau halten müssen, wer ihnen die etwa 1,5 Millionen Dollar geben wird, die sie bisher vom Mutterland erhielten. England hofft auf andere Wohltäter. Der Blick fällt dabei natürlich auf die USA, die allerdings bisher wenig Interesse zeigten.

Das vor 490 Jahren von Kolumbus entdeckte St. Kitts erhielt ursprünglich den Namen des Schutzheiligen seines Entdeckers, St. Christopher. 1713 wurde daraus in abgekürzter Form St. Kitts. Die Insel blieb 130 Jahre lang unbesiedelt, bis die Engländer sie zu ihrer ersten Kolonie in der Karibik machten. Der Name „Nevis" entstand aus der Verballhornung des ursprünglichen Namens, „Las Nieves", den Kolumbus der Insel gab, als er die Wolken über den Bergen der Insel irrtümlich für Schnee hielt.

Den Touristen haben die Inseln außer Baumwoll- und Zuckerrohrfeldern einige Sehenswürdigkeiten zu bieten: eine Kirche, in der Lord Nelson 1787 die Arztwitwe Frances Nisbet heiratete, und das Geburtshaus Alexander Hamiltons, einer der Gründungsväter und der erste Finanzminister der USA. Das beschert den Inseln jährlich nur rund 30 000 Touristen.

Aber auch der kleine Antillenstaat zwischen Puerto Rico im Nordwesten und Guadeloupe und Martinique im Süden hat große politische Probleme. Er bildete eigentlich mit der Insel Anguilla eine politische Einheit, deren 7000 Einwohner sich von St. Kitts unterdrückt fühlten und sich weigerten, mit den Schwesterinseln in die Unabhängigkeit zu ziehen. Um die Herrschaft der meist schwarzen Bevölkerung von St. Kitts-Nevis kämpfen drei politische Parteien.

Das „People's Action Movement" stellt mit Kennedy Simmonds den Ministerpräsidenten. Die eigentlich größte Partei ist die Labor Party, deren Führer, Lee Moore, die neue Verfassung der Republik als einen „Ausverkauf an britische Interessen" geißelt und innenpolitischen Streit als Vorboten des allgemeinen Zusammenbruchs voraussagt.

Wirtschaftlich leiden die beiden Inseln unter der Weltwirtschaftskrise, in der Baumwolle und Zucker, die größten Ausfuhrartikel der Inseln, gegenwärtig wenig gefragt sind. Andererseits müssen die Inseln 40 Prozent ihres Einkommens für den Import lebensnotwendiger Nahrungsmittel ausgeben. (SAD)

Wenn Amors verschlungene Pfade vor Gericht enden

PETER SCHMALZ, München

Lieben ist kein Verbrechen, doch die verschlungenen Pfade Amors erweisen sich nicht selten als Einbahnstraßen, die zu Intrigen, Mord und Totschlag führen. Und das nicht nur bei klassischen Dramen. Vor allem in den Gerichtssälen werden heute die wohl nicht immer edelsten, mit Sicherheit aber interessantesten Seiten *des menschlichen Lebens korrekt* mit Aktenzeichen versehen ausgebreitet.

Wer den Gerichtssaal nun als Spiegel unserer Gesellschaft sieht, der könnte in diesen Tagen in den Justizgebäuden der beiden Nachbarstädte München und Augsburg den Eindruck gewinnen, daß Lieben offenbar nicht nur eine übernatürliche Kraft ist, sondern weniger für das schwache Geschlecht als für den Mann lebensgefährlich ist. In beiden Städten sitzen attraktive Ehefrauen auf der Anklagebank, hinter sich den Verteidiger und neben sich den Liebhaber. In beiden Fällen treten die Ehemänner als Zeugen auf, die diesen Termin nur deshalb noch wahrnehmen können, weil ihre Frauen samt Freunden nicht des Mordes, sondern nur des Mordversuchs beziehungsweise der Beihilfe angeklagt sind.

In Augsburg sitzt die zierliche Bauunternehmersgattin Hannelore E. vor *den Richtern, hält Händchen mit* ihrem Geliebten und turtelt mit ihm so lange, bis der Richter sie trennt: „Sie haben miteinander keine Sprecherlaubnis." Den Ehemann würdigt sie keines Blickes. Er habe sie schikaniert, sei zu Dirnen nach München gefahren und habe sie selbst als „Hure" und „Drecksau" bezeichnet, nachdem sie sich in ihrer Einsamkeit mit anderen Männern getröstet hatte.

Bei einem fand die Mutter zweier Töchter schließlich die große Liebe, bei der nur noch der Ehemann störte. Durch eine Kleinanzeige glaubte das Pärchen aber auch hier den Weg des geringsten Widerstandes gefunden zu *haben: Im Hessischen prahlte eine* Magierin, sie habe schon 20 störende Ehemänner totgehext. Gegen ein Honorar von 150 Mark ließ die 70jährige das Pendel auch über einem Foto des Bauunternehmers kreisen. Vor Gericht erinnert sie sich an das Ergebnis: „Der Mann stand mit 90prozentiger Sicherheit vor dem Unfalltod!"

Aber der Ehemann nutzte die zehn Prozent und kam abends stets heil nach Hause – bis es dem Pärchen offenbar zu bunt wurde. Es hielt dem Heimkehrenden, so die Anklageschrift, einen Ätherbausch vor den Mund und fuhr mit dem vermeintlich Bewußtlosen in dessen Wagen zu einem Kiesweiher, in den der Betäubte samt Auto gestoßen werden sollte.

Der Ehemann aber war hellwach, als er auf den Fahrersitz gehievt wurde, knallte die Wagentüre zu und schloß die Zentralverriegelung. Das verschreckte Pärchen flüchtete, der Mann war gerettet. Vor Gericht nun will die Ehefrau zum Schluß nicht *mehr mitgemacht haben, und* ihr Geliebter habe den Widersacher ohnehin nicht töten wollen: „So was könnt' ich gar net."

Auch das Pärchen in München wollte angeblich nicht den Tod des Ehemannes. Was nun auf der harten Anklagebank endet, hatte einst an einem sonnigen Strand Jugoslawiens begonnen: Zwei Ehepaare lernen sich kennen und treffen sich wieder bei der Rückreise in dem Freisinger Heim des einen, wo man nach ein paar Gläsern die Partner tauscht. „Für mich war es ein Ausflug aus der Ehe", berichtet Dagmar E., deren blonde Haare weich über die Schultern fallen. Der 44jährige Versicherungsvertreter Hanno W. aus Neuss bei Düsseldorf aber zappelte an Amors Pfeil: „Sie war die zweite Frau in meinem Leben. Ich würde noch heute für sie durchs Feuer gehen." Bis zu 600 Mark legte er monatlich in glühenden Telefonaten nach Oberbayern an und besorgte schließlich, so wirft ihm der Staatsanwalt vor, für 5000 Mark einen Mann, der nun als Dritter auf der Anklagebank sitzt, weil er mit einem Trommelrevolver auf den Ehemann geschossen hatte.

Doch anders als in Augsburg will die Frau auf der Münchner Anklagebank nichts mehr mit ihrem einstigen Liebhaber zu tun haben. Schon in der Untersuchungshaft ließ sie seine glühenden Liebesbriefe unbeantwortet („Lieber Schatz, uns verbindet mehr als Liebe ...") und zeigt ihm nun die kalte Schulter.

Ihrem Mann aber fällt sie im Gerichtssaal in die Arme, nachdem dieser als Zeuge beteuert hatte: „Ich steh zu ihr und zu dieser Ehe." Zum Beweis, daß seine Liebe stärker ist als ein teuflischer Mordplan, ließ er einen Tag vor Prozeßbeginn seiner Frau zum 30. Geburtstag einen Blumenstrauß in die Zelle bringen – für jedes Jahr eine Blume. Die Urteile werden in dieser Woche erwartet.

LEUTE HEUTE

Tips von Telly

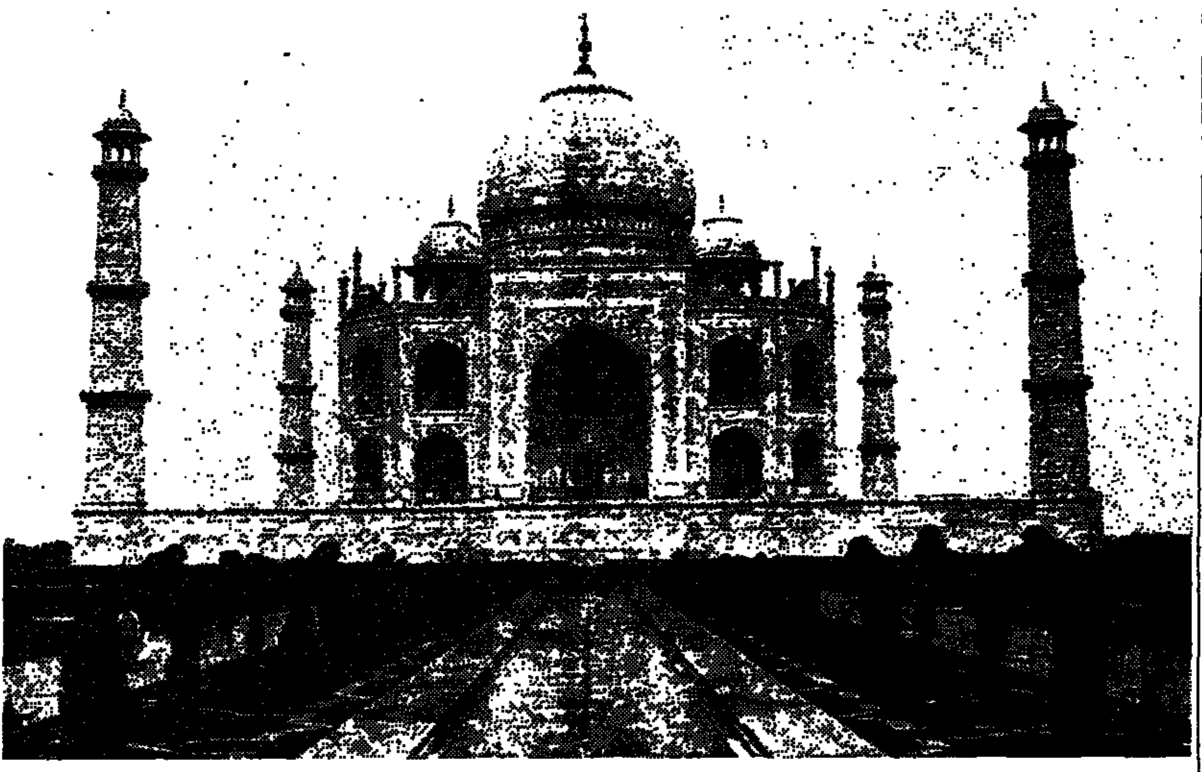
„Kojak"-Glatzkopf **Telly Savalas** hat eine neue „Masche", Geld zu machen: Er ist gerade dabei, rund 250 je zwei Minuten lange Radiosendungen aufzunehmen, die ihm möglicherweise *rund eine Million Dollar einbringen.* In jeder Sendung schildert Savalas ein Verbrechen, wie es sich wirklich zugetragen hat – und dann gibt er Hinweise und Ratschläge, wie das hätte verhindert werden können. *350* Runfunkanstalten haben die Sendungen bereits gebucht.

Ausgesiebt

Für seinen neuen Krimi „Sticks" suchte **Burt Reynolds** 150 Mitspieler. Doch rund 6000 hatten sich nicht nur gemeldet, sondern erschienen vor einem Nachtclub in Fort Lauderdale sogar in Person. Dreieinhalb Stunden „siebte" Burt Reynolds die Möchtegern-Schauspieler, sah und hörte er sich 1053 der Bewerber und Bewerberinnen an. Die Aufnahmen für den Film, in dem auch **Candice Bergen** mitspielt, sollen im Oktober beginnen.

Paradies verwüstet

Marlon Brando, inzwischen fast drei Zentner schwer, lebt wieder in Los Angeles. Er mußte seine Südsee*insel Tetiaroa verlassen, nachdem* zwei verheerende Hurrikane dort alles zerstört hatten. Die Stürme legten sein Hotel in Trümmer. Nach anfänglicher tiefer Depression, so erzählten Freunde, hat der Star nun beschlossen, alles wieder aufzubauen.



Ein Grüngürtel zur Rettung des weißen Grabmals

Sofortmaßnahmen zur Rettung des Tadsch Mahal hat jetzt die indische Bundesregierung in Neu-Delhi beschlossen. Zunächst wird das stark ergraute, früher strahlend weiße Grabmal mit Hochdruckgebläsen und modernsten technischen Mitteln gesäubert. Danach soll ein breiter neuer Grüngürtel das Monument vor weiteren Umweltschäden schützen. Die Marmorfassaden der Touristenattraktion, 300 Kilometer südlich von Neu-Delhi bei Agra gelegen, waren in den letzten Jahren immer mehr von den Abgasen der umliegenden Industriebetriebe in Mitleidenschaft gezogen worden. Beamte des Umweltschutz-Ministeriums haben das Tadsch Mahal – *ebenso wie das Emperor-Akbar*-Monument bei Sikandra – nun mit hochempfindlichen Meßgeräten versehen, die vor allem Schwefeldioxid bereits in kleinsten Mengen registrieren. Von einem Grün-gürtel erhofft man sich eine weitgehende Absorption von Schadstoffen in der Luft. Forderungen der Umweltschützer, die nur 100 Kilometer vom Tadsch Mahal entfernte Ölraffinerie von Mathura zu schließen, wurden von der Regierung allerdings abgelehnt. Das Werk bereitet jährlich rund vier Millionen *Tonnen Erdöl auf. Seine Abgase* werden als Hauptbedrohung für das Tadsch Mahal angesehen. Zu dem Maßnahmenkatalog der Regierung gehören jedoch auch *zusätzliche Filteranlagen für die* Raffinerie.

FOTO: SVEN SIMON

UdSSR: 7 Jahre Haft für deutschen Busfahrer

dpa, Moskau

Klaus Klanderhof, der Fahrer des deutschen Touristen-Busses, der Ende Juli in der Nähe der sowjetischen *Stadt Orel schwer verunglückte, ist* am Montagabend vor dem Bezirksgericht in Kursk zu sieben Jahren Lagerhaft verurteilt worden. Er sei zu schnell gefahren und habe mehrere Verkehrsschilder nicht beachtet, hieß es nach Angaben westlicher Prozeßbeobachter. Bei dem Unglück waren zehn deutsche Touristen und ein Österreicher ums Leben gekommen.

Das Gericht entsprach damit dem Antrag der Staatsanwaltschaft. Die Anklage hatte Klanderhof unter anderem vorgeworfen, die vorgeschriebene Geschwindigkeitsbegrenzung von 40 Stundenkilometern überschritten zu haben. Der Bus war von der Fahrbahn abgekommen und in einen Fluß *gestürzt. Das Gesetz sieht für* Angeklagte, die durch die Verletzung von Verkehrsvorschriften für den Tod von mehreren Personen verantwortlich sind, eine Freiheitsstrafe von drei bis 15 Jahren vor.

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, da Klanderhof beim Obersten Gericht Berufung eingelegt hat. Der Busfahrer wird von einem Anwalt aus Moskau vertreten. Klanderhof bleibt auch weiterhin in Haft. Das Urteil ist für westliche Beobachter überraschend hoch ausgefallen. Alle überlebenden Passagiere des Unglücksbusses hatten Klanderhof ein vorsichtiges Fahrverhalten bescheinigt.

Falsche Führerscheine aus dem Gefängnis

DW. Saarbrücken

Eine Fälscherwerkstatt ist in der Strafvollzugsanstalt Saarbrücken ausgehoben worden. Häftlinge fertigten in der Anstaltsdruckerei, die unter anderem für die Staatsanwaltschaft tätig ist, falsche Führerscheine. Damit ist möglicherweise die Quelle gefunden, aus der nach Erkenntnissen der WELT seit mindestens sechs Monaten falsche deutsche und südamerikanische Führerscheine sprudelten. Die gefälschten Dokumente wurden zum Preise von 500 Mark für eine *deutsche* Fahrerlaubnis und zu 350 Mark für einen ausländischen Führerschein auf dem schwarzen Markt gehandelt. Die Aushebung der Fälscherwerkstatt ist *vorläufig letztes Glied in einer Reihe* von Vorkommnissen in dem Gefängnis, die Politiker von „untragbaren Verhältnissen" sprechen lassen.

Flohinvasion

AFP, Dax

In der Umgebung der Stadt Dax im Südwesten Frankreichs verhindern Flöhe eine pünktliche Postzustellung. Das Postamt der Stadt ist durch eine Invasion der Blutsauger lahmgelegt. Die Postbeamten weigern sich zu arbeiten, solange die Flöhe nicht vernichtet sind.

Probealarm

dpa, Bonn

Im Bundesgebiet heulen heute wieder die Sirenen. Der Probealarm beginnt um 10.05 Uhr und dauert knapp zehn Minuten.

Goldschmuggel aufgedeckt

dpa, Freiburg

Freiburger Zollfahnder haben einen umfangreichen Goldschmuggel aufgedeckt. Im süddeutschen Raum wurden acht Deutsche und zwei Jugoslawen ermittelt, die Gold für fünf Millionen Mark aus Luxemburg in die Bundesrepublik Deutschland eingeschmuggelt haben sollen.

Berlin im Aufwind

F. D. Berlin

Auf dem Berliner Flughafen Tegel ist jetzt der einmillionste Berlin-Besucher in diesem Jahr registriert worden. Berlins Wirtschafts- und Verkehrssenator Elmar Pieroth (CDU) erinnerte bei der Begrüßung des Gastes daran, daß in diesem Jahr bisher 7,5 Prozent mehr Gäste in die Stadt kamen als im Vorjahreszeitraum.

Lichter gingen aus

AP, Liezen

Am späten Montag abend gingen in Liezen in der Steiermark plötzlich die Lichter aus. Eine Katze war in den Transformator des Umspannwerkes *geschlüpft* und *hatte* einen Kurzschluß verursacht.

Todessturz nach Unfall

dpa, Köln

Ein 47jähriger Autofahrer hat sich gestern nach einem Unfall auf der Autobahn Köln-Olpe von einer rund 60 Meter hohen Brücke in den Tod gestürzt. Er war mit seinem Wagen mehrfach gegen die Leitplanken geprallt, stieg aber nach Augenzeugenberichten unverletzt aus dem Autowrack. Dann sprang er plötzlich über das Brückengeländer.

WETTER: Freundlich

Wetterlage: Die nach Deutschland eingeflossene Meeresluft gelangt am Mittwoch unter Zwischenhocheinfluß, bevor in der Nacht zum Donnerstag erneut Tiefausläufer auf den Norden Deutschlands übergreifen.



Vorhersage für Mittwoch:

Ganz Deutschland: In den Frühstunden verbreitet Dunst, in der Südhälfte Deutschlands auch zum Teil Nebel. Nach deren Auflösung heiter bis wolkig und niederschlagsfrei. Nachmittagstemperaturen 16 bis 19 Grad.

Weitere Aussichten:

In Süddeutschland meist heiter und warm, in der Nordhälfte Deutschlands stark bewölkt und zeitweise Regen.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	14°	Kairo	30°
Bonn	16°	Kopenh.	16°
Dresden	12°	Las Palmas	24°
Essen	15°	London	15°
Frankfurt	16°	*Madrid*	23°
Hamburg	16°	Mailand	21°
List/Sylt	16°	Mallorca	25°
München	11°	Moskau	21°
Stuttgart	15°	Nizza	23°
Algier	26°	Oslo	14°
Amsterdam	15°	Paris	11°
Athen	23°	Prag	13°
Barcelona	22°	Rom	21°
Brüssel	15°	Stockholm	15°
Budapest	23°	Tel Aviv	29°
Bukarest	20°	Tunis	26°
Helsinki	16°	Wien	20°
Istanbul	26°	Zürich	12°

* **Sonnenaufgang am Donnerstag:** 7.07 Uhr, Untergang: 19.22 Uhr, **Mondaufgang:** 19.56 Uhr, Untergang 6.52 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

„E.T." und „Tootsie" verhinderten die Katastrophe

Einige wenige ausländische Renner brachten trotz Wetter und Video Geld in die leeren deutschen Kinokassen

M. von SCHWARZKOPF, Hannover

Das Jahr 1982 liegt Deutschlands Kinobesitzern noch immer schwer im Magen. Damals waren die Besucherzahlen von 143,8 Millionen in den Monaten von 1980–1981 auf 124,5 Millionen abgesackt. Nur einige erfolgreiche Filme im Herbst und der „Einsatz" von „E. T." kurz vor Weihnachten konnten eine Katastrophe abwenden. Vor allem dem Video-Boom geben die deutschen Kinobesitzer die Schuld an dem starken Besucherrückgang. Ein übriges taten dann das schöne Wetter im Sommer und die Fußball-Weltmeisterschaft. Kritiker sehen dies allerdings etwas anders: Für sie führte vor allem der Mangel an attraktiven Filmen zu dem rapiden Besucherschwund. „Das schlimmste Jahr seit 1977", stöhnten die Mitglieder des Verbandes Deutscher Filmtheaterbesitzer (HDF). 1977 hatten nur 115 Millionen Besucher den Weg ins Kino gefunden.

Doch die Angst, 1983 könnte eine Fortsetzung der rasanten Talfahrt bringen, erwies sich als überflüssig. Auch im Januar und Februar sorgte „E. T.", Steven Spielbergs Gnom aus dem Weltraum, noch einmal für einen Besucheransturm, im März war es Richard Attenboroughs „Gandhi", der zu einem Zuschauerplus im Vergleich zu 1982 von 5,9 Prozent führte, im April, Mai und Juni füllte dann Sidney Pollacks Komödie „Tootsie" mit Dustin Hoffman in der Hauptrolle die Häuser. Im Mai konnten die Kinos ein Plus von 19 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat verzeichnen. Insgesamt 68,6 Millionen Besucher zählten die Lichtspielhäuser von Januar bis Juli. In der gleichen Zeit des Vorjahres waren es eine Million Kinofreunde weniger gewesen.

Aber dann kam im Juli der große Einbruch. Die Sonne heizte Tag und Nacht auf, und es fehlte an Filmen, um das Sommerloch zu füllen. „Dieses Problem haben wir jedes Jahr", erklärte der HDF, der Hauptverband der Deutschen Filmtheaterbesitzer. Während in den USA gerade im Sommer die Kinos gut besucht sind – vor allem wegen dort gebotener Air-condition – und deshalb zu dieser Zeit auch die besten Filme von der Rolle laufen, liegt in Deutschland das Kinogeschäft in dieser Zeit brach. So kam es, *daß es im Juli 13,8* Prozent weniger Leute ins Kino gingen als im Juli 1982, der schon damals als Katastrophenmonat galt. Die rettende Stunde schlug erst Ende Juli, als Anthony Perkins *22 Jahre* nach dem Welterfolg von „Psycho 1" noch einmal als Norman Bates in „Psycho 2" in die Kinos kam. Und auch die Wiederaufwärmung von „Tootsie" belebte das müde Kinogeschäft noch einmal in Maßen.

Dem Rest dieses Kinojahres sehen Deutschlands Filmtheaterbesitzer gefaßt und sogar freudig entgegen. Mit dem Disco-Film „Flashdance" werden zur Zeit die Teenager in die Kinos gelockt, und im Oktober kommen Woody Allens neue Satire „Zelig" und der Phantasiefilm „Krull". Vielversprechend, zumindest für den Umsatz, ist auch das Weihnachtsprogramm: So spricht das gute alte „Schneewittchen", von Walt Disney aufs neue Zuschauer zwischen sechs und 96 an, und George Lucas startet seine dritte Folge der Starwar-Saga „Die Rückkehr des Jedi".

1983 wird deshalb trotz des anhaltenden Video-Booms nicht als schwarzes Jahr in die Annalen der deutschen Kinobesitzer eingehen. „Die Leute entdecken wieder, daß Kino ein Gemeinschaftserlebnis bedeutet und daß es schön ist, mal wieder einen Tapetenwechsel zu erleben", erklärt der Verband Deutscher Kinobesitzer.

In der Chronik des deutschen Films allerdings wird 1983 nicht als Triumph verzeichnet werden; denn unter den ersten drei Filmen der ersten acht Monate dieses Jahres war nur ein einziger deutscher Film, Robert van Ackerens „Flambierte Frau". Und die Klamotte „Die Supernasen" mit Mike Krüger und Thomas Gottschalk, mit großem Erfolg in diesen Tagen *angelaufen, gehört* weiß Gott nicht zum „jungen deutschen Film", wie er im Ausland ungeachtet heimischer Reinfälle noch immer hochgejubelt und bestaunt wird.

ZU GUTER LETZT

„Texter sucht Texte, freie oder feste. Off. erb. ..." Anzeige aus „Frankfurter Rundschau"